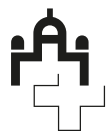


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 23.09.2018

Votation populaire du 23.09.2018

Votazione popolare del 23.09.2018

17.023

Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle. Volksinitiative

Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous. Initiative populaire

Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti. Iniziativa popolare

VH 17.023

Dokumentation | Documentazione

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement

Biblioteca del Parlamento

È possibile che alcuni contenuti non siano disponibili in italiano. In tal caso vi preghiamo di consultare la versione tedesca o francese.

Il est parfois possible que certaines informations ne soient pas disponibles en italien. Veuillez dans ces cas-là consulter les versions allemande ou française.

Vereinzelt kann es vorkommen, dass die Inhalte nicht in italienischer Sprache vorhanden sind. Wir bitten Sie, in diesen Fällen die deutschen oder französischen Texte zu konsultieren.

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		IV
Riassunto delle deliberazioni		VII
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	05.12.2017	1
Nationalrat/Conseil national (Fortsetzung – Suite)	07.12.2017	35
Nationalrat/Conseil national (Fortsetzung – Suite)	15.12.2017	47
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	12.03.2017	52
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	16.03.2018	60
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	16.03.2018	61
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		62
6. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» vom	16.03.2018	65
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous» du	16.03.2018	69
Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti» del	16.03.2018	73
7. Argumente		77
Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.		
Arguments		
Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.		
Argomenti		
I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.		

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

[17.023](#) n Für Ernährungssouveränität.
Die Landwirtschaft betrifft uns alle. Volksinitiative
Botschaft vom 15. Februar 2017 zur Volksinitiative
«Für Ernährungssouveränität.
Die Landwirtschaft betrifft uns alle»
([BBI 2017 1611](#))

NR/SR Kommission für Wirtschaft und Abgaben

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative
«Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft
betrifft uns alle» ([BBI 2017 1643](#))
05.12.2017 Nationalrat. Beginn der Diskussion
07.12.2017 Nationalrat. Fortsetzung
15.12.2017 Nationalrat. Beschluss nach Entwurf des
Bundesrates.
12.03.2018 Ständerat. Zustimmung.
16.03.2018 Nationalrat. Der Bundesbeschluss wird in
der Schlussabstimmung angenommen.
16.03.2018 Ständerat. Der Bundesbeschluss wird in
der Schlussabstimmung angenommen.
[Bundesblatt 2018 1477](#)

[17.023](#) n Pour la souveraineté alimentaire.
L'agriculture nous concerne toutes et tous. Initiative
populaire
Message du 15 février 2017 relatif à l'initiative
populaire «Pour la souveraineté alimentaire.
L'agriculture nous concerne toutes et tous»
([FF 2017 1475](#))

CN/CE Commission de l'économie et des redevances

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Pour la
souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne
toutes et tous» ([FF 2017 1507](#))
05.12.2017 Conseil national. Début du traitement
07.12.2017 Conseil national. Suite
15.12.2017 Conseil national. Décision conforme au
projet du Conseil fédéral.
12.03.2018 Conseil des Etats. Adhésion.
16.03.2018 Conseil national. L'arrêté est adopté au
vote final.
16.03.2018 Conseil des Etats. L'arrêté est adopté au
vote final.
[Feuille fédérale 2018 1455](#)

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

17.023 Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle. Volksinitiative

Botschaft vom 15. Februar 2017 zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» (BBI 2017 1611)

Ausgangslage

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, die Volksinitiative "Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Mit der Initiative würde die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft geschwächt und der aussenwirtschaftliche Handlungsspielraum der Schweiz eingeschränkt.

National- und Ständerat empfehlen Volk und Ständen ebenfalls Ablehnung der Initiative, der Nationalrat mit 146 zu 23 Stimmen bei 24 Enthaltungen, der Ständerat mit 27 zu einer Stimme bei 4 Enthaltungen.

Die von der Bauerngewerkschaft Uniterre eingereichte Initiative enthält gemäss Botschaft einerseits Forderungen, die mit der heutigen Agrarpolitik bereits berücksichtigt werden, so etwa die Förderung einer bäuerlichen, vielfältigen und nachhaltigen Landwirtschaft, den Schutz des Kulturlandes oder das Verbot von Exportsubventionen ab 2019. Andererseits werden Forderungen gestellt, die im Widerspruch zur Agrarpolitik des Bundes stehen. So wird beispielsweise verlangt, den Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft durch staatliche Massnahmen zu erhöhen. Importe von Nahrungsmitteln, die nicht dem Schweizer Nachhaltigkeitsstandard entsprechen, sollen mit zusätzlichen Zöllen belegt oder ganz verboten werden können, auch wenn dadurch internationales Handelsrecht verletzt wird.

Eine stärkere staatliche Strukturlenkung und zusätzliche Markteingriffe würden die Preisdifferenz zu den Nachbarländern erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft schwächen. Nachteile hätten auch die Tourismus- und Gastronomiebranche. Der aussenwirtschaftliche Handlungsspielraum der Schweiz würde aufgrund der Importrestriktionen für Nahrungsmittel eingeschränkt - mit möglichen negativen Folgen auf den Arbeitsmarkt. Deshalb empfiehlt der Bundesrat die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

(Quelle: Medienmitteilung des Bundesrates vom 15.02.2017)

Verhandlungen

Entwurf 1

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» (BBI 2017 1643)

05.12.2017	NR	Diskussion
07.12.2017	NR	Fortsetzung
15.12.2017	NR	Beschluss gemäss Entwurf
12.03.2018	SR	Zustimmung
16.03.2018	NR	Annahme in der Schlussabstimmung
16.03.2018	SR	Annahme in der Schlussabstimmung
Bundesblatt	2018	1477

Entwurf 2

Bundesbeschluss über eine Stärkung der lokalen Produktion (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle») (Entwurf der Minderheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates vom 13.11.2017)

05.12.2017	NR	Diskussion
07.12.2017	NR	Fortsetzung
15.12.2017	NR	Nichteintreten (= erledigt).

Im **Nationalrat** zeigten zwar fast alle Fraktionen Verständnis und Sympathie für das Anliegen der Initianten. Für zielführend hielten das Volksbegehren jedoch nur die Grünen. Aus Sicht der anderen Fraktionen sind für viele der Forderungen entweder bereits gesetzliche Grundlagen vorhanden, in anderen Punkten geht ihnen die Initiative zu weit. Dazu gehören etwa die geplante staatliche Preis-

und Mengensteuerung und die vorgeschlagenen Importbeschränkungen. Von linker Seite wurde auch kritisiert, dass bei einer Annahme der Initiative die Konsumenten den höheren Grenzschutz über höhere Lebensmittelpreise bezahlen müssten. Dies treffe Menschen mit kleinem Einkommen überdurchschnittlich.

Kritisch zeigten sich auch die Bürgerlichen. Die Initiative sei rückwärtsgewandt. Sie gehe in Richtung Protektionismus und Planwirtschaft und widerspreche dem liberalen Wirtschaftssystem der Schweiz.

Die Fraktionssprecher und -sprecherinnen sowie zahlreiche andere Ratsmitglieder folgten in ihren Voten der nationalrätlichen Wirtschaftskommission (WAK) und dem Bundesrat und sprachen sich - mit Ausnahme der Grünen - explizit gegen die Initiative aus.

Auch den Gegenentwurf einer links-grünen Kommissionsminderheit, der auf die stark restriktiven Elemente der Initiative verzichten und Massnahmen zur Stärkung einer lokalen Produktion ins Zentrum stellen wollte, lehnte der Nationalrat ab (mit 126 zu 49 Stimmen der SP- und der grünen Fraktion). Aus Sicht der bürgerlichen Mehrheit reichen die heutigen Grundlagen.

Im Zentrum der mehrstündigen Debatte standen von Anfang an aber nicht Initiative und Gegenvorschlag, sondern vielmehr die heftige Kritik an den Plänen des Bundesrats, bei der Landwirtschaftspolitik ab 2022 vermehrt auf Freihandel und einen Abbau des Grenzschutzes zu setzen. Vor allem Fraktionsmitglieder der SVP und der CVP bezeichneten es als unverständlich, dass der Bundesrat am 1. November 2017 und damit rund einen Monat nach Annahme des Verfassungsartikels zur Ernährungssicherheit solche Vorschläge vorgelegt habe - wo doch die Bevölkerung klar gezeigt habe, dass sie die Landwirtschaft stärken wolle. Die happigen Vorwürfe an die Adresse des Bundesrats reichten von "Missachtung des Volkswillens" über "Wortbruch" bis zu "Skandal" und "Affront".

Dem Bundesrat vorzuwerfen, er wolle den Tod der Landwirtschaft in Kauf nehmen, sei eine "bitterböse Unterstellung", konterte Bundesrat Schneider-Ammann, als er nach den hitzigen Voten das Wort ergreifen konnte. Der vom Volk (am 24.09.2017) angenommene Verfassungsartikel über Ernährungssicherheit sehe ausdrücklich auch Handel vor, rief er in Erinnerung. Das Volk habe im September 2017 nicht über die Initiative des Schweizer Bauernverbandes, sondern über den Gegenentwurf abgestimmt, und im Unterschied zur damaligen Initiative fokussierte der Gegenentwurf nicht auf die Förderung der Inlandproduktion, sondern auf das Sichern der Ernährungssicherheit. Dazu brauche es den Zugang zu inländischen und importierten Lebensmitteln. Als Wirtschaftsminister habe er für die gesamte Wirtschaft zu schauen. Ein wirtschaftlicher Nationalismus gefährde den Wohlstand der Schweiz, die jeden zweiten Franken im Export verdienen müsse. Er würde es nicht akzeptieren, wenn eine Branche die Eigeninteressen über die Interessen der gesamten Wirtschaft mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stelle.

Im **Ständerat** lag kein Gegenentwurf zur Initiative vor. Nur wenige Ratsmitglieder nahmen Stellung.

Als Kommissionssprecher wies Isidor Baumann (C/UR) darauf hin, dass verschiedene Punkte der Initiative gar nicht umsetzbar wären. So seien neue Importzölle WTO-widrig. Zudem drohten höhere Kosten und Preise.

Allein der Genfer Grüne Robert Cramer brach eine Lanze für die Initiative. Er erinnerte daran, dass täglich zwei bis drei Bauernbetriebe aufgegeben würden. Eine neue Agrarpolitik sei nötig. Es brauche eine weniger mechanisierte Landwirtschaft, die mehr Menschen Arbeit gebe. Ein grösserer Teil der Wertschöpfung müsse den Bauern zu Gute kommen.

Bundesrat Schneider-Ammann wies auch in der kleinen Kammer darauf hin, dass viele Anliegen der Initiative, wie zum Beispiel die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, in der vom Volk angenommenen Vorlage zur Ernährungssicherheit bereits aufgenommen worden seien. Andere Anliegen der Initiative stünden im Widerspruch zur Agrarpolitik des Bundes (AP22+)

Nach einstündiger Diskussion sprach sich der Ständerat gegen die Initiative aus.

In der Schlussabstimmung empfahl der Nationalrat mit 146 zu 23 Stimmen bei 24 Enthaltungen Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen. Befürwortet wurde die Initiative von den Grünen, rund einem Drittel der SP-Fraktion sowie zwei Mitgliedern der SVP-Fraktion. Mehr als ein Drittel der SP-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Der Ständerat empfahl mit 27 zu einer Stimme bei 4 Enthaltungen die Ablehnung der Initiative.

2. Résumé des délibérations

17.023 Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous. Initiative populaire

Message du 15 février 2017 relatif à l'initiative populaire « Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous » (FF 2017 1475)

Contexte

Le Conseil fédéral recommande au Parlement de rejeter l'initiative populaire « Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous » sans lui opposer de contre-projet. L'application de ce texte affaiblirait la compétitivité et la capacité d'innovation du secteur agroalimentaire de notre pays, et réduirait la liberté de manœuvre de la Suisse dans le commerce extérieur.

Le Conseil national et le Conseil des États recommandent également au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative, respectivement par 146 voix contre 23 et 24 abstentions et par 27 voix contre 1 et 4 abstentions.

Lancée par le syndicat agricole Uniterre, l'initiative « Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous » exprime, selon le message, des revendications que la politique agricole actuelle satisfait déjà, comme la promotion d'une agriculture paysanne, diversifiée et obéissant aux principes du développement durable, mais aussi la protection des terres cultivées et l'interdiction des subventions à l'exportation à partir de 2019. Elle va par ailleurs à l'encontre de la politique agricole menée par la Confédération en réclamant par exemple une politique publique visant à redynamiser l'emploi dans l'agriculture, ou encore des interdictions ou des droits de douane supplémentaires frappant les denrées alimentaires non conformes aux standards suisses de production durable, des mesures en contradiction avec les règles du commerce international.

Une intervention plus marquée de l'État dans les structures agricoles et dans les mécanismes du marché creuserait l'écart entre les prix en Suisse et ceux pratiqués dans les pays voisins, tout en affaiblissant la compétitivité du secteur agroalimentaire en Suisse. Cette intervention tournerait au désavantage du tourisme et de la restauration dans notre pays. De plus, la liberté de manœuvre de la Suisse serait compromise en raison des restrictions d'importation des denrées alimentaires, sans oublier l'impact qui pourrait en résulter sur l'emploi. C'est pourquoi le Conseil fédéral recommande de rejeter l'initiative sans lui opposer de contre-projet.

(source : communiqué de presse du Conseil fédéral du 15.02.2017)

Délibérations

Projet 1

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire « Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous » (FF 2017 1507)

05.12.2017	CN	Discussion
07.12.2017	CN	Suite
15.12.2017	CN	Décision conforme au projet
12.03.2018	CE	Adhésion
16.03.2018	CN	Adoption (vote final)
16.03.2018	CE	Adoption (vote final)

Feuille fédérale 2018 1455

Projet 2

Arrêté fédéral relatif au renforcement de la production locale (contre-projet à l'initiative populaire « Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous ») (projet de la minorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national du 13.11.2017)

05.12.2017	CN	Discussion
07.12.2017	CN	Suite
15.12.2017	CN	Ne pas entrer en matière (= liquidé)

Si, au **Conseil national**, presque tous les groupes ont montré de la compréhension et de la sympathie envers l'objectif de l'initiative, seuls les Verts ont estimé que cette dernière était pertinente. Pour les autres groupes, les bases légales en vigueur sont suffisantes pour mettre en œuvre une grande partie des exigences de l'initiative, alors que d'autres points, tels que la gestion par l'État des prix et des volumes et la limitation des importations, vont trop loin. À la gauche de l'échiquier politique, des voix critiques se sont aussi élevées pour dénoncer le fait que, en cas d'acceptation de l'initiative, le coût final de la protection douanière renforcée serait supporté par les consommateurs puisque les prix des denrées alimentaires augmenteraient. Ce renchérissement toucherait particulièrement les personnes ayant de faibles revenus.

Des critiques ont également émané de parlementaires de droite, qui considèrent que l'initiative est rétrograde : elle tend vers le protectionnisme et vers une économie planifiée, se plaçant ainsi en contradiction avec le système économique libéral de la Suisse, ont-ils affirmé.

Les porte-parole des groupes et de nombreux autres députés se sont ralliés à la position de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national et du Conseil fédéral lors de leurs interventions et se sont ainsi tous clairement prononcés contre l'initiative, à l'exception des Verts.

Le Conseil national a également rejeté (par 126 voix contre 49, la minorité étant composée de membres des groupes socialiste et vert) le contre-projet de la minorité rose-verte de la commission, qui prévoyait de supprimer les éléments fortement restrictifs de l'initiative et de mettre l'accent sur des mesures visant à renforcer la production locale. Pour la majorité bourgeoise de la commission les bases légales en vigueur sont suffisantes.

Au cours des débats, qui ont duré plusieurs heures, ce ne sont toutefois pas l'initiative ni le contre-projet qui étaient au centre des discussions, mais plutôt les critiques virulentes adressées à l'encontre des projets du Conseil fédéral, qui souhaite miser davantage sur le libre-échange et la réduction de la protection douanière dans le cadre de sa politique agricole à partir de 2022. Des membres des groupes UDC et PDC, notamment, ont estimé qu'il était incompréhensible que le Conseil fédéral présente de telles propositions le 1^{er} novembre 2017, soit un mois environ après l'acceptation par le peuple de l'article constitutionnel sur la sécurité alimentaire : selon eux, les Suisses avaient pourtant ainsi clairement montré qu'ils souhaitaient renforcer l'agriculture. Le Conseil fédéral a ainsi dû faire face à des reproches véhéments : il a été accusé de mépriser la volonté du peuple et de ne pas tenir sa parole, et ses actions ont été qualifiées de scandale et d'affront.

Lorsqu'il a pu prendre la parole après avoir entendu ces interventions enflammées, le conseiller fédéral Johann Schneider-Amman s'est défendu en affirmant qu'il était particulièrement injuste d'accuser le Conseil fédéral d'être prêt à risquer de tuer l'agriculture suisse. Selon lui, l'article constitutionnel sur la sécurité alimentaire, accepté par le peuple le 24 septembre 2017, prend aussi expressément en considération le commerce. Le conseiller fédéral a rappelé que le peuple n'avait pas voté sur l'initiative déposée par l'Union suisse des paysans : il a accepté le contre-projet, qui, contrairement à l'initiative, n'avait pas pour principal objectif de renforcer la production indigène, mais de garantir la sécurité alimentaire dans le pays. Pour que cette dernière soit assurée, il est nécessaire de pouvoir se reposer non seulement sur la production indigène, mais aussi sur les importations. Johann Schneider-Amman a souligné que sa fonction exigeait qu'il veille sur l'ensemble de l'économie. D'après lui, un nationalisme économique nuirait à la prospérité de la Suisse, dont la moitié des recettes provient des exportations. Le conseiller fédéral n'accepterait pas qu'un secteur place ses propres intérêts avant ceux de l'ensemble de l'économie et des travailleurs suisses.

Au **Conseil des États**, aucun contre-projet à l'initiative n'a été présenté. Seuls quelques députés ont pris position sur ce thème.

En sa qualité de rapporteur de la commission, Isidor Baumann (C, UR) a souligné que certains points de l'initiative étaient impossibles à mettre en œuvre : les droits de douane sur les importations, par exemple, violeraient les accords de l'OMC. En outre, la mise en œuvre de l'initiative ferait augmenter les coûts et les prix.

Seul le Vert genevois Robert Cramer a pris fait et cause pour l'initiative, rappelant que deux à trois exploitations agricoles ferment chaque jour, raison pour laquelle il estime qu'une nouvelle politique agricole est nécessaire. Selon lui, il faudrait une production agricole moins mécanisée donnant plus de travail aux personnes, et une plus grande partie de la valeur ajoutée devrait bénéficier aux agriculteurs.

Devant la Chambre haute également, le conseiller fédéral Johann Schneider-Amman a indiqué qu'une grande partie des objectifs de l'initiative, tels que l'encouragement d'une agriculture durable, avaient déjà été pris en considération dans le projet relatif à la sécurité alimentaire accepté par le peuple. D'autres objectifs de l'initiative sont par contre en contradiction avec la politique agricole de la Confédération (PA22+).

Après une heure de délibérations environ, le Conseil des États s'est prononcé contre l'initiative.

Lors du vote final, le Conseil national a décidé, par 146 voix contre 23 et 24 abstentions, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative. Les partisans de cette dernière étaient composés des Verts, d'un tiers des membres du groupe socialiste et de deux membres du groupe UDC. Plus d'un tiers des membres du groupe PS se sont abstenus.

Le Conseil des États a, lui aussi, recommandé le rejet de l'initiative, par 27 voix contre 1 et 4 abstentions.

2. Riassunto delle deliberazioni

17.023 Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti. Iniziativa popolare

Messaggio del 15 febbraio 2017 concernente l'iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti» (FF 2017 1393)

Situazione iniziale

Il Consiglio federale raccomanda al Parlamento di respingere l'iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti» senza opporle un controprogetto. Con l'iniziativa si minerebbero la competitività e lo spirito d'innovazione della filiera agroalimentare elvetica e si limiterebbe il margine di manovra della Svizzera nell'ambito dell'economia esterna.

Anche il Consiglio nazionale e il Consiglio degli Stati raccomandano a Popolo e Cantoni, rispettivamente con 146 voti contro 23 e 24 astensioni e con 27 voti contro 1 e 4 astensioni, di respingere l'iniziativa.

L'iniziativa depositata dal sindacato contadino Uniterre contiene, secondo il messaggio, richieste già considerate dall'attuale politica agricola; è il caso, ad esempio, della promozione di un'agricoltura contadina, variata e sostenibile, della protezione delle terre coltivate o del divieto di sovvenzioni alle esportazioni dal 2019. Contiene però anche richieste in contrasto con la politica agricola della Confederazione, quali, ad esempio, un aumento attraverso misure statali della quota delle persone attive nel primario. Si punta, ad esempio, all'imposizione di dazi supplementari sulle importazioni di derrate alimentari che non soddisfano lo standard di sostenibilità svizzero, anche se ciò va contro il diritto commerciale internazionale.

Se lo Stato intervenisse maggiormente sulle strutture e desse seguito alla richiesta di ulteriori interventi statali sul mercato, aumenterebbe la differenza di prezzo rispetto ai Paesi limitrofi e sarebbe compromessa la competitività della filiera agroalimentare svizzera. Anche il settore del turismo e della ristorazione subirebbe dei contraccolpi in tal senso. Il margine di manovra della Svizzera nell'ambito dell'economia esterna diminuirebbe a causa delle restrizioni alle importazioni, con possibili ripercussioni negative sul mercato del lavoro. Il Consiglio federale raccomanda pertanto di respingere l'iniziativa senza opporle un controprogetto.

(Fonte: Comunicato stampa del Consiglio federale del 15.02.2017)

Deliberazioni

Disegno 1

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti» (FF 2017 1423)

05.12.2017	CN	Discussione
07.12.2017	CN	Continuazione
15.12.2017	CN	Decisione secondo il disegno
12.03.2018	CS	Adesione
16.03.2018	CN	Adozione nella votazione finale
16.03.2018	CS	Adozione nella votazione finale

Foglio federale 2018 1217

Disegno 2

Decreto federale sul rafforzamento della produzione locale (controprogetto all'iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti» (progetto della minoranza della Commissione dell'economia e dei tributi (CET) del Consiglio nazionale del 13.11.2017)

05.12.2017	CN	Discussione
07.12.2017	CN	Continuazione
15.12.2017	CN	Non entrare in materia (= liquidato).

Al **Consiglio nazionale** quasi tutti i gruppi hanno espresso comprensione e simpatia per le richieste dell'iniziativa popolare. Tuttavia soltanto i Verdi ritengono che l'iniziativa sia adatta per raggiungere l'obiettivo. Secondo gli altri gruppi per molte delle richieste vi sono già le basi legali; altre sono invece ritenute eccessive, ad esempio la pianificata gestione dei prezzi e dei quantitativi da parte dello Stato e

le limitazioni delle importazioni. Dai ranghi della sinistra è stata anche avanzata la critica che l'elevata protezione doganale prevista dall'iniziativa si ripercuoterebbe sui consumatori con un aumento dei prezzi delle derrate alimentari. Ne risulterebbero penalizzate in modo particolare le persone con redditi bassi.

Critiche sono giunte anche dai partiti borghesi: l'iniziativa guarda al passato; è orientata al protezionismo e all'economia pianificata ed è contraria all'economia liberale della Svizzera.

I portavoce dei gruppi e numerosi altri deputati si sono allineati alla CET del Consiglio nazionale e al Consiglio federale pronunciandosi – ad eccezione dei Verdi – esplicitamente contro l'iniziativa.

Il Consiglio nazionale ha anche respinto il controprogetto di una minoranza rosso-verde della CET, che prevedeva in particolare la rinuncia agli elementi più restrittivi dell'iniziativa e misure per rafforzare la produzione locale (126 voti contro 49 voti del gruppo socialista e del gruppo dei Verdi). Secondo la maggioranza borghese le attuali basi legali sono sufficienti.

Il dibattito, che si è protratto per diverse ore, è stato incentrato fin dall'inizio, piuttosto che sull'iniziativa e sul controprogetto, sulle aspre critiche ai piani del Consiglio federale, che nella Politica agricola a partire dal 2022 intende porre l'accento sul libero scambio e sulla riduzione della protezione doganale. Soprattutto i deputati dell'UDC e del PPD hanno giudicato incomprensibile il fatto che il Consiglio federale abbia presentato queste proposte il 1° novembre 2017, dopo appena un mese dall'accettazione dell'articolo costituzionale sulla sicurezza alimentare, con il quale la popolazione ha proprio chiaramente segnalato di voler rafforzare l'agricoltura. Nei gravi rimproveri all'indirizzo del Consiglio federale si va dal «disprezzo della volontà popolare» alla «mancanza della parola data», fino allo «scandalo» e all'«affronto».

Rimproverare al Consiglio federale di essere disposto a lasciar morire l'agricoltura è un'«insinuazione malvagia», ha ribattuto il consigliere federale Schneider-Amman quando ha potuto prendere la parola dopo le infuocate esternazioni. Ha ricordato che l'articolo costituzionale sulla sicurezza alimentare accolto dal Popolo (il 24 settembre 2017) prevede espressamente anche il commercio. Nel settembre 2017 il Popolo non ha votato sull'iniziativa dell'Unione svizzera dei contadini, bensì sul controprogetto, e a differenza dell'iniziativa a suo tempo presentata il controprogetto è focalizzato non sulla promozione della produzione nazionale ma su come garantire la sicurezza alimentare. E a tal fine è necessario l'accesso alle derrate alimentari prodotte nel Paese come pure a quelle importate. In qualità di ministro dell'economia Schneider-Amman deve guardare all'intera economia. Il nazionalismo economico metterebbe a repentaglio il benessere del Paese: la Svizzera guadagna un franco su due all'estero. Per il ministro dell'economia è inaccettabile che un settore metta i propri interessi davanti a quelli dell'intera economia con i suoi collaboratori.

Al **Consiglio degli Stati** non è stato presentato alcun controprogetto all'iniziativa. Soltanto pochi deputati hanno preso la parola.

Il portavoce della CET Isidor Baumann (C/UR) ha rilevato che diversi punti dell'iniziativa non potrebbero nemmeno essere attuati. Ad esempio, nuovi dazi all'importazione sarebbero contrari all'OMC. Inoltre, ne potrebbero derivare costi e prezzi più alti.

Soltanto l'esponente dei Verdi ginevrino Robert Cramer ha spezzato una lancia a favore dell'iniziativa. Ha ricordato che ogni giorno getterebbero la spugna da due a tre aziende agricole. Ritiene necessaria una nuova politica agricola. Ci vuole un'agricoltura meno meccanizzata che dia lavoro a più persone. I contadini dovrebbero beneficiare di una quota maggiore di valore aggiunto.

Il consigliere federale Schneider-Amman ha rilevato anche nella Camera alta che molte richieste dell'iniziativa, come ad esempio la promozione di un'agricoltura sostenibile, sono già state recepite nel progetto sulla sicurezza alimentare accolto dal Popolo. Altre richieste dell'iniziativa sarebbero in contraddizione con la Politica agricola a partire dal 2022 della Confederazione (PA22+). Dopo un'ora di dibattito, il Consiglio degli Stati si è pronunciato contro l'iniziativa.

Nella votazione finale il Consiglio nazionale ha deciso con 146 voti contro 23 e 24 astensioni di raccomandare a Popolo e Cantoni di respingere l'iniziativa. A favore dell'iniziativa si sono schierati i Verdi, circa un terzo del gruppo socialista e due deputati del gruppo UDC. Più di un terzo del gruppo socialista si è astenuto.

Il Consiglio degli Stati ha raccomandato con 27 voti contro 1 e 4 astensioni di respingere l'iniziativa.



17.023

**Für Ernährungssouveränität.
 Die Landwirtschaft betrifft uns alle.
 Volksinitiative**

**Pour la souveraineté alimentaire.
 L'agriculture nous concerne toutes
 et tous. Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.09.17

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.11.17

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

Le président (de Buman Dominique, président): Dans le cadre du débat général, nous traitons aussi la proposition de la minorité Jans concernant le projet 2 et la proposition individuelle Glättli.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL), für die Kommission: Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" wurde im September 2016 eingereicht. Sie ist mit 108 000 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative hat die Form des ausgearbeiteten Entwurfes und ergänzt die Bundesverfassung mit einem neuen Artikel 104c zur Ernährungssouveränität. Sie fordert in den Übergangsbestimmungen eine Umsetzung innert zweier Jahre.

Der Bundesrat seinerseits hat mit der Botschaft vom 15. Februar 2017 beantragt, die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Der Bundesrat wird seine Position in der Folge begründen.

Die Initiative wurde von Uniterre und L'autre syndicat gemeinsam mit siebzig weiteren Organisationen lanciert. Leitmodell ist eine bäuerliche Landwirtschaft, die auf nachhaltige Weise produziert und in erster Linie für die regionale Bevölkerung da ist. Ich komme nachher in der Detailberatung noch auf die Instrumente der Initiative zu sprechen.

Die WAK-NR – der Nationalrat ist Erstrat – hat die Initiative an drei Sitzungen behandelt. Sie begann im Mai mit ausführlichen Anhörungen, unter anderem mit einer Vertretung der Initiantinnen und Initianten, des Bauernverbands, der Nahrungsmittelindustrie, der Kleinbauern-Vereinigung, der Agrarallianz und von Agora. Nach diesen Anhörungen wurden in Ergänzung zur Botschaft des Bundesrates aus den Reihen der Kommission von den Herren Ritter, Schelbert und Jans verschiedene Fragen aufgeworfen. Dazu hat die Verwaltung in einem Zusatzbericht Stellung genommen. Sie finden sowohl die Fragen wie auch die Antworten auf dem Netz. Damit ist transparent, welche Themen in der Kommission vor allem beraten worden sind.

Es geht einmal um die Umsetzung des Begriffes der Ernährungssouveränität, um die Frage der Versorgung mit standortangepasstem Saatgut, um die Frage der gentechfreien Lebensmittel und darum, ob die Verfassungsgrundlage dafür ausreicht, um den Stand der Revision des Raumplanungsgesetzes in Bezug auf die Fruchtfolgeflächen und um den Schutz des Kulturlandes. Weitere Fragen betreffen die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, dann aber auch die Marktmacht der verschiedenen Akteure in Bezug auf die Agrarprodukte. Es ging um die Förderung des Direktabsatzes durch die Produzentinnen und Produzenten, um die Situation von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern und vor allem auch um die Frage des Verhältnisses der verschiedenen agrarpolitischen Initiativen zueinander.

Sie wissen und erinnern sich, dass wir in letzter Zeit verschiedene agrarpolitische Initiativen debattiert haben. Zu erwähnen ist vor allem der neue Verfassungsartikel 104a, der in der Volksabstimmung im September von Volk und Ständen grossmehrheitlich angenommen worden ist. Es war ein Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit". Wir debattierten die Fair-Food-Initiative, die noch nicht zur Abstimmung gekommen



ist, dann die Hornkuh-Initiative, die noch in den Räten in Behandlung ist. Es sind noch weitere agrarpolitische Initiativen im Sammelstadium.

Die Kommission befand über die Gültigkeit der vorliegenden Initiative. Die Einheit der Form wird nicht infrage gestellt. Die Initiative ist in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes formuliert. Vorgeschlagen wird ein neuer Artikel 104c unter dem Titel "Ernährungssouveränität". Er setzt auf die Förderung der einheimischen bäuerlichen Landwirtschaft, die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.

Die Initiative beinhaltet auch ein umfassendes Bündel an Instrumenten wie Markttransparenz, gerechte Preise, die Stärkung des Agrarabsatzes, gute Arbeitsbedingungen für Angestellte, dann aber auch Importzölle und Einfuhrbeschränkungen. Sie verlangt auch den Verzicht auf Exportsubventionen für Agrarprodukte und Lebensmittel. Die Umsetzung ist, wie gesagt, innert zweier Jahre sicherzustellen.

Die Kommission hat den ausführlichen Text diskutiert. Die Einheit der Materie wurde diskutiert, aber nicht infrage gestellt. Die Kommission ist der Meinung, dass alle Forderungen agrarpolitische Themen beschlagen und somit die Einheit der Materie gewährleistet ist.

Zum Eintreten: Es gibt keinen Eintretensbeschluss. Sie wissen, bei Volksinitiativen ist Eintreten obligatorisch. In der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates wurde vor allem auch die Frage diskutiert, ob ein direkter Gegenentwurf vorzulegen sei. Der direkte Gegenentwurf – Herr Jans wird ihn nachher als Vertreter der Minderheit ausführlich begründen – knüpft formal an den bestehenden Artikel 104 der Bundesverfassung an. Er will die Förderung der bodenbewirtschaftenden Betriebe, eine Erweiterung des Massnahmenkatalogs, die Saatgutsicherung usw.

Wichtig ist auch, dass die WAK-NR zu diesem Gegenentwurf einen Zusatzbericht verlangt hat. Dieser Zusatzbericht findet sich ebenfalls auf dem Netz. Es handelt sich natürlich um Ergänzungen zu den Materialien, zu der Botschaft des Bundesrates. In diesem Bericht beurteilt das Bundesamt für Landwirtschaft den Gegenentwurf kritisch. Es wurde vor allem darauf verwiesen, dass der Bundesrat am 1. November 2017 eine Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 publiziert hat, die im Widerspruch zum Gegenentwurf stehe. Genau dieser Bericht des Bundesrates vom 1. November 2017 hat nun eine grosse Debatte in der WAK-NR ausgelöst. Von bäuerlicher Seite wurde geltend gemacht, der Bericht habe "wie eine Bombe eingeschlagen". Ich denke, er wird nachher auch Gegenstand der Beratungen zur Initiative sein, die wir heute zu behandeln haben.

Dieser Bericht und die grundsätzlichen Unterschiede in den agrarpolitischen Vorstellungen haben sich denn auch in der Abstimmung in der WAK niedergeschlagen. Beim Gegenentwurf lautete das Ergebnis 13 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen für Nichteintreten auf den Gegenentwurf. Die WAK empfiehlt Ihnen somit mehrheitlich, auf den Gegenentwurf nicht einzutreten.

Bei den Abstimmungsempfehlungen zur Initiative lautete das Abstimmungsergebnis der WAK wie folgt: Dem Antrag auf Empfehlung zur Ablehnung gemäss Antrag des Bundesrates folgten 7 Mitglieder ohne Gegenstimme; 12 Mitglieder der WAK haben sich der Stimme enthalten. Die Ablehnung begründet sich im Wesentlichen mit den weitgehenden Interventionen wie staatlichen Preis- und Mengenvorschriften, Steuerungen und den vorgeschlagenen Importbeschränkungen. Die zahlreichen Enthaltungen wiederum erklären sich mit dem, ich sage mal, Ärger oder Erstaunen etlicher Kommissionsmitglieder über den bundesrätlichen Bericht zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik.

Wie Sie gesehen haben, liegt nun noch ein Einzelantrag auf Unterstützung der Initiative vor. Ein solcher Antrag wurde in der WAK weder gestellt noch debattiert. Deswegen haben wir dazu auch keine Empfehlungen vonseiten der WAK-NR.

So weit der Bericht Ihrer Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zu folgen.

AB 2017 N 1941 / BO 2017 N 1941

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: La Commission de l'économie et des redevances a examiné l'initiative populaire, qui nous est soumise aujourd'hui, le 15 mai, le 24 octobre, puis le 13 novembre 2017. Cette initiative vise à introduire dans la Constitution fédérale une nouvelle disposition, particulièrement longue, un nouvel article visant à obliger la Confédération, notamment, à favoriser l'augmentation du nombre d'actifs dans l'agriculture, à favoriser la détermination de prix équitables dans chaque filière, à renforcer les échanges directs entre les paysans et les consommateurs, à harmoniser les conditions de travail des salariés agricoles au niveau fédéral, à prélever des droits de douane sur les produits importés qui ne respectent pas les normes sociales et environnementales édictées dans notre pays et à interdire l'utilisation dans l'agriculture des organismes génétiquement modifiés.



La commission a également examiné un contre-projet direct à cette initiative qui fait l'objet de la proposition de minorité Jans, qui vise à compléter l'article 104 actuel de la Constitution fédérale en y mentionnant notamment l'échange et la commercialisation de semences, les échanges directs entre paysans et consommateurs, ainsi que les conditions de travail des salariés agricoles.

La Commission de l'économie et des redevances a fait un certain nombre de constats. Le premier constat, c'est que l'initiative porte sur toute une série de problématiques qui sont certes toutes liées de près ou de loin au domaine agricole, mais qui ne sont pas forcément pour autant matériellement connectées les unes aux autres. On peut dès lors se demander, du moins sous l'angle politique, si l'initiative respecte véritablement le principe de l'unité de la matière. On peut, par exemple, vouloir, en tant que citoyen ou citoyenne, interdire les organismes génétiquement modifiés dans l'agriculture sans pour autant vouloir harmoniser à l'échelle fédérale les conditions de travail de tous les salariés agricoles. Dans un tel cas de figure, on ne sait pas comment voter, on ne sait pas s'il convient ou non de soutenir l'initiative.

Le deuxième constat, c'est que le peuple et les cantons ont accepté, ou même plébiscité, le 24 septembre dernier, avec un taux de 78,7 pour cent, un arrêté fédéral visant à introduire dans la Constitution fédérale une nouvelle disposition, l'article 104a, qui concerne l'ensemble de la branche agricole et agroalimentaire, "de la fourche à la fourchette".

Dans ces conditions, la commission s'interroge sur l'utilité de l'initiative populaire qui nous est soumise aujourd'hui.

Le troisième constat, c'est qu'en matière agricole la Constitution fédérale règle l'ensemble des problématiques imaginables. Elle est exhaustive, elle est complète en ce qui concerne l'agriculture. Pour influencer sur la politique agricole, il faut à présent agir au Parlement au travers d'autres instruments institutionnels, comme la loi sur l'agriculture, les arrêtés fédéraux simples, à l'instar de l'arrêté fédéral sur les moyens financiers destinés à l'agriculture 2018–2021, et le budget annuel de la Confédération.

Ces trois constats valent aussi pour le contre-projet direct, qui fait l'objet de la proposition de la minorité Jans, même si ce contre-projet, admettons-le en toute objectivité, est plus ciblé que le texte de l'initiative populaire. C'est en s'appuyant sur ces constats que la commission vous recommande, d'une part, de rejeter la proposition de la minorité Jans, qui préconise un contre-projet direct, par 13 voix contre 4 et 5 abstentions, et, d'autre part, de recommander le rejet de l'initiative populaire, par 7 voix contre 0 et 12 abstentions. En d'autres termes, aucun commissaire ne propose de recommander l'acceptation de l'initiative.

En revanche, et c'est insolite, il y a 12 abstentions. Ces 12 abstentions reflètent la surprise, l'inquiétude, le malaise ou l'hostilité ressentis par un certain nombre de membres de la commission à la suite de la publication, il y a quelques semaines, par le Conseil fédéral, d'un rapport consacré à la politique agricole à partir de l'année 2022, intitulé "Vue d'ensemble du développement à moyen terme de la politique agricole". Cette stratégie du Conseil fédéral, qui est notamment axée sur une diminution de la protection douanière, ne tient pas compte du rôle multifonctionnel et durable de l'agriculture voulu par le souverain le 24 septembre dernier lorsqu'il a plébiscité l'arrêté fédéral sur la sécurité alimentaire. En d'autres termes, le nombre important d'abstentions traduit le trouble ou la désapprobation ressentis au sujet du rapport précité du Conseil fédéral.

La majorité de la commission, au sens formel, donc les sept commissaires qui vous proposent de recommander le rejet de l'initiative populaire, considère qu'il faut distinguer les objets, qu'il ne faut pas se mettre à utiliser le débat sur l'initiative qui nous est soumise – et qui a un contenu précis, un contenu spécifique – pour critiquer, à tort ou à raison, la stratégie du Conseil fédéral à partir de l'année 2022. Nous débattons aujourd'hui d'une initiative populaire spécifique; nous aurons l'occasion ultérieurement, à d'autres moments, de débattre de la stratégie du Conseil fédéral à moyen terme en matière agricole.

En d'autres termes, dire non à l'initiative populaire qui nous est proposée, ce n'est pas cautionner la stratégie présentée récemment par le Conseil fédéral pour l'année 2022 et les suivantes concernant la politique agricole.

Jans Beat (S, BS): Ich möchte Ihnen im Namen der Minderheit einen direkten Gegenvorschlag schmackhaft machen. Die Initiative geht zu weit. Sie ist mit beinahe zwei A4-Seiten Verfassungstext ausgesprochen umständlich. Einerseits verlangt sie Dinge, die man gar nicht umsetzen kann, zum Beispiel, dass der Bund dafür sorgen muss, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zunimmt. Um Gottes willen, wie soll er denn das tun? Andererseits fordert sie Dinge, die wir ablehnen, zum Beispiel, dass die Zölle als Pflichtprogramm für den Bund in der Bundesverfassung quasi verewigt werden. Das ist falsch.

Zölle, das werden Sie in der Debatte jetzt dann noch erleben, werden als die Lösung für alle Probleme beschrieben. Aber das sind sie nicht. Sie kosten, das sehen Sie in der Auslegeordnung, in der Gesamtschau des Bundesrates, inzwischen 3,5 Milliarden Franken, und zwar ist das das, was die Konsumentinnen und Konsumenten der Schweiz mehr bezahlen, weil wir hier Schweizer Preise vorschreiben. Das ist ein Schweißzwang,



diese Zölle.

Das ist unsozial; es sind inzwischen 1000 Franken pro Haushalt, und die muss jeder zahlen, ob er sie hat oder nicht. Es gibt heute 500 000 Leute, die nur von der AHV leben. Sie müssen diese Kopfsteuer, diese Kopfgebühr bezahlen. Es gibt 145 000 Working Poor; ihnen bleibt, wenn die Miete bezahlt ist, die Krankenkasse bezahlt ist, praktisch kein Geld mehr. Sie müssen alle diese höheren Preise bezahlen. Deshalb ist diese Zollpflicht unsozial, das sei hier klar gesagt. Wer soziale Landwirtschaftspolitik macht, macht sie über die Direktzahlungen. Diese sind über einkommensabhängige Steuern finanziert, und das ist viel fairer; das sei hier gesagt.

Deshalb meinen wir, es brauche einen Gegenvorschlag. Es kann nicht diese Initiative sein. Warum braucht es einen Gegenvorschlag? Weil wir die Bauern, wenn beispielsweise der Freihandel kommt, in der Tat nicht einfach dem Weltmarkt opfern wollen, sondern wir wollen, dass sie gute Bedingungen in der Schweiz haben. Die haben sie noch nicht in ausreichendem Ausmass.

Wir fordern deshalb eine Ergänzung von Artikel 104 der Bundesverfassung, der dem Bund bereits in fünf Punkten Kompetenzen gibt, in diesem Sinne in den Markt einzugreifen, der ihm Möglichkeiten gibt, um die landwirtschaftliche Produktion zu stärken. Das wollen wir hier mit fünf weiteren Punkten tun.

In Buchstabe g fordern wir das Recht der Landwirte auf eigenes Saatgut. Das ist ein Grundrecht, das im globalen Umfeld leider nicht mehr gewährleistet wird. Konzerne verbieten es den Bauern, ihr eigenes Saatgut weiterzuverbreiten. Wenn der Markt geöffnet wird, soll das geklärt sein; dieses Recht wollen wir in der Verfassung. Es ist noch kein Problem, könnte in der Schweiz aber eines werden.

In den Buchstaben h und i wird einerseits die Marktmacht der Produzentinnen und Produzenten gegenüber vor- und nachgelagerten Branchen und andererseits die Direktvermarktung durch den Bund gestärkt, sodass man die Zwischenhändler ausschalten kann. Das sind beides Massnahmen, welche die landwirtschaftliche Produktion stärken. Es besteht

AB 2017 N 1942 / BO 2017 N 1942

die unsägliche Situation, dass die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft jährlich zwar 2 Prozent beträgt, bei den Bauern aber nichts übrig bleibt, weil die vor- und nachgelagerten Branchen alles abholen. Deshalb soll das gestärkt werden. Der Bundesrat kann hier Massnahmen ergreifen. Er hat übrigens schon gesetzliche Grundlagen dafür, das gibt es bereits, die betreffenden Bestimmungen werden aber sehr zurückhaltend angewendet. Wenn wir diesem Gegenvorschlag zustimmen, geben wir ein klares Signal, dass er das besser und häufiger tun soll.

Dann haben wir Buchstabe j: Um zu verhindern, dass wir in der Schweiz ein Preis- und Lohndumping haben, sollen branchen- und ortsübliche Arbeitsbedingungen sichergestellt werden. Auch das machen die Kantone heute schon über Normalarbeitsverträge. Wenn wir diesem Gegenvorschlag zustimmen, geben wir dem Bundesrat den Auftrag, dies zu koordinieren und zu kontrollieren und hier aktiver zu werden. Es gibt da immer noch ziemlich hässliche Fälle in der Schweiz, die wir nicht akzeptieren wollen.

Dann kommt schliesslich Buchstabe k, in dem es um das Gentechnikverbot in der Landwirtschaft geht. Sie wissen, wir haben das faktisch heute schon, wir haben ein Moratorium. Wir haben aber keine Verfassungsgrundlage dafür; wir meinen, es sei an der Zeit, diese zu schaffen. Man kann über den Segen der Gentechnik geteilter Meinung sein. Klar ist: Die Landwirtschaft in der Schweiz hätte Nachteile, wenn wir dieses Gentechnikverbot aufheben würden, und zwar weil wir die Qualitätsstrategie nicht mehr fahren könnten – die Qualitätsstrategie, die besagt, dass sich Schweizer Produkte auf dem europäischen Markt durch eine ökologische Qualität profilieren. Das können Sie dann erstens vergessen, und zweitens entstehen riesige Kosten, um die Warenflüsse – gentechnisch verändert, nicht gentechnisch verändert – zu trennen. Deshalb braucht es auch hier eine Verfassungsgrundlage, damit die Landwirtschaft auf dem Markt ein klares Profil und klare Stärken hat.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Initiative ernst zu nehmen, wichtige Punkte in den direkten Gegenvorschlag aufzunehmen, aber die Initiative selbst dann halt zur Ablehnung zu empfehlen, weil sie zu weit geht.

Glättli Balthasar (G, ZH): Was spricht für die Initiative "für Ernährungssouveränität"? Eigentlich sagt es der zweite Teil des Titels bereits. Er lautet: "Die Landwirtschaft betrifft uns alle."

Diese Initiative will ein anderes Konzept für die Landwirtschaft. Sie will eine Landwirtschaft, in der der Mensch eine Rolle spielt – als Bäuerin hier in der Schweiz, als Kleinbauer im Trikont oder als Konsument in der Region. Sie will eine Landwirtschaft, in der die Landwirtinnen und Landwirte wissen, dass der Boden nicht etwas ist, das man als Produktionsfaktor einfach nimmt, verwertet und dann wegwirft. Sie will also eine Landwirtschaft, die Sorge trägt zu den natürlichen Grundlagen.

Ernährungssouveränität bedeutet auch eine selbstbewusste Absage an den grössten Traum der Agrokonzer-



ne, die Gentechnik. Hybrides Saatgut macht Bäuerinnen und Bauern doppelt abhängig: nicht nur vom Kauf des Saatgutes, sondern auch vom Gebrauch der verkauften Pestizide, die nur gentechnisch veränderte Pflanzen überhaupt ertragen. Nahrungsmittel sind nicht einfach irgendein Gut, das man blind nach den Regeln des Wettbewerbs möglichst günstig produzieren und möglichst billig konsumieren sollte. Nahrungsmittel sind eine Grundlage des Lebens.

Ich stellte als Mitglied des Initiativkomitees natürlich einen Einzelantrag zur Unterstützung der Initiative. Ich werde diesen jetzt zurückziehen und schulde Ihnen dafür eine Erklärung. Ich möchte damit nicht die Anliegen der Initiative preisgeben, ganz im Gegenteil.

Viele Anliegen dieser Initiative haben heute mehr Unterstützung denn je. Denn als der Bundesrat seine Gesamtschau zur Agrarpolitik veröffentlichte, da wurde klar: Aus der Sicht des Bundesrates ist die Landwirtschaft nicht viel mehr als ein Pfand in neuen Freihandelsverhandlungen, ein Pfand, das der Bundesrat gerne aufgibt, wenn er dafür neue Räume für einen schrankenlosen Freihandel für die Exportindustrie erschliessen kann. Es ist also genau das Gegenteil dessen, was man nach den Diskussionen der letzten Monate erwarten durfte.

Aus dem Sport wissen Sie: Manchmal ist ein Pass seitwärts und das Spiel über die Flanke intelligenter, als blind durch die Mitte zu stürmen. Genau diesen Pass seitwärts spielte ich, Richtung Ständerat. Decken wir heute die Karten nicht auf, dann ist das Gewicht Ihrer aller Redebeiträge umso grösser und die Aufgabe des Ständerates klar, jene Stimmen ernst zu nehmen, welche eine Landwirtschaft von und für Menschen wollen, eine regionale und ökologische, eine solidarische Landwirtschaft, keine Agroindustrie mit schrankenlosem Freihandel.

Nennen Sie dies bauernschlau. Eines kann ich Ihnen versichern: Das Recht, sich für oder gegen diese Initiative auszusprechen, das kann, das will ich Ihnen nicht nehmen. Dieses Recht werden Sie anlässlich der Schlussabstimmung so oder so haben.

L'initiative "pour la souveraineté alimentaire" veut que notre Constitution reconnaisse que l'agriculture nous concerne toutes et tous. Elle veut que nous pensions l'agriculture autrement, non pas simplement comme une autre industrie, mais comme une activité qui contribue fondamentalement à ce qui nous définit: notre nourriture quotidienne, notre paysage précieux.

Le concept de la souveraineté alimentaire veut une agriculture solidaire à l'intérieur de notre pays, mais aussi à l'échelle internationale, un soutien mutuel et solidaire des paysans d'ici et d'ailleurs, et non pas une concurrence à leurs dépens. Cette initiative veut tout simplement plus d'agriculture et moins d'agro-industrie.

Pourquoi alors, bien que membre du comité d'initiative, je retire ma proposition individuelle? Ce n'est pas pour me désolidariser des buts de cette initiative, mais par simple raisonnement tactique. Le Conseil fédéral a présenté sa vue d'ensemble de la politique agricole à moyen terme et il est devenu évident que cette vue d'ensemble va dans une toute mauvaise direction.

En retirant ma proposition, je vous permets de garder vos cartes en main – en cachant votre jeu –, de développer aujourd'hui les arguments pour une autre agriculture, et de donner alors un signal politique clair à la deuxième chambre, à savoir qu'un simple "non" à cette initiative ne va résoudre aucun problème. Il est temps de faire un pas concret vers une vraie agriculture régionale, socialement et écologiquement respectueuse ainsi que solidaire au niveau international.

Dettling Marcel (V, SZ): Wir befinden heute einmal mehr über eine Initiative, welche die Landwirtschaft betrifft. Es scheint, dass die Landwirtschaftspolitik der letzten Jahre nicht die beste ist. Anders ist diese erneute Initiative nicht zu erklären. Sie reiht sich ein in eine Reihe von Initiativen, welche auf landwirtschaftliche Themen Bezug nehmen. Neu an dieser Initiative ist, dass es eine sehr kleine Gruppierung geschafft hat, in der geforderten Zeit die nötigen Unterschriften zu sammeln. Dem gebührt unser Respekt.

Den Initianten geht es um kleinbäuerliche Strukturen. Dieses Anliegen unterstützte die SVP schon immer. Auch wir wollen, dass künftig Familienbetriebe in der Schweizer Landwirtschaft die Regel und nicht die Ausnahme sind. In diesem Punkt sind wir uns einig. Auch dass es in der Schweiz einen Grenzschutz für den Agrarsektor braucht, ist für die SVP sonnenklar. Wegen der Topografie in der Schweiz, also der Grundlage, auf welcher die Schweizer Landwirte arbeiten, können wir uns nie mit Betrieben in Südamerika vergleichen.

Aus diesem Grund ist es umso katastrophaler, dass unser Bundesrat hier die Schleusen in Zukunft öffnen möchte. Der gleiche Bundesrat hat, als die Ernährungssicherheits-Initiative des Bauernverbands behandelt wurde, in diesem Rat noch ausgeführt, dass es mit dem Gegenvorschlag zur Initiative nicht mehr Freihandel geben werde. Das Schweizer Stimmvolk hat in der Folge den Gegenvorschlag mit einem rekordhohen Ja-Anteil angenommen. Der Schweizer Stimmbevölkerung ist es wichtig, dass unsere Landwirte in diesem Land produzieren können, dass sie gute Lebensmittel



produzieren, dass das Tierwohl hohen Standards gerecht wird, und vor allem ist es der Schweizer Bevölkerung wichtig, dass der Selbstversorgungsgrad nicht noch weiter sinkt.

All das hat der Bundesrat mit seinem Bericht zur Gesamtschau zur Agrarpolitik auf 85 Seiten zunichtegemacht. Statt sich Gedanken zu machen, wie der Selbstversorgungsgrad in Zukunft gesteigert werden könnte, wird im Bericht geschrieben, dass man ihn lieber senken möchte. So geht das nicht. Da darf sich derselbe Bundesrat in Zukunft nicht wundern, wenn extremere Initiativen als die heutige kommen und diese dann vor dem Volk sogar noch Chancen haben. Das Stimmvolk schätzt es nicht sonderlich, wenn es an der Nase herumgeführt wird. Vor allem wird hier eine ganze Branche an der Nase herumgeführt. Bauernfamilien, die tagtäglich ihr Bestes geben, um einwandfreie Produkte zu erzeugen, die täglich ihre Tiere und nicht zuletzt unsere schöne Landschaft pflegen, werden hier vom Bundesrat bewusst auf die Schlachtbank geführt.

In der Gesamtschau spricht der Bundesrat von einem zusätzlichen gewollten Bauernsterben von 40 Prozent, von heute 1,8 Prozent auf neu 2,5 Prozent jährlich. Oder anders gesagt, 1300 Betriebe sollen gemäss Bundesrat jährlich ihre Stalltüre für immer schliessen. In welchem Land gibt es das schon, dass die oberste Führung bewusst sagt, dass man in einem Sektor Arbeitsplätze vernichten will? Sonst wird überall das Halleluja für das Schaffen von Jobs angestimmt. Nur in der Landwirtschaft will man mutwillig Jobs zerstören. Nicht mit uns! Wir sind froh um jeden Arbeitsplatz, den es in der Schweiz gibt. Es ist nicht so, dass es in der Vergangenheit wegen der Landwirtschaft zu Blockaden in gewissen Dossiers gekommen ist. Die Landwirtschaft hat in der Vergangenheit immer Hand geboten für Lösungen, für nachhaltige Lösungen, von denen alle etwas haben: der Konsument, die Landwirtschaft, aber selbstverständlich auch die Wirtschaft. Dies muss der Ansatz sein, auch für den Bundesrat. Hier setzt die Initiative an.

Es ist den Initianten hoch anzurechnen, mit welchen Absichten sie ans Werk gegangen sind. Es sind sicherlich nicht die gleichen Ziele, die der Bundesrat in der Gesamtschau zur Landwirtschaftspolitik verfolgte. Hier könnte sich der Bundesrat noch eine Scheibe abschneiden. Leider ist der Initiativtext schlussendlich doch etwas sehr ausführlich geraten und würde dann doch einige sehr starre Vorgaben in die Verfassung schreiben. Deshalb ist die Mehrheit der SVP-Fraktion für die Ablehnung der Initiative, die gut gemeint ist und deren Stossrichtung wir durchaus in mehreren Punkten teilen.

Page Pierre-André (V, FR): L'initiative d'Uniterre "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" allait dans la bonne direction. Au moment où elle a été lancée, la motivation des initiants était fondée. Entre-temps, nos concitoyens et le souverain ont largement plébiscité l'initiative de l'Union suisse des paysans, malheureusement modifiée par le Parlement. Mais elle a été largement soutenue par la population suisse, et nous devons nous battre pour la mise en application de cette initiative. Nous voyons déjà les problèmes auxquels nous serons confrontés par ce simple texte.

Je vais faire un petit retour dans le temps et un petit voyage du côté de Bulle, en pays fribourgeois, Monsieur le conseiller fédéral, et je vais vous rappeler votre visite au Salon suisse des goûts et terroirs, jeudi dernier, dans le chef-lieu gruérien. Je suis convaincu que vous avez pris plaisir à cette visite et que vous avez pu vous rendre compte de l'enthousiasme au travail et de la capacité d'innovation dont font preuve tous les acteurs de la chaîne alimentaire, des paysans producteurs aux artisans créant ou transformant nos produits.

Mais je vais aussi vous rappeler ce que vous avez déclaré: "Je suis ouvert au dialogue. Je suis prêt à discuter avec le moyen paysan. J'organise volontiers une table ronde." Nous aimerions aujourd'hui, tout simplement, que, devant notre chambre, vous nous confirmiez vos propos du salon: nous aimerions pouvoir avoir confiance, car, actuellement, notre confiance est ébranlée.

Voyez-vous, d'abord, le rapport du Conseil fédéral sur la politique agricole 2022 est en totale contradiction avec les souhaits de la population suisse. Le 24 septembre dernier, la majorité des citoyennes et des citoyens a soutenu l'agriculture suisse et a voulu une production de proximité. Mais ce rapport du Conseil fédéral va dans le sens contraire.

Voyez-vous, ensuite, l'initiative déposée par nos collègues paysans, membres d'Uniterre, est importante: elle rappelle et souligne les soucis de notre agriculture au moment où, justement, le Conseil fédéral nous livre son rapport sur le développement à moyen et long termes de l'agriculture en Suisse.

Le groupe UDC soutient toujours, à la quasi-unanimité, les propositions venant du monde agricole. Vous avez pu le constater, la semaine dernière, lors des votes sur le budget et, tout à l'heure, lors du vote sur la "Schoggi-Gesetz". Mais aujourd'hui, après le plébiscite des citoyens suisses pour le contre-projet à l'initiative de l'Union suisse des paysans – environ 80 pour cent de soutien –, il ne paraît pas très judicieux, aux yeux de la majorité de notre groupe, de soumettre au peuple l'initiative d'Uniterre. La majorité du groupe UDC va donc recommander son rejet, parce qu'elle la trouve excessive.

Monsieur le conseiller fédéral, je reviens sur vos propos tenus la semaine dernière à Bulle. Vous dites com-



prendre les paysans: je suis alors fort surpris que vous n'avez pas obtenu de majorité au sein du collège gouvernemental. Vous dites encore être prêt au dialogue, vous avez même suggéré une "soupe au lait de Kappel" pour que, ensemble, nous trouvions une solution à nos problèmes. J'accepte cette invitation et mes collègues du groupe UDC aussi, car nous tous souhaitons une agriculture productrice, une agriculture qui reste aux mains de nos familles paysannes. Je souhaite que vous nous confirmiez aujourd'hui votre ouverture au dialogue. Alors une majorité de notre groupe sera incitée à suivre votre proposition au sujet de cette initiative parlementaire.

Dans notre groupe, le résultat est pour l'heure le suivant: une majorité, 30 voix, proposera le rejet de l'initiative d'Uniterre; une minorité s'abstiendra; et une plus petite minorité encore, 5 voix, proposera d'accepter l'initiative, car elle a de la peine à croire en la bonne volonté du Conseil fédéral.

Le vote de notre groupe signifie que votre message lancé la semaine dernière à Bulle est passé. A vous maintenant de nous confirmer votre volonté de dialogue, à vous de nous démontrer que nous pouvons vous faire confiance. Dans cette optique, le groupe UDC rejettera les propositions de la minorité Jans et de la minorité Glättli.

Birrer-Heimo Prisca (S, LU): In der Frühjahrssession 2016 hatten wir die Debatte über die Volksinitiative "für Ernährungssicherheit"; in der Frühjahrssession 2017 führten wir die Debatte über den Gegenvorschlag zu dieser Initiative. In der Herbstsession 2017 führten wir die Debatte über die Fair-Food-Initiative. Nun, in der Wintersession 2017, führen wir die Debatte über die Initiative zur Ernährungssouveränität.

Zum vierten Mal innert weniger Monate äussere ich mich hier für die SP-Fraktion zu neuen Verfassungsartikeln zum Thema Landwirtschaft und Ernährung. Wohlverstanden, in der heutigen Bundesverfassung hat es bereits einen umfangreichen Artikel dazu. Artikel 104, "Landwirtschaft", sagt klar, dass der Bund zu einer nachhaltigen und auf den Markt ausgerichteten Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet. Die Verfassung fordert die sichere Versorgung der Bevölkerung, die Erhaltung der natürlichen Grundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft; sie fordert ergänzend die Selbsthilfe der Landwirtschaft; sie zeigt auf, welche Massnahmen die Landwirtschaft erwarten kann mit den Direktzahlungen, mit wirtschaftlich lohnenden Anreizen zu naturnahen Produktionsformen; sie enthält Vorschriften zur Deklaration; sie schützt die Umwelt vor Beeinträchtigungen usw. Bereits heute sind im bestehenden Artikel 104 sehr viele wichtige Anliegen aufgenommen. In der Abstimmung vom 24. September 2017 wurde die Bundesverfassung noch mit Artikel 104a ergänzt, der nicht nur die Ernährungssicherheit und den ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln verankert, sondern auch grenzüberschreitende Handelsbeziehungen fordert, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen.

AB 2017 N 1944 / BO 2017 N 1944

Nun soll also die Bundesverfassung ein weiteres Mal mit vielen einzelnen Bestimmungen – dieses Mal unter dem Fokus Ernährungssouveränität – ergänzt werden, dies mit einem ausserordentlich langen Initiativtext, der eine grosse Anzahl unterschiedlicher Forderungen enthält. Auch wenn darin wichtige Anliegen enthalten sind, die notabene von bestehenden Verfassungsartikeln weitgehend abgedeckt werden, enthält die Initiative auch umstrittene Forderungen. Sie will zurück zu einer Agrarpolitik der Vergangenheit mit einer staatlichen Mengen- und Preissteuerung. Eine solche Agrarpolitik ist aber vor 1995 gescheitert.

Die Initiative will den Grenzschutz stärker als Regulierungsinstrument einsetzen. Nur, dieser Grenzschutz kostet heute schon rund 3,5 Milliarden Franken, was die Konsumentinnen und Konsumenten mit höheren Lebensmittelpreisen bezahlen. Das macht rund 1000 Franken pro Haushalt und pro Jahr aus. Zwar sind die Nahrungsmittelkosten für viele Haushalte kein grosser Posten mehr. Menschen mit kleinen Einkommen werden aber stärker getroffen. Die Bäuerinnen und Bauern profitieren jedoch vom Grenzschutz nur wenig: Er kommt in erster Linie den vor- und nachgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette zugute.

Eine stärkere Regulierung über den Grenzschutz führt zu einer noch grösseren Belastung der Haushalte und wird die bereits heute grossen Einkäufe ennet der Grenze weiter befördern. So wird der Grenzschutz zum Anreiz, die Grenze mit der Einkaufstasche zu überwinden. Das kann ja wohl nicht das Ziel sein! Das kann auch nicht die Strategie für eine zukunftsfähige Agrarpolitik sein.

Die SP setzt sich seit vielen Jahren für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die dem Tierwohl, der Umwelt sowie den Interessen der Konsumentinnen und der Produzenten mit ihren Mitarbeitenden gleichermaßen Rechnung trägt und die einer Qualitätsstrategie verpflichtet ist. Auch wir wollen die Lebensmittelproduktion fairer und ökologischer gestalten. Dafür engagieren wir uns im Rahmen agrarpolitischer Vorlagen, beim Gentechnikgesetz oder beim Lebensmittelgesetz.

Die Bundesverfassung bietet bereits heute die Grundlage, um Zielsetzungen wie den Schutz des Agrarlandes,



die ökologische Ausrichtung und den nachhaltigen Handel zu erreichen. Die vorliegende Initiative enthält aber einzelne Forderungen, die so noch nicht in der Verfassung verankert sind. Diese haben wir nun mit einem Gegenvorschlag aufgenommen, so das Recht auf eigenes Saatgut, das Gentechnikverbot in der Landwirtschaft, die Stärkung der Marktmacht der Produzenten, minimale Arbeitsstandards sowie die Förderung von Konsumenten- und Produzentengemeinschaften und regionalen Strukturen.

Dass in einer globalisierten Welt wie der heutigen, in der Produkte aus der ganzen Welt fast rund um die Uhr erhältlich sind, die Frage an Bedeutung gewonnen hat, was wir auf unserem Teller haben und wie es produziert wurde, ist offensichtlich. Die agrarpolitischen Diskussionen sind wichtig. Aber dazu brauchen wir nicht unzählige detaillierte Bundesverfassungsbestimmungen. Ich halte es hier mit der Agrarallianz, zu der verschiedenste Produzenten- und Konsumentenorganisationen, aber auch Naturschutzverbände, die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz oder der WWF gehören. Die Agrarallianz hat kurz zusammengefasst Folgendes gesagt: Ernährungssouveränität heisst die Agrarpolitik konsequent weiterentwickeln, den Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative umsetzen und die Uno-Agenda 2030 realisieren. Das haben wir zu tun.

Die SP-Fraktion hat die Vor- und Nachteile der vorliegenden Initiative kontrovers diskutiert. Es gibt sowohl Zustimmung wie Ablehnung. Aber den Gegenvorschlag unterstützen wir klar, und ich bitte Sie, das auch zu tun.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Cette initiative a été lancée dans le sillage des deux autres initiatives en lien avec la souveraineté alimentaire: celle de l'Union suisse des paysans et celle des Verts.

Le Parlement est soucieux de la souveraineté alimentaire et c'est pourquoi il a soutenu le contre-projet à l'initiative de l'Union suisse des paysans, contre-projet qui a été largement accepté par le peuple suisse cet automne. Ce contre-projet se voulait aussi être une réponse aux deux autres initiatives. Dès lors, le groupe vert/libéral estime qu'une réponse à la question de la sécurité alimentaire a déjà été apportée par l'inscription du nouvel article 104a dans la Constitution fédérale.

Si on entre dans le détail de cette initiative, on s'aperçoit que d'autres thèmes, comme celui de l'aménagement du territoire, sont également réglés. Il est évident qu'il faut protéger les terres cultivables et c'est dans ce sens que la loi sur l'aménagement du territoire et le plan sectoriel des surfaces d'assolement ont été révisés. Avec ces révisions, la protection des terres cultivables a été massivement renforcée. Concernant l'aspect organisationnel, ce n'est pas à la Confédération de créer des organisations paysannes, mais c'est aux paysans eux-mêmes de le faire – d'ailleurs, ils le font déjà très bien.

Le prélèvement de droits de douane supplémentaires sur des produits importés non conformes aux règles sociales et environnementales qui prévalent en Suisse me fait penser aux indulgences que l'on s'achetait dans l'Eglise catholique. Se dire: "Je consomme des produits non respectueux de l'environnement et des conditions sociales, mais je m'achète le droit de le faire" est aussi peu éthique que d'interdire de produire du foie gras en Suisse tout en autorisant son importation.

Enfin, ce n'est pas à l'Etat de fixer les prix et d'organiser le stockage et les échanges entre paysans et consommateurs. Cette façon de faire serait celle d'une économie collective. Il existe un terme bien connu en Russie pour définir une économie collective: ce sont les kolkhozes. L'histoire nous a montré que cette manière de faire n'a pas rendu les paysans plus riches et n'a pas non plus permis d'augmenter la production.

Ce n'est pas par des mesures étatiques que l'on résoudra les problèmes des paysans, mais bien par une responsabilisation des consommateurs, car ce sont bien eux qui font la pluie et le beau temps dans ce secteur. Comment expliquer que l'on accepte de dépenser une fortune en essence pour aller économiser trois francs six sous dans l'achat de denrées alimentaires de l'autre côté de la frontière? Les mêmes personnes qui se plaignent d'avoir des salaires trop bas n'ont aucun problème à faire du tourisme d'achat, accentuant du même coup la pression sur les salaires suisses.

En faisant preuve d'un peu de cohérence, c'est-à-dire non seulement en consommant local, en acceptant de payer le juste prix d'une denrée alimentaire respectueuse de l'environnement et des conditions sociales, mais également en gaspillant moins notre nourriture, nul besoin d'un nouvel article constitutionnel.

C'est pourquoi le groupe vert/libéral ne recommandera d'accepter ni l'initiative ni le contre-projet proposé.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Die Grundsätze der grünliberalen Agrarpolitik sind, dass wir eine Landwirtschaft wollen, die mehr Ökologie bietet, die stärker auf den Markt und die Konsumenten ausgerichtet ist, die wettbewerbsfähig ist, die fairen Handel ermöglicht und auch einfordert und die den Bauern gute Einkommen generiert. Wir sind nicht auf einem guten Weg. Sie wissen um die Umweltdefizite. Es gibt verschiedene Berichte des Bundesrates, die unmissverständlich aufzeigen, dass kein einziges der Umweltziele der Landwirtschaft erreicht wird. Wir haben hohe Stickstoffüberschüsse, Pestizide, Böden, die belastet sind, Rückstände in Nah-



rungsmitteln und Trinkwasser. Uns gibt das zu denken.

Gleichzeitig haben wir abhängige Bauern. Sie sind abhängig von hohen Subventionen, von Vorleistungen und Futtermitteln, Maschinen und Importen, von Investitionsentscheidungen, die sie getätigt haben und die sie alles andere als frei machen. Die Bauern erhalten mittlerweile mehr Direktzahlungen, als sie Einkommen generieren. Das ist eine Folge verfehlter staatlicher Subventionen und eine existenzielle Bedrohung für die Bauernfamilien in der Schweiz.

Erstens hat diese Produktion Umweltauswirkungen. Eine Steigerung der Stickstoff- und Phosphoreffizienz und eine Senkung der Ammoniakemissionen ist unumgänglich, weil wir sonst zu hohen Schäden haben – und die Sanierung der verursachten Schäden berappen wir wiederum mit

AB 2017 N 1945 / BO 2017 N 1945

Steuergeldern. Hier besteht ein enormes Potenzial. Die Lösung ist naheliegend. Wir müssen Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen; wir müssen standorteffizienter, ressourcenschonender, ohne Übermechanisierung, ohne Überproduktion und ohne immense Verschuldung produzieren. Es ist also höchste Zeit, dass der Bundesrat vorwärtsmacht. Die heutige Landwirtschaftspolitik ist nicht im Sinne der Bauern, sie ist nicht im Sinne der Steuerzahlerinnen und Konsumenten, sie dient der vorgelagerten Industrie, die an der Verschuldung der Bauern verdient, die Maschinen, Ställe, Futtermittel, Pestizide und Beton verkaufen will.

Wir Grünliberalen haben den Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit" mitgetragen, weil er ein Bekenntnis zum Markt abgibt, zu nachhaltigen Handelsbeziehungen und Importen, zu mehr Ökologie und Kulturlandschutz. Es ist ein Weg für eine Landwirtschaftspolitik, die mehr auf den Markt ausgerichtet ist, die wettbewerbsfähiger ist und anerkennt, dass Handel eine Notwendigkeit ist, ökologischer ist, weil es anders gar nicht möglich ist, das Kulturland und die Lebensgrundlagen zu erhalten. Das ist es, was es in der Landwirtschaftspolitik braucht.

Genauso wenig wie die ursprüngliche Ernährungssicherheits-Initiative, die mutmasslich das Rad zurückdrehen wollte, werden wir den Inhalt der Ernährungssouveränitäts-Initiative unterstützen. Es gibt konkrete Forderungen dieser Initiative, die durchaus unterstützenswert wären: die Ressourcenschonung, der Erhalt der Kulturlflächen, auch die Qualität der Kulturlflächen. Das ist aber bereits auf gutem Weg. Wir haben die bestehende Bundesverfassung, ein Raumplanungsgesetz und den Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative.

Zweitens besteht bereits ein Verbot aller Exportsubventionen, die für die Ernährungssouveränität anderer Länder schädlich sind, insbesondere von Nichtindustriationen. Da gibt es den WTO-Ministerbeschluss, den wir heute Morgen beraten haben, oder die Möglichkeit, "border tax agreements" abzuschliessen, also eine Bezolung von ökologischer und sozialer Minderqualität vorzusehen. Da gibt es einen Vorschlag, den die SP-Fraktion als Gegenvorschlag zur Fair-Food-Initiative eingebracht hat – die Grünliberalen haben ihn unterstützt. Das sind alles sinnvolle Möglichkeiten. Wir sehen sie aber schon vor.

Dann hat es in dieser Initiative widersprüchliche Anliegen; sie enthält verfassungsrechtlich unklare Begriffe. Was ist bäuerliche Landwirtschaft? Was sind die ökologischen und sozialen Erwartungen der Bevölkerung? Was ist ein gerechter Preis? Warum braucht es eine neue Definition von GVO? Das sind schwierige Fragen.

Drittens beinhaltet diese Initiative klare Rückschritte und Konflikte mit der Agrarpolitik, mit dem Weg, den wir einschlagen wollen und auch sollten. Das ist der Grund, weshalb wir diese Initiative zur Ablehnung empfehlen. Wir wollen keine staatliche Erhöhung der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft und keine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen, keine staatliche Festlegung der Preise, und wir wollen nicht auf den Handel einwirken. Wir wollen nicht zurück zu dieser staatlichen Preis- und Mengensteuerung. Wir wollen keine Staatsbauern, wie wir auch keine Staatskonsumenten und keine Planwirtschaft wollen. Das hat mit Souveränität sehr wenig zu tun.

Aus den genannten Argumenten scheint es uns klar zu sein, dass diese Initiative in die falsche Richtung geht. Wir werden sie zur Ablehnung empfehlen und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Ritter Markus (C, SG): Was muss passiert sein, damit die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates eine Volksinitiative mit 0 zu 7 Stimmen – bei einer grossen Mehrheit von 12 Mitgliedern, die sich enthalten – ablehnt? Dieser Frage nachzugehen lohnt sich heute.

Hinter der Initiative "für Ernährungssouveränität" stehen Menschen, die in grosser Verantwortung für unsere Bauernfamilien, für eine nachhaltige Landwirtschaft im In- und Ausland sowie für gesunde Lebensmittel ein Volksbegehren lanciert und erfolgreich eingereicht haben. Sie wollen, dass die bäuerlichen Familienbetriebe in der Schweiz eine Zukunft haben. Dazu sollen sowohl die natürlichen Ressourcen erhalten als auch die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Lebensmittelproduktion wirtschaftlich eine Perspektive hat. Wir danken dafür, dass wir diese Diskussion hier und jetzt führen können. Der Verfassungsartikel als Ganzes



ist aber sehr ausführlich ausgefallen und würde einige doch recht starre Vorgaben in die Verfassung bringen, die nicht einfach umzusetzen wären. Deshalb hat am Schluss in der Kommission niemand der Initiative zugestimmt.

Die CVP-Fraktion wird die Initiative und den Gegenvorschlag mehrheitlich ablehnen, weil am 24. September 2017 ein umfassender neuer Verfassungsartikel für die Ernährungssicherheit von Volk und Ständen angenommen worden ist und wichtige Anliegen, auch der Initiative "für Ernährungssouveränität", in der Verfassung verankert wurden.

Den grössten Teil der sehr vielen Enthaltungen in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates zur Initiative "für Ernährungssouveränität", so auch jene unserer Delegation der CVP-Fraktion, hat aber die Gesamtschau des Bundesrates zur Agrarpolitik vom 1. November 2017 als eigentliche Proteststimmen hervorgerufen. Während die Initianten die Zölle und damit den Grenzschutz für Lebensmittel in der Bundesverfassung verankern möchten, will der Bundesrat diesen ganz oder teilweise abschaffen. Diese Gesamtschau hat in der Schweizer Landwirtschaft einen "schlafenden Riesen" geweckt, wie es vorher kaum je vorgekommen ist. Die Landwirtschaft wurde am 1. November, an Allerheiligen, in vielen Kantonen an einem Feiertag, unerwartet vom Inhalt der Strategie des Bundesrates für die künftige Agrarpolitik überrascht. Die Reaktionen waren und sind vehement. Wir müssen uns der Frage nach dem Warum stellen.

Der 85-seitige Bericht gibt Auskunft über die Strategie des Bundesrates. Die Ausführungen zum Abbau des Grenzschutzes mit Marktöffnung finden sich auf den Seiten 53 bis 59. Speziell interessant ist die Tabelle auf Seite 55 mit den verschiedenen Szenarien. Der Bundesrat bevorzugt das mittlere Szenario mit einem Abbau des Grenzschutzes gegenüber der EU um 50 Prozent, wie der Bundesrat auf Seite 59 in seinem Fazit selber ausführt. Die Schweizer Landwirtschaft würde damit 800 Millionen bis 1 Milliarde Franken an Wertschöpfung für ihre Produkte verlieren. Dies würde mehr oder weniger direkt auf die Einkommen der Bauernfamilien durchschlagen. Das Sektoreinkommen der Landwirtschaft liegt heute bei rund 2,9 Milliarden Franken. Der Bundesrat geht in seiner Strategie von einem Sektoreinkommen von 2,3 Milliarden Franken aus. Dies wäre ein enormer und nicht zu verkraftender Einkommensverlust für die Bauernfamilien!

Zudem sind die Ausführungen zu möglichen Kosteneinsparungen für die Landwirtschaft sehr vage und nicht greifbar ausgefallen. Als Kompensationsmassnahme schlägt der Bundesrat auf fünf Jahre befristet gesamthaft 900 Millionen Franken an zusätzlichen Direktzahlungen vor, deren Höhe degressiv abgebaut würde. Dies wären im ersten Jahr 300 Millionen Franken, dann 240, 180, 120 und 60 Millionen Franken pro Jahr – und dann keine Gelder mehr.

Ebenfalls ist von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Konsumenten die Rede, damit Ausfälle und Kosten beim Bund zu finanzieren wären. Damit das Gesamteinkommen für die Bauernfamilien gleich bleiben kann, will der Bundesrat den wirtschaftlichen Druck so erhöhen, dass der Strukturwandel um 40 Prozent gesteigert werden kann. Statt 1,8 Prozent, wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, soll der Strukturwandel neu 2,6 Prozent betragen, wie auf Seite 55 des Berichtes nachzulesen ist. Von jährlich 1700 Betrieben, die im Generationenwechsel weitergegeben werden könnten, sollen nicht nur die Hälfte, sondern drei Viertel oder 1370 Betriebe pro Jahr aufgegeben werden. Das Bauernsterben soll die Lösung bringen. Für kleine und mittlere Betriebe ist kein Platz mehr in diesem Land.

Was würde dies für das Emmental, das Berner Oberland, die gesamte Innerschweiz, das Wallis, die Ostschweiz, das Tessin und viele weitere Regionen der Schweiz bedeuten? Hat es je eine Strategie des Bundesrates gegeben, in der das wirtschaftliche Aus von Tausenden von KMU – in zehn Jahren über 12 000 Betriebe – das Ziel war? Ich glaube kaum.

AB 2017 N 1946 / BO 2017 N 1946

Auch diesem Bundesrat wäre eine Welle der Empörung entgegengeschlagen. Dies ist ein Affront, ein Skandal gegenüber all den fleissigen Bauernfamilien, die täglich hart arbeiten, gesunde Lebensmittel produzieren, die Landschaft pflegen, sich um Tiere und Pflanzen kümmern und sehr bescheiden mit wenig Geld auskommen. Auch kleine und mittlere Betriebe sind sehr wertvoll für unser Land. Sie leisten Unglaubliches, vielfach in Verbindung mit einem Nebenerwerb, ziehen eine Familie gross, kümmern sich um ihre betagten Eltern und prägen das Dorfleben mit. Die Bauernfamilien pflegen neben dem Heimbetrieb vielfach auch Sömmerungsflächen, schaffen die Grundlagen für den Tourismus, setzen sich für Kultur und Brauchtum ein und lieben ihren Beruf.

Der Bundesrat hat die Bauernfamilien mit diesen Vorschlägen ins Herz getroffen. Sie lassen sich aber nicht entmutigen und werden kämpfen. Auch wenn es nicht mehr so viele sind, glauben sie fest an ihre Zukunft. Die Bevölkerung sieht täglich, was die Bauernfamilien leisten und welche Mehrwerte sie schaffen. Dieses Vertrauen kam mit der Zustimmung zum neuen Verfassungsartikel 104a am 24. September 2017 eindeutig mit einem



Jastimmenanteil von 78,7 Prozent zur Geltung. Noch nie seit der Gründung des modernen Bundesstaates im Jahre 1848 wurde einer Vorlage zur Landwirtschaft derart deutlich durch Volk und Stände zugestimmt.

Sie selbst, Herr Bundesrat, haben im Rahmen der parlamentarischen Beratung am 7. März 2017 hier im Nationalrat einen Bruttoselbstversorgungsgrad von 60 Prozent für die Schweiz gefordert. Ich zitiere: "Wenn ich also vielleicht etwas weniger deutlich nicht vom allerwichtigsten Pfeiler gesprochen habe, dann nehmen Sie mir jetzt bei der Antwort auf diese Frage Folgendes ab: Wenn man 60 Prozent einer Säule zuweisen kann, nämlich der einheimischen Produktion, dann ist das mit jeder Sicherheit das dominante Element. Das wird gepflegt und ausgebaut, und das ist wesentlich für unsere Unabhängigkeit. Es darf kein Zweifel daran sein, dass wir das erreichen wollen." (AB 2017 N 220)

In der Gesamtschau des Bundesrates, nicht einmal fünf Wochen nach der Abstimmung und einem klaren Ja zur Ernährungssicherheit, wird ein Ziel für den Bruttoselbstversorgungsgrad von noch 52 bis 55 Prozent vorgegeben. Wie lange hat eine klare Ansage eines Bundesrates, die notabene im Parlament zuhänden des Amtlichen Bulletins gemacht wurde, heute noch Gültigkeit? Bei uns Bauern hat das gegebene Wort eine hohe Bedeutung. Es gilt mehr als ein Vertrag, es geht um die Ehre. Daran sollte sich auch die Politik messen lassen. Es gilt auch klar festzuhalten, dass aufgrund der internationalen Entwicklung kein Handlungsbedarf besteht, den Grenzschutz für Lebensmittel in der Schweiz niederzureissen. Die WTO-Doha-Runde ist in der einmal angedachten Form klinisch tot. Es gibt nur noch kleine Fortschritte, und beim Marktzugang sind die Industriezölle für viele Länder wie zum Beispiel Indien zu wichtig, als dass sie aufgegeben werden könnten. Die USA sind auf einer sehr protektionistischen Linie. Das transpazifische Abkommen wurde durch Präsident Trump als eine der ersten Amtshandlungen gekündigt, das TTIP wird nicht weiterverhandelt, an der WTO besteht kaum Interesse, und wo immer möglich werden Strafzölle erhoben. Die EU ist mit dem Brexit beschäftigt und ist mit vielen nationalstaatlichen Entwicklungen konfrontiert. Bei Freihandelsabkommen wollen breite Bevölkerungskreise endlich einen nachhaltigen Handel und nicht möglichst viel Profit für einige wenige.

Herr Bundesrat, es gibt keine Notwendigkeit für einen Kahlschlag in der Schweizer Landwirtschaft. Gehen Sie bei der Gesamtschau zur Agrarpolitik nochmals gründlich über die Bücher. Wir brauchen unsere Bauernfamilien. Für sie geht es hier um Sein oder Nichtsein. Die CVP-Fraktion steht zu unseren Bauernfamilien. Wir hoffen, dass diese Botschaft bei Ihnen angekommen ist.

Gössi Petra (RL, SZ): Aus Sicht der FDP-Liberalen Fraktion ist die Ablehnung der Initiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" zu empfehlen. Im Weiteren bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Jans ebenfalls abzulehnen.

Die Artikel 104 und 104a der Bundesverfassung bilden bereits eine ausreichende Basis für die Schweizer Landwirtschaftspolitik. Mit dem Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative, den die FDP-Liberale Fraktion klar mitgetragen hat, hat der Souverän mit einem Jastimmenanteil von über 78 Prozent bereits einem umfassenden Gesamtkonzept zugestimmt, das nun in der Bundesverfassung verankert ist. Dazu gehören die Sicherung des Kulturlands, eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion und eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Es braucht keine weitere Initiative.

Die Ernährungssouveränitäts-Initiative schießt über das Ziel hinaus. Sie vermischt verschiedene Fragen und Aspekte der Landwirtschaftspolitik. Es geht in der Initiative nicht einfach nur darum, die Ernährungssouveränität im klassischen Sinn zu stärken, indem dem Staat zusätzliche Instrumente zur Verfügung gestellt werden, damit er selbst über seine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik bestimmen kann. Das können wir heute bereits tun. Vielmehr will sie die Inlandproduktion weiter stärken, indem sie die Landwirtschaft zu mehr Protektionismus und Planwirtschaft führt. Die Initiative fordert eine weitreichende Abschottung unseres Agrarmarkts vom Rest der Welt, dies nicht nur in eine, sondern in beide Richtungen. Die Grenze und die Zölle werden zum entscheidenden Regulierungsinstrument. Die Initianten legen zusätzlich mit "einträglich", "gesund" und "vielfältig" die Art der inländischen Produktion und mit "unter sozialen und ökologischen Bedingungen" auch die Weise der inländischen Produktion fest. Die Art der Produktion wird noch weiter eingeeengt, indem die Initiative ein Verbot von gentechnisch veränderten Organismen vorsieht. Das betrifft aber nicht nur Pflanzen und Tiere, die ja mit dem Moratorium in der Schweiz sowieso schon verboten sind; vielmehr würde das auch Futtermittel, Pflanzenschutzmittel und Dünger betreffen.

Ich habe für die Diskussion, die mit den verschiedenen Initiativen – der Ernährungssicherheits-Initiative, der Fair-Food-Initiative, der Hornkuh-Initiative und der vorliegenden Ernährungssouveränitäts-Initiative – angestossen wurde, Verständnis. Die Initiativen haben viele Berührungspunkte gemeinsam. Durch die Zustimmung zum Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative wurde aber Hand geboten, um die Sorgen, die in der Landwirtschaft herrschen, lindern zu können.

Nun geht aber die Ernährungssouveränitäts-Initiative einen Weg, der faktisch in der Bevormundung der Land-



wirte endet. Die Initiative verlangt zum Beispiel gesicherte Löhne in der Landwirtschaft. Damit nimmt man aber den Bäuerinnen und Bauern jeglichen Anreiz, ihren Betrieb wirtschaftlich zu führen und auf Gewinn auszurichten. Zusätzlich soll die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen erhöht werden. Auch das ist Planwirtschaft.

Kurz: Diese Massnahmen widersprechen dem liberalen Wirtschaftssystem der Schweiz, wie es auch in Artikel 27 der Bundesverfassung festgehalten ist. Diesen Grundsatz hält die FDP hoch. Vor allem aber steht die FDP dafür ein, dass wir die Chancen nutzen, die uns die Zukunft bietet. Statt unsere Landwirte aber für die Zukunft zu wappnen und ihnen Instrumente und Rahmenbedingungen zu bieten, mit denen sie Eigenverantwortung übernehmen und innovative Ideen umsetzen können, wird unsere Landwirtschaft mit dieser rückwärtsgewandten Initiative im wahrsten Sinn des Wortes "verballenbergisert". Sie verunmöglicht unseren Landwirten den Schritt in die Zukunft.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der FDP-Liberalen Fraktion, die Initiative und den Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Lüscher Christian (RL, GE): J'abonde dans le sens de notre présidente de parti. Le groupe libéral-radical propose en effet de recommander le rejet de l'initiative et de ne pas entrer en matière sur le contre-projet.

L'initiative, cela a déjà été dit mais mérite d'être répété, pose un certain nombre de problèmes de forme en raison d'une absence, me semble-t-il, d'unité de la matière. On voit que l'initiative mélange plusieurs sujets qui n'ont rien à voir les

AB 2017 N 1947 / BO 2017 N 1947

uns avec les autres. D'un côté, il est question de l'interdiction du génie génétique et, de l'autre, de l'amélioration des conditions de travail, qui relèvent à la fois du droit des assurances sociales et du droit du travail. On parle en outre de meilleure protection des terres cultivables, à savoir un domaine qui relève du droit de l'aménagement du territoire, sans compter, encore, la question de l'augmentation de la protection douanière, qui relève à la fois du droit international et des relations transfrontalières.

Tout le monde le sait, le Parti libéral-radical a massivement soutenu le contre-projet à l'initiative "pour la sécurité alimentaire" de l'Union suisse des paysans. Il a fait campagne pour son acceptation par le peuple et les cantons et fait donc partie de ceux – il n'est pas le seul, il faut bien le reconnaître – qui ont obtenu un résultat extrêmement favorable de la part de la population, qui a ainsi transmis un message très clair en faveur de la protection du monde agricole.

Cet article constitutionnel, qui a été plébiscité par le peuple et les cantons le 24 septembre 2017, donne la mission à la Confédération d'encourager les exploitations paysannes et l'agriculture suisse. Si des correctifs ou des améliorations sont voulues par le monde paysan, c'est dans ce cadre que ces propositions doivent être faites. Il y a plusieurs véhicules législatifs: la loi, le budget et les messages agricoles. Selon le groupe libéral-radical, il est faux de vouloir surcharger la Constitution d'envolées lyriques en faveur du monde paysan. Soyons honnêtes, cela relève du blanchissement de conscience.

D'ailleurs, l'Union suisse des paysans avait déclaré que, par l'adoption de l'article constitutionnel sur la sécurité alimentaire, toutes les autres initiatives devenaient superflues, pour ne pas dire obsolètes, puisque, je le répète, les exigences de l'Union suisse des paysans ont été entièrement satisfaites par l'adoption de l'article 104a de la Constitution.

Nous sommes d'accord avec cette appréciation, et vous demandons, en conséquence, de recommander le rejet tant de l'initiative que du contre-projet.

J'aimerais également mettre en garde ceux qui veulent utiliser l'initiative et le contre-projet sur lesquels nous sommes en train de nous prononcer comme outil contre le rapport du Conseil fédéral sur la politique agricole dès 2022. Il s'agit de deux choses complètement différentes, étant précisé que le Conseil fédéral a, par son rapport, voulu se projeter dans l'avenir, apporter un certain nombre de réflexions qui paraissent tout à fait normales et fondées. Le Conseil fédéral a le droit de réfléchir à des mesures pour l'avenir du pays.

Il n'y a pas ceux qui, d'un côté, aiment l'agriculture, veulent la protéger et seraient en faveur de l'initiative "pour la souveraineté alimentaire", et, de l'autre, ceux qui sont contre le monde agricole et qui voudraient plaider contre cette initiative. Il y a beaucoup de passion dans le débat, mais ne le prenons pas en otage pour l'utiliser contre le Conseil fédéral, qui, je le répète, n'a fait que proposer des éléments de réflexion.

Proposons le rejet de l'initiative et refusons le contre-projet.

Schelbert Louis (G, LU): Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" will eine bäuerliche, lokale Landwirtschaft bevorzugen und eine vielfältige, GVO-freie Landwirtschaft erhalten. Das wollen wir Grünen auch. Die Initiative zielt auf faire Preise und gerechte Landwirtschaftseinkommen, und



sie fordert gesunde Lebensmittel, deren Produktion die natürlichen Ressourcen schont und die den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung entsprechen. Das wollen wir Grünen ebenfalls. Die Initiative verlangt, die lokale und regionale Verarbeitung der Agrarprodukte seien zu fördern, und damit auch Verarbeitungsbetriebe und ihre Wertschöpfung. Auch damit sind wir einverstanden. Weiter stehen die Grünen wie die Initianten für eine bessere Rückverfolgbarkeit der Produkte ein und wollen das Recht der Bauern am Saatgut gewährleisten. Die Erhaltung der Kulturlächen ist das Kernanliegen der Zersiedelungs-Initiative der Jungen Grünen, und diese Initiative wird schon bald hier verhandelt.

In einem Satz: Wichtige Inhalte der Volksinitiative entsprechen agrarpolitischen Programmpunkten der Grünen. Gross sind die Sympathien in der Fraktion und in der Partei. Das hängt auch damit zusammen, dass die Fair-Food-Initiative von uns Grünen diverse dieser Anliegen enthält. Vor allem verlangt sie einen fairen internationalen Agrarhandel, und das ermöglicht auch die Ernährungssouveränitäts-Initiative.

Die offizielle Politik lässt bei vielen dieser Punkte Fragen offen. Ein Beispiel sind Ökologie und Nachhaltigkeit. Es liegen diverse korrekte Analysen der Verwaltung über ökologische Mängel im Agrarbereich vor: Zersiedelung der Landschaft, Bodenverdichtung, Überdüngung, starke Belastung mit Pestiziden, überdüngte Mittel- und Seen, manche mit künstlicher Belüftung, Bäche und Flüsse mit Giftcocktails, Grundwasser mit Stoffen, die dort nicht hingehören. Die Landwirtschaft ist objektiv gesehen mitverantwortlich für die Luftverschmutzung und das Verschwinden der Biodiversität usw. usf.

Um die Situation zu verbessern, hat der Bundesrat Ziele formuliert. Und was hat sich seither geändert? Fast nichts. Es wurde die Agrarpolitik 2018–21 beschlossen, und vor Kurzem hat der Bundesrat eine Gesamtschau zur Landwirtschaft veröffentlicht. In diesen neueren Dokumenten werden plus/minus dieselben ökologischen Mängel konstatiert und in etwa die gleichen Ziele formuliert. Doch mit zu wenig verbindlichen Massnahmen bessert sich die Lage nicht. Kein Wunder, werden im Bereich Ernährung und Landwirtschaft so viele Volksinitiativen lanciert.

Ein zweites Beispiel: Die Bundesverfassung verlangt, dass der Bund Voraussetzungen für grenzüberschreitende Handelsbeziehungen schafft, die zur nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft beitragen. Das gilt seit September 2017. Das Gleiche sagt auch der Weltagrarbericht, und die Schweiz hat dies mit den Nachhaltigkeitszielen der Uno sogar unterschrieben. In der Gesamtschau und auch in der Botschaft zur Initiative findet sich dazu kaum etwas. Wann findet der Eingang in die Politik des Bundesrates? Sicher ist: "Weiter wie bisher" ist keine Option.

Den Befreiungsschlag sieht der Bundesrat nun in weniger Grenzschutz und mehr Freihandel. Das ist der Kern seiner Gesamtschau. Für zu viele Betriebe wäre das ein Verhängnis, besonders in Hügel- und Bergzonen. Was würde das für die Ökologie und die übrigen Wirtschaftsbereiche bedeuten? Das weiss niemand wirklich. Ein neuerer Bericht der GPK sagt dazu: Die Nachhaltigkeit von Freihandelsabkommen wurde noch nie überprüft. Diese Überprüfung muss endlich erfolgen. Noch einmal: "Weiter wie bisher" ist keine Option.

Ernährungssouveränität ist wichtig, auch für die Bauern und ihre Organisationen im Süden, welche für eine ökologische, auf die lokalen Märkte ausgerichtete Landwirtschaft einstehen. Sie ist das Konzept, um den globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Nahrungsmittelknappheit wirkungsvoll zu begegnen. Die Landwirtschaft braucht eine neue Ausrichtung, dringend und weltweit. Das würde die Initiative bringen. Deshalb hat die grosse Mehrheit unserer Fraktion so grosse Sympathien für sie. Das ist auch beim Minderheitsantrag Jans für einen Gegenvorschlag der Fall. Er nimmt einige Punkte der Initiative auf. Die grüne Fraktion unterstützt ihn, weil seine Richtung stimmt.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): L'initiative "pour la souveraineté alimentaire" a un défaut: elle réunit un grand nombre de points très différents dans un seul texte, des points très divers avec lesquels on peut être plus ou moins d'accord. Cependant, son orientation générale est claire: elle vise à instaurer une agriculture plus durable, du point de vue écologique, économique et social. Il s'agit en effet d'encourager une agriculture localement ancrée, diversifiée et exempte d'OGM. Il s'agit aussi d'assurer aux agriculteurs un revenu décent, afin de maintenir un nombre suffisant d'exploitations dans notre pays. Enfin, il s'agit d'assurer des échanges commerciaux internationaux plus équitables, de manière à éviter le dumping écologique et social. Ces objectifs généraux coïncident avec la vision que les Verts défendent, c'est la raison pour laquelle la majorité de notre groupe est globalement favorable à ce texte, même si certains de ses points nous convainquent moins que d'autres.

AB 2017 N 1948 / BO 2017 N 1948

Il est vrai que les politiques agricoles ont récemment été réorientées dans la bonne direction, notamment du point de vue écologique. Des paiements directs mieux ciblés doivent encourager une agriculture plus respectueuse.





tueuse des ressources et de notre environnement. Malgré cela, on est loin du compte. En 2016, un rapport du Conseil fédéral montrait qu'aucun des treize objectifs environnementaux fixés en 2008 pour l'agriculture n'avait été atteint. Il n'est donc pas inutile de réclamer, une fois encore, une production agricole ménageant les ressources naturelles. Par ailleurs, même si la question de l'exclusion des cultures OGM est réglée jusqu'ici dans le cadre d'un moratoire plusieurs fois renouvelé, nous savons tous qu'il faudra un jour se prononcer à plus long terme. Le texte, en défendant une agriculture paysanne et diversifiée, explicitement sans OGM, aurait l'avantage de clarifier la situation. L'initiative aborde en outre de manière judicieuse la question des aliments pour animaux, qui constituent un problème écologique majeur, puisque nous importons de grandes quantités de protéines végétales issues d'une agriculture peu respectueuse de l'environnement et destructrice de l'agriculture paysanne dans d'autres pays.

D'un point de vue économique et social, l'initiative cherche à instaurer plus de transparence et d'équité sur le marché agroalimentaire. Nos paysans subissent de fortes pressions: leurs revenus sont modestes et ils restent soumis à la concurrence de denrées alimentaires importées à bas prix, souvent peu recommandables d'un point de vue écologique et social.

C'est très simple: 45 pour cent des exploitations agricoles ont disparu depuis 1990. Quand cela s'arrêtera-t-il? Nous ne pouvons rester insensibles à la situation de nos agriculteurs, ce d'autant plus que le peuple a adopté à près de 80 pour cent le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire.

L'initiative propose plusieurs pistes. On peut être plus ou moins d'accord avec l'une ou l'autre, mais personne ne peut nier le fait qu'il existe un problème, que ce soit en matière de rémunération correcte des agriculteurs ou de dumping écologique et social. L'introduction, dans le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire, d'une exigence de contribution des relations commerciales transfrontalières au développement durable de l'agriculture et du secteur agroalimentaire ne constitue malheureusement pas une réponse.

En effet, les projets du Conseil fédéral pour la politique agricole après 2022 la contredisent frontalement. Il est prévu de fragiliser les instruments qui permettent aujourd'hui de maintenir un minimum sous contrôle le dumping écologique et social menaçant notre agriculture locale. Le Conseil fédéral, dans son rapport, ne dit rien des mesures d'accompagnement qui pourraient préserver, dans un tel contexte, les acquis écologiques ou en matière de protection des animaux de notre agriculture. Une telle politique aurait en outre pour effet de condamner un grand nombre d'exploitations, en particulier en montagne, où elles sont de plus petite taille. Celles qui survivraient seraient contraintes de se tourner vers des activités intensives, alors que les consommateurs et les citoyens suisses sont attachés à une agriculture paysanne de proximité, respectueuse des personnes, des animaux et de l'environnement.

Nous devons donner un signal fort contre une agriculture industrielle et déconnectée des terroirs, que la population suisse a toujours voulu éviter. Ce signal est aujourd'hui incarné par deux initiatives: l'initiative "pour des aliments équitables", portée par les Verts, et celle pour la souveraineté alimentaire, dont nous débattons ce jour. La majorité du groupe des Verts y est globalement favorable et vous recommande, puisque la proposition Glättli a été retirée, de soutenir la minorité Jans en faveur du contre-projet, qui a le grand avantage de se concentrer sur les points les moins contestés du texte.

Béglé Claude (C, VD): La défense du monde paysan et de ses valeurs impliquant la possibilité de mener une vie décente est une priorité pour notre pays. Combien d'agriculteurs n'ont-ils pas l'impression, à tort ou à raison, d'avoir été un peu abandonnés, voire laissés pour compte, par le reste de notre société devenue de plus en plus citadine?

Ce qui compte, c'est que ceux qui ont choisi de travailler la terre puissent le faire en se sentant respectés et valorisés. Bien sûr, il n'est pas facile, dans un pays comme le nôtre, plutôt petit, morcelé et comprenant beaucoup d'obstacles naturels, d'atteindre des niveaux de productivité similaires à ceux des plaines de la Beauce ou de la Roumanie, mais nos agriculteurs ont le sens du travail bien fait. Que ce soit par tradition ou pour répondre aux exigences de notre réglementation, souvent l'une des plus sévères qui soient, ils s'efforcent d'atteindre un niveau de qualité supérieur à la moyenne. Que d'efforts déployés pour entretenir une certaine diversité et la beauté du paysage! Ce sont des coûts que n'ont pas leurs voisins, et le fait de pouvoir consommer ce qui a été produit localement et selon des standards bio est un véritable privilège.

Mais comment justifier à sa juste valeur ce supplément d'efforts et de minutie pour atteindre un niveau de qualité à ce point supérieur à la moyenne? Certains ont parfois le sentiment d'un marché de dupes, d'où une partie des revendications contenues dans le texte de l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous."

Jusque-là, on comprend aisément le bien-fondé des revendications des initiants.

Mais il leur faudrait en même temps faire attention à ne pas aller trop loin. Si l'initiative part sans doute d'une



bonne intention, il ne faudrait pas, par contre, qu'elle nous mène à nous focaliser sur les seuls intérêts du monde agricole. Avec 52 263 exploitations, l'agriculture suisse a occupé l'an dernier quelque 153 359 personnes, à savoir un peu plus de 2 pour cent de la population suisse. Cette même agriculture a contribué à hauteur de 0,75 pour cent au produit intérieur brut de notre pays. Ce qui est plus marquant encore, c'est qu'elle n'a contribué, entre 1995 et 2013, qu'à hauteur de 4 milliards de francs à la valeur ajoutée brute de l'économie suisse, contre 635 milliards pour l'ensemble de celle-ci.

Notre agriculture a besoin d'être soutenue, et ceci n'est pas à remettre en question. Mais il y a des limites à l'effort consenti par la collectivité publique. Il convient de trouver un équilibre entre l'ensemble des protagonistes de notre économie nationale. Ceci est notamment vrai en matière de commerce international. Certes, si la Suisse décidait, contre toute attente, d'adopter la politique agricole commune de l'Union européenne, cela entraînerait probablement un recul de notre production indigène d'environ 50 pour cent et une chute des prix agricoles d'un même ordre de grandeur, d'où le refus compréhensible de nos agriculteurs d'envisager un tel scénario et d'où le protectionnisme dont l'initiative pour la souveraineté alimentaire fait preuve.

L'initiative prévoit de prélever des droits de douane, de réguler les volumes d'importation, voire d'interdire certains types d'importation. Dans le même ordre d'idées, elle propose de "fixer des normes de qualité indépendamment des normes internationales". Et c'est bien là que le bât blesse, car en cela l'initiative va trop loin, ce qui fait qu'elle est inacceptable. Il faut en effet permettre à l'ensemble des secteurs de notre économie de s'épanouir, ne fût-ce que pour participer directement ou indirectement à l'effort de financement de notre agriculture nationale. Or, la prospérité d'une bonne partie de nos entreprises dépend de leur capacité d'exportation.

Qu'il s'agisse du domaine de la pharmacie, des machines de précision, de l'horlogerie ou de tant d'autres domaines, c'est à l'étranger que se fait l'essentiel des ventes, et par conséquent de là que vient notre prospérité. Pour toutes ces entreprises, qu'elles soient des multinationales ou des PME, il est essentiel que leurs activités à l'étranger puissent se développer dans le cadre d'accords de libre-échange, d'accords de protection des investissements et/ou de double imposition.

Comment résoudre désormais cette quadrature du cercle, à savoir protéger au mieux notre agriculture tout en permettant l'épanouissement de la partie la plus significative de notre économie? Ici devrait primer l'intérêt du plus grand nombre de nos concitoyens. Ainsi en va-t-il dans un système démocratique. Il serait dangereux de brider le développement de

AB 2017 N 1949 / BO 2017 N 1949

la majorité des forces vives de notre économie, la notion de proportionnalité doit prévaloir.

A cela s'ajoute une autre réflexion: pour qu'un accord soit équitable, donc durable, il est nécessaire que les deux parties puissent en tirer un avantage. Nous sommes un pays qui réussit du fait de sa haute technologie, d'une forte compétence professionnelle et qui a, par conséquent, des salaires élevés. Cela nous ouvre d'intéressantes avenues, tandis que nous sommes par définition moins concurrentiels dans des domaines à plus faible valeur ajoutée; c'est un fait. Alors, concentrons-nous là où nous sommes bons, pas seulement sur les robots et les médicaments, mais aussi sur les fromages AOP ou les cultures bio, par exemple, et laissons à d'autres le droit de nous fournir ce qu'ils sont en mesure de produire naturellement à meilleur compte. A de nombreux égards, la Suisse est à la pointe de l'innovation. Elle sait ce que veut dire vivre avec son temps. Il ne nous servira pas à grand-chose d'essayer de nager contre le courant, c'est pourquoi les initiants réclamant la souveraineté alimentaire feraient bien de mettre un peu d'eau dans leur vin.

Grossen Jürg (GL, BE): Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" würde man besser Volksinitiative "für Abschottung und Planwirtschaft" nennen, denn genau darum geht es. Unter dem Deckmantel der Ernährungssouveränität sollen die Grenzen hochgezogen werden, und der Staat soll mehr Kontrolle über unsere Bauernbetriebe übernehmen. Das ist kein erfolversprechender Weg, dessen bin ich mir sicher. Zwar unterstütze ich, als Berner Oberländer, aus Überzeugung eine grundsätzlich auf regionale Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft. Ich bin überzeugt, dass diese nachhaltige Landwirtschaft eine erfolgreiche Zukunft vor sich hat. Dafür braucht es aber nicht noch mehr staatliche Überregulierung und auch nicht noch mehr Protektionismus – das passt nicht zur Schweiz.

Was wir hingegen brauchen, sind innovative Bauernbetriebe und gutinformierte Konsumentinnen und Konsumenten. Dann werden sich unsere hochwertigen Landwirtschaftsprodukte nämlich einerseits im Schweizer Markt durchsetzen, andererseits können sie auch zu guten Preisen exportiert werden. Schweizer Qualität ist auch bei Landwirtschaftserzeugnissen im Ausland gefragt.

Die Initiative zielt jedoch genau in die entgegengesetzte Richtung: Sie verlangt, dass der Staat noch tiefer in die



landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen eingreift und zusätzliche Vorgaben macht. Beispielsweise soll der Staat – neben zahlreichen anderen, sicherlich gutgemeinten Forderungen – dafür sorgen, dass mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft geschaffen werden; ein Unterfangen, welches die technologische und wirtschaftliche Entwicklung ausblendet. Den Staat damit zu beauftragen, gegen diese Entwicklung anzutreten, ist sicherlich nicht zielführend. Vielmehr sollten innovative neue Lösungen gesucht werden.

Die Initiative will weiter den Markt noch stärker einschränken und den Handel mittels Zöllen fast gänzlich ausschalten. Unter dem Strich würde der Wettbewerb nahezu ganz beseitigt, um der Planwirtschaft Platz zu machen. Mit diesem Vorgehen würden wir der Innovationskraft der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft schaden. Leidtragende würden die vielen innovativen Bauernbetriebe sein, vor allem aber auch die Konsumentinnen und Konsumenten. Denn überall, wo der Staat den Wettbewerb ausschaltet, steigen die Preise, und sowohl die Qualität wie auch die Vielfalt sinken. Zwar könnten wir mit dieser Initiative den Unternehmen die Importe verbieten, die Konsumentinnen und Konsumenten würden dann wohl aber vermehrt über die Grenze zum Einkaufen gehen. Die Initiative würde so zum schädlichen Bumerang, unter welchem der Detailhandel, aber auch der Tourismus und die Gastronomie stark leiden würden.

Wir brauchen nicht noch mehr Staat in der Landwirtschaft. Lehnen Sie die Volksinitiative "für Abschottung und Planwirtschaft" ab.

Nicolet Jacques (V, VD): Que d'éloges j'ai entendus ce matin dans cette enceinte à l'égard du métier que je pratique! Je souhaiterais que quelques-uns d'entre vous soient animés du même sentiment lors de certains votes sur des sujets agricoles.

La récente votation populaire sur le projet relatif à la sécurité alimentaire, accepté à plus de 80 pour cent des suffrages, devait certainement nous appeler à recommander le rejet de la présente initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire". Tout indiquait que j'allais m'opposer à cette initiative excessive. Toutefois, le récent rapport du Conseil fédéral sur sa stratégie de politique agricole 2022 a suffisamment ébranlé le monde paysan pour qu'il fasse une analyse nouvelle de la situation, la récente initiative populaire "pour la sécurité alimentaire" de l'Union suisse des paysans ayant été, je le rappelle, retirée au profit d'un contre-projet validé par le peuple. J'avoue que, "sur ce coup-là", Monsieur le conseiller fédéral, vous avez été très fort en réussissant à lancer de la poudre aux yeux des membres de l'Union suisse des paysans qui, en toute bonne foi, vous ont cru et vous ont fait confiance. Trop confiance!

Durant cette période, vos services – l'Office fédéral de l'agriculture (OFAG) – rédigeaient déjà un rapport sur la stratégie du Conseil fédéral sur la politique agricole dès 2022 sans aucunement consulter les organisations paysannes et indépendamment du choix populaire. A la lecture de ce rapport, je me demande très honnêtement si à l'OFAG, on n'a pas la lumière à tous les étages, tant avec ce rapport, on va droit dans le mur par une volonté d'ouverture sur les marchés simplement excessive et incompatible avec les structures agricoles suisses, et tant ce rapport ne tient pas compte du choix fait par le peuple lors de la votation du 24 septembre dernier.

Alors, aujourd'hui, nous avons le choix de recommander une initiative certes excessive, mais qui pourrait contraindre le Conseil fédéral et l'OFAG à réviser ce rapport, qui n'est qu'un affront envers l'agriculture et les familles paysannes.

L'agriculture suisse génère, je vous le rappelle, 150 000 emplois directs et 150 000 emplois induits. Pensez-vous vraiment que ces emplois dans la transformation et la commercialisation de produits agricoles de proximité puissent être maintenus avec la vision du Conseil fédéral? Non, évidemment pas. L'ouverture des frontières conduira à l'importation massive de produits déjà transformés, conditionnés et prêts à être consommés. Nous aurions la possibilité, avec cette initiative, de donner un message fort au Conseil fédéral, qui se moque du monde paysan, qui pourtant nourrit la population, je vous le rappelle, à hauteur de 50 pour cent. C'est certes une discussion de riches que nous avons, car notre assiette est pleine trois fois par jour. Mais la discussion porte sur la manière de remplir cette assiette. Cette discussion est maintenant nécessaire et, pour moi, cette initiative permettrait de reprendre ces débats.

Monsieur le conseiller fédéral, vous avez trompé le monde paysan et vous voulez maintenant l'humilier. Le paysan a la peau dure, il sait faire le gros dos et laisser passer l'orage, mais il n'oublie pas. Revenez sur terre, Monsieur le conseiller fédéral, et engagez de vraies discussions avec les représentants du monde paysan!

Müller Walter (RL, SG): Bevor man sich für ein Ja oder ein Nein zu dieser Initiative entscheidet, sind folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist gut gemeint auch immer richtig? Leider nein.
2. Kann man einen Wirtschaftszweig, in diesem Fall die Landwirtschaft, von der gesellschaftlichen und wirt-



schaftlichen Entwicklung abkoppeln? Aus fünfzig Jahren Erfahrung in der Landwirtschaft kann ich klar sagen: Nein, das ist unmöglich. Wir könnten geradeso gut beschliessen, dass das Wasser des Rheins zukünftig aufwärts fließen müsse. Möglicherweise könnte die Entwicklung verzögert werden, mit dem Resultat einer extremen Verunsicherung in der Landwirtschaft. Es besteht die Gefahr, dass sich die Tüchtigsten von der Landwirtschaft abwenden, und einmal verlorenes Wissen kann nicht einfach zurückgeholt werden.

3. Kann man das Ziel der Ernährungssouveränität mit dieser Initiative erreichen? Nein. Wenn die kleinbäuerlichen Strukturen, oft Nebenerwerbsbetriebe – das würde sich dann so ergeben – gefördert werden, steigt die Produktivität nicht.

AB 2017 N 1950 / BO 2017 N 1950

Zusammenfassend muss ich leider sagen: Gut gemeint ist nicht gut genug. Aber – jetzt kommt das Aber – auch wenn ich zu dieser Initiative klar Nein sage, heisst das nicht, dass ich mit der aktuellen Agrarpolitik zufrieden bin. In einem Punkt haben die Initianten zu hundert Prozent Recht: Sie stellen die notwendigen Fragen zur künftigen Landwirtschaft, zur künftigen Landwirtschaftspolitik.

Nach mehreren Gesetzesrevisionen ist noch immer nicht klar, welche Landwirtschaft wir wollen. Immer mehr Köche wollen mitkochen, und das Menü wird ungeniessbar. Das federführende Departement ist eigentlich zu bedauern. Jedes Bundesamt, jedes Departement will mitkochen, und das kann nicht gutgehen.

Wir haben in der aktuellen Agrarpolitik zwei zentrale Schwächen, oder sagen wir besser: Hypotheken. Seit Beginn der neuen Agrarpolitik gilt das Credo: mehr Markt, weniger Staat. So weit, so gut. Dieser Forderung kann ich zustimmen. Aber das Credo scheitert an der politischen Realität. Die geforderte Marktfähigkeit der Landwirtschaft wird durch den Staat übersteuert; das haben wir heute in zahlreichen Reden immer wieder gehört. Wir haben einerseits sozusagen eine politische Marktdefinition, sprich Marktnachfrage, und andererseits eine reale Marktnachfrage. Das ist ein schwerwiegender ökonomischer Zwiespalt. Die Landwirtschaft ist, sinnbildlich gesprochen, mit wirtschaftlich angezogener Handbremse unterwegs. Das muss korrigiert werden. Nun zur zweiten Schwäche oder Hypothek: Immer wieder wird der Landwirtschaft der hohe Grenzschutz vorgeworfen. Gerne vergisst man aber, dass die Löhne den besten Grenzschutz geniessen. Mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit haben wir die Löhne unter Schutz gestellt. Erlauben Sie mir dazu eine kleine Rechenübung. Wenn wir davon ausgehen, dass seit Einführung der flankierenden Massnahmen der Lohnschutz pro Jahr die Löhne um 1 Prozent verbesserte, so bedeutet das gut und gerne 10 Prozent höhere Löhne seit Einführung des Grenzschutzes für Löhne. Bei einer geschätzten jährlichen Lohnsumme von 250 bis 300 Milliarden Franken bedeutet das 25 bis 30 Milliarden Mehrkosten pro Jahr. Da sage ich Kollege Jans: Das müssen dann die Working Poor und AHV-Bezüger auch mitfinanzieren. Verstehen Sie mich richtig: Ich habe nichts gegen gute Löhne einzuwenden. Nur, von diesen Mehrkosten ist auch die ganze Nahrungsmittelproduktion, vom Feld bis auf den Teller, betroffen.

Die einfache Schlussfolgerung daraus wäre: Schweizer Löhne gleich Schweizer Preise für Nahrungsmittel. Wenn wir künftig etwas mehr über den Wert der Nahrungsmittel reden und weniger nach dem Preis fragen, dürfte es in die gute Richtung gehen. Grenzschutz für Löhne verlangt nach Grenzschutz für Agrarprodukte; so einfach ist das. Oder wollen Sie etwa den Grenzschutz für Löhne abschaffen?

Bendahan Samuel (S, VD): Je souhaiterais, par cette intervention, tenter de vous convaincre de soutenir le contre-projet direct à l'initiative. En effet, l'initiative et le contre-projet visent un but noble, celui de défendre une catégorie de personnes qui ont souvent la vie difficile et souvent des revenus inacceptables, trop bas, et des conditions de travail qui ne sont pas acceptables non plus. Toutefois, malheureusement, l'initiative propose une série de mesures très diverses et certaines d'entre elles, à mon avis, ne vont pas dans le bon sens pour tenter de réellement aider non seulement les paysans, mais aussi les autres acteurs impliqués dans le commerce de l'alimentation.

Le contre-projet, lui, propose des choses très bien. Par exemple, il reprend l'idée de l'initiative visant à protéger les semences libres, c'est-à-dire à donner ce droit fondamental aux paysans consistant à garder le contrôle des semences. C'est un enjeu majeur de demain et c'est pour cela que je vous invite, même si vous souhaitez recommander le rejet de l'initiative, à soutenir le contre-projet, pour protéger ce droit, pour nos paysans et pour notre économie. Ce droit nous protège aussi, dans la logique du principe de prudence, contre les organismes génétiquement modifiés. L'initiative tout comme le contre-projet le proposent, mais le contre-projet a l'avantage de le faire sans retenir les autres mesures de l'initiative avec lesquelles vous pourriez peut-être ne pas être d'accord.

Enfin, et c'est un élément fondamental pour le commerce agricole de demain: le contre-projet propose aussi, comme l'initiative, de renforcer le commerce direct et d'inciter à ce commerce. Or, il s'agit bien d'une des portes



de sortie des paysans, qui renforcerait leur position dans la chaîne de la distribution. L'initiative et le contre-projet le proposent et je vous invite donc, pour cette raison également, à soutenir le contre-projet. Je vous invite d'autant plus à le faire que le contre-projet est spécifique sur un élément fondamental, à savoir la question de la position des paysans dans la chaîne de production et de distribution. Les producteurs, surtout lorsqu'ils sont de petits producteurs, sont souvent à la merci des plus grands groupes, qui ont un certain contrôle sur l'offre de matériel ou de semences, ou sur les capacités d'accéder au marché.

Cela est très problématique du point de vue des producteurs. Il est donc important que nous trouvions des solutions pour renforcer la position des producteurs, pour qu'ils puissent faire valoir leur droit de fixer des prix justes. Cela aussi figure dans le contre-projet tandis que cela ne figure pas tel quel dans l'initiative.

Alors, pourquoi l'initiative n'est-elle pas si bonne que cela? Parce que l'initiative propose un moyen qui, à mon avis, n'est clairement pas le bon pour des raisons qui relèvent des protections douanières. Je ne dis pas que les protections douanières doivent cesser d'exister immédiatement. On n'est pas dans le débat sur la stratégie du Conseil fédéral. Peut-être qu'un jour, cela sera le cas, mais aujourd'hui la question n'est pas là.

La question est la suivante: devons-nous ancrer dans notre Constitution les protections douanières comme moyen efficace de soutien des paysans en difficulté, qui n'ont pas de revenus suffisants et qui doivent trop travailler? En se fondant sur les chiffres, la réponse, aujourd'hui, est résolument non. Malheureusement, c'est une manière extrêmement inefficace de financer les paysans. On a remarqué, par exemple, que sur les 3,5 milliards de francs que coûtait aux consommateurs la protection douanière, seul moins de 1 milliard allait directement aux paysans. Qui profite de cette manne financière? Ce sont les autres acteurs, car, justement, comme cela vient d'être dit – et le contre-projet vise à contrer cela –, les distributeurs de matériel, donc les fournisseurs ou les distributeurs alimentaires, sont beaucoup plus forts pour la fixation des prix.

Mais il y a aussi un autre problème. Faut-il soutenir les paysans? Bien sûr qu'il le faut et il faut y mettre les moyens, parce que notre peuple veut des paysans qui font de leur pays un beau pays, qui font de son pays un pays qui produit de la nourriture de qualité, sans les normes que l'on veut défendre. Mais cela a un coût. La question que l'on pose ici, ce n'est pas doit-on payer, mais comment doit-on payer? Les barrières douanières font payer aux consommateurs, et en particulier évidemment aux consommateurs les plus modestes, l'essentiel d'un prix qui ne va que partiellement aux paysans.

Chers collègues qui défendez tellement les paysans, j'ai une dernière question à vous poser. Je suis tout à fait d'accord avec vous: j'espère que nous pourrions chaque jour améliorer les conditions de travail des paysans, mais pourquoi ne soutenir qu'eux? Nous sommes systématiquement d'accord avec vous sur le fait qu'il faut aider cette catégorie de la population, mais pourquoi les gens qui construisent nos routes, qui nous servent nos repas dans les restaurants, qui travaillent dans les supermarchés, n'auraient pas droit aux mêmes investissements?

Je vous pose la question, même si c'est un peu hors sujet, parce que j'aimerais bien vous voir, avec la même verve et la même volonté, sauver les gens qui font notre pays et qui le construisent à la sueur de leur front en gagnant des revenus parfois misérables, défendre toutes les catégories de la population.

Maintenant, j'espère que vous pourrez soutenir le contre-projet, car je pense qu'il va dans le bon sens pour aider des personnes comme les paysans, qui contribuent à faire

AB 2017 N 1951 / BO 2017 N 1951

de notre pays un beau pays et, à mon avis, qui contribuent à faire de notre pays un pays qui a du succès. Mais, pour les soutenir, empruntons plutôt la voie des paiements directs et des incitatifs tels qu'ils sont prévus dans le contre-projet, que la voie des protections douanières, qui, finalement, ne protègent pas tellement les paysans, mais plutôt les grands groupes.

Salzmann Werner (V, BE): Das schönste Wappen in der Welt ist der Pflug im Ackerfeld. Aber es tut mir leid, wenn er so dahinstehen muss. Weshalb kommen immer wieder Initiativen zustande, die mehr einheimische Produktion und ein gesichertes Einkommen für Bauernfamilien verlangen? Seit Einführung der neuen Agrarpolitik in den Neunzigerjahren hat die Landwirtschaft nur verloren. In den letzten 25 Jahren sind rund 50 000 Landwirtschaftsbetriebe verschwunden.

Die landwirtschaftlichen Einkommen, die Bauernfamilien in einem Haupterwerbsbetrieb erzielen, reichen für sie nicht mehr aus, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Arbeitsverdienst ist in der Landwirtschaft bedeutend tiefer als in der Restwirtschaft. In der Talregion verdient eine Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft pro Jahr rund 60 000 Franken. Der Vergleichslohn in anderen Branchen liegt bei rund 75 000 Franken. Besonders schlecht geht es den Betrieben in der Bergregion. Dort verdient man für den hundertprozentigen Einsatz nur 36 000 Franken pro Jahr; das ausserlandwirtschaftliche Vergleichseinkommen liegt bei rund 65



000 Franken. Darin sind die Direktzahlungen bereits inbegriffen.

Gemäss Verfassung hat der Bund die Aufgabe, sicherzustellen, dass die Bauernfamilien als Abgeltung für die Leistung ein angemessenes Einkommen erzielen können. Dieses angemessene Einkommen kann aber nur erzielt werden, wenn die Rahmenbedingungen fair sind. Nun hat der Bundesrat in seiner Gesamtschau zur künftigen Agrarpolitik aufgezeigt, dass er den Grenzschutz teilweise oder – je nach Variante – ganz abschaffen will, also genau das Gegenteil von dem, was die vorliegende Initiative will. Sie will die Zölle und damit den Grenzschutz für Lebensmittel in der Bundesverfassung verankern.

Die Gesamtschau des Bundesrates hat die Landwirtschaft überrascht und wäre im Falle einer Aufhebung des Grenzschutzes fatal. Ich anerkenne, dass die Schweizer Wirtschaft auf gute Rahmenbedingungen angewiesen ist. Aber auch die Landwirtschaft möchte an der Wertschöpfung der Schweiz teilhaben. Das kann sie nur, wenn im Lohnumfeld Schweiz, das durch die flankierenden Massnahmen geschützt wird, auch ein gerechtes landwirtschaftliches Einkommen erzielt werden kann. Mit dem vom Bundesrat bevorzugten mittleren Szenario, mit einem Abbau des Grenzschutzes gegenüber der EU um 50 Prozent, würde die Schweizer Landwirtschaft bei der eigenen Produktion bis zu einer Milliarde Franken an Wertschöpfung verlieren. Das wäre ein enorm fataler und nicht zu verkraftender Verlust für unsere Bauernfamilien. Es kann doch nicht die Lösung sein, immer mehr Direktzahlungen auszuschütten und die Landwirte in die Abhängigkeit vom wohlwollenden Staat zu führen. Nein, wir möchten die Einkommen hauptsächlich über den Preis der Nahrungsmittel realisieren. Die Preise können aber nur wie die durch die flankierenden Massnahmen geschützten Löhne mit einem Grenzschutz gesichert werden. 6,8 Prozent ihrer Ausgaben wendet die Schweizer Bevölkerung für Nahrungsmittel auf. In Europa sind es 10 bis 20 Prozent; wir sind also nicht unsozial, Herr Jans.

Eine produzierende Landwirtschaft ist auch für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes zentral. Unsere Bauernbetriebe schaffen Arbeitsplätze in den eigenen Betrieben und sorgen in den vor- und nachgelagerten Bereichen für Arbeitsplätze. So wird auch ein wesentlicher Beitrag zur wichtigen dezentralen Besiedelung unseres Landes geleistet. Auch unsere kleinen Nebenerwerbsbetriebe, die sehr stark belastet sind, leisten sehr viel. Alle pflegen die Landschaft und schaffen damit auch die Grundlage für unseren Tourismus. Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb der Bundesrat auf einmal von einem Bruttoselbstversorgungsgrad von 52 bis 55 Prozent spricht. Im Rahmen der Abstimmung über die Ernährungssicherheits-Initiative war der Wert klar mit 60 Prozent beziffert. Das waren auch die Gründe, warum das Volk Ja zur Versorgungssicherheit gesagt hat. Wenn wir uns in der Welt umsehen, stellen wir fest, dass auch andere Länder ihre Landwirtschaft schützen, allen voran die USA. Sie wissen vor allem, dass sie im Krisenfall die Bevölkerung versorgen können müssen. Die vorliegende Initiative hat gute Ansätze, geht aber in einigen Punkten viel zu weit; das gilt auch für den Gegenvorschlag. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen, sich sowohl bei der Initiative als auch beim Gegenvorschlag bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten.

Flach Beat (GL, AG): Die Landwirtschaft ist und bleibt der am meisten abgeschottete und am stärksten subventionierte Markt in der Schweiz. Aber wir konnten in den vergangenen Jahren einige Verbesserungen erzielen, etwa was die Ökologie und die gezielte Abgeltung von tatsächlichen Leistungen in der Landwirtschaft angeht, und wir konnten sogar ein kleines Bekenntnis zu unseren Handelsbeziehungen ablegen, zuletzt im Rahmen der Abstimmung mit dem vom Volk klar angenommenen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit". Das sehe ich eben ganz anders als mein Vorredner. Dieses Ja war für uns ein klares Bekenntnis dazu, für eine moderne Landwirtschaft einzustehen – und auch für eine Landwirtschaft, die mit dem Austausch von Waren über die Landesgrenze hinaus für Ernährungssicherheit sorgt.

Die vorliegende Initiative will aber alle diese Fortschritte rückgängig machen. Handelsbeziehungen im Bereich der Landwirtschaft würden nur noch stärker eingeschränkt oder gar verunmöglicht. Das ginge zulasten der Konsumentinnen und Konsumenten, deren Warenkorb noch teurer würde. Es ginge aber auch zulasten von innovativen exportorientierten Unternehmen in der Schweiz. Sie wären betroffen davon, wenn wir keine Handelsverträge mehr abschliessen könnten und überall gebremst würden, nur weil die Landwirtschaft einen Riegel schiebt. Es gibt manchmal auch im Bereich der Landwirtschaft – in Zukunft wahrscheinlich immer mehr – Kräfte und unternehmerisch denkende Bauern und Bäuerinnen, die auf diesen Aussenhandel hoffen und ihre Nische im weltweiten Markt suchen und finden werden und auch Absatzmärkte ennet der Grenzen erreichen wollen und erreichen werden. Das ist wahrscheinlich eher die Zukunft als ein abgeschotteter Markt hier in der Schweiz.

Auf jeden Fall käme es mit der Umsetzung all der Forderungen, die in der Initiative, aber auch im Gegenvorschlag enthalten sind, zu einer immensen Bürokratie. Auch das würden die Steuerzahler bezahlen und letztlich natürlich die Konsumenten und die Unternehmen, und die Arbeitsplätze würden darunter leiden. Auch ökologisch wäre diese Initiative ein Eigengoal. Der Bundesrat zeigt das in der Botschaft treffend auf. Die hohen



Importzölle auf konventionell produzierte Lebensmittel würden in der Schweiz die konventionelle gegenüber der nachhaltigen Landwirtschaft stärken, weil bei uns die Preise für konventionelle Lebensmittel gegenüber nachhaltig produzierten relativ steigen würden.

Vor allem wäre aber die Annahme dieser Initiative auch ein fatales Signal nach aussen. Als eine besonders starke Wirtschaftsnation mit engverflochtenen Wirtschaftsbeziehungen in die ganze Welt, die abhängig – abhängig! – vom Export und von diesen Wirtschaftsbeziehungen ist, würden wir international als Vorkämpfer eines Protektionismus dastehen, der einen kleinen Teil der Volkswirtschaft vor der ganzen Welt schützen will, ohne aber damit diesen Teil der Volkswirtschaft nachhaltig am Leben erhalten zu können.

Wer sich nach der Wende in den ostdeutschen Bundesländern umgeschaut hat – was ich tun konnte –, der hat gesehen, wohin es führt, wenn der Staat alleine sagt, was und wie und wo und mit wem und mit wie vielen Mitteln produziert werden sollte. Wir können auch einen Blick nach Nordkorea werfen, wo wir sehen, dass die Leute hungern, weil sie in einem komplett abgeschotteten Markt leben. Märkte müssen offen sein. Durch offene Märkte haben wir es auch verstanden, auf dieser Welt viele Hungersnöte, die es früher gegeben hat, zu überwinden. Offene Märkte führen auch dazu, dass sich der relative Wohlstand auf der Welt verteilt, dass er

AB 2017 N 1952 / BO 2017 N 1952

sich besser und stärker verteilt, als dies protektionistisch jemals möglich ist. Die grossen Freihandelsabkommen, die in den vergangenen Jahrzehnten abgeschlossen wurden, haben eindeutig gezeigt, dass der Handel dazu beiträgt, dass es auf der ganzen Welt immer weniger tiefste Armut gibt; das ist ein wichtiger Punkt. Die Schweiz hat einen Anteil daran, nicht nur, weil es gut ist, unsere Produkte auch dorthin zu liefern und damit Geld zu verdienen, sondern weil wir dort ebenfalls Handelspartner finden und aufbauen können. Das führt letztlich dazu, dass es der ganzen Welt bessergeht.

Ich möchte ganz am Schluss einfach noch daran erinnern, dass – entgegen vielen Voten – die 98 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer, Bürgerinnen und Bürger hier im Land, die nicht in der Landwirtschaft arbeiten, ebenfalls fleissig sind und ihren Teil dazu beitragen, dass die Wertschöpfung hier im Lande stattfindet und der Wohlstand hier wächst. Das gibt uns auch die Möglichkeit, über die Steuern entsprechende Stützungszahlungen in die Landwirtschaft fliessen zu lassen, damit wir den notwendigen Strukturwandel auch vollziehen können.

Ich bitte Sie, die Initiative und den Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Müller-Altarmatt Stefan (C, SO): Eigentlich wäre die Sache ja ganz einfach: Wir haben eine Volksinitiative, welche Mängel aufweist. Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" würde unsere Handelsbeziehungen schwächen oder gar gefährden, ja gar internationales Handelsrecht verletzen und dadurch die Schweizer Exportwirtschaft in ernsthafte Schwierigkeiten manövrieren. Die Initiative würde die Produkte in der Schweiz verteuern und dadurch die Preisdifferenz gegenüber dem benachbarten Ausland noch weiter in die Höhe treiben. Kurzum: Diese Initiative ist zu protektionistisch, zu sehr der Romantik des abgeschotteten Schweizer Agrarmarktes zugetan. Sie wird den Realitäten nicht gerecht.

Nun, wie gesagt: Die Sache wäre ganz einfach – wäre, wenn nicht der Bundesrat seinerseits komplett in die andere Richtung überdrehen würde. Ich muss schon sagen, dass ich nicht schlecht gestaunt habe, als ich letzte Woche die Medienberichte gelesen habe, in denen sich eine Allianz gegen den "Scheuklappenblick" des Bundesrates in der Agrarpolitik zu Wort gemeldet hat. In dieser Allianz vertreten waren der Bauernverband, der Tierschutz, verarbeitende Betriebe, bäuerliche Politikerinnen und Politiker von ganz links bis ganz rechts, Landfrauen und Junglandwirte, kurzum: einfach alle, die in irgendeiner Form am agrarpolitischen Dialog beteiligt sind oder beteiligt sein sollten. Eine unfassbar grosse Allianz hat die Pläne des Bundesrates mit seiner agrarpolitischen Gesamtschau zerzaust.

Ich stelle fest: Wenige Wochen nachdem das Schweizervolk die scheinbare Minne von Bauern und Politik mit der Zustimmung zum neuen Verfassungsartikel abgesehnet hat, ist die Eintracht durch die agrarpolitische Gesamtschau des Bundesrates komplett zertrümmert worden. Ich bin selber kein Direktbetroffener, aber ich lebe im Solothurner Jura, im Naturpark Thal, in einem Gebiet, welches über viel Landwirtschaft in vielen kleinen Betrieben verfügt. Auch in meiner Region anerkennt man, dass der Strukturwandel unaufhaltsam ist, dass Betriebe eingehen bzw. zusammengelegt werden müssen, dass die Effizienz erhöht werden muss. Eben gerade weil man das anerkennt, verlangen die Landwirtinnen und Landwirte aber zu Recht, dass der Strukturwandel in sozialverträglicher Form vonstattengeht.

Der Bundesrat rechnet in seiner Gesamtschau mit einem Strukturwandel von 2,6 Prozent, in absoluten Zahlen also mit einem Verschwinden von 1300 Betrieben pro Jahr. Ich kann Ihnen sagen, Herr Bundesrat: Das wird in Regionen in der Nachbarschaft zu Ihrer Heimat, eben im Thal oder im Emmental, nicht sozialverträglich



sein. Ich bin nicht in der Landwirtschaft tätig, aber die Landwirtschaft ist der grösste Arbeitgeber in meiner Gemeinde. Würde der grösste Industriebetrieb in meiner Gemeinde die Hälfte der Arbeitnehmer ohne Dialog auf die Strasse stellen und würde ich als Gemeindepräsident dazu einfach schweigen, dann würde man mich zu Recht harsch kritisieren.

Man kann als Vertreter einer ländlichen Region nicht einfach wegsehen, wenn ein für diese Region wichtiger Dialog einfach zum Erliegen kommt. Es braucht eine Diskussion über den Grenzschutz, die ehrlich und offen geführt wird. Ein Festschreiben des Grenzschutzes in der Verfassung, wie das die Initiative verlangt, wird diesem Dialog ganz sicher nicht entspringen. Dagegen würden sich auch die vorhin von Kollege Flach angesprochenen Landwirtschaftskreise, die in offenen Märkten tätig sind, wehren. Das wird nicht kommen, aber genauso wenig ein einseitig verfasstes und unabgesprochenes Mathematikbüchlein zum Bauernsterben. Der mehrheitsfähige Weg in Bezug auf den Grenzschutz fehlt also. Und noch mehr: Ein solcher Weg wird offenbar nicht einmal diskutiert.

Deshalb werde ich mich bei der folgenden Abstimmung der Stimme enthalten und damit signalisieren: Geschätzter Bundesrat, lassen Sie diese Mathematikübungen sein, und nehmen Sie den Dialog bitte auf.

Glauser-Zufferey Alice (V, VD): Je déclare mes liens d'intérêts: je suis une paysanne fâchée, soucieuse de l'avenir des familles paysannes et qui doit décider quelle position prendre quant à cette nouvelle initiative sur la souveraineté alimentaire.

Certes, le résultat de la votation sur l'initiative de l'Union suisse des paysans du 24 septembre dernier nous a été favorable, mais, Monsieur le conseiller fédéral, vous n'en avez pas tenu compte et vous nous avez roulés dans la farine en misant sur le fait que les paysans étaient tellement naïfs qu'ils croyaient encore que les paroles valaient de l'or et que, une fois dites, elles seraient respectées.

Vous nous avez bien dit qu'il n'y aurait pas d'accord de libre-échange avant que cela ne soit utile. A quoi cela aura-t-il servi que les consommateurs nous soutiennent en votation, nous assurant de notre importance pour la Suisse, pour l'alimentation de la population et la conservation du paysage? A quoi sert d'y croire puisque, lorsqu'il s'agira de fixer les conditions-cadres à ces décisions, les conditions d'exportation des machines, les relations internationales et la diminution de la protection douanière seront plus importantes pour le Conseil fédéral?

La paysannerie nourrit actuellement la population à près de 49 pour cent en taux d'approvisionnement net, ce qui est loin des 55 pour cent demandés le 24 septembre. Le solde restant est fourni par les marchés étrangers, qui – on le sait – ne sont pas soumis à nos standards de production, de protection de l'environnement et des animaux. On sait, par exemple, que les farines étrangères importées contiennent des traces de ce fameux glyphosate dispersé sur les blés peu avant la moisson.

Pour vous, Monsieur le conseiller fédéral, le monde est à l'ouverture, mais nous, nous exigeons de maintenir des protections douanières, car c'est ce que veut notre population, attachée à la qualité de nos produits, et c'est une question vitale pour nous. A quel point tenez-vous compte de l'actualité, Monsieur le conseiller fédéral? Savez-vous que les accords de l'OMC sont bloqués depuis des années et que pensez-vous du "Brexit"?

Toutes les organisations paysannes nous le répètent: nous ne résisterons pas à l'ouverture des marchés, car, par rapport aux produits étrangers, la production indigène sera toujours plus chère dans notre pays, qui est un îlot de cherté et de hauts salaires. Les prix pour le consommateur ne diminueront pas, preuve en est le principe du "Cassis de Dijon", qui n'a pas fait baisser les prix mais plutôt la qualité des produits.

Par ailleurs, quel avenir et combien d'années voulons-nous donner aux jeunes agriculteurs qui nous font l'honneur de reprendre nos exploitations? Nombre de celles-ci devraient disparaître selon la "Vue d'ensemble du développement à moyen terme de la politique agricole" adoptée par le Conseil fédéral, qui tire déjà des plans sur la comète pour réduire le nombre d'exploitations sous le méchant nom de "changement structurel". Selon les extrapolations du Conseil fédéral, sur 1700 exploitations transmises chaque année, près de 1300 cesseraient leur activité, avec les dommages collatéraux inhérents que cela suppose, comme l'abandon progressif et rapide des régions décentrées puisque les familles ne

AB 2017 N 1953 / BO 2017 N 1953

pourront plus y travailler. Si des exploitations agricoles pourront se restructurer et fusionner avec leurs voisines dans les régions de plaine, comment notre conseiller fédéral en charge de l'agriculture peut-il se persuader que des entreprises industrielles réussiront mieux que des exploitations familiales, adaptées à la topographie des régions de montagne, où la mécanisation et la standardisation ne peuvent être de mise? Que dire des secteurs économiques et des professions qui se situent en amont et en aval de la chaîne de valeur agricole, comme les garagistes, les vétérinaires, les agronomes? Ces derniers verront leurs clients paysans disparaître et leur





chiffre d'affaires diminuer et seront aussi touchés, bien qu'ils soient pourvoyeurs d'emplois dans la région. Il est dangereux, pour ce secteur sensible, de trop vouloir expérimenter en matière de politique agricole. Edicter des ordonnances et prendre des décisions toujours nouvelles sur le dos des paysans est néfaste, ceci sans autre besoin réel que de tirer des leçons d'un rapport douteux. A vouloir faire travailler nuit et jour les paysans entre la ferme et des activités accessoires pour des salaires ne couvrant pas le prix de production en Suisse, les paysans seront finalement usés et dégoûtés. Il est connu, dans la branche, que lorsqu'un paysan arrête son métier, il ne le reprend pas. Nous pourrions alors regretter leur présence pour le tourisme, pour la santé des consommateurs, pour la souveraineté alimentaire et, peut-être, pour la souveraineté de la Suisse. En définitive, l'initiative d'Uniterre pourrait être une alternative au rapport du Conseil fédéral.

Büchler Jakob (C, SG): Ich lege meine Interessen offen: Ich bin Meisterlandwirt ohne Betrieb und ohne Direktzahlungen, weil ich das Glück hatte, meinen Betrieb vor rund fünfzehn Jahren dem ältesten Sohn übergeben zu können.

Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" verlangt vom Bund, die Förderung von kleinbäuerlichen Betrieben voranzutreiben. Der Bund soll sich zudem für eine Erhöhung der Produzentenpreise einsetzen und damit den Bäuerinnen und Bauern sowie den in der Landwirtschaft Beschäftigten ein höheres Einkommen sichern. Die Initiative will den Strukturwandel stoppen und die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten wieder erhöhen. Produkten, welche die in der Schweiz geltenden ökologischen Bedingungen nicht erfüllen, soll die Einfuhr verweigert werden.

Das ist alles gut gemeint. Diese Volksinitiative hat sehr strenge Vorgaben an die Produktion in der Schweiz, verlangt aber im Gegenzug gleich lange Spiesse für Importprodukte. Das wäre an sich gut, nur ist sie eben sehr streng. Diese Volksinitiative würde die Zukunft der schweizerischen Landwirtschaft in eine spezielle, eher negative Richtung beeinflussen.

Geradezu diametral dazu steht die Gesamtschau des Bundesrates zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik. Wenn unsere Landesregierung in der künftigen Agrarpolitik ab dem Jahre 2022 den Agrarfreihandel ausweiten und den Grenzschutz abbauen will, dann ziehen sehr dunkle Wolken über unseren Bauernhöfen in der Schweiz auf. So kurz nach der überwältigenden Annahme des Verfassungsartikels 104a zur "Ernährungssicherheit" durch das Schweizervolk soll nun die mittelfristige Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 komplett geändert werden.

Der Bericht des Bundesrates erwähnt, dass ein Strukturwandel in der Landwirtschaft von 2,5 Prozent als sozialverträglich betrachtet werden könne. Wenn man den Strukturwandel in meinem Kanton St. Gallen betrachtet, stellt man fest, dass im Zeitraum von zehn Jahren, von 2006 bis 2016, rund 16 Prozent aller Landwirtschaftsbetriebe ihre Scheunentore für immer geschlossen haben. Damit ist der Beweis erbracht, dass ein Strukturwandel im Kanton St. Gallen stattgefunden hat, nämlich von 1,6 Prozent pro Jahr. Dieser Trend wird weiter anhalten. Die Agrarpolitik 2014–2017 wurde im Kanton St. Gallen voll und ganz umgesetzt, das heisst, die Bauernfamilien haben ihre Hausaufgaben gemacht. Bei der Umsetzung der Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik würde alles verändert werden. Das heisst, die Kosten blieben hoch, die Produzentenpreise würden aber massiv zurückgehen, weil die Schleusen beim Grenzschutz geöffnet würden. Für unsere Bauernfamilien würde das Einkommen wegen der billigen Importe, die ohne unsere Tier- und Umweltschutzaufgaben produziert werden, massiv einbrechen. Damit wäre die Existenz einer grossen Zahl von Bauernbetrieben nicht mehr gesichert. Die Alternative wäre die Betriebsaufgabe. Diese Entwicklung hätte unmittelbare Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten KMU in der Schweiz.

Herr Bundesrat, Sie waren hell begeistert vom Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit", der den grenzüberschreitenden Handel möglich machen wird. Nur sieben Wochen später will der Bundesrat nichts mehr davon wissen. Ein altes, aber heute noch gültiges Sprichwort sagt: "Hat der Bauer Geld, hat die ganze Welt!" Unsere Bauernfamilien im Kanton St. Gallen und in der ganzen Schweiz wollen und müssen sich mit innovativen und qualitativ hochstehenden Nahrungsmitteln von der ausländischen Produktion differenzieren abheben. Dazu braucht es tragfähige Rahmenbedingungen, die den Bauernfamilien auch für die kommenden Jahrzehnte eine Zukunft geben, damit die Bauernbetriebe an die kommenden Generationen, die ich eingangs erwähnt habe, weitergegeben werden können. Mit der Gesamtschau des Bundesrates zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik ist unsere schweizerische Landwirtschaft auf der Verliererstrasse.

Moret Isabelle (RL, VD): Inutile, quasi inapplicable, dangereuse et passéiste! Voilà ce qu'est cette initiative. Inutile d'abord, car la Constitution dote déjà la Confédération de larges compétences en matière de politique agricole. Inutile ensuite, car l'article constitutionnel, qui a encore récemment été complété par le contre-projet direct à l'initiative "pour la sécurité alimentaire", accepté par une large majorité du peuple et des cantons et



soutenu avec force par l'Union suisse des paysans, existe. Inutile, c'est aussi l'adjectif qui résume la position de la Fédération des industries alimentaires suisses (Fial) que j'ai l'honneur de présider.

Inutile enfin, car le développement d'une agriculture paysanne diversifiée et durable, le soutien des prix des produits indigènes, la protection des terres arables sont autant d'objectifs déjà pris en compte par la politique agricole actuelle, et encore renforcés par le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire qui vient d'être plébiscité par le peuple. Sans compter que certains des buts de l'initiative sont déjà atteints, en particulier l'information du consommateur sur les conditions de production et de transformation des denrées indigènes et des denrées importées.

L'introduction d'une nouvelle disposition constitutionnelle n'est donc pas nécessaire.

Cette initiative est aussi quasi inapplicable. En effet, si elle était acceptée, cette initiative poserait des difficultés d'application, car elle est contraire aux engagements internationaux pris par la Suisse, soit à l'accord de l'OMC, aux accords bilatéraux avec l'Union européenne et à d'autres accords de libre-échange avec des pays tiers. Les droits de douane voulus par l'initiative pour favoriser la production indigène s'opposent aux accords internationaux actuels, qui prévoient un plafond des taxes douanières.

De plus, les différentes formes d'intervention étatique sur le marché intérieur qu'exige l'initiative constitueraient des infractions aux engagements pris par la Suisse. Cela entraînerait des sanctions lourdes et porterait atteinte au pays en tant que lieu d'activité, à son économie et à sa crédibilité.

L'initiative est dangereuse, car elle nuit directement à la compétitivité de la Suisse. Les mesures d'intervention étatique préconisées et les droits de douane supplémentaires entraîneraient une hausse du coût de la vie pour le consommateur et pénaliseraient les entreprises importatrices de matières premières agricoles suisses. Cela rendrait notre pays moins attrayant et risquerait de favoriser le tourisme d'achat. Quel triste retour de manivelle! Enfin, l'initiative est passéiste: en cherchant à augmenter le nombre de personnes actives dans l'agriculture, elle requiert en fait une intervention massive de l'Etat dans le développement des structures agricoles, lesquelles cherchent

AB 2017 N 1954 / BO 2017 N 1954

aujourd'hui plutôt à accroître la productivité du travail et donc à réduire la main-d'oeuvre.

Voilà un objectif qui, en plus d'être un frein au progrès technologique, s'avère être une opération délicate, vu le principe de liberté économique consacré à l'article 27 de la Constitution.

Enfin, cette initiative porte atteinte au fédéralisme puisque, au moins par deux de ses aspects, elle opère un transfert de compétences des cantons à la Confédération. En effet, la protection des terres cultivées est à l'heure actuelle du ressort des cantons. La Confédération se contente d'en fixer les lignes directrices et de les superviser, mais les cantons demeurent responsables de la pesée d'intérêts finale, ce qui leur permet de tenir compte des particularités régionales. Il en va de même des conditions salariales du personnel agricole, aujourd'hui prévues dans des contrats-types cantonaux. Ce n'est pas un hasard si cette compétence appartient aux cantons: il s'agit de prendre en considération les fortes variations du coût de la vie d'une région à l'autre. Inutile dans ses intentions et mauvaise dans son résultat, c'est un grand non à l'initiative "pour la souveraineté alimentaire" que je vous invite à exprimer.

von Siebenthal Erich (V, BE): Zum Titel der Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle": Dass die Landwirtschaft uns alle betrifft, dessen sind wir uns in der Regel im täglichen Geschäft nicht bewusst. Somit ist es gut, dass uns das mit dieser Initiative einmal mehr vor Augen geführt wird. Die Strategie der Initianten ist, dass die einheimische bäuerliche Produktion wieder mehr Bedeutung bekommen soll.

Warum kommt eine solche Initiative überhaupt zustande? In den letzten Jahren sind die Preise unserer Produkte immer mehr gesunken. Der Druck auf die Betriebe hat enorm zugenommen. Die Strategie "Wachstum, mehr Fläche bewirtschaften" führt in eine totale Sackgasse, denn sie bewirkt, dass zunehmend auch die grossflächigen Betriebe nicht mehr über die Runden kommen.

Die Initianten haben diese Arbeit nicht deshalb auf sich genommen, weil sie sonst nichts zu tun hätten. Nein, sie haben es als absolut notwendig erachtet, in die Landwirtschaftspolitik hineinzuwirken, weil sie die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik aus Bern nicht mehr unterstützen und weil sie Bern nicht mehr vertrauen können.

Es kommt hinzu, dass der Bundesrat in den letzten Tagen im Bericht mit dem Titel "Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik" die Agrarpolitik 2022 plus vorgestellt hat. Zentral in dieser Strategie ist der Abbau des Grenzschutzes, welcher die Preisunterschiede zwischen der Schweiz und dem Ausland im Umfang von 30 bis 50 Prozent reduzieren wird. In Bezug auf die Frage, wie das für die Bauern kompensiert werden soll, ist der Bericht sehr vage und enthält keine konkreten Vorschläge.





Seit ich in diesem Rat dabei bin, beantragt der Bundesrat in der Budgetberatung immer, jedes Jahr, eine Kürzung bei der Abgeltung der Leistungen der Landwirtschaft. Das ist die Realität. Und jetzt kommt der Bundesrat noch mit einem Vorschlag und einer Strategie, die zwangsläufig dazu führen, dass unsere Qualitätsprodukte zu noch tieferen Preisen verkauft werden müssen und folglich das Einkommen der Bauern nochmals sinkt.

Der Bericht erwähnt auch, dass ein Strukturwandel von bis zu 2,5 Prozent als sozialverträglich betrachtet wird; beim heutigen Stand von 52 000 Betrieben bedeutet das 1300 Betriebsaufgaben pro Jahr. Da frage ich mich schon, welchen Stellenwert die vielseitige Landwirtschaft für den Bundesrat noch hat, denn gerade im Hügel- und Berggebiet, unter erschwerten Produktionsbedingungen, geraten die meisten Betriebe bei der Bewältigung ihrer Arbeit an ihr Limit. Die Strategie der Grösse – ein Betrieb mit mehr Fläche könne günstiger produzieren – hat klare Grenzen und führt zum Kollaps der bäuerlichen Familienbetriebe. Wir haben immer noch sehr viele motivierte junge Landwirtinnen und Landwirte, aber der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht, Herr Bundesrat.

Vor zehn Tagen hat mir eine junge Bäuerin und Äplerin aus dem Kanton Waadt gesagt: "So geht es nicht mehr weiter – wie soll ich da meine Rechnungen noch bezahlen?" Herr Bundesrat, diese Initiative ist ein klares Zeichen der Not! Ihre Strategie der Grösse zu tiefen Preisen bricht uns Bauern das Genick.

Ich habe grosse Sympathie für diese Initiative, weil sie Bereiche thematisiert, für die der Bundesrat kein Gehör hat.

Campell Duri (BD, GR): Ich habe probiert, mir diese Agrarpolitik bildlich vorzustellen. Es ist nicht einfach gewesen. Ich habe es mir so vorgestellt: Ich fahre auf einer Hauptstrasse, die recht gut ist, und komme auf eine Kreuzung. Soll ich nun nach links oder nach rechts abbiegen? Wenn ich nach links abbiege, dann sehe ich die Initiative "für Ernährungssouveränität". Wir haben schon viel von dieser Initiative gehört. Für mich, summa summarum: Sie ist gut gemeint für die Landwirtschaft, sie ist sehr gut gemeint, aber sie reguliert viel zu stark. Wenn ich nach rechts abbiege, denke ich an den Bericht des Bundesrates über die Agrarpolitik ab dem Jahr 2022; dann habe ich als Bergler grosse Mühe, das zu verstehen.

Die einzige Produktion in der Berglandwirtschaft betrifft die Produkte Milch und Fleisch. Genau diese zwei Produkte sind in diesem Bericht am allerstärksten betroffen. Was soll nun die Berglandwirtschaft noch produzieren? Ich denke hier auch an die Entvölkerung der Bergtäler. Alle sagen, die Landwirtschaft sei dazu da, die Leute in den Bergen zu halten, in der Peripherie zu halten. Diese Familien machen gute Arbeit. Die Berglandwirtschaft erhält das schöne Bild der Landschaft. All dies stellen wir nun infrage.

Die Landwirtschaft will Rechtssicherheit. Die Agrarpolitik 2014–2017 hat eine grosse Änderung vorgenommen. Wir haben in diesem Rat beschlossen, dass wir mit der Agrarpolitik 2018–2021 weiterfahren. Und nun kommt der Bundesrat und will wiederum eine riesengrosse Änderung vornehmen.

Es ist mir bewusst, dass es auch sonst in der Wirtschaft grosse Änderungen gibt. Aber diese kommen meistens von aussen. Und wir wollen jetzt in der Agrarpolitik, hier im Rat, wieder grosse Änderungen vornehmen. Nun, ich setze den Blinker nicht nach links und nicht nach rechts, ich möchte geradeaus fahren und die Agrarpolitik, die wir jetzt haben, verbessern. Das heisst, es wird vielleicht eine holprigere Strasse sein, aber lieber eine holprige Strasse als eine Strasse, von der ich nicht weiss, ob ich auf ihr ans Ziel komme.

Ich werde mich bei der Abstimmung über die Empfehlung zur Initiative der Stimme enthalten, und ich bin gegen den Gegenvorschlag.

Müller Leo (C, LU): Der Bundesrat legt in der Vorlage 17.023 die Botschaft zur Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" vor. Er beantragt, die Initiative sei zur Ablehnung zu empfehlen.

Der Forderungskatalog in dieser Initiative ist umfangreich. Vielen dieser Forderungen kann ich nicht zustimmen. Einen Punkt enthält die Initiative aber, der für die Landwirtschaft sehr wichtig ist, nämlich den Grenzschutz. Dieser Grenzschutz ist für die Landwirtschaft deshalb so wichtig, weil die schweizerische Landwirtschaft unter ganz anderen Bedingungen zu produzieren hat als die ausländische. So sind in der Schweiz die Bodenpreise massiv höher, die Gebäude kosten viel mehr, die Lohnkosten sind viel, viel höher als im Ausland. Des Weiteren sind die Produktionsbedingungen aufgrund der topografischen und teilweise auch aufgrund der klimatischen Situation weniger gut als in vielen anderen Ländern auf dieser Erde. Zudem hat die Schweiz ihre Agrarpolitik so ausgelegt, dass die Auflagen an die Produktion viel höher sind als jene im Ausland. Will man die inländische Produktion und die schweizerische Landwirtschaft erhalten, so ist diese auf den Grenzschutz angewiesen. Von der Nettorohleistung der Landwirtschaft von rund 10 Milliarden Franken stammen rund 2,5 Milliarden Franken oder rund ein Viertel von diesem Grenzschutz respektive sind davon abhängig.

An diesen Grenzschutz knüpfe ich nun mit meinem Votum an. Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 1.



November 2017 eine Gesamtschau zur schweizerischen Landwirtschaft vorgelegt, und er hat in unmissverständlicher Art und Weise einseitig und ohne Not vorgeschlagen, diese

AB 2017 N 1955 / BO 2017 N 1955

Grenzschutzmassnahmen seien abzubauen. Das ist völlig unverständlich. Er schwächt damit einerseits die Wirtschaftskraft der schweizerischen Landwirtschaft massiv. Andererseits schwächt er seine Verhandlungsposition für internationale Verhandlungen. Es ist nicht einzusehen, warum der Bundesrat dieses wichtige Verhandlungspfand aus der Hand geben will.

Mit dem Grenzschutzabbau, den der Bundesrat will, wird ein massiver Druck auf die Landwirtschaft ausgeübt. Der Bundesrat zieht bei den Einkommen die Schraube an, und der Landwirtschaft geht der finanzielle Schnauf aus. Sollte der Bundesrat seine Absicht in die Tat umsetzen, würden die Einkommen der Landwirte massivst sinken. Jene Betriebe, die keine oder nur geringe Reserven haben, würden in den Ruin getrieben. Aber auch jene Betriebe, die noch gewisse finanzielle Reserven für kommende Investitionen haben, würden an den Rand der Existenzfähigkeit getrieben; auch diese Betriebe würden der Reserven beraubt.

Eine solche Politik ist nicht verständlich. Will der Bundesrat einen grösseren Strukturwandel, so muss er doch für einzelne Betriebskategorien Massnahmen vorschlagen und diese ins Visier nehmen: Will er die Kleinbetriebe ausrotten, soll er Massnahmen beschliessen, damit diese ausgerottet werden. Möchte er die Milchproduktionsbetriebe weghaben, müsste er für diese Betriebskategorie Massnahmen beschliessen. Damit Sie mich richtig verstehen: Ich will das nicht. Aber wenn der Bundesrat schon will, dass der Strukturwandel anders vorstättengeht, soll er für einzelne Bereiche Massnahmen beschliessen und nicht die ganze Branche, die ganze Landwirtschaft auf den Abgrund zutreiben.

Ich fordere den Bundesrat hiermit auf, seine Absicht grundlegend zu überdenken und die Massnahmen betreffend Grenzschutzabbau zurückzuziehen. Es ist auch unverständlich, dass der Bundesrat gut einen Monat nach einer Abstimmung, bei welcher das Schweizervolk zu fast vier Fünfteln Ja zu einer Initiative gesagt hat, mit welcher man die Inlandversorgung stärken will, mit dem erwähnten Bericht und mit diesen Massnahmen kommt. Das widerspricht nicht nur dem Volkswillen, sondern ist auch politisch völlig unklug.

Sofern der Bundesrat seine Massnahmen nicht zurückzieht, werde ich mich bei dieser Initiative der Stimme enthalten – ich will mir wirklich alle Optionen offenhalten. Ich bitte Sie, Gleiches zu tun.

Mazzone Lisa (G, GE): Manger est consubstantiel à la vie, c'est un des besoins les plus fondamentaux; c'est évidemment un truisme de le dire. Il est évident que l'alimentation nous concerne toutes et tous, tout au long de son parcours, de la graine qui est plantée, jusqu'au mets qui se trouve dans nos assiettes. Qui nous permet de répondre à ce besoin élémentaire? Ce sont les agricultrices et les agriculteurs qui, ici et ailleurs, produisent de quoi nous nourrir.

Pourtant, l'heure est grave, car notre taux d'auto-provisionnement s'érode chaque année, car chaque jour des exploitations agricoles ferment. En 2016, on en a compté encore 1000 qui ont disparu. Face à cette situation, le Conseil fédéral s'apprête à jeter en pâture les familles paysannes qui souffrent déjà de conditions de travail difficiles, à jeter en pâture la petite production indigène au libre marché.

Cette initiative propose une refonte en profondeur du système qui nous permet de nous alimenter. Aujourd'hui, celui-ci est caractérisé par une concentration du marché et une dépendance des agricultrices et agriculteurs et des consommatrices et consommateurs aux grands groupes agroalimentaires. Ce système sert avant tout le profit d'un petit nombre. En préservant et en développant dans notre pays l'agriculture paysanne, ancrée dans son territoire ainsi que dans son environnement direct, immédiat, nous redonnons une perspective d'avenir à un système alimentaire qui doit être durable. C'est donc aussi une initiative pour nous, les consommatrices et les consommateurs.

Nous refusons le slogan qui est brandi et qui consiste à dire: "Produire moins cher et payer toujours moins cher." De quoi parle-t-on exactement? L'alimentation représente entre 6 et 8 pour cent du budget des ménages en Suisse, une des parts qui s'avèrent les plus basses d'Europe. Il est temps de revendiquer un prix équitable, pour les paysannes et les paysans suisses, ainsi que pour les paysannes et les paysans d'ailleurs. L'initiative offre un cadre qui garantit des revenus justes ainsi que des prix équitables. Rappelons que le secteur agroalimentaire représente 11 pour cent des emplois en Suisse, soit 540 000 personnes. L'ouverture des marchés revient à détériorer encore les conditions de travail, voire à porter atteinte à des emplois. On en a fait les frais dans d'autres domaines.

Il existe une alliance naturelle entre les consommatrices et les consommateurs et les paysannes et les paysans, une alliance que cette initiative renforce. Elle la renforce parce qu'elle met l'accent sur la qualité. Une agriculture paysanne diversifiée, sans OGM, garantit des produits sains et, à long terme, la préservation des





ressources, la préservation des sols qui sont évidemment indispensables pour se nourrir. Garantir la proximité, des cultures locales et l'accès à la terre est essentiel pour maintenir, ici, en Suisse, une production ainsi que la sécurité alimentaire qui est un des piliers de la souveraineté alimentaire.

Soutenir l'agriculture paysanne, c'est aussi lutter contre les grands groupes agroalimentaires qui prennent en otage les producteurs, c'est garantir le droit d'utiliser, de reproduire, d'échanger, de commercialiser les semences, contre les brevets.

Il faut réaffirmer une agriculture sans OGM, en prenant en compte les nouveaux développements de ces technologies, tel que le fait l'initiative. En l'inscrivant dans notre Constitution, on renforce la recherche pour développer des systèmes alimentaires résilients.

La Suisse dépend de plus en plus de l'extérieur pour alimenter son bétail. C'est absurde pour notre environnement et la justice sociale, parce que ces productions en masse de protéines, dans des pays comme le Brésil ou l'Argentine, portent directement atteinte aux populations locales, car elles se font au détriment d'une agriculture sur place diversifiée et paysanne.

Qu'on soit clair, l'initiative pose un cadre qui renforce le pouvoir de négociation des producteurs face à la grande distribution et à l'industrie, en garantissant aussi – et c'est l'objectif – la transparence. L'initiative ne vise pas à fermer les frontières aux importations – ce serait évidemment bien bête –, mais il faut maintenir une régulation flexible, en fonction de l'offre indigène. Mettre la priorité sur les circuits courts passe par une régulation, comme dans d'autres domaines, et tant que les critères de durabilité sociaux et environnementaux ne seront pas pris en compte, c'est aussi naïf que dangereux d'ouvrir des frontières sans régulation suffisante. L'initiative vise à ancrer cette régulation et à l'orienter vers des critères durables.

Il faut faire évoluer la situation, et c'est l'objectif de l'initiative, vers une agriculture qui ait du sens. Cette initiative redonne un sens fondamental à l'alimentation en instaurant la préservation et le développement d'une agriculture paysanne en Suisse qui permette aux paysans et aux paysannes de vivre dignement, une agriculture qui préserve les sols en évitant les pesticides et qui offre des produits sains aux consommateurs.

La proposition de contre-projet comporte quelques points de l'initiative et va dans la bonne direction, c'est pourquoi je la soutiendrai tout en m'engageant pour la recommandation de l'initiative.

Grin Jean-Pierre (V, VD): La sécurité alimentaire fait l'objet de plusieurs initiatives ces temps-ci, dont l'initiative d'Uniterre intitulée "Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous". Est-elle inutile? Jusqu'à la fin du mois d'octobre dernier, c'était peut-être une initiative de trop. Mais le dévoilement par le Conseil fédéral de sa stratégie de politique agricole et la publication du rapport "Vue d'ensemble du développement de la politique agricole" le 1er novembre 2017 changent quelque peu la donne par rapport à cette initiative.

La stratégie du Conseil fédéral ne tient pas du tout compte de la volonté populaire exprimée par une très nette majorité de votants le 24 septembre dernier lors de l'acceptation du contre-projet à l'initiative "pour la sécurité alimentaire".

AB 2017 N 1956 / BO 2017 N 1956

Le rapport défendu par Monsieur le conseiller fédéral Schneider-Ammann remet en cause le rôle multifonctionnel de l'agriculture défini à l'article 104 de la Constitution. Le rapport du Conseil fédéral présente une position totalement opposée, voire inacceptable et dommageable, non seulement pour l'agriculture, mais aussi, de manière générale, pour notre société. En désirant ouvrir davantage les frontières, le Conseil fédéral exerce une nouvelle pression sur les prix agricoles qui sont déjà à un prix-plancher.

En acceptant clairement le contre-projet à l'initiative "pour la sécurité alimentaire" de l'Union suisse des paysans, le peuple suisse s'est prononcé pour le maintien d'une agriculture suisse multifonctionnelle et productive. Les entreprises agricoles suisses ne peuvent pas lutter à armes égales face à la concurrence étrangère en raison des coûts de production particulièrement élevés dans notre pays ainsi que des standards s'appliquant à la détention des animaux.

La protection douanière, bien dosée, reste un instrument essentiel pour permettre aux familles paysannes de notre pays de remplir les prestations que l'on attend d'elles en matière de préservation des ressources, d'alimentation de qualité ou encore de bien-être des animaux. L'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" représente, dans ce contexte, une opportunité réelle de contrecarrer le projet du Conseil fédéral et de respecter la volonté populaire qui s'est manifestée le 24 septembre dernier.

Cette initiative donne des pistes, propose des solutions qui concernent non seulement l'agriculture suisse et les consommateurs de ses produits, mais aussi des conditions de travail et de production à l'étranger, car elle



répond à nos préoccupations au sujet d'une agriculture mondiale équitable, respectueuse de l'environnement et des animaux. Je vous rappelle qu'elle ne veut pas uniquement des mesures protectionnistes. Elle vise surtout à une forte équité dans les critères applicables aux produits, qu'ils soient issus de Suisse ou d'autres pays.

Par conséquent, si nous voulons assurer une alimentation saine à notre population, si nous voulons maintenir des places de travail dans les régions rurales ainsi que dans l'agroalimentaire, si nous voulons une production qui respecte les ressources naturelles et que l'agriculture suisse soit exempte d'OGM, si nous voulons assurer le bien-être des animaux d'élevage, si nous sommes pour un marché équitable et juste et, enfin, si nous voulons agir contre un libéralisme débridé, alors nous devons soutenir et recommander cette initiative, car l'agriculture nous concerne toutes et tous.

Avec des dispositions constitutionnelles certes beaucoup plus contraignantes, son acceptation serait une manifestation de désapprobation de la stratégie de notre gouvernement à l'égard de la Politique agricole 2018–2021 et des années suivantes. Donc, si, dans sa stratégie, le Conseil fédéral ne désire pas respecter la volonté populaire au sujet de l'agriculture, "remettre la presse" devrait lui permettre de revenir à une certaine raison.

Munz Martina (S, SH): Ernährungssouveränität bedeutet: ökologisch, sozial und lokal. Ernährungssouveränität ist keine Schweizer Erfindung von Uiterre. Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde bereits in den Neunzigerjahren von der Bauernbewegung La Via Campesina als Antwort auf die Gründung der WTO entwickelt. Sie ist die Antwort auf das schädliche Prinzip des Freihandels, der eine hochkommerzialisierte und industrialisierte Produktion auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft begünstigt. La Via Campesina ist weltweit die grösste Vereinigung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Mit der weltweiten Kampagne für Ernährungssouveränität sollen alle Völker das Recht erhalten, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selber zu gestalten und ihre Nahrung ökologisch, sozial und lokal zu produzieren.

Ernährungssouveränität ist auch eine Antwort auf den Welthunger. Sie setzt das Recht auf Nahrung um. Obwohl weltweit genügend Nahrungsmittel produziert werden, hungern 800 Millionen Menschen. Zynischerweise leben die meisten Hungernden in Ländern, wo Nahrungsmittel für uns produziert werden. Ernährungssouveränität zeigt einen Weg für eine ökologische, gentechnikfreie Landwirtschaft und einen weltweit verantwortungsvollen, fairen Lebensmittelhandel auf.

Die vorliegende Initiative will diese weltweite Forderung auch in der Schweiz umsetzen. Sie fordert die Einhaltung der ökologischen und sozialen Qualitätsstandards auch von Importprodukten. Um dies durchzusetzen, sind Importzölle als Lenkungsinstrument erlaubt. Der Markt kann damit vor Billigprodukten geschützt werden. Die SP erachtet dies nicht als protektionistische Forderung, sondern als Voraussetzung für eine Öffnung der Grenzen. Wir unterstützen die Schweizer Landwirtschaft mit mehr als 3 Milliarden Franken Subventionen im Jahr und fordern dafür weiterhin eine Qualitätsstrategie der einheimischen Landwirtschaft. Nahrungsmittel, die diesen Standards nicht genügen, dürfen den heimischen Produkten nicht gleichgestellt werden. Beim Freihandel muss der Herstellungsprozess der Ware mit einbezogen werden. Äpfel dürfen nicht mit Birnen verglichen werden.

Zugegeben, die Initiative enthält auch viele Artikel, die schwierig umsetzbar sind. Sie vergisst beispielsweise die Abhängigkeit von fossiler Energie und Kunstdünger. Zudem wird dem Staat viel Verantwortung zugeschoben. Der Gegenvorschlag ist klarer, aus ihm ist alles herausgestrichen, was bereits in der Verfassung steht. Er ist deshalb eine gute Alternative zur Initiative.

Nachhaltige Ernährungssysteme können Fragen zum Saatgut und zur Gentechnik nicht übergehen. Der freie Zugang zu genetischen Ressourcen ist eine wichtige Voraussetzung für die Lösung des Welthungers. Auch diese Themen nimmt der Gegenvorschlag auf. Hingegen ist die Initiative bezüglich Gentechnik klarer und nimmt die Problematik der neuen Pflanzenzüchtungsverfahren auf. Bemühungen, diese Verfahren nicht dem Gentechnikgesetz zu unterstellen und damit Gentechnik durch die Hintertür einzuführen, werden damit klar abgelehnt. Wird der Gegenvorschlag angenommen, dann muss dieser Artikel über Gentechnik präzisiert werden.

Es braucht weltweit eine Agrarwende hin zu einer ökologischeren, sozialeren und lokaleren Landwirtschaft! Ich bitte Sie: Unterstützen Sie den Gegenvorschlag, er ist eine gute Alternative zur Initiative.

Egloff Hans (V, ZH): Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" verlangt die Ausrichtung der Agrarpolitik auf eine kleinbäuerliche, auf die regionale Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft. Dies soll mit umfangreichen staatlichen Eingriffen erreicht werden. Die Forderung der Initianten entspricht einem absoluten Schutz der Kulturland- und Fruchtfolgeflächen auf Bundesebene. Dadurch würden die Kantone ihren Ermessensspielraum bei der Raumplanung verlieren. Als Präsident des Hauseigen-



tümerverbandes Schweiz äussere ich mich nur zu denjenigen Aspekten, welche die Raumplanung und somit die Interessen der Grundeigentümer betreffen.

Der Schutz der Kulturland- und Fruchtfolgeflächen ist durch Artikel 75 der Bundesverfassung sowie durch das Raumplanungsgesetz und den Sachplan Fruchtfolgeflächen auf Bundesebene gewährleistet. Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes im Bereich Siedlung von 2014 wurden die Vorgaben für die Richtplanung der Kantone zur Beschränkung der Siedlungsfläche konkretisiert. Der Schutz des Kulturlandes wurde dadurch erheblich verstärkt. Durch die laufende Überarbeitung des Sachplans Fruchtfolgeflächen soll die Zuteilung der besten Böden zu den Fruchtfolgeflächen nochmals verbessert werden. Das Kulturland wird daher aus meiner Sicht ausreichend geschützt.

Die Raumplanung liegt hauptsächlich in der Kompetenz der Kantone. Diese kennen die regionalen Gegebenheiten besser als der Bund und können ihre kantonalen Gesetze daran anpassen. Durch die Revision des Raumplanungsgesetzes, erste Etappe, hat der Bund bereits weitreichende Kontroll- und Steuerungsfunktionen erhalten, indem er die Richtpläne der Kantone überprüfen und genehmigen kann bzw. muss. Die Forderung, das Kulturland und die Fruchtfolgeflächen seien auf Bundesebene auf dem heutigen Stand einzufrieren, widerspricht den allgemeinen Grundsätzen der

AB 2017 N 1957 / BO 2017 N 1957

Raumplanung, welche eine gewisse Abwägung der verschiedenen öffentlichen Interessen gewährleisten muss. Die von den Initianten geforderte absolute Unterschutzstellung ist zu radikal und würde die Schweiz in ihrer Entwicklung immens hemmen. Zudem würde damit die kantonale Planungshoheit auf unzumutbare Weise eingeschränkt.

Aus diesen Gründen kann ich diese Volksinitiative keinesfalls unterstützen.

Sauter Regine (RL, ZH): Ja, es stimmt, was Herr Glättli heute Morgen gesagt hat: Lebensmittel sind wertvoll und sollen uns in diesem Sinne etwas wert sein. Aber auch wenn die Stimmbevölkerung dem Gegenvorschlag zur Initiative "für Ernährungssicherheit" deutlich zugestimmt hat und damit augenscheinlich nur inländische und womöglich biologisch produzierte Lebensmittel will – sie verhält sich anders. In den Discountern wird billiges ausländisches Fleisch gekauft, und für den Wocheneinkauf fährt man ins nahe Ausland, wo Gemüse und Früchte ein paar Rappen günstiger sind.

Das ist nur ein Indiz dafür, dass am hohen Grenzschutz im Agrarbereich etwas falsch ist. Es zeigt, dass er zu Fehlanreizen führt und die Problematik der Hochpreisinsel Schweiz und des Einkaufstourismus noch verstärkt. Eine rigide, protektionistische Landwirtschaftspolitik – und das ist auch die Vision der Initiative "für Ernährungssouveränität" – hat denn auch massive negative Auswirkungen auf unsere gesamte Volkswirtschaft. Dass das wirklich im Interesse der Initianten liegt, ist schwer vorstellbar.

Bereits die heutige Landwirtschaftspolitik steht einer weiteren Öffnung internationaler Märkte für unsere Exportwirtschaft entgegen. Eine zusätzliche Abschottung unseres Marktes mit weiteren Zöllen, wie das die Initiative fordert, wäre völlig verfehlt. Unsere Wirtschaft braucht den Zugang zu internationalen Märkten, und dies in Zukunft noch vermehrt. Es muss möglich sein, neue Freihandelsabkommen abzuschliessen. Bereits vor zehn Jahren scheiterte aber z. B. ein Freihandelsabkommen mit den USA, einem der grössten Märkte, weil die Schweiz ihren Markt für Agrar- und Lebensmittelprodukte zu stark schützt.

Heute spielt zudem ganz klar Südostasien eine wichtige wirtschaftliche Rolle. In den nächsten Jahren können auch Südamerika oder Afrika dazukommen, worauf die erheblichen Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation in den entsprechenden Ländern deuten. Mit diesen Ländern muss die Schweiz einen ungehinderten Handel betreiben können. Aber diese Länder wollen – und das zu Recht – auch ihre landwirtschaftlichen Produkte in die westlichen Länder exportieren dürfen. Kaum eine Verhandlungspartei wird dann Handelsvorschriften für Nahrungsmittel akzeptieren, wie sie die Initiative verlangt.

Der Bundesrat hat dies erkannt und zeigt mit dem Konzept für die Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 den Weg auf, wie sich die Landwirtschaftspolitik zukünftig entwickeln soll. Im Gegensatz zu vielen Vorrednern erachte ich diesen Weg als den richtigen. Es sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass durch mehr Marktorientierung, Eigenverantwortung und Innovationsfähigkeit das Unternehmertum beim einzelnen Betrieb verbessert werden kann und damit die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Sektors, der gesamten Landwirtschaft, verbessert werden kann.

Im Übrigen, das muss ich Ihnen klar sagen, teile ich auch nicht Ihren Pessimismus in Bezug auf die Anpassungsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft. Eine Marktöffnung im Agrarbereich ist für unsere gesamte Volkswirtschaft vorteilhaft. Ein Abbau des Grenzschutzes, begleitet von geeigneten Unterstützungsmassnahmen, ist für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft und die einheimische Produktion bewältigbar.



Die Initiative "für Ernährungssouveränität" führt direkt in die staatliche Planwirtschaft; dazu muss man Nein sagen. Nötig sind neue Wege, wie sie der Bundesrat nun aufgezeigt hat; dazu muss man Ja sagen. Sich der Stimme zu enthalten, wie das einige in diesem Saal tun wollen, ist kein mutiges Zeichen.

de la Reussille Denis (G, NE): L'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" a été déposée le 30 mars 2016, munie de près de 107 000 signatures valables. Le Parti suisse du travail – Parti ouvrier et populaire – fait partie des organisations qui ont soutenu l'initiative dès le début de la récolte de signatures.

Alors que trois exploitations agricoles disparaissent quotidiennement dans notre pays, le Conseil fédéral tergiverse sans cesse lorsqu'il s'agit de défendre non seulement notre agriculture, mais également nos paysans, en invoquant notamment des accords de libre-échange.

L'initiative du syndicat Uniterre permettrait non seulement à la population de notre pays d'avoir des garanties sur la qualité de ce qui se trouve dans son assiette, mais également de réserver à nos agriculteurs une rémunération décente, leur garantissant ainsi la possibilité d'assurer la survie de leur exploitation, ce qui nous semble indispensable pour bien d'autres choses que l'entretien de nos paysages.

Nous estimons que la population a le droit d'être informée très clairement de l'origine et de la qualité des produits qu'elle consomme, autrement dit de la manière dont ont été produits ces aliments, du point de vue écologique et social, entre autres sur le plan des conditions de travail des employés agricoles. L'initiative d'Uniterre permettrait non seulement de s'assurer de l'origine, de la qualité et des conditions notamment écologiques de cette production, mais également de la manière dont elle a été transformée, emballée, acheminée et mise sur le marché.

A l'heure où la question du réchauffement climatique inquiète de plus en plus la population de notre pays, la question d'une production agricole de proximité est cruciale. Nous devons nous assurer que les produits que nous consommons n'ont pas effectué des milliers de kilomètres en camion ou en avion, alors que ceux-ci pourraient être produits près de chez nous. Afin d'éviter des transports longs et coûteux et ainsi un bilan écologique catastrophique, le texte qui nous est soumis favorise également le maintien, voire la création, de structures régionales de transformation, de commercialisation et de stockage, ce qui en soi est également créateur d'emplois.

L'initiative a en outre pour but d'assurer une information claire au consommateur par un étiquetage précis, alors qu'un des effets du principe du "Cassis de Dijon" réduit ce niveau d'information, permettant par là même des scandales alimentaires, tels que ceux auxquels on a assisté ces dernières années, par exemple avec les fameuses "lasagnes à la viande de cheval".

Du point de vue des travailleurs et des travailleuses de la terre, qu'ils soient paysans et paysannes ou ouvriers et ouvrières agricoles, l'initiative favoriserait une meilleure rémunération de toutes les personnes de ces secteurs en imposant une pratique de prix équitables.

Cela permettrait également d'harmoniser au niveau fédéral les contrats de travail des ouvriers agricoles, tant pour ce qui concerne les salaires que les horaires. Rappelons ainsi que, pour l'instant, ces horaires varient de 45 heures par semaine dans le canton de Genève, par exemple, à 66 heures par semaine dans le canton d'Uri.

Le monde agricole est sous la pression constante des grandes filières de distribution. Les producteurs ne savent jamais à quel prix leurs récoltes leur seront achetées, ni dans quelles quantités, ni pour combien de temps encore. L'initiative redonne la main aux paysans dans la gestion des quantités à produire, qui sont désormais déterminées en fonction des besoins de la population et non plus des desiderata de l'industrie. Elle soutient également de ce fait la vente directe en favorisant la création de filières de proximité.

Le projet d'Uniterre assure également le maintien de la biodiversité en conservant la production de semences paysannes, en évitant ainsi l'introduction d'OGM dont, faut-il le rappeler, la population suisse ne veut pas. Les éleveurs pourraient aussi recevoir une aide à la valorisation des fourrages indigènes, évitant ainsi l'achat de protéines importées pouvant également contenir des OGM sans que les éleveurs en soient informés.

Finalement, l'initiative permettrait de relancer un secteur en grande difficulté en favorisant la diversité des structures, tant

AB 2017 N 1958 / BO 2017 N 1958

dans la taille que dans la forme juridique. Il ne s'agit pas seulement de maintenir le nombre d'exploitations agricoles, mais de soutenir la création de nouvelles exploitations en facilitant l'accès à des terres, en donnant la possibilité de partager les exploitations actuelles entre plusieurs exploitants, ce qui signifie une reconnaissance des associations d'exploitants. En vingt ans, ce sont plus de 100 000 emplois qui ont disparu dans l'agriculture,





mais ceci ne doit pas être une fatalité. La paysannerie suisse doit donc pouvoir compter sur notre soutien. En conclusion, l'initiative populaire d'Uniterre "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" remet au centre du débat un élément essentiel pour notre société, à savoir les conditions sociales et environnementales de notre production alimentaire, et mérite largement notre soutien.

Hausammann Markus (V, TG): Meine Interessenbindungen kennen Sie.

In seiner Botschaft lässt der Bundesrat keinen guten Faden an dieser Volksinitiative. Tatsächlich lässt sie bezüglich Umsetzbarkeit auch ein paar Fragen offen. Aber, Herr Bundesrat, gegenüber der bisherigen Agrarpolitik und den Absichten des Bundesrates, die er in seiner Gesamtschau hinsichtlich der Agrarpolitik 2022 plus vorstellt, erscheint mir diese Initiative eher als ein Befreiungsschlag und ihre Umsetzung für die Landwirtschaft eher als ein Klacks.

Herr Bundesrat, ich stelle Ihnen dazu fünf Fragen:

1. Das Landwirtschaftsbudget ist seit 2012 stabil. Trotzdem müssen wir Jahr für Jahr für den Erhalt dieses Budgets kämpfen. Was hat das mit verlässlichen Rahmenbedingungen zu tun?
2. Der Bundesrat hat das Projekt "Administrative Vereinfachung" lanciert. Wir haben uns viel davon versprochen, spüren aber keine Entlastung. Jetzt soll dieser Rohrkrepierer durch das nächste kostenintensive Projekt "Digitalisierung" abgelöst werden. Grundsätzlich unnötige Aufzeichnungen sollen in Zukunft also automatisch erfolgen. Auch wir versprechen uns etwas vom digitalen Zeitalter. Aber wann fragt der Bundesrat uns Bäuerinnen und Bauern, welche digitalen Schritte uns tatsächlich weiterhelfen?
3. Seitens des Bundes wurden in letzter Zeit markante Veränderungen für die Landwirtschaft angekündigt, so zum Beispiel der Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, die Strategie Antibiotikaresistenzen und der Aktionsplan Strategie Biodiversität Schweiz. Forschung und Beratung schaffen es aber nicht, die Landwirtschaft bei deren Umsetzung und in der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu unterstützen! Die Agrarforschung wäre dringend effizienter auf die Bedürfnisse der praktischen Landwirtschaft auszurichten. Wann endlich können wir Bäuerinnen und Bauern darauf Einfluss nehmen?
4. Die sektorielle Marktöffnung hat die Milchwirtschaft in eine ernsthafte und andauernde Krise gestürzt. Wann begreift der Bundesrat endlich, dass die Globalisierung des Agrarsektors die Bauernfamilien in aller Welt – ich betone: in aller Welt – ins Hamsterrad drängt? Bundesrat und Verwaltung und mit ihnen auch Frau Sauter meinen es zwar gut mit uns, arbeiten aber völlig an den Bedürfnissen der am 24. September 2017 vom Volk erneut geforderten nachhaltig produzierenden Landwirtschaft vorbei.
5. Warum in aller Welt sollen wir Bäuerinnen und Bauern glauben, dass Ihr neuester Entwurf Agrarpolitik 2022 plus für uns eine Kehrtwende zum Besseren bedeutet?

Je nachdem, wie Ihre Antworten ausfallen, behalte ich mir vor, die Initiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" zu unterstützen.

Friedl Claudia (S, SG): Es ist ja kein Zufall, dass gerade in letzter Zeit Initiativen zu Landwirtschaft und Ernährung so zahlreich eingereicht wurden und werden. Das zeigt eines: Gesunde Nahrungsmittel und die Zukunft der Landwirtschaft bewegen die Bevölkerung.

Wir stellen aber einfach fest, dass die Intensivierung der Landwirtschaft die Natur, die Landschaft, die Böden, die Gewässer und die Biodiversität unter Druck setzt. Immer noch werden 2000 Tonnen Pestizide jährlich in der Schweiz ausgebracht. Kürzlich wurde festgestellt, dass 40 Prozent der Lebensmittel der Schweiz mit Glyphosat belastet sind, viele Kleinbäche im Kulturlandbereich sind mit einem Mix von Pestiziden belastet und bedrohen die Wasserorganismen, die Böden sind übernutzt und ausgelaugt, die Antibiotikaresistenzen nehmen weiter zu, die Biodiversität nimmt ab, die Bienen sterben, und in Deutschland wurde festgestellt, dass 75 Prozent weniger Fluginsekten vorhanden sind als vor rund vierzig Jahren. Ja, selbst die Fischer fragen sich, ob die Fangrückgänge vielleicht etwas mit diesem Insektenschwund zu tun haben. Und immer noch verschwindet in der Schweiz pro Sekunde ein halber Quadratmeter Kulturland.

Aber auch die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern – wir haben es schon mehrmals gehört – sind vor allem auch bei kleineren Betrieben so tief, dass sie nicht mehr zum Leben und zum Aufbau einer sicheren Altersvorsorge reichen.

Es ist also nicht alles paletti im Bereich der Landwirtschaft. Leider zeigt die bundesrätliche Strategie Agrarpolitik 2022 plus auch nicht unbedingt in eine bessere Richtung. Das haben verschiedene Vorrednerinnen und Vorredner hier schon angemerkt.

Das Ziel der Landwirtschaftspolitik muss die Stärkung der bäuerlichen, bodenabhängigen Produktion sein. Das heisst, dass keine falschen Anreize für Überproduktion oder übermässigen Einsatz von Dünger, Pestiziden und Kraftfutter gesetzt werden dürfen.



Im vergangenen September hat das Volk den Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative angenommen, nämlich Artikel 104a der Bundesverfassung. Mit der Verankerung des Grundsatzes eines ressourcenschonenden Umgangs mit Lebensmitteln in der Bundesverfassung wurde ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht.

Die Ernährungssouveränitäts-Initiative, die heute vorliegt, wird nun noch konkreter und schliesst weitere Lücken. Sie verbietet den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen. So kann das Moratorium endlich in ein Verbot umgewandelt werden. Zudem verhindert die Initiative, dass irgendwann nur noch das Saatgut von Grosskonzernen verwendet werden darf. Das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut durch Bäuerinnen und Bauern muss ein Grundrecht bleiben.

Die Initiative verlangt auch den Erhalt von Kulturlächen in Bezug auf Qualität und Quantität. Dies wird zu einer massiven Reduktion des Einsatzes von Pestiziden führen und den Verschleiss von Kulturland endlich stoppen. Das zentrale Anliegen der Initiative ist die Stärkung der Marktmacht der Bäuerinnen und Bauern gegenüber den Händlern und Verarbeitenden. Es ist absolut störend, dass bessere Preise oder Produktionsgewinne nur dem Handel oder den Verarbeitern zugutekommen und nicht den Produzentinnen und Produzenten und ihren Angestellten.

Dadurch, dass bei importierten Lebensmitteln bessere Umwelt- und Arbeitsbedingungen gefordert werden und keine Überschusssubventionen für Exporte bezahlt werden, mit denen die lokalen Märkte in Entwicklungsländern zerstört werden, unterstützen wir auch die Landwirtschaft in den ausländischen Produktionsländern.

Die Initiative schliesst somit verschiedene Lücken und ist ein deutlicher Schritt in die Richtung von fairen Bedingungen in der Landwirtschaft und einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Nahrungsmittelproduktion.

Die Initiative hat aber auch klare Nachteile. Beat Jans hat diese bei der Begründung zum Gegenvorschlag klar dargelegt: Die Beschäftigungsförderung ist kaum umsetzbar, das Erheben von Zöllen gehört nicht in die Verfassung. Zudem ist ein Teil der Anliegen bereits in den neuen Verfassungsartikel 104a eingeflossen. Sie müssen nicht nochmals aufgenommen werden.

Aus diesen Gründen unterstütze ich den Gegenvorschlag. Er nimmt die essenziellen, fortschrittlichen Punkte auf. Ich bitte Sie, dies auch zu tun und diesen Gegenvorschlag anzunehmen, damit in der Landwirtschaft die richtige Richtung eingeschlagen wird.

AB 2017 N 1959 / BO 2017 N 1959

Bourgeois Jacques (RL, FR): En préambule, je tiens à déclarer mes liens d'intérêts: je suis le directeur de l'Union suisse des paysans.

En l'espace de quelques mois, c'est la troisième initiative populaire que nous débattons au Parlement dans le domaine agricole; c'est le signe d'une insécurité au sein des familles paysannes qui craignent pour leur avenir. Ces familles paysannes exigent des conditions-cadres stables qui devraient non seulement leur donner des perspectives, mais prendre aussi en considération leurs intérêts. C'est aussi le signe de la volonté de notre population dont près de 80 pour cent des votants ont plébiscité le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire, qui demande de préserver dans notre pays une agriculture de proximité forte, de garder en partie la main sur le contenu de notre assiette.

Il est étonnant de constater que le Conseil fédéral fait la sourde oreille par rapport à cette situation. Récemment, en effet, le Conseil fédéral rendait publique sa "Vue d'ensemble du développement à moyen terme de la politique agricole". Dans ce rapport de plus de 85 pages, on a fait fi de la volonté populaire d'inscrire un nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire. On ne peut pas bafouer ainsi la volonté du peuple. Nous attendons du Conseil fédéral qu'il revoie sa copie dans le cadre de la poursuite de ses discussions sur ce sujet, en prenant en considération cette volonté populaire et les propos tenus ici, au sein de notre Parlement. Lors des discussions sur le nouvel article 104a lettre d, qui traite des relations commerciales transfrontalières qui contribuent au développement durable de l'agriculture et du secteur agroalimentaire, il a toujours été rappelé que, pour les produits que nous ne cultivons pas dans notre pays ou que nous ne produisons qu'en quantité insuffisante, nous serions tributaires de ces relations commerciales transfrontalières pour compléter l'offre indigène.

Nous ne sommes pas, j'aimerais le préciser, contre les accords de libre-échange, car ils sont importants pour notre économie. Un franc sur deux dans notre pays est gagné à l'étranger. Mais ce que nous demandons, c'est que l'agriculture suisse qui, contrairement au reste de l'économie, est un secteur importateur net, soit prise en considération. Le récent accord conclu avec la Chine est la preuve que nous pouvons conclure avec les grands de ce monde des accords de libre-échange bénéfiques à notre économie, ce que je salue, sans pour autant y sacrifier notre agriculture.





Nous devons garder à l'esprit que la délocalisation des services est possible mais pas celle des fermes! Ce rapport doit donc aussi prendre en considération les impacts qu'une ouverture partielle ou complète de nos frontières aurait sur les revenus agricoles, sur les coûts de production, sur l'évolution des structures des exploitations agricoles, sur les perspectives pour les générations futures et sur les bénéfices que pourraient en retirer les consommateurs. A ce sujet, on prétend, au sein de ce rapport, que les effets seraient bénéfiques pour les consommateurs et, quelques chapitres plus loin, on constate, à l'exemple de l'Autriche, que les effets sur les consommateurs, à la suite de l'intégration de ce pays au marché européen, ont été quasiment nuls. En serait-il autrement chez nous? Certainement pas!

L'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire" qui nous est soumise vise notamment dans son catalogue de revendications à inscrire au niveau constitutionnel le prélèvement de droits de douane sur les produits agricoles et les denrées alimentaires importés non conformes à nos normes sociales et environnementales. Elle requiert également une augmentation du nombre d'actifs dans l'agriculture. Ces points sont difficiles à mettre en application.

Par ailleurs, comme cela a été relevé par plusieurs oratrices et orateurs, de nombreux points de l'initiative sont déjà réalisés, soit par des bases légales en vigueur, soit par le biais du nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire. Je pense notamment à ce qui concerne la protection des terres cultivées.

Entre la vision libérale du Conseil fédéral et la vision protectionniste de l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire", on passe d'un extrême à l'autre. La solution médiane est, selon moi, comme tout bon compromis helvétique, l'application du nouvel article 104a de la Constitution sur la sécurité alimentaire, qui vient d'être plébiscité, comme cela a été rappelé, par le peuple suisse, et qui devra être concrétisé dans la future Politique agricole 2022–2025.

C'est dans ce sens que je vous invite à travailler afin non seulement de préserver dans notre pays une agriculture de proximité forte, mais également de donner des perspectives aux générations futures.

Stamm Luzi (V, AG): Ich bin irritiert. Ich kenne zwar den Text der heutigen Bundesverfassung, ich kenne die Initiative, und ich weiss, worüber wir vor kurzer Zeit beim Landwirtschaftsartikel abgestimmt haben. Aber ich verstehe das Konzept nicht mehr.

Wenn ich das Konzept der Minderheit Jans nicht verstehe, spielt das keine Rolle. Aber, Herr Bundesrat, ich verstehe auch das Konzept des Bundesrates nicht mehr. Ist er für Freihandel? Dann soll er das offen sagen. Es sind nicht einfach die Bauern, die Jagd nach mehr Einkommenssubventionen machen; es sind nicht die Bauern, die etwas fordern, sondern es liegt im Interesse unseres Landes und entspricht dem gesunden Menschenverstand, den Bauernstand nicht kaputtzumachen.

Wenn Sie Freihandel wollen, dann müssen Sie mir sagen, in wessen Interesse das geschieht. Wer kann Interesse an Freihandel haben? Die USA, das verstehe ich, vielleicht noch Brasilien und Argentinien. Und es sind natürlich auch die Eliten in den Drittweltstaaten, vielleicht in Bananenrepubliken in Mittelamerika oder in Westafrika, wenn sie Plantagen z. B. für Kakao haben. Wenn Sie Monopole besitzen, können Sie Interesse an Freihandel haben, sonst nicht.

Freihandel hat die Schweiz ab dem 19. Jahrhundert innerhalb von hundert Jahren an die Spitze des Reichtums gebracht, aber eben nicht betreffend Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist punkto Freihandel ein Ausnahmefall. Wenn Sie das nicht berücksichtigen, machen Sie die Landwirtschaft kaputt.

Ich habe persönlich einen Versicherungsfall miterlebt, bei dem ein einziger Farmer aus Minnesota, also aus den USA, einen Achtel der gesamten Getreideproduktion der ganzen Westschweiz produzierte! Selbstverständlich ist die schweizerische Landwirtschaft, wenn Sie die Grenzen einfach aufmachen, kaputt.

Wenn Sie generell Konkurrenz und Freihandel haben, dann verschwinden – vielleicht bedauern Sie es manchmal auch – z. B. die kleinen Möbelgeschäfte in Bern. Oder die kleinen Fotoshops sind nicht mehr. Aber Sie bekommen immer elektronische Geräte und Möbel, sei es bei Ikea, sei es bei Mediamarkt.

Wenn Sie die Landwirtschaft wegrationalisieren, wer macht dann die Arbeit? All diejenigen, die sich jetzt für Freihandel aussprechen und sagen, die anderen seien Abschotter? Sie werden nicht ins Wallis gehen und dort die Bergtäler bewirtschaften!

Oder wenn irgendwo in einer Deutschschweizer Stadt – ob Langenthal oder welche Stadt auch immer – Industrielle in Schwierigkeiten kommen, wird es neue Industrien geben, die da einziehen. Für mich in Baden war es schade, als die Lokomotiven- und Gasturbinenproduktion zusammenbrach. Aber es gab Alternativen. Bei der Landwirtschaft gibt es aber keine Alternativen, weil niemand ins Wallis, ins Bündnerland, in den Jura geht. Ich bin mit einer Urner Frau verheiratet. Niemand wird diese kleinen Bauernhöfe dort oben bewirtschaften, wenn Freihandel kommt.

Ich sehe die Entwicklung. Es gibt noch zirka 53 000 Landwirtschaftsbetriebe, Jahr für Jahr werden es 1000





weniger. Offenbar will der Bundesrat dieses Abbautempo steigern. Weshalb? Wie löst er denn z. B. das Problem im Wallis? Zahlen dann am Schluss die Gemeinden Geld, damit die Leute überhaupt noch ins Berggebiet kommen? Wer trägt denn noch Sorge zum Land? Es ist nicht normal, wenn Sie bei einem Gesamteinkommen von 2,9 Milliarden, von nur 2,9 Milliarden Franken für den ganzen Bauernstand – notabene etwa die Hälfte von dem, was wir pro Jahr für das Asylwesen bezahlen –, ein Geschrei machen, die Bauern seien

AB 2017 N 1960 / BO 2017 N 1960

Subventionsjäger, und das bei einem Bruttosozialprodukt von 650 Milliarden Franken!
 Selbstverständlich muss man aufpassen an den Grenzen, dass nicht jeder importieren kann, was er will. Es ist mir schleierhaft, wie die linke Seite von Freihandel in der Landwirtschaft reden kann. Es ist mir auch schleierhaft, wie die linke Seite sagen kann, wir übernehmen hier die Regeln von der EU. Wenn sie in der EU vom Tierschutz bis zum Glyphosat Probleme haben, dann müssen wir umso mehr die Grenzen kontrollieren. Wir müssen Regeln setzen, inklusive Zölle. Sonst brechen die kleinen Bauern zusammen.
 Wenn ich ein Aber zum Initiativtext habe – ich sehe, ich habe noch wenige Sekunden –, dann höchstens das: Der Text ist so kompliziert, dass man sich enthalten könnte. Aber niemand aus der Bevölkerung, weder bei der letzten Unterschriftensammlung noch bei der jetzigen, wollte Freihandel. Sondern die Leute wollen, dass es in der Schweiz eine gesunde Landwirtschaft gibt. Da müssen wir die Regeln setzen und können die Bauern nicht dem mörderischen freien Fall respektive dem freien Wind des Freihandels aussetzen.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Lieber Kollege, wir waren ja gemeinsam in London und haben für einen Freihandel zwischen der Schweiz und dem UK geworben. Nun meine Frage: Können Sie mir sagen, wie viele Arbeitsplätze in der Schweiz vom Export ins Ausland abhängen, und das nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Technologie, der Pharma usw.? Und wenn wir diesen Export nicht mehr haben: Wie viele dieser Leute würden dann einen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft finden? Ich hoffe, Sie sind mit mir einig, dass wir den Freihandel nicht gegen die Landwirtschaft ausspielen sollten und umgekehrt. Können Sie mir das sagen? Wenn Sie es nicht sagen können, weiss ich, dass es der Bundesrat können wird.

Stamm Luzi (V, AG): Ich verstehe die Frage bestens. Es ist grundsätzlich zentral wichtig, dass wir uns öffnen und der Konkurrenz stellen. Der Anteil der Landwirtschaft ist verschwindend klein! Es stimmt nicht, dass die Amerikaner uns wegen des Landwirtschafts-Freihandels kaputt machen. Ich war Präsident der Aussenpolitischen Kommission, ich flog damals zum Amerikaner Donnelly, dem Mann, der die Verhandlungen mit der Schweiz führte. Die USA hätten uns sogar angeboten, für die Landwirtschaft Ausnahmen zu machen. Der Anteil am Bruttosozialprodukt liegt bei der Landwirtschaft bei nur einem Prozent. Deshalb macht jeder normal denkende Mensch bei der Landwirtschaft eine Ausnahme. Die Briten würden dies sowieso machen.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Herr Stamm, Sie argumentieren jetzt so, als ob die ganze Landwirtschaft alles selber machen würde in der Schweiz. Ihnen ist schon bewusst, dass etwa 35 000 Leute, die in der Landwirtschaft tätig sind, aus dem Ausland kommen und dass 40 oder noch mehr Prozent der Futtermittel in der Schweiz aus dem Ausland importiert werden? Diese Bereiche wären auch betroffen, wenn eine Protektionismusvorlage wie diese Initiative angenommen würde, die Sie unterschrieben haben. Wie stellen Sie sich dazu, dass dann in der Schweiz die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr stattfinden könnte, weil z. B. diese Leute nicht mehr kommen dürften?

Stamm Luzi (V, AG): Dass jeder Ausländer die Hand aufheben und sagen kann, er wolle in der Schweiz arbeiten, und dann eine dauernde Aufenthaltsbewilligung bekommt, ist etwas, was mich ohnehin ärgert. Die ausländischen Arbeitskräfte sind ein Problem für sich.

Bei Ihrer Frage geht es aber um die ausländische Bevölkerung, die in der Landwirtschaft arbeitet. Sie müssen doch vorschreiben, dass ein bestimmter Prozentsatz des Fleisches, ein Prozentsatz des Getreides usw. aus der Schweiz stammt! Wenn Sie sagen, dass wir alles freigeben, haben Sie ja niemanden mehr, der Viehzucht in der Schweiz betreibt. Die Preise der ausländischen Produkte sind derart ruinös tief, dass die Betriebe nie überleben können.

Was ich jetzt gerade über das Fleisch gesagt habe, gilt für alle Branchen der Landwirtschaft. Damit Sie die 53 000 Betriebe, oder wie viele es heute auch sind, überhaupt halten können, braucht es Importbeschränkungen bei Landwirtschaftsgütern. Andernfalls stellt sich in ein paar Jahren die Frage gar nicht mehr, ob wir Schweizer oder Ausländer brauchen. Wenn wir im geplanten Tempo von den 53 000 Betrieben weiter hinuntergehen, fragen wir uns in zwanzig Jahren, was wir mit den verbleibenden 10 000 machen sollen. Da bin ich dagegen.

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2017 • Sechste Sitzung • 05.12.17 • 08h00 • 17.023
Conseil national • Session d'hiver 2017 • Sixième séance • 05.12.17 • 08h00 • 17.023



*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.45 Uhr
La séance est levée à 12 h 45*

AB 2017 N 1961 / BO 2017 N 1961



17.023

**Für Ernährungssouveränität.
 Die Landwirtschaft betrifft uns alle.
 Volksinitiative**

**Pour la souveraineté alimentaire.
 L'agriculture nous concerne toutes
 et tous. Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.09.17

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.11.17

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

Gmür Alois (C, SZ): Als ich diese Initiative gelesen habe, sträubten sich mir als Unternehmer die Haare. In meiner politischen Tätigkeit hatte ich immer das Ziel, nicht noch mehr Vorschriften zu kreieren, sondern möglichst Vorschriften abzuschaffen. Mit dieser Initiative werden Vorschriften lanciert, die die unternehmerischen Freiheiten der Bauern massiv einschränken. Es werden Vorschriften bezüglich Arbeitsbedingungen der Angestellten, bezüglich Düngung, bezüglich Produktionsweise, bezüglich Information, bezüglich Transparenz usw. gemacht.

Wenn ich Bauern treffe, stelle ich fest, dass sie jetzt schon unter Vorschriften, unter Kontrollen und unter Bürokratie leiden. Sie werden jetzt schon in ihrer unternehmerischen Freiheit eingeengt. Diese Initiative würde die Bauern noch viel stärker einengen und würde keine Verbesserung ihrer Situation bringen. Sie würden ihr Schicksal noch viel mehr in die Hände des Staates legen und wären noch stärker vom Staat und von der Politik abhängig.

Diesen Herbst wurde der Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative mit grosser Mehrheit angenommen. Jetzt braucht es keine zusätzlichen Initiativen im Ernährungsbereich mehr. Dieses klare Ja hat aber auch der Bundesrat zu respektieren. Er muss alle Massnahmen, wie Sie, Herr Bundesrat, sie versprochen haben, umsetzen. Ich verstehe nicht, dass der Bundesrat ein paar Wochen nach dieser Abstimmung eine Gesamtschau und eine Vision zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik vorlegt, die sich in keiner Weise am Volkswillen, wie er bei der vergangenen Abstimmung geäussert wurde, orientiert, sondern genau das Gegenteil vorsieht. Das kann es nicht sein.

Es kann aber auch nicht sein, dass die Vertreter der Landwirtschaft in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben unseres Rates beantragt haben, sich bei dieser Initiative der Stimme zu enthalten. Es ist falsch, die Gesamtschau des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik mit dieser Initiative zu verknüpfen. Nach meiner Ansicht sind die Initiative "für Ernährungssouveränität", der direkte Gegenentwurf und die Gesamtschau des Bundesrates zur Agrarpolitik klar zu bekämpfen und abzulehnen. Vielen Dank für die Unterstützung.

Piller Carrard Valérie (S, FR): "On est ce qu'on mange": je trouve cette affirmation particulièrement juste. L'alimentation est un enjeu crucial pour chacun et chacune d'entre nous et doit redevenir l'affaire de tous. D'ailleurs, au IV^e siècle avant Jésus-Christ déjà, Hippocrate aurait dit: "Que ta nourriture soit ta médecine et ta médecine ta nourriture", ce qui montre bien l'importance centrale de l'alimentation dans nos vies.

La souveraineté alimentaire est le droit de chaque population de définir sa propre politique agricole et alimentaire sans avoir d'effets néfastes sur les populations d'autres régions. Tous les quatre ans, la politique agricole de notre pays est discutée au Parlement, avec parfois de gros changements et de fortes répercussions et parfois la continuation du système en place.





Comme cela a déjà été relevé, lors des votations fédérales de septembre dernier, la population a confirmé de façon très nette son soutien à une agriculture et à une alimentation durables. Mais, malgré le plébiscite en faveur d'une production indigène, le Conseil fédéral présente une Vue d'ensemble du développement de la politique agricole qui va dans le sens inverse de ce qui a été décidé par la population. La voie dans le sens du libre-échange prise par le Conseil fédéral m'interpelle et renforce d'autant plus ma position au sujet de l'initiative populaire que nous traitons aujourd'hui.

Nous devons maintenant mettre en oeuvre l'article 104a de la Constitution pour revaloriser le travail de toutes les personnes vivant de l'agriculture en Suisse. Je suis favorable à ce que certains éléments de l'initiative soient repris comme le contre-projet défendu par la minorité Jans le propose. Je souhaite une agriculture qui offre un avenir aux générations futures, en assurant par des prix rémunérateurs des revenus équitables aux paysans et employés agricoles et en garantissant aux jeunes un accès à la terre.

La Confédération doit favoriser une agriculture paysanne diversifiée qui tienne compte de nos ressources naturelles, protège nos semences et renonce aux OGM. Nous devons soutenir une agriculture à l'écoute de la population et une alimentation citoyenne. Notre agriculture doit devenir souveraine. Nous, consommateurs, voulons renforcer la production indigène pour manger local. Dans mon supermarché, j'en ai marre de voir des produits, comme des poivrons, qui viennent d'Amérique latine ou encore de l'agneau qui vient de Nouvelle-Zélande. Il faut renforcer les circuits courts pour donner de l'élan à la production de proximité, pour réduire les transports et pour garantir une meilleure traçabilité des produits. Le marché doit devenir plus transparent et être au service des paysans et des consommateurs, et non au service des grossistes.

Par conséquent, je soutiendrai le contre-projet de la minorité Jans. Il s'agit en effet de donner une nouvelle impulsion à notre politique agricole et alimentaire en donnant des perspectives aux paysans et en répondant aux attentes de la population sur les plans social, écologique et alimentaire.

Vogler Karl (C, OW): Wir beraten eine Verfassungsinitiative, die erstens, und damit ziele ich auf deren Detailierungsgrad, in Richtung Verfassungsgesetzgebung geht und die zweitens, und das ist wichtiger, geprägt ist von der Sehnsucht nach einer heilen, stark ökologischen und abgeschotteten Landwirtschaft. Im Kopf werden Bilder aus alten Gotthelf-Filmen wach. Wenn ich das sage, so äussere ich das nicht – und ich betone das –, um die Volksinitiative abzuwerten oder den Initianten eine weltfremde Sichtweise zu unterstellen. Denn letztlich ist diese Initiative Ausdruck einer in Teilen der Bevölkerung empfundenen Unzufriedenheit gegenüber der aktuellen Agrarpolitik.

Mit der vorliegenden Volksinitiative erhält dieses Malaise ein Gesicht. Diesen Missmut gilt es ernst zu nehmen, auch wenn man, wie ich, die Initiative nicht unterstützt. Die Initiative ist zu strukturerhaltend, allzu rückwärtsge wandt, zu marktfern und zu interventionistisch. Aber – und damit mache ich den Bogen zur Gesamtschau des Bundesrates zur Agrarpolitik vom 1. November 2017 – es darf auf der anderen Seite nicht sein, dass ein über eilter Strukturwandel in die Wege geleitet wird und unsere Bäuerinnen und Bauern im Zuge des vorgesehenen Abbaus des Grenzschutzes massive und nichtverkräftbare Einkommensverluste erleiden.

Breche ich die Absichten des Bundesrates auf meinen Kanton, den Kanton Obwalden, herunter, so macht mir die angedachte Strategie Sorgen, grosse Sorgen. Unsere Landwirtschaftsbetriebe sind klein strukturiert, der Grossteil der Betriebsflächen liegt im Berggebiet, ausgerichtet auf raufutterbasierte Viehwirtschaft mit Milch- und Fleischproduktion. Das landwirtschaftliche Familieneinkommen liegt bei gerade einmal 30 000 Franken. Entsprechend sind über 80 Prozent unserer Betriebe auf ein ausserlandwirtschaftliches Erwerbseinkommen angewiesen. Die Folge davon ist, dass durch die Erwerbskombinationen die Arbeitsbelastung der Bauernfamilien ausserordentlich hoch ist. Wenn Sie diese Ausgangslage der Obwaldner Landwirtschaft hören – Gleiches liesse sich für die Nidwaldner und die Urner Landwirtschaft sagen –, so können Sie nachvollziehen, warum die

AB 2017 N 2005 / BO 2017 N 2005

Strategie des Bundesrates nicht nur bei unseren Bauernfamilien, sondern auch beim Obwaldner Bauernverband, beim kantonalen Amt für Landwirtschaft und beim Volkswirtschaftsdepartement grosse Verunsicherung ausgelöst hat und weiter auslöst.

Die Strategie des Bundesrates ist für unsere Landwirtschaft nicht verkräftbar. Die sinkenden Produktpreise würden das bereits sehr tiefe landwirtschaftliche Einkommen noch einmal verkleinern, und die angedachte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Betriebsvergrößerungen ist aufgrund der topografischen Gegebenheiten nicht möglich. Schon heute stossen die Bauernfamilien bei der arbeitsintensiven Bewirtschaftung an physische Grenzen. Die Folge der Strategie des Bundesrates würde wohl sein, dass viele Betriebe ihre ausserlandwirtschaftlichen Tätigkeiten weiter ausbauen müssten, um das ohnehin tiefe Familieneinkommen wenigstens zu halten. Dies würde die bereits heute grosse Arbeitsbelastung der Bauernfamilien noch einmal





erhöhen, was für diese Familien aber längerfristig schlicht nicht mehr bewältigbar ist. Größere soziale Probleme wären vorprogrammiert, ganz abgesehen davon, dass auch die dezentrale Nutzung und Pflege der Landschaft infrage gestellt wäre.

Wollen wir diese Entwicklung? Wollen das die Wirtschaft, der Tourismus oder die Konsumenten? Ist dies tatsächlich die Absicht des Bundesrates? Ich glaube nicht.

Ich bitte den Bundesrat, und ich fordere ihn auf, seine angedachte Strategie zu überdenken und gemeinsam mit der Branche nach zukunftsfähigen Lösungen zu suchen. Die jetzt vorgesehene Strategie ist für die Landwirtschaft nicht akzeptabel.

Genecand Benoît (RL, GE): Nous étions censés parler de l'initiative "pour la souveraineté alimentaire". Or, dans ce débat, nous avons beaucoup plus parlé de la Politique agricole 2022 élaborée par le Conseil fédéral. Sont venus s'exprimer à ce pupitre un nombre considérable de paysans et de représentants de la paysannerie. Permettez-moi, comme une des pièces d'une mosaïque, de représenter une aile libérale de ce Parlement, qui a peut-être tendance à disparaître.

Qu'a fait le Conseil fédéral avec son rapport "Vue d'ensemble du développement à moyen terme de la politique agricole"? Le Conseil fédéral, qui est en charge de la politique agricole, dit qu'il faut réfléchir à la suite, à l'après-2022. Serait-il juste de dire qu'aucune réflexion n'est nécessaire et que tout va bien dans le meilleur des mondes possibles? C'est l'attitude qui, selon ce que je comprends, résulte de l'interdiction de réfléchir qui est signifiée au Conseil fédéral.

Or, qu'avons-nous devant les yeux? Nous avons une politique agricole constituée de deux parties. Une partie de paiements directs plus ou moins liés à des prestations et une partie liée à des obstacles à la frontière. L'ensemble de ces deux parties fait quand même 7 milliards de francs, ce qui, à mon sens, est une justification immédiate pour réfléchir.

En outre, le Conseil fédéral nous rappelle que quand la Suisse, pays prospère parce que pays ouvert, va négocier des contrats, de plus en plus on lui dit qu'elle ne peut pas continuer de protéger son marché comme elle le fait aujourd'hui. Je vous rappelle que la Suisse est, avec la Norvège, le pays qui protège le plus son agriculture avec 58 pour cent de la part des revenus agricoles qui sont générés par cette protection. Donc l'ouverture des marchés qui fait la prospérité de notre pays est une raison supplémentaire pour réfléchir à ce que nous allons faire dès 2022 – une raison primordiale pour la Suisse.

On nous parle beaucoup de taux d'approvisionnement, on nous parle de souveraineté alimentaire. En fait, il y a derrière ce débat une assez grosse hypocrisie. Les représentants de l'agriculture nous disent qu'on est à 60 pour cent autonome, soit 52 pour cent net. Toutefois, ils ne comptent aucun des intrants – engrais, nitrates, phosphates, combustibles – qui sont nécessaires à l'agriculture pour produire la nourriture. Si l'on déduit les intrants dans le calcul de l'autonomie actuelle, on se retrouve avec des pourcentages d'autonomie beaucoup plus bas. En fait, on nous fait miroiter une espèce de plan Wahlen pour expliquer pourquoi nous devrions continuer de protéger notre agriculture. Si nous étions vraiment dans une situation de plan Wahlen, il faudrait produire des denrées végétales et beaucoup moins de denrées animales! Or nous n'en sommes pas là. L'agriculture profite du fait que nous sommes très ouverts, mais elle se cache en fait derrière cette question pour faire passer d'autres préoccupations.

Je mentionne en passant qu'il y a d'autres choses que l'agriculture ne fait pas très bien aujourd'hui qui justifient une réflexion. D'abord, la protection du sol hors de la zone à bâtir est absolument insuffisante. Nous aurons l'occasion d'en discuter la semaine prochaine. Il y a eu un gaspillage du sol, qui continue, qui est relevé dans le rapport.

Ensuite, une chose m'étonne énormément: les paysans sont les premiers à se plaindre d'une bureaucratisation trop grande de l'administration fédérale, et je suis d'accord avec eux sur cette question. Or, s'ils avaient pris la peine de lire attentivement le rapport, ils se seraient rendu compte qu'il contient une proposition assez révolutionnaire de modifier le rapport entre l'Etat et l'agriculture. C'est une proposition qui me paraît pleine de bon sens: donner plus d'objectifs à l'agriculture, moins la contrôler au quotidien, et sanctionner les inévitables 3 ou 4 pour cent qui fraudent le système, contrairement au système actuel où on contrôle pratiquement tous les gestes des agriculteurs, ce qui n'est évidemment pas durable. Mise en face d'une proposition aussi raisonnable, l'agriculture devrait faire autre chose que de dire simplement: "On ne discute pas!"

Enfin, ici au Parlement, nous sommes élus pour protéger l'argent des contribuables. Entendre une partie du Parlement dire à l'administration et nous dire à nous toutes et tous: "Nous n'avons pas à réfléchir sur une problématique aussi importante que celle de l'agriculture", c'est manquer de respect pour nos institutions. Je m'adresse à Monsieur Ritter, qui a parlé d'affront, d'éclats et de scandale. S'il y a un scandale dans cette affaire, Monsieur Ritter, c'est l'attitude de la paysannerie à l'égard d'une proposition pleine de bon sens, d'une



ouverture au dialogue dont a fait part Monsieur le conseiller fédéral Schneider-Ammann. Il y aurait encore beaucoup à dire sur le sujet, mais mon temps de parole est écoulé.

Graf Maya (G, BL): Ich unterstütze die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität", obwohl mir bewusst ist, dass sie ein neues Konzept für die Schweizer Landwirtschaftspolitik vorschlägt und der Detaillierungsgrad sicher sehr hoch, eigentlich fast zu hoch ist. Doch sie nimmt wichtige Anliegen für eine regionale, nachhaltige und gentechfreie Landwirtschaft auf, wie beispielsweise faire Preise und gerechte Einkommen in der Landwirtschaft, mehr Markttransparenz, die Stärkung regionaler Strukturen bei Produktion und Konsum von Lebensmitteln, dies analog unserer Fair-Food-Initiative, die gentechfreie Saatgutvielfalt und den freien Zugang dazu – das ist die wichtigste Produktionsbasis für unser tägliches Essen – und gute Bedingungen für einen gerechteren internationalen Handel mit fairen Produzentenpreisen. Für die künftige Diskussion in der Agrarpolitik scheint mir das Prinzip der Ernährungssouveränität wichtig zu sein.

Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel produzieren, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme und nicht allein die Interessen der internationalen Märkte und der transnationalen Konzerne. Dies ist vor allem für die Länder des Südens wichtig, da dort noch die allermeisten Menschen auf dem Lande oder von der Landwirtschaft leben und die Menschen vor Ort ernähren. Ernährungssouveränität ist also auch eine Aufforderung zu einem solidarischen Verhalten in der Land- und Lebensmittelwirtschaft über die Nationalstaaten hinaus, zu einem nachhaltigen, bäuerlichen, selbstbestimmten Landwirtschaftssystem und eine Aufforderung, die sich gegen die zunehmende Industrialisierung der Lebensmittelproduktion weltweit richtet.

Wir kennen die Auswirkungen heute, die schädlichen Folgen für Umwelt, Klima und die Menschen, selbst in diesem System. Nur eine vielfältige, bäuerliche und gentechfreie Landwirtschaft schützt die natürlichen Ressourcen, namentlich den Boden und die Artenvielfalt. Dies wird auch im Weltagrарbericht der Weltbank und der Uno von 2008 bestätigt: Sollen

AB 2017 N 2006 / BO 2017 N 2006

weltweit Menschen gesund und nachhaltig ernährt werden können, muss in ökologische, bäuerliche und regionale Landwirtschaftssysteme, in regionale Märkte, in Ausbildung, Forschung, Innovation, Saatgutzüchtung und die Verfügbarkeit von Saatgut vor Ort investiert werden. Eine industrielle Landwirtschaft in den Händen von Agrarmultis und der schrankenlose Freihandel mit Agrargütern sind nicht nachhaltig. Das ist das Fazit des Weltagrарberichtes von 2008, den die Schweiz, wie ganz viele andere Staaten auch, unterzeichnet hat.

Es braucht also dringend diesen Richtungswechsel, und die Schweiz stand bis heute gar nicht schlecht da. Wir haben nämlich unsere Agrarpolitik bis heute selbst bestimmt, und wir haben eine multifunktionale, gentechnikfreie, auf Qualität und Nachhaltigkeit setzende Landwirtschaft. Wir haben dafür in den letzten Jahrzehnten viel investiert, und dies wurde durch Volksabstimmungen auch bestätigt.

Nun lässt aber die Gesamtschau des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik mehr als aufhorchen. Die Landwirtschaft erscheint plötzlich als Verhandlungsmasse, die im Interesse der Industrie und der Banken grosse Opfer zugunsten von Freihandelsabkommen erbringen muss, ohne dass auf der anderen Seite z. B. mutig in die ressourcenschonende, ökologische Landwirtschaft investiert werden soll.

Was bedeutet das? Es bedeutet beschleunigten Strukturwandel, sprich, mehr Betriebe müssen aufgeben, es gibt weniger Schutz vor billigen Auslandprodukten, und der Grenzschutz soll fallen. Zudem fehlt in dieser Gesamtschau auch die Umsetzung von Artikel 104a Buchstabe d, den die Bevölkerung erst gerade im September angenommen hat. Die Fair-Food-Initiative hat dabei geholfen, dass der Bundesrat verpflichtet wäre, "grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen", in Freihandelsabkommen zu implizieren. Denn der faire Handel als dritter Weg zwischen Abschottung und schrankenlosem Freihandel auf Kosten von Mensch, Umwelt und Tier wird eines der wichtigsten Themen der Zukunft sein. Dies sagt allein schon die Uno-Agenda 2030 mit den Nachhaltigkeitszielen, und die Uno verpflichtet unser Land auch mit dem Klimavertrag COP21. Das ist also die Aufgabe, die unser Bundesrat zu erfüllen hat, gerade auch in der Agrarpolitik.

Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" nimmt viele wichtige Punkte bezüglich eines fairen Landwirtschafts- und Ernährungssystems für alle auf – im Inland und eben auch im Ausland mit unseren Handelsbeziehungen.

Knecht Hansjörg (V, AG): Das Thema Landwirtschaft und Ernährung scheint unsere Gesellschaft zu beschäftigen. Dies ist nicht verwunderlich. Als Müllereiuunternehmer weiss ich, wie wichtig der Bevölkerung diese Themen sind und wie sensibel darauf reagiert wird. Schliesslich geht es darum, was auf unserem Teller landet. Es geht darum, dass wir ausreichend erschwingliches und umweltschonend produziertes Essen haben.



Im politischen Alltag zeigt sich diese erhöhte Sensibilität darin, dass wir innerhalb kurzer Zeit drei Volksinitiativen dazu behandeln bzw. behandelt haben. Das war zum einen die Volksinitiative "für Ernährungssicherheit", aus welcher heraus in diesem Herbst ein Gegenvorschlag von Volk und Ständen gutgeheissen wurde. Es sind aber auch die hier zu behandelnde Initiative "für Ernährungssouveränität" und die Fair-Food-Initiative, die bereits Ende September vom Nationalrat zur Ablehnung empfohlen wurde und nun im Ständerat behandelt wird.

Die nun hier zur Debatte stehende Initiative "für Ernährungssouveränität" gibt unter anderem vor, die Landwirtschaftspolitik auf bäuerliche Strukturen und auf die regionale Versorgung auszurichten. Es wird mit hehren Idealen geworben: Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit, Fairness und Nachhaltigkeit.

In der Tat geht es aber um doch recht umfangreiche staatliche Eingriffe, Preis- und Mengensteuerung sowie um Importbeschränkungen – also um noch mehr Vorgaben, Vorschriften, Verbote und Eingriffe, die zu einer weiteren Verteuerung unserer Nahrungsmittelprodukte führen würden. Auch wäre mit grossen finanziellen und personellen Aufwänden primär beim Bund, aber auch bei den Kantonen zu rechnen. Anstatt mehr Bauern gäbe es sicher ganz viel mehr Landwirtschaftsbeamte auf allen Stufen, die kontrollieren und Bürokratie verursachen würden.

Es darf jedoch nicht sein, dass wir in Zeiten knapper Budgets die öffentlichen Finanzen noch mehr belasten und den Staat weiter ausbauen. Was wir heute mehr denn je brauchen, ist mehr Freiraum, Unternehmertum und weniger Bürokratie, vor allem auch für unsere produzierenden Betriebe.

Bemühungen zur Stärkung der inländischen Produktion können und sollen unterstützt werden. Dazu braucht es als flankierende Massnahmen beispielsweise einen gewissen Grenzschutz. Ohne einen solchen wären die Auswirkungen gerade auch im Getreideanbau verheerend, nicht nur für die Bauern, sondern auch für die nachgelagerte Stufe. Mit Ihrer Gesamtschau, Herr Bundesrat, riskieren Sie, diese Branche an die Wand zu fahren.

Aber zur Initiative: Viele Forderungen sind unrealistisch und können sich gar kontraproduktiv auswirken. So werden sie beispielsweise die einseitige Abschaffung der Exportsubventionen in Zusammenhang mit dem "Schoggi-Gesetz" bzw. der Nachfolgelösung auslösen.

Die Grundlagen für eine nachhaltige, ausreichende und erschwingliche Nahrungsmittelproduktion wurden infolge der Ernährungssicherheits-Initiative bereits in der Verfassung verankert. Darum braucht es keinen weiteren Aktivismus, der teuer und unnötig ist. Darum empfehle ich diese Initiative "für Ernährungssouveränität" zur Ablehnung.

Siegenthaler Heinz (BD, BE): Die Gesamtschau des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Landwirtschaftspolitik hat viele aufgeschreckt. Man kann dazu neigen, mit dieser Initiative das Gegengift einzusetzen. Ich finde beides die falsche Entscheidung oder den falschen Weg. Als Angehöriger einer 3-Prozent-Minderheit bin ich mir durchaus bewusst, dass wir auf die Unterstützung der übrigen 97 Prozent angewiesen sind. Landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz braucht staatliche Stützung. Es gibt verschiedene Instrumente, eines davon ist eben das Instrument der Zölle. Wenn etwas für internationale Konzerne richtig sein kann, muss dies für andere Wirtschaftszweige aber nicht der Fall sein. Die Produktion von Lebensmitteln unterliegt anderen Gesetzmässigkeiten und kann nicht in den gleichen Topf wie Dienstleistungen und industrielle Produktion geworfen werden.

Weltweit freier Handel und fairer Wettbewerb mit landwirtschaftlichen Produkten funktioniert nicht. Jährlich wird viel mehr Getreide und Zucker verkauft, als geerntet wird. Es sind Produkte, die an der Börse gehandelt und dann irgendwo verkauft werden. Lebensmittel werden irgendwo auf der Welt produziert, dann hin und her gekarrt, veredelt, verändert, verpackt und dann irgendwo verkauft. In Entwicklungsländern werden die Bemühungen der Entwicklungshilfe, die Landwirtschaft zu stärken – was ja sehr sinnvoll wäre –, durch fehlenden Zollschatz zunichtegemacht. Das sind die Folgen eines freien Handels oder Marktes in Bezug auf Lebensmittel!

Ein konkretes Beispiel dafür gibt es auch in der Schweiz. Vor dreissig Jahren war Rapsöl wegen seiner mangelhaften Qualität verpönt. Die Marktanteile gingen zurück. Man hat uns Bauern gesagt: Ihr müsst halt innovativ sein! Das haben wir gemacht. In jahrelanger Arbeit ist es gelungen, mithilfe der Forschung und Züchtung die Qualität von Rapsöl so zu verbessern, dass dieses heute den Vergleich mit dem hochwertigen Olivenöl nicht zu scheuen braucht. Marktanteile wurden vergrössert, die Bauern konnten mehr Raps auf den Feldern ansäen und ihr Produkt zu korrekten Preisen verkaufen. Mit einem Freihandelsabkommen würde dieser Erfolg, diese Erfolgsgeschichte mit einem Strich zunichtegemacht, weil Palmöl aus fragwürdig produzierenden grossindustriellen Betrieben alles zunichtemachen würde.

Ich weiss, dass die meisten hier im Saal die Landwirtschaft unterstützen wollen. Wir brauchen aber kein Mitleid



und keine Belehrungen, wie ich sie jetzt hier drin leider des Öfteren gehört habe. Wir brauchen Instrumente, die uns vor den schädlichen Auswirkungen des schrankenlosen Handels mit Lebensmitteln schützen und die Produktionsnachteile mindern. Wir brauchen eine Landwirtschaftspolitik, die sich nach

AB 2017 N 2007 / BO 2017 N 2007

unserer Kernkompetenz, der Produktion von Nahrungsmitteln, richtet, eine Politik, die den Tüchtigen fördert und die Leistung belohnt. Es muss wieder Freude machen, als Bauer ein Getreidefeld zu sehen und eine gute Ernte einzufahren. Ernte soll ein Segen sein.

Leider ist die gutgemeinte vorliegende Initiative viel zu detailliert und rückwärtsgewandt. Sie ist keine Lösung. Aber auch die Gesamtschau des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ist der falsche Weg. Auf diese Weise werden nur die negativen Auswirkungen des freien Welthandels verschärft. Uns Bäuerinnen und Bauern bringt das gar nichts. Ich rufe den Bundesrat auf, gemeinsam mit den betroffenen Bauernfamilien eine Lösung zu suchen und gemeinsam den Weg vorwärts zu gehen. Dass die Bauern dazu Hand bieten, haben sie schon bewiesen, indem sie die Ernährungssicherheits-Initiative zurückgezogen haben und zusammen mit Parlament und Regierung den Gegenvorschlag erfolgreich an der Urne verteidigt haben. Da wurde eine Lösung gefunden.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR): Ich lege meine Interessenbindung dar: Ich bewirtschafte einen Landwirtschaftsbetrieb und bin Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete und von "Pays romand – Pays gourmand".

L'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire" s'inscrit dans un vaste débat en cours sur la politique agricole de notre pays. Après avoir massivement adopté l'article 104a de la Constitution en septembre dernier, un article qui soutient clairement la production indigène, le peuple devra se prononcer sur cette nouvelle initiative l'an prochain.

Pour résumer son contenu, qui s'applique à de nombreux aspects de notre politique agricole, nous pouvons dire qu'elle vise à encourager les petites exploitations familiales et l'approvisionnement régional. Cela se traduirait par de nombreuses actions et par une forte intervention de l'Etat dans le domaine agricole.

Certaines de ces interventions sont souhaitables, telles que l'encouragement d'une agriculture diversifiée et rémunératrice pour les familles paysannes ou l'amélioration de la transparence des marchés et une meilleure information sur les denrées alimentaires. D'autres entreraient fortement en contradiction avec la politique menée depuis 25 ans et conduiraient à affaiblir encore le positionnement de l'agriculture suisse en comparaison internationale. Malgré tous ses défauts, l'initiative "pour la souveraineté alimentaire" a un mérite: elle propose une vision de l'agriculture suisse, un projet d'avenir pour les familles paysannes au service de la société suisse.

Nous ne pouvons malheureusement pas en dire autant du rapport du Conseil fédéral intitulé "Vue d'ensemble du développement à moyen terme de la politique agricole" du 1er novembre 2017. Ce rapport, préambule à la Politique agricole 2022, postule "une composante internationale exigeante" concrétisée par une diminution drastique de la protection douanière et donc des prix payés aux producteurs.

Monsieur le conseiller fédéral, ce rapport ne tient pas compte du vote populaire du 24 septembre dernier et de nombreux autres votes lors desquels nos citoyens n'ont eu de cesse d'exprimer leur volonté de soutenir avec force nos familles paysannes. Les citoyens suisses ont voté pour une agriculture familiale de proximité, et l'avenir que l'on nous prépare à Berne est une ouverture la plus grande possible vers l'étranger.

Cette stratégie doit être rejetée pour de nombreuses raisons. D'abord, nous n'avons à l'heure actuelle aucune pression concrète pour ouvrir le marché. Je rappelle que le fameux accord de libre-échange transatlantique n'est plus souhaité et que les négociations à l'OMC sont au point mort.

Ensuite, l'ouverture des frontières signifie qu'il y aurait un accroissement significatif de cessations d'activités. Avec une telle évolution, il ne sera bientôt plus possible pour les jeunes de se lancer dans ce métier, car il n'y aura pas de perspectives. Cela m'inquiète fortement, aussi comme présidente du Groupement suisse pour les régions de montagne.

Enfin, la compensation de l'ouverture aux frontières repose sur une hypothétique hausse de la TVA, qui ne profitera pas aux consommateurs. S'ajoute à cela le fait que la baisse des protections douanières aura pour conséquence de faire baisser la qualité des produits et le niveau de protection de l'environnement.

Pour revenir à l'initiative qui nous est soumise, si elle n'est pas la panacée pour sauver l'agriculture suisse, elle a mérite de montrer sous un jour cru la stratégie du Conseil fédéral, qui déplaît.

Ich werde mich meiner Stimme enthalten. Herr Bundesrat, ich war auch in Bulle am "Salon goûts et terroirs"; Sie haben gesagt, dass es für Sie wichtig sei zu diskutieren. Ich freue mich, wenn Sie dies tun.





Aebi Andreas (V, BE): Ich danke den Initianten, dass sie sich mit der Ernährung befassen, wie dies einige Initiativen zuvor auch bereits getan haben. Sie beinhalten hohe Erwartungen der Gesellschaft, es sind ökologische Erwartungen, aber es sind sicher auch hohe Zukunftserwartungen. Die Initianten haben bemerkenswerte Vorstellungen über einen bemerkenswerten Selbstversorgungsgrad. Der Bundesrat sprach in diesem Saal einmal von 60 Prozent, unterdessen sind es noch 52 bis 55 Prozent. Die Initianten möchten mehr Beschäftigung in der Landwirtschaft – also mehr Leute beschäftigen –, einen Dialog zwischen Produzent und Konsument, und sie möchten regionale Vermarktungsstrukturen aufbauen.

Ich anerkenne, schätze und würdige all diese Argumentationen, aber mir fehlt, Herr Bundesrat, seit dem 1. November 2017 irgendwie der Glaube daran. Für mich geht der 1. November mit all Ihren Argumentationen irgendwie in die Geschichte ein. Herr Bundesrat, Sie brauchten deutliche Worte wie: Den Grenzschutz könnten wir so nicht mehr weiter aufrechterhalten; wir wollen die Landwirtschaft wettbewerbsfähiger machen – ich habe es in den letzten zehn Jahren schon so oft gehört; ich bin seit dreissig Jahren Lehrlingsausbildner, und wir geben jeden Tag unser Bestes -; wir möchten die Zölle auf importierten Agrargütern reduzieren oder sogar abschaffen, auch das wurde gesagt. Nach ersten Berechnungen würde das unseren Ertrag massiv schmälern. Im gleichen Atemzug, Herr Bundesrat, möchten Sie dann die Direktzahlungen während fünf Jahren wieder hinaufschrauben – ich sehe immer noch die Streitereien von letzter Woche um diese 84 Millionen Franken. Und nach fünf Jahren ist dann alles in Ordnung, ist alles geregelt. Für mich ist das nicht glaubwürdig!

Wir sprechen von Nachhaltigkeit, wir sprechen von Wertschöpfung, wir sprechen von Vermarktung. Nehmen wir als Beispiel den Käse, der aus unserem gemeinsamen Tal kommt, Herr Bundesrat, den Emmentaler: Hochprofessionelle Leute versuchen, ihn zu vermarkten. Er wird aus Gras und Heu produziert, man geht zweimal in die Käserei, sie ist vor Ort, das ist nachhaltig. Und dennoch haben wir einen um 45 Prozent tieferen Milchpreis als vor zehn Jahren! Der Käsepreis ist mindestens gleich geblieben oder noch gestiegen. Da frage ich mich, wer seine Aufgaben nicht gemacht hat.

Sie vergleichen die Schweiz mit China, und ich gebe Ihnen Recht: 1 Schweizer, 163 Chinesen, wenig Land – die haben sofort Hunger. Vergleichen wir jetzt mit dem Mercosur: 1 fruchtbare Schweizer Hektare gegen 600 bis 700 Hektaren südamerikanisches Land. Das ist genau, worum es gehen wird. Ich habe Ihnen bei den grenzüberschreitenden Massnahmen immer Recht gegeben, Herr Bundesrat.

Es wurde uns soeben ein Blatt mit vier falschen Behauptungen aufs Pult gelegt. Die erste Behauptung finde ich nicht richtig. Ich habe nie gesagt, dass es dann um Zollabbau in grösserem Umfang gehen wird. Wenn wir die Schweiz mit Südamerika vergleichen – ich weiss genau, wovon ich spreche –, stellen wir fest, dass es auch dort soziale Standards gibt. Auch der Gaucho möchte ein paar Pesos mehr haben. Es gibt Umweltstandards: Wollen wir Fleisch aus Gebieten importieren, wo die Wälder gerodet wurden? Es gibt Produktionsstandards, ich denke da an jene betreffend Wachstumsförderer: Junge Rinder werden dort bis ins Alter von zwei Jahren fünfzehnmal gespritzt – bei uns nicht.

Geradezu absurd wäre natürlich der Vergleich zwischen Rapsöl und Palmöl. Es könnte sein, dass wir einmal anhand

AB 2017 N 2008 / BO 2017 N 2008

von Fotos mit schönen gelben Feldern unseren Grosskindern sagen müssten: Es war einmal ein Rapsfeld, aber das Palmöl war günstiger, obschon nach diesem Palmöl nichts mehr kam. Das muss hier gesagt sein.

Es ist müssig, weiter über die Ernährungssouveränitäts-Initiative zu sprechen. Ich fühle mich hier als Stimmbürger, als Konsument und als Produzent irgendwie nicht ernst genommen. Herr Bundesrat, Sie sprechen von vertrauensbildenden Massnahmen. Was sage ich jedoch meinem Hofnachfolger? Was sage ich den Hofnachfolgern im Emmental, wo erschwerte Bedingungen gegeben sind und wo man auf die Fleisch- und Milchproduktion angewiesen ist? Wie sollen die ins Tierwohl und in die Nachhaltigkeit investieren, wenn der Fleischpreis um einen Drittel sinken soll, und das im Netto-Importland Schweiz mit einem Selbstversorgungsgrad von nur 50 Prozent?

Die vierte Behauptung betreffend die 6 Prozent des Einkommens und die Aufrechnung ist auch nicht richtig; das ist eine Wortklauberei. Es heisst, wir müssten nur 6 Prozent vom gesamten Einkommen ausgeben, um unsere Lebensmittel zu kaufen, in Italien seien es 16 Prozent. Wir sind an unseren Boden gebunden! Wir können unseren Boden nicht nach Polen oder Rumänien exportieren, wo alles viel günstiger ist, und in der Schweiz noch irgendeine Nischenproduktion betreiben.

Die Ernährungssouveränitäts-Initiative wird bei dieser Politik obsolet. Ich empfehle dem Bundesrat, seine Strategie zu überdenken, aus Respekt gegenüber den Bauernfamilien und aus Respekt vor den Erwartungen der Bevölkerung.



Rösti Albert (V, BE): Die vorliegende Initiative "für Ernährungssouveränität" geht zu weit. Das hat man jetzt hier verschiedentlich gehört. Sie ist protektionistisch und dreht das Rad zu weit zurück. Wir haben Erfahrungen aus einer Zeit mit sehr hohen Stützungsbeiträgen, die auch nicht zu einer guten Lösung führten und langfristig auch nicht dem Interesse einer produzierenden Landwirtschaft, die am Wettbewerb teilhaben kann, entsprechen. Aber trotzdem müssen wir diese Initiative sehr ernst nehmen. Denn sie spiegelt die Sorgen innerhalb unserer bäuerlichen Familienbetriebe sehr genau wider. Wir haben Familienbetriebe, die trotz mehrfacher, grösserer Reformen für ihre Arbeitsleistungen im Vergleich zu anderen Branchen immer noch viel zu wenig verdienen. Trotz massiven Betriebsvergrößerungen in den letzten Jahren, trotz Verbesserungen im Bereich der Ökologie, trotz Verbesserungen im Bereich des Tierschutzes konnte sich ein bestimmter Punkt kaum entwickeln oder hat sich zum Teil sogar negativ entwickelt: Das sind die bäuerlichen Einkommen. Man kann schon von einer durchschnittlich leichten Verbesserung sprechen; das mögen Sie zutreffend finden. Aber gehen Sie einmal in die voralpine Hügelzone, in die Bergzonen I und II, wo die Familien nicht mehr von der Produktion leben können. Dort besteht eine teilweise grosse und ernstzunehmende Not in der Landwirtschaft. Dieser Situation gilt es im nächsten Reformschritt Rechnung zu tragen.

Ein Nein hier im Saal zur Ernährungssouveränitäts-Initiative, das sich ja klar abzeichnet, ist dann in keiner Weise ein Ja zur präsentierten Strategie für die Agrarpolitik 2022 plus. Es geht letztlich nicht um die Bauernfamilien. Es geht darum, für sie die Grundlage zu schaffen, damit sie die so wichtigen öffentlichen Leistungen, die auch für die junge Generation hier auf der Tribüne wesentlich sind, erbringen können, nämlich dass wir unser Volk auch in Krisenzeiten ernähren können, dass die Landschaft gepflegt ist und dass die dezentrale Besiedlung gesichert ist. Das werden Ihnen die argentinischen, peruanischen und sonstigen südamerikanischen Bauern, vor denen ich auch Respekt habe, niemals in der Schweiz liefern. Mit diesen können wir auch nicht konkurrieren, wenn die Grenzen geöffnet werden. Es sind durchschnittlich 500-Hektar-Betriebe oder noch grössere.

Der Strategiebericht zur Agrarpolitik ab 2022 zeigt Szenarien mit einem hälftigen Abbau des Grenzschutzes oder mit einem Totalabbau auf, was für die Schweiz bedeutet, dass im Mittelland allenfalls Fleischindustriebetriebe entstehen werden und im Berggebiet ein paar Betriebe für Spezialitäten, für ein paar Käsespezialitäten. Der ganze mittlere Gürtel, die voralpine Hügelzone, die Bergzone I, kann hier aufgrund der topografischen Gegebenheiten nicht mitmachen. Bitte tragen Sie in der weiteren Reform diesen Gegebenheiten Rechnung. Sehr geehrter Herr Bundesrat, ich weiss, dass Sie durchaus bereit sind, diese ganze Angelegenheit differenziert zu sehen. Der Ansatz muss sein – das ist meine Meinung, und das ist, denke ich, auch für die Mehrheit in unserer Partei so –, dass wir wie bei sonstigen Freihandelsabkommen vorgehen müssen. China: Was will das Land, in das wir exportieren können? Die Mercosur-Länder sollen sagen, was die Gegenleistung der Landwirtschaft sein muss. Was müssen wir importieren, damit wir die selbstverständlich so wichtigen Exporte der Industrie sicherstellen können?

Aber für dieses Entgegenkommen gibt es weiss Gott bessere Instrumente, um die Exporte für unsere Exportindustrie – in der sehr wohl das Geld in der Schweiz verdient wird und die auch für die Bauern wichtig ist – sicherzustellen, als einen generellen Abbau des Grenzschutzes beim Fleisch. Wir wissen, was die Liberalisierung bedeutet. Bei der Milch hat die Liberalisierung, wenn es nicht gerade um Käsespezialitäten geht, zu massiven Einkommensverlusten geführt. Das steht bekanntlich auch in Ihrem Bericht. Und hören Sie auf mit der Behauptung, der Käsefreihandel habe den Bauern geholfen. Wie der Name es sagt: Er hat dem Handel geholfen. Der Handel hat zugenommen, aber es wurde viel mehr importiert als mehr exportiert.

Ich bitte Sie, dem Rechnung zu tragen und bei einer Ablehnung der Ernährungssouveränitäts-Initiative Ihren Bericht weitgehend im Sinn dieses Papiers (*Der Redner zeigt ein grünes Dokument*) zu überarbeiten, das wir heute erhalten haben. Was hier drinsteht, entspricht in weiten Teilen nicht mehr dem Bericht, der damals veröffentlicht wurde. Es steht, man wolle nur noch einen Teil des Grenzschutzabbaus. Im Bericht geht es um einen totalen Grenzschutzabbau, und das darf es nicht sein. Deshalb werde auch ich mich, als Zeichen dafür, hier der Stimme enthalten.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Ich habe Ihnen jetzt lange zugehört. Es wurde vieles gesagt. Vieles betrifft nicht das heutige Geschäft, die Ernährungssouveränitäts-Initiative, sondern die Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik. Darauf komme ich gleich noch etwas detaillierter zu sprechen. Wir haben Ihnen die Gesamtschau programmgemäss, wie seit Langem eingeplant, als Grundlage für eine kommende Diskussion, die sich über längere Zeit entwickeln wird, zur Verfügung gestellt. Am Schluss wollen wir eine intakte Landwirtschaft haben, die für die Zukunft gerüstet ist. Neben der Landwirtschaft brauchen wir Wirtschaftssegmente – Pharma, Uhren, Maschinen –, die mithelfen können, auf den Weltmärkten Geld zu verdienen, damit wir unseren Wohlstand erhalten können. Es geht um nichts weniger als das.



Wir sind in einer ausgezeichneten Ausgangslage. Ich bezeichne die Schweiz – ich brauche den Begriff immer wieder – als "petit paradis". Dieses "petit paradis" wollen wir mit vereinten Kräften aufrechterhalten. Wir haben Vollbeschäftigung. Wir sind das wettbewerbsfähigste Land, wir sind das innovativste Land. Das alles ist aber nicht gottgegeben. Auf uns kommen enorme Herausforderungen zu. Die Digitalisierung wird uns fordern, wird die Wirtschaft fordern, wird die Gesellschaft fordern und wird jeden einzelnen Bürger auch herausfordern. Ein wirtschaftlicher Nationalismus gefährdet in einem Land wie unserem, das jeden zweiten Franken im Export verdienen muss, den Wohlstand. Wie reagiert man auf die Zunahme der Digitalisierung? Nicht, indem man den Kopf in den Sand steckt. Das wäre das sichere Ende, das wäre dann der Tod. Das gilt grundsätzlich auch für die Landwirtschaft.

Es wurde dem Bundesrat mehrfach vorgeworfen, er würde den Tod der Landwirtschaft in Kauf nehmen wollen. Das ist eine bitterböse Unterstellung, die sich der Bundesrat nicht gefallen lässt. Ich habe schon Verständnis dafür, dass Sie in Rage gekommen sind. Es ist aber etwas anderes, ob etwas im Affekt geäußert oder zum x-ten Mal wiederholt wird. Der Bundesrat lässt sich nicht vorwerfen, dass er bereit wäre, die

AB 2017 N 2009 / BO 2017 N 2009

Landwirtschaft in den Tod gehen zu lassen. Das ist eine bitterböse Unterstellung. Wir brauchen eher früher als später eine Kappeler Milchsuppe.

Genau wie bei der Digitalisierung will der Bundesrat der Landwirtschaft helfen, angesichts des heranrollenden Tsunamis nicht zu verharren, sondern sich mit dem Rest der Wirtschaft und mit der Gesellschaft in den Erfolg hinein weiterzuentwickeln. Das ist das Angebot des Bundesrates.

Die Verantwortung eines Wirtschaftsministers ist ganz simpel und einfach: Er hat für die Gesamtwirtschaft zu schauen. Was wir in der Gesamtschau die Landwirtschaft betreffend aufnehmen, ist eben auch ein Stück weit eine Gesamtsicht der Gesamtwirtschaft. Deshalb kommen dann Elemente daher, die für die Landwirtschaft allein nicht verständlich sind, sondern die erst verständlich werden, wenn man die Gesamtwirtschaft diskutiert und dann die Konsequenzen für die Landwirtschaft daraus ableitet.

Ebenso wie von der Wirtschaft Anpassungen erwartet werden – denken Sie beispielsweise an den Frankenschock zurück –, erwarten wir auch von der Landwirtschaft, dass sie sich anpassungsfähig zeigt. Bei der Diskussion um die Zukunft unserer Landwirtschaft geht es um eine Gesamtschau zu ihrer mittelfristigen Entwicklung. Viele Ihrer Aussagen zur Gesamtschau sind schlicht und einfach falsch, und sie sind sogar wider besseres Wissen so gemacht worden.

Die Gesamtschau ist die Grundlage für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik. Bis zur Verabschiedung der Agrarpolitik 2022 plus im Jahr 2021 werden wir noch stundenlang über das Thema sprechen, zuerst nächstes Jahr in der WAK. Seien Sie versichert: Wir haben Ihre Fragen notiert, und wir werden vorbereitet sein, um die Diskussion führen zu können. Später folgt ein Aussprachepapier für den Bundesrat, im Herbst 2018 dann ein Vernehmlassungsentwurf und daraufhin die Botschaft zuhanden des Parlamentes. In jeder Etappe werden wir um die Zukunft der Landwirtschaft und des Rests der Wirtschaft erstens diskutieren und zweitens ringen. Dazu lade ich Sie ein.

Ich werde auch den angekündigten runden Tisch organisieren. Eingeladen werden dann jene Vertreter der Landwirtschaft, die korrekt diskutieren wollen, die bereit sind, sich den Vertretern der anderen Wirtschaftssektoren – Textilindustrie, MEM-Industrie, Pharma, Banken – zu stellen, und nicht nur auf dem Bundesrat herumhacken.

In den vergangenen Tagen hat der Bundesrat massivste Vorwürfe anhören müssen. Deshalb hier einige Klarstellungen zur Gesamtschau, bevor ich noch einige Bemerkungen zur Volksinitiative mache.

Ich akzeptiere es nicht, wenn der Dialog verweigert wird. Wenn man ein Papier in die Hände bekommt, das von Profis erarbeitet und von der obersten Landesregierung freigegeben wurde, braucht es schon einiges, dass man – ohne viel Zeit in dieses Papier zu investieren – zur Aussage kommt, es wäre nichts wert und man würde gar nicht darüber reden wollen. Ich akzeptiere nicht, wenn man mir und dem Bundesrat noch einmal vorwirft, wir wollten den Tod der Landwirtschaft – einen grösseren Blödsinn können Sie ja gar nicht auftischen! Ich akzeptiere nicht, wenn eine Branche die Eigeninteressen über die Interessen der gesamten Wirtschaft mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stellt. Das gilt nicht nur für die Landwirtschaft. Ich akzeptiere nicht, wenn der neue Verfassungsartikel "Ernährungssicherheit", den ich unterstützt und verteidigt habe, wissentlich und willentlich falsch interpretiert und missbraucht wird, um den Bundesrat in der Landwirtschaftspolitik mundtot machen zu wollen. Schliesslich akzeptiere ich nicht, wenn der Inhalt der Gesamtschau bewusst falsch wiedergegeben wird mit der Absicht, dass die Falschaussagen nach zigfachem Wiederholen plötzlich als Wahrheit verstanden werden.

Ich bin froh, Herr Nationalrat Röstli, dass Sie den Flyer, den wir Ihnen heute Morgen hingelegt haben, zur Kennt-



nis genommen haben und darin nicht eine Abkehr um 180 Grad und nicht eine völlig andere Positionierung gesehen, sondern doch die wesentlichen Elemente entdeckt und auch entsprechend gewürdigt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt Zukunftsängste, es gibt Interessenkonflikte. Es darf jeder seine Interessen verteidigen – ich habe viel Verständnis dafür. Aber es gehört zu unserer politischen Kultur, dass Meinungsdivergenzen im Dialog bereinigt werden, dass wir Kompromisse eingehen und damit Lösungen finden.

Ich habe den kritischen Stimmen zur Gesamtschau, wie gesagt, lange zugehört und erlaube mir jetzt, obwohl die Zeit knapp ist, ein paar der falschen Unterstellungen richtigzustellen.

1. Den Herren Nationalräten Page und Leo Müller sage ich: Es ist falsch zu behaupten, dass der Bundesrat den Volkswillen vom 24. September nicht akzeptiert habe. Ja, was soll denn diese Aussage? Das Volk hat im September nicht über die Initiative des Schweizer Bauernverbandes, sondern über den Gegenentwurf abgestimmt, und im Unterschied zur Initiative fokussiert der Gegenentwurf nicht auf die Förderung der Inlandproduktion, sondern auf das Sichern der Ernährungssicherheit. Dazu braucht es den Zugang zu inländischen und importierten Lebensmitteln. Wer das vergessen hat, lese die Abstimmungsunterlagen oder auch den erläuternden Bericht der WAK-SR. Dort steht dies schwarz auf weiss.

Buchstabe d von Artikel 104a spricht explizit von Handel, und das war allen immer klar. Der Bundesrat versieht in der Gesamtschau jeden Buchstaben des Verfassungsartikels mit gezielten Massnahmen. Der neue Artikel wird also wortgetreu umgesetzt, und er respektiert den Volkswillen vollumfänglich. Niemand wurde überrascht. Der Bundesrat hat am 9. Juni 2017 in einer Klausur die Richtung der künftigen Landwirtschaftspolitik festgelegt, und an diesem 9. Juni wurde ein Mediencommuniqué veröffentlicht. Dort stand: "Gegenstand des vertieften Gedankenaustausches war eine allfällige Öffnung des Agrarmarktes, um den Abschluss von Freihandelsabkommen zu erleichtern und damit das Wachstum der Schweizer Exportbranchen zu sichern und die Situation der Konsumentinnen und Konsumenten zu verbessern. Des Weiteren wurden die bei einer Öffnung des Agrarmarktes notwendige strukturelle Anpassung des Sektors sowie entsprechende Begleitmassnahmen geprüft." Das ist es, was wir Ihnen am 9. Juni bereits einmal gesagt hatten. Wer dann dem Bundesrat immer noch Falschspiel und Überrumpelung vorwirft, der ist einfach nicht fair.

2. Ich komme zur nächsten Unwahrheit. Der Bundesrat plant weder einen vollständigen Grenzschutzabbau noch eine Zollreduktion ohne soziale Abfederung. Die Aussage, dass der Bundesrat das in der Gesamtschau beschriebene zweite Szenario bevorzugt, ist ebenso falsch wie die Aussage, dass er auf einen Strukturwandel im Umfang von 2,5 Prozent zielt.

Sie müssen den Bericht richtig lesen. In der Gesamtschau steht, dass ein Strukturwandel im Umfang von 2,5 Prozent noch sozialverträglich wäre, weil die Aufgabe von Betrieben im Rahmen von Generationenwechseln stattfindet. Gleiches hat der Bundesrat bereits in der Agrarpolitik 2011 festgehalten. Das ist also nichts Neues. Es geht aber auch nicht um ein Ziel des Bundesrates. In der Gesamtschau steht, dass der Bundesrat im Agrarbereich mittelfristig eine Zollreduktion im Umfang von 30 bis 50 Prozent der Preisdifferenz zum Ausland anstrebt. Ja, das steht dort. Mit Unterstützungsmassnahmen kann der Strukturwandel damit ungefähr im heutigen Rahmen bei einem Wert von etwa 2 Prozent bleiben. In früheren Jahren war der Wandel zum Teil deutlich grösser. Die Aussage, es gehe um ein historisch nie dagewesenes Bauernsterben, ist schlicht falsch. Eine solche Entwicklung ist jetzt nicht angesagt und nicht gewollt. Die Strukturentwicklung ist nötig – ich frage: Wie wird es dem Vogel Strauss beim kommenden Tsunami ergehen? –, wenn unsere Landwirtschaft künftig eine Chance haben soll. Der Wandel findet auch im Ausland statt, zum Teil viel schneller als bei uns, ob wir das wollen oder nicht. Wir müssen wachsam bleiben, und gemeinsam müssen wir mit dieser Wachsamkeit für uns die beste Lösung für die Zukunft finden. Wenn ein Betrieb aufhört, kann ein anderer Betrieb wachsen und sich weiterentwickeln. So bleibt der Sektor handlungsfähig und hat eine Zukunft.

3. Falsch ist die Aussage, dass der Bundesrat vor allem kleine Familienbetriebe zur Aufgabe zwingen wolle. Kleine Betriebe mit hoher Wertschöpfung – nicht nur in der

AB 2017 N 2010 / BO 2017 N 2010

Landwirtschaft – können am Markt sehr erfolgreich sein, viel erfolgreicher als Grossbetriebe mit Fehlinvestitionen oder hohen Schulden. Der Wandel ist damit nicht eine Frage der Grösse, sondern eine Frage der innovativen Produkte. Es geht dabei auch um die Frage, ob man eine Nische findet oder nicht. In der Landwirtschaft gilt das nicht weniger als für jedes Unternehmen in anderen Wirtschaftszweigen. Wer unsere dem Markt ausgesetzte Weinbranche kennt, weiss, dass es unseren Bauern immer wieder möglich war und ist, zu diversifizieren und damit erfolgreich zu werden.

4. Falsch ist die Behauptung, dass der Selbstversorgungsgrad bei einer Zollreduktion zusammenbrechen würde. Unser Ziel ist ein Selbstversorgungsgrad etwa im heutigen Umfange, sofern die Produktion im Inland dabei



ökologisch nachhaltig bleibt. Dies ist auch mit dem vom Bundesrat vorgesehenen Zollabbau möglich. Viel wichtiger ist der Schutz des Kulturlandes. Wächst die Bevölkerung, steigt damit der Konsum. Nimmt das Kulturland gleichzeitig ab, sinkt der Selbstversorgungsgrad – das ist reines Einmaleins.

5. Eine Nebelpetarde ist die Behauptung, der Schweizer gebe heute schon wenig für Lebensmittel aus. Kein Bürger rechnet in relativen Zahlen, jeder Bürger rechnet in absoluten Beträgen, und die Preisdifferenzen sind markant. Fakt ist: Unsere Lebensmittelpreise sind 73 Prozent höher als die Lebensmittelpreise im EU-Durchschnitt. Das Fleisch ist in Deutschland halb so teuer wie bei uns, und diese Zahl, nicht den relativen Anteil an den Gesamtausgaben, verstehen die Bürger. Deshalb kaufen Herr und Frau Schweizer für etwa 3 Milliarden Franken Food im nahegelegenen Ausland.

6. Ich höre immer wieder, dass die Produktionskosten in der Schweiz höher sind als im Ausland. Nationalrat Walter Müller hat die Löhne erwähnt. Das stimmt, Punkt. Aber das gilt für alle hier tätigen Unternehmen. Und während die Landwirte ebenso von den flankierenden Massnahmen profitieren wie der Rest der Wirtschaft, ist die Wirtschaft viel stärker der ausländischen Konkurrenz ausgesetzt und kennt kein verbilligendes Bodenrecht oder Steuerrückerstattungen für Diesel und Ähnliches. Und trotzdem – oder eben gerade deshalb – hat sie sich durch Innovationen und konsequente Kostensenkungen behauptet. Mehr noch: Unsere Vorschläge würden gerade bei den Produktionsmitteln wie bei den Futtermitteln den hohen Grenzschutz abbauen und Kosten senken.

Nun, Herr Nationalrat Hausammann, Sie waren derjenige, der mir fünf Aufgaben mitgegeben hat. Ich versuche, es kurz zu machen. Aber Sie haben Ihre Fragen so korrekt vorgetragen, dass ich auch korrekt darauf reagiere. Die erste Frage lautet: Weshalb beantragt der Bundesrat immer wieder eine Budgetkürzung in der Landwirtschaft? "Die Schuldenbremse ist eine der grössten Errungenschaften" ist die Antwort. Sie verpflichtet uns, bei Mehrausgaben Kürzungen zu finden, und diese findet man zu meinem grossen Bedauern fast nur noch in den ungebundenen Ausgaben der Landwirtschaft und der Bildung. Da ist also keine Freiwilligkeit.

Die zweite Frage war: Weshalb führt die bisherige administrative Entlastung zu keiner Entlastung der Landwirtschaftsbetriebe? Auf Verordnungsstufe haben wir Massnahmen umgesetzt. Ab 2018 werden die Kontrollpunkte stark reduziert, und das wird sich mit einiger Verzögerung auswirken. Sie wissen, wie "nitty-gritty" diese Arbeit ist. Wir müssen miteinander den Kontrollmechanismus erleichtern, sodass mehr Bewegungsfreiheit für den einzelnen Unternehmer, Landwirtschaftsunternehmer geschaffen werden kann.

Dritte Frage: Weshalb unterstützt die Forschung die Landwirtschaft nicht bei der Umsetzung des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel, der Biodiversitätsstrategie und bei der Reduktion des Antibiotikaeinsatzes? Alle drei Strategien müssen von Landwirtschaft, Forschung und Beratung gemeinsam umgesetzt werden. Wenn Sie mir – natürlich nicht in dieser Debatte, sondern in einem Gespräch unter vier Augen in den nächsten Tagen – sagen, wo Sie der Bund besser unterstützen kann, dann tun wir das.

Zur vierten Frage, was Handelsabkommen der Landwirtschaft bringen: Das ist, meine Lieben, ganz einfach. Der Export sichert die Steuereinnahmen für Unterstutzungen wie Direktzahlungen und Investitionsbeiträgen von jährlich doch immerhin 3,7 Milliarden Schweizerfranken. Handelsabkommen sichern hohe Einkommen und damit die Möglichkeit, teure Qualitätsprodukte der Schweizer Landwirtschaft zu kaufen. Das ist eine gute Sache. Handelsabkommen öffnen Ihnen die Möglichkeit, Ihre Qualitätsprodukte den kaufkräftigen Ausländern zu verkaufen.

Die fünfte Frage war: Weshalb soll die Agrarpolitik 2022 plus für die Landwirtschaft gut sein? Weil wir damit auf den eingangs erwähnten Tsunami antworten, statt den Kopf in den Sand zu stecken, und weil wir damit Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Erfolg der Bauern schaffen.

Lieber Herr Nationalrat Hausammann, ich bin sicher, dass wir über die vielen Gespräche, die anstehen, zueinanderfinden und Lösungen finden werden, die für die Landwirtschaft akzeptabel sind, die für die übrige Wirtschaft akzeptabel sind und die uns insgesamt helfen, das "petit paradis" in der Zukunft zu erhalten.

Wir verdienen jeden zweiten Franken im Export. Handelsabkommen sind die Basis dafür. Handelsabkommen sind Voraussetzung für Hunderttausende von Schweizer Arbeitsplätzen. Ohne sie wären diese Jobs und ein grosser Teil der Steuereinnahmen gefährdet. Wenn die EU in den kommenden Monaten die Zölle mit den Mercosur-Staaten über das Handelsabkommen, das geschlossen wird, um 7 bis 35 Prozent abbauen kann, dann sind unsere Lieferanten, die hier produzieren, die hier die Jobs anbieten, augenblicklich bei ihren Lieferungen in die Mercosur-Märkte massiv benachteiligt. Soll ich da zuschauen, oder soll ich versuchen, vergleichbare Konditionen herbeizuführen? Sicherlich sind Sie mit mir einverstanden, dass das Zweite richtiger ist.

Der Bundesrat steht für eine produktive, nachhaltige, marktorientierte Landwirtschaft ein, auch für eine innovative Industrie und Exportwirtschaft. Beides sind Bestandteile von Wohlstand und gemeinsamer Zukunft. Ich lade Sie ein, das Gespräch zu führen und die Missverständnisse auszuräumen. Ich nehme zur Kenntnis, dass



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2017 • Achte Sitzung • 07.12.17 • 08h00 • 17.023
 Conseil national • Session d'hiver 2017 • Huitième séance • 07.12.17 • 08h00 • 17.023



der Termin zum Veröffentlichenden der Gesamtschau am 1. November nicht ganz ideal war. Aber vielleicht hat das auch dazu beigetragen, dass man über die Initiative "für Ernährungssouveränität" zusätzlich hat nachdenken und sich eine Meinung machen können.

In aller Kürze zur Initiative: Der Inhalt der umfangreichen Initiative wurde von Ihnen und von den Kommissionsprechern vorgestellt, deshalb verzichte ich darauf. Die Initiative betrifft uns alle. Sie ist gut gemeint, aber sie schiesst weit über das Ziel hinaus. Es sind Forderungen dabei, die mit der heutigen Agrarpolitik bereits berücksichtigt werden: die Förderung einer bäuerlichen, vielfältigen, nachhaltigen Landwirtschaft, der Schutz des Kulturlandes oder das Verbot von Exportsubventionen. Es werden Forderungen gestellt, die im Widerspruch zur Agrarpolitik des Bundes und zum internationalen Handelsrecht stehen: Es wird verlangt, den Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft durch staatliche Massnahmen zu erhöhen; Importe von Nahrungsmitteln, die nicht dem Schweizer Nachhaltigkeitsstandard entsprechen, sollen mit zusätzlichen Zöllen belegt werden und Ähnliches.

Der Bundesrat ist der Meinung Ihrer vorberatenden Kommission und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Jans ebenfalls abzulehnen. Dieser integriert einzelne Forderungen der Initiative in den bestehenden Artikel 104 der Bundesverfassung. Ich will hier nicht auf Details eingehen, Sie können die Argumente dem Zusatzbericht des BLW vom 7. November 2017 entnehmen.

Ich bin Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die Initiative ablehnen und mit der Ablehnung eine Klärung bezüglich Ernährungssouveränität herbeiführen. Dann können Sie von mir aus die beiden Dossiers ohne Weiteres trennen. Das eine Dossier, die Initiative, ist dann zuhanden des Volkes mit einer klaren Empfehlung unterwegs und wird abgelehnt. Das andere Dossier ist die Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik für die Jahre 2022 und danach, und diese Politik legen wir in den nächsten zwei, drei Jahren miteinander fest – im Dialog, im Gespräch.

Was Ihnen vorliegt, ist eine vom Bundesrat verabschiedete Ausgangslage, entstanden zu einem Zeitpunkt, in dem ein Tsunami über uns hinwegfegt, nämlich der Digitalisierungs-Tsunami, und entstanden zu einem Zeitpunkt, in dem sich

AB 2017 N 2011 / BO 2017 N 2011

unsere grössten Konkurrenten aus der Europäischen Union die südamerikanischen Marktzugänge verbilligt holen wollen und wir rasch genug darauf reagieren müssen. Deshalb muss die Diskussion jetzt sein. Ich bitte Sie, dem Bundesrat zu folgen und die Initiative abzulehnen.

Le président (de Buman Dominique, président): Nous terminerons cet objet la semaine prochaine, soit d'ici la fin de la session, en fonction des disponibilités de Monsieur le conseiller fédéral Schneider-Ammann. Je vous remercie par avance de votre flexibilité.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
 Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
 La séance est levée à 13 h 00*

AB 2017 N 2012 / BO 2017 N 2012





17.023

**Für Ernährungssouveränität.
Die Landwirtschaft betrifft uns alle.
Volksinitiative**

**Pour la souveraineté alimentaire.
L'agriculture nous concerne toutes
et tous. Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.09.17

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.11.17

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

Le président (de Buman Dominique, président): Je vous rappelle que nous avons interrompu le débat sur cet objet après avoir entendu les différents orateurs exposer leur argumentation ainsi que les explications de Monsieur le conseiller fédéral Schneider-Ammann.

Stamm Luzi (V, AG): Herr Bundesrat, Sie wissen, ich greife Sie in keiner Art und Weise persönlich an. Falls ich jemanden angreife, dann greife ich den Bundesrat an, wenn er sagt, er setze die Landwirtschaft ungeschützt dem Freihandel aus.

Meine Frage: Ist es wirklich wahr, was der Präsident des Bauernverbandes in seinem Vortrag zur einheimischen Produktion gesagt hat? Sie, der Bundesrat, haben einen Selbstversorgungsgrad von 60 Prozent zugesichert; das ist mit jeder Sicherheit das dominante Element. Bereits fünf Wochen später, nach der letzten Volksabstimmung, wird ein Ziel von 52 bis 55 Prozent vorgegeben. Haben Sie, Herr Bundesrat, öffentlich 60 Prozent zugesichert, und verlautete bereits fünf Wochen später vom Bundesrat, man gehe auf 52 bis 55 Prozent herunter?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Danke für die Frage, Herr Nationalrat Stamm. Es geht um brutto 60 Prozent Eigenversorgung, und es geht um netto 55 Prozent Eigenversorgung; das ist die Grössenordnung, die herkömmlich Gültigkeit hat. Die Ansage des Bundesrates war, dass er sich weiterhin in dieser Grössenordnung bewegen will. Von Garantien hat kein Mensch geredet, weil Garantien nicht gegeben werden können. Aber ich bestätige die Grössenordnung als Zielsetzung – auch des Bundesrates.

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: Nous ne sommes saisis aujourd'hui d'aucune proposition visant à recommander l'acceptation de l'initiative. Nous allons donc ici tacitement recommander le rejet de l'initiative. Nous n'avons de fait que le choix entre le rejet pur et simple de l'initiative sans contre-projet et le rejet de l'initiative avec un contre-projet.

S'agissant du contre-projet, qui fait l'objet de la proposition défendue par la minorité Jans, je rappelle que la Commission de l'économie et des redevances vous propose de la rejeter, par 13 voix contre 4 et 4 abstentions. Je vous rappelle aussi que la commission vous propose de recommander le rejet de l'initiative, par 7 voix contre 0 et 12 abstentions. Le nombre important d'abstentions reflète l'hostilité, les doutes, les inquiétudes suscités au sein de la commission par la stratégie présentée récemment par le Conseil fédéral en matière de politique agricole applicable à partir de l'année 2022. D'ailleurs, cette hostilité, ces doutes ou ces inquiétudes ont été relayés lors du débat au conseil qui a eu lieu il y a quelques jours.

En résumé, nous ne nous prononçons pas sur le fait de recommander l'acceptation ou le rejet de l'initiative, tacitement nous allons tout à l'heure recommander le rejet de l'initiative. Nous votons uniquement sur la proposition de la minorité Jans que la Commission de l'économie et des redevances vous propose de rejeter.





Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL), für die Kommission: Wir kommen heute zum Abschluss einer langen Debatte über die Initiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle".

In vielen Stellungnahmen, ja bei den meisten kam zum Ausdruck, dass die Sorgen und Anliegen der Initiantinnen und Initianten bezüglich einer regionalen Versorgung mit einer nachhaltig produzierenden Landwirtschaft, die insbesondere auch die Rechte der Bäuerinnen und Bauern beachtet, ernst zu nehmen sind. Die Spannweite der Voten ging von der Annahme der Initiative bis hin zur Ablehnung, weil die Instrumente zu protektionistisch seien.

Bei vielen Voten stand nun aber nicht die Initiative im Zentrum, sondern der Bericht des Bundesrates vom 1. November 2017 zur Agrarpolitik ab 2022. Das widerspiegeln denn auch die vielen Enthaltungen bei der Abstimmung über die Initiative in der Kommission. Herr Bundesrat Schneider-Ammann hat umfassend dazu Stellung genommen und auch heute wieder das Nötige gesagt. Festzuhalten ist, dass wir heute nicht über den Bericht zur Agrarpolitik abstimmen, dazu werden wir in der WAK noch ausreichend Gelegenheit haben, sondern über die Initiative.

Wir befinden nun auch nicht explizit über die Abstimmungsempfehlungen. Der Einzelantrag Glättli auf Unterstützung der Initiative wurde zurückgezogen. Damit bleibt es beim Antrag des Bundesrates, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt.

Zu entscheiden haben Sie hingegen, ob auf den direkten Gegenvorschlag gemäss Kommissionsminderheit Jans einzutreten ist oder nicht. Auch dazu wurde eine ausgiebige Debatte geführt. Sie finden den Text des Gegenentwurfes auf Seite 5 der Fahne. In der Kommission gab es 4 Stimmen für Eintreten auf den Gegenentwurf, 13 Stimmen dagegen sowie 4 Enthaltungen.

Ich ersuche Sie hiermit, der Kommission zu folgen.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous"

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

AB 2017 N 2177 / BO 2017 N 2177

Le président (de Buman Dominique, président): Avant de traiter l'article 2, nous devons nous prononcer sur l'entrée en matière sur le projet 2.

2. Bundesbeschluss über eine Stärkung der lokalen Produktion (Gegenentwurf zur Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle")

2. Arrêté fédéral relatif au renforcement de la production locale (contre-projet à l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous")

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten




Antrag der Minderheit

(Jans, Birrer-Heimo, Schelbert)

Titel

Bundesbeschluss über eine Stärkung der lokalen Produktion (Gegenentwurf zur Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle") vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 30. März 2016 eingereichten Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 15. Februar 2017, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Ziff. I Art. 104 Abs. 3 Bst. g-k

- g. Er sichert das Recht der Bäuerinnen und Bauern auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut.
- h. Er kann darauf hinwirken, dass die Marktmacht der Produzentinnen und Produzenten landwirtschaftlicher Rohstoffe gegenüber vor- und nachgelagerten Marktteilnehmenden gestärkt wird.
- i. Er kann den direkten Handel zwischen den Bäuerinnen und Bauern und den Konsumentinnen und Konsumenten sowie die regionalen und lokalen Verarbeitungs-, Lagerungs- und Vermarktungsstrukturen stärken.
- j. Er achtet darauf, dass für die landwirtschaftlichen Angestellten orts- und branchenübliche Arbeitsbedingungen gelten.
- k. Er verbietet Handel und Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft zu kommerziellen Zwecken.

Ziff. II

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

Proposition de la majorité

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité

(Jans, Birrer-Heimo, Schelbert)

Titre

Arrêté fédéral relatif au renforcement de la production locale (contre-projet à l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous") du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous", déposée le 30 mars 2016, vu le message du Conseil fédéral du 15 février 2017, arrête:

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit:

Ch. I art. 104 al. 3 let. g-k

- g. Elle garantit aux paysans le droit à l'utilisation, à la multiplication, à l'échange et à la commercialisation des semences.
- h. Elle peut prendre des mesures visant à renforcer la position, sur le marché, des producteurs de matières premières agricoles par rapport à celle des acteurs en amont ou en aval.
- i. Elle peut renforcer les échanges directs entre paysans et consommateurs ainsi que les structures locales de transformation, de stockage et de commercialisation régionales.
- j. Elle veille à ce que les salariés agricoles bénéficient de conditions de travail qui soient conformes à celles pratiquées dans la région et dans le secteur en question.
- k. Elle proscriit le commerce et l'emploi à des fins commerciales des plantes et des animaux génétiquement modifiés, dans l'agriculture suisse.


Ch. II

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous", si cette initiative n'est pas retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.023/16372)

Für den Antrag der Mehrheit ... 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

(6 Enthaltungen)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle"
1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous"
Art. 2
Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Jans, Birrer-Heimo, Schelbert)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf "Bundesbeschluss über eine Stärkung der lokalen Produktion" Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Antrag Glättli

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2
Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Jans, Birrer-Heimo, Schelbert)

Al. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet (arrêté fédéral relatif au renforcement de la production locale), selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Proposition Glättli

... d'accepter l'initiative.

AB 2017 N 2178 / BO 2017 N 2178

Le président (de Buman Dominique, président): Comme le conseil a décidé de ne pas entrer en matière sur le contre-projet, la proposition de la minorité Jans est caduque. Quant à la proposition Glättli, elle a été retirée.



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2017 • Vierzehnte Sitzung • 15.12.17 • 08h00 • 17.023
Conseil national • Session d'hiver 2017 • Quatorzième séance • 15.12.17 • 08h00 • 17.023



*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*



17.023

**Für Ernährungssouveränität.
 Die Landwirtschaft betrifft uns alle.
 Volksinitiative**

**Pour la souveraineté alimentaire.
 L'agriculture nous concerne toutes
 et tous. Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.09.17
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.11.17
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.03.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Baumann Isidor (C, UR), für die Kommission: Nach der Ernährungssicherheits-Initiative und der Fair-Food-Initiative ist die uns vorliegende Initiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" bereits die dritte Ernährungs-Initiative, die innerhalb eines guten Jahres in beiden Räten zur Behandlung kommt.

Die heute zu beratende Ernährungssouveränitäts-Initiative mit 108 860 Unterschriften wurde von der Bundeskanzlei im April 2016 für gültig erklärt. Die Initiative hat die Form eines ausgearbeiteten Entwurfes. Der Bundesrat empfiehlt in seiner Botschaft, die Initiative abzulehnen. Er unterbreitet weder einen direkten noch einen indirekten Gegenentwurf. Wir sind Zweitrat und wissen daher auch, dass der Nationalrat die Initiative zur Ablehnung empfiehlt und somit dem Bundesrat gefolgt ist.

Die von den Bauern- und Bäuerinnengewerkschaften Uniterre und L'autre syndicat – zwei Mitgliederorganisationen von Via Campesina – sowie von siebzig weiteren Organisationen eingereichte Initiative verlangt, dass die Bundesverfassung einen neuen Artikel 104c, "Ernährungssouveränität", erhält. Dabei handelt es sich um einen sehr ausführlich formulierten Artikel. Wichtig ist, dass unter dem Begriff "Souveränität" die Fähigkeit zu rechtlicher Selbstbestimmung verstanden wird. Das würde bedeuten, dass der Staat unabhängig von anderen Mächten über seine Politik im Bereich der Ernährung befinden kann. Der Bundesrat stellt aber beim Titel und bei Absatz 1 ein gewisses Missverständnis fest: Mit dem vorgeschlagenen Artikel wird nicht das Recht über Selbstbestimmung bezüglich Ernährungspolitik gefordert, sondern die Ausrichtung der diesbezüglichen Politik auf eine kleinbäuerliche Landwirtschaft.

Der neue Artikel 104c der Bundesverfassung umfasst zehn Absätze, auf deren Schwerpunkte ich kurz eingehe: Die Absätze 1 und 2 enthalten die Zielsetzungen der Initiative. Die Ernährungssouveränität soll gemäss Interpretation der Initiantinnen und Initianten umgesetzt werden, indem der Bund eine einheimische bäuerliche Landwirtschaft fördert, die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird. Der Bund soll auf eine Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebens- und Futtermitteln und auf eine ressourcenschonende Produktion achten. Die Absätze 3 bis 10 enthalten die ausformulierten Massnahmen zur Erreichung der Zielsetzungen. So soll der Bund wirksame Massnahmen treffen, um die Anzahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen zu erhöhen und die Strukturvielfalt zu fördern, die Kulturlfläche und speziell die Fruchtfolgefläche in ihrer Qualität und Quantität zu erhalten und den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut zu gewährleisten.

Absatz 4 verbietet in der Landwirtschaft generell den Einsatz genetisch veränderter Organismen sowie von Pflanzen und Tieren, die mittels neuer Technologien entstanden sind, mit welchen das Genom auf nichtnatür-





liche Weise verändert oder neu zusammengesetzt wurde.

In Absatz 5 werden die Aufgaben des Bundes zur Regulierung der inländischen Märkte definiert. Das heisst unter anderem: Der Bund unterstützt die Schaffung bäuerlicher Organisationen, die bestrebt sind, das Angebot vonseiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abzustimmen. Er gewährleistet die Transparenz auf dem Markt und wirkt darauf hin, dass in allen Produktionszweigen und -ketten gerechte Preise festgelegt werden. Weiter sollte der Bund den direkten Handel zwischen den Bäuerinnen und Bauern, den Konsumentinnen und Konsumenten sowie den regionalen Verarbeitungs-, Lagerungs- und Vermarktungsstrukturen stärken.

Absatz 6 bezieht sich auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten in der Landwirtschaft. Der Bund soll darauf achten, dass diese Bedingungen schweizweit einheitlich sind.

Die Absätze 7 bis 9 beziehen sich auf den internationalen Handel und die Regulierung der Importe. Zum Erhalt und zur Förderung der einheimischen Produktion soll der Bund Zölle erheben und die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln gezielt regeln oder gar Einfuhren verbieten. Es soll dem Bund untersagt werden, für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Lebensmitteln Subventionen auszurichten.

Gemäss Absatz 10 soll der Bund die Information über die Bedingungen für die Produktion und die Verarbeitung von einheimischen und von eingeführten Lebensmitteln und die entsprechende Sensibilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten sicherstellen. Auch dürfte der Bund künftig unabhängig von internationalen Normen eigene Qualitätsnormen festlegen.

In der Übergangsbestimmung verlangen die Initianten, dass der Bundesrat der Bundesversammlung spätestens zwei Jahre nach Annahme der Initiative entsprechende Gesetzesbestimmungen unterbreitet.

Ich komme zu den erfolgten Beratungen. In der Beratung in der WAK-NR fand die Initiative trotz einzelner positiver

AB 2018 S 162 / BO 2018 E 162

Wertungen keine Unterstützung. Der in der WAK-NR eingebrachte Gegenentwurf unter dem Titel "Bundesbeschluss über eine Stärkung der lokalen Produktion" fand ebenfalls keine Mehrheit. Dieser Gegenentwurf wurde aber trotzdem als Antrag der Minderheit dem Nationalrat unterbreitet. So hat sich der Nationalrat in der Wintersession mit der Initiative und dem Gegenentwurf auseinandergesetzt. Dazu kann ich es kurz machen.

Im Nationalrat wurde für die Behandlung der Initiative und des Gegenentwurfes viel weniger Zeit aufgewendet als für die vom Bundesrat am 1. November 2017 verabschiedete Gesamtschau zur Agrarpolitik. Dabei wurde noch auf vieles anderes und speziell auf die Widersprüche in der Agrarpolitik des Bundesrates im Vergleich zu den drei Landwirtschafts-Initiativen hingewiesen. Genauer gesagt, die Widersprüche wurden kritisiert. Sollte nämlich die erste oder die zweite noch hängige Initiative – die Fair-Food-Initiative oder die Ernährungssouveränitäts-Initiative – angenommen werden, wäre die Gesamtschau des Bundesrates, speziell der Freihandel, extrem betroffen, ja, dieser wäre sogar teils unmöglich. Im Nationalrat waren die einen hier davon überzeugt, die anderen empfanden das als Drohung.

Trotz der langen und teils sehr spannungsvollen Beratung ist der Nationalrat auf den Gegenentwurf mit 126 zu 49 Stimmen bei 6 Enthaltungen nicht eingetreten. Dieser ist somit auch nicht mehr auf der Fahne. Bei der Initiative ist der Nationalrat ohne Abstimmung der einheitlichen Meinung seiner Kommission gefolgt und hat sie zur Ablehnung empfohlen.

Ihre Kommission, die WAK-SR, hat die Ernährungssouveränitäts-Initiative am 22. Januar zusammen mit der Fair-Food-Initiative beraten. Dazu hat sie zwei Vertreter, Frau Ulrike Minkner, Vizepräsidentin von Uniterre, und Herrn Rudi Berli, Präsident von Uniterre Genf, angehört. Als Erstes stellte Herr Berli klar, dass die Initiative nicht, wie immer gesagt wird, eine kleinbäuerliche Landwirtschaft, sondern eine bäuerliche Landwirtschaft wolle. Dabei spiele die Grösse eines Betriebes keine Rolle, sondern es gehe vor allem um familiäre und vielfältige Betriebe. Auch wolle man mit der Initiative keine zusätzlichen Zölle und keine Abschottung und fordere auch nicht eine staatliche Preis- und Mengenregulierung. Die Initianten wollen, dass der Staat Rahmenbedingungen setzt, die es den Bauern ermöglichen, nicht mehr zu 30 Prozent von Direktzahlungen abhängig zu sein. Sie wollen, dass die Bauern ein faires Einkommen auf dem Markt erwirtschaften können. Die Initianten wollen auch eine gentechfreie Landwirtschaft. Das Gentechverbot müsse in der Verfassung verankert werden. Vor allem wollen sie glückliche Bäuerinnen und Bauern, gesunde Tiere, gesunde Nahrungsmittel, schöne Bauernbetriebe und somit eine blühende Wirtschaft auf dem Land.

Für die Initianten ist klar: Obwohl wir einen guten Verfassungsartikel und ein gutes Landwirtschaftsgesetz haben, brauche es diese Initiative, denn zurzeit würden die Verfassung und die Gesetze zu wenig respektiert. Als Beispiele nannten sie den Verlust von täglich drei Bauernbetrieben und sechs landwirtschaftlichen Arbeits-



stellen in der Schweiz und die schlechte Bilanz in Bezug auf die ökologische Nachhaltigkeit. So seien die Landwirtschaft und das Ernährungssystem für 43 Prozent der Klimagasemissionen in der Schweiz verantwortlich. Die Initianten fügten aber sogleich an, dass in den Nachbarländern der Zustand nicht besser sei.

Die Initianten sind überzeugt, dass es diese Initiative brauche und man dem Volk die Gelegenheit geben müsse, über diese Initiative abzustimmen, denn ihr Verfassungsartikel sei griffig und gebe eine klare Zielrichtung vor. Zum Schluss bemerkten die Vertreter der Initiative, die Initiative sei anzunehmen; wenn sie abgelehnt würde, kämen sie morgen wieder.

In der anschliessenden Fragerunde wurde insbesondere über einen Rückzug der Initiative und über folgende Fragen vertieft diskutiert: Führt die Initiative zu Preissteigerungen? Soll der Strukturwandel verhindert werden? Was sind die Auswirkungen auf den Einkaufstourismus?

Die Frage nach einem Rückzug der Initiative wurde unmissverständlich verneint. Die Begründung dafür war, dass der vom Volk im September 2017 angenommene Gegenentwurf zur Ernährungssicherheits-Initiative einen zu grossen Interpretationsspielraum aufweise und dass die Gesamtschau des Bundesrates zur Agrarpolitik vom 1. November 2017 die Initiative erst recht notwendig mache.

Dass die Initiative möglicherweise zu Preissteigerungen führe, wurde von den Initianten nicht vorbehaltlos bestritten. Es gebe aber auch Massnahmen, die das verhindern könnten, so zum Beispiel beim Milchpreis, denn da spürten die Konsumenten nur 10 Prozent der 50-prozentigen Kostensenkung der letzten Jahre. Somit bestehe Spielraum ohne Preiserhöhungen. Auch gebe es Effizienzsteigerungspotenzial, nicht zuletzt in lokalen Kreisläufen, durch die auch Preissteigerungen verhindert werden könnten. Sollte es trotz allem zu Preissteigerungen kommen, fliesse das Geld in die Wirtschaft zurück und schaffe Arbeitsplätze.

Was den Strukturwandel betreffe, so solle die Initiative Gegensteuer geben zur Vorstellung des Bundesrates, der den Strukturwandel beschleunigen will. Zum Einkaufstourismus habe die Ernährungssouveränitäts-Initiative das gleiche Verhältnis wie die Fair-Food-Initiative. Der direkte Einkaufstourismus sei nicht betroffen.

Zum Schluss merkte die Vertreterin der Initianten an, es sei entscheidend, sich zu überlegen, welches die Rolle des Staates und welches die Rolle der Produzenten und Konsumenten sei. Es sei nicht gut, wenn sich der Staat immer weiter zurückziehe, alles dem Markt überlasse und ihm keine Regelung gebe. Es brauche Rahmenbedingungen, ohne den Konsumenten Entscheidungen wegnehmen zu wollen, denn es gehe um die Gesundheit von uns allen und nicht nur um die Gesundheit jener, die sich alles leisten können. Darum sei die Initiative zu unterstützen.

Nach der Verabschiedung der Anhörungsteilnehmer befasste sich Ihre Kommission mit den Ihnen vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen des Seco, des Bundesamtes für Landwirtschaft und des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen. Darin wurde, analog zur Fair-Food-Initiative, aufgezeigt, dass die vertretbaren Anliegen der Ernährungssouveränitäts-Initiative bereits im Gegenentwurf zur Ernährungssicherheits-Initiative aufgenommen und so vom Volk auch genehmigt worden seien. Weiter gehende Verschärfungen, Zollmassnahmen, Marktstützungen usw. seien nicht umsetzbar. Verschiedene Ziele widersprächen auch der aktuellen und angedachten Weiterentwicklung der Agrarpolitik.

Ihre Kommission kam nach der Beratung mit Bundesrat Schneider-Ammann, dem Direktor des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, Hans Wyss, und dem Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft, Bernard Lehmann, zum gleichen Schluss wie bei der Beratung der Fair-Food-Initiative. Auch diese Initiative geht zu weit. In verschiedenen Punkten ist sie nicht umsetzbar, provoziert neue staatliche Massnahmen, führt zu Mehrkosten beim Bund und bei den Konsumenten und führt auch zu nichtpraktikablen Mengenregulierungen, obwohl die Initianten das verneinen. Neue Zollregulierungen sind nicht umsetzbar und wären auch WTO-widrig. Einem Teil der Initiative wurde aber im Gegenentwurf zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit" schon Rechnung getragen. Diese Initiative ist darum nicht mehr notwendig.

Ihre Kommission empfiehlt aufgrund all dieser Feststellungen die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" mit 11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Ablehnung. Sie folgte damit dem Bundesrat und dem Nationalrat und empfiehlt dem Rat, das Gleiche zu tun.

Graber Konrad (C, LU): Der Ständerat und Ihre vorberatende Kommission haben sich mit den Anliegen dieser Volksinitiative ja bereits im Rahmen des Gegenentwurfes zur Ernährungssicherheits-Initiative intensiv beschäftigt; Herr Baumann hat es ausgeführt.

Die Initiative verlangt die Förderung einer vielfältigen, kleinbäuerlichen und gentechfreien Landwirtschaft. Wenn man nun darauf schaut, was in den entsprechenden Artikeln der Bundesverfassung bereits steht, dann stellt man fest, dass die vielfältige, bäuerliche Landwirtschaft bereits in Artikel 104 der Bundesverfassung verankert ist. Bezüglich Gentech



AB 2018 S 163 / BO 2018 E 163

verweise ich auf das entsprechende Moratorium, das bereits besteht.

Die Instrumente, die die Volksinitiative, die wir nun besprechen, vorsieht, sind alle sehr, sehr regulierend. Der Bund soll in die Strukturentwicklung eingreifen und in den Märkten intervenieren, eine Erhöhung der Produzentenpreise sicherstellen und Zollmassnahmen zur Importabwehr ergreifen. Das sind alles sehr starke Eingriffe, zu denen ich nicht stehen kann. Es gibt sympathische und durchaus unterstützungswürdige Ziele in der Initiative, wie die regionale Versorgung, soziale und ökologische Produktionsbedingungen, einheimische Produktion, Schonung der natürlichen Ressourcen. Aber es gilt hier eben: Das Gegenteil von "gut" ist "gut gemeint". Bereits der bestehende Artikel 104 der Bundesverfassung zielt auf eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft, und der vom Volk angenommene Gegenentwurf beinhaltet weitere Forderungen dieser Volksinitiative. Ich mache dazu zwei Beispiele.

Die Initiative fordert in Artikel 104c Absatz 2 Buchstabe b, dass die Kulturlächen, namentlich die Fruchtfolgeflächen, zu erhalten sind, und zwar sowohl in Bezug auf ihren Umfang als auch in Bezug auf ihre Qualität. Wenn wir uns nun an den Gegenentwurf erinnern, stellen wir fest, dass wir damals in diesem Gegenentwurf in Litera a insbesondere aufgenommen hatten: "die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes". Genau diese Forderung ist in Artikel 104a also abgebildet.

Ein zweites Beispiel: Die Initiative verlangt in Absatz 2, dass "bei deren Produktion die natürlichen Ressourcen geschont werden". Wenn Sie sich an den Gegenentwurf erinnern, dann stellen Sie fest: Dort haben wir genau das auch stipuliert, denn dort wurde nämlich, unter Litera b, "eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion" gefordert.

Man muss, wenn man diese Initiative beurteilt, auch noch etwas die Rechtssicherheit und die Investitionssicherheit in der Landwirtschaft in Betracht ziehen; das ist ein wesentlicher Punkt. Wenn wir etwas zurückschauen, was politisch diskutiert worden ist, dann stellen wir fest: Es wurde eine Initiative zurückgezogen, und es wurde ein Gegenentwurf angenommen. Die Fair-Food-Initiative kommt zur Abstimmung, die Ernährungssouveränitäts-Initiative kommt zur Abstimmung, und die Hornkuh-Initiative kommt zur Abstimmung. Da habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass auch die Landwirtschaft uns ersucht, die Agrarpolitik nicht ständig zu ändern. Und das tun wir natürlich, wenn wir solche Initiativen behandeln oder ihnen zustimmen.

Die geeigneten Instrumente sind nach meiner Auffassung der alte Bundesverfassungsartikel, der neue Bundesverfassungsartikel und die Agrarpolitik. Die Vorarbeiten für die Folge-Agrarpolitik sind ja bereits im Gang, und wenn in diesen Fragen noch etwas zu justieren wäre, dann wäre die Agrarpolitik das richtige Gefäss. Eine zusätzliche Bundesverfassungsbestimmung braucht es aus meiner Sicht nicht.

Ich ersuche Sie, die Initiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen.

Föhn Peter (V, SZ): Eigentlich hoffe ich nach wie vor, dass die Initiative zurückgezogen wird. Meiner Meinung nach haben wir diese Themen und Forderungen nach bestem Wissen und Gewissen, nämlich soweit möglich und soweit umsetzbar, bei der Ernährungssicherheits-Initiative aufgenommen. Zudem widerspricht die Initiative, meine ich jetzt, dem vom Volk kürzlich angenommenen Text, und es gibt daher absolut keinen Grund, sie zu unterstützen. Sie sollte – ich sage es noch einmal: Das wäre auch besser für die Landwirtschaft – zurückgezogen werden.

So verlangt die Initiative, dass der Bund wieder verstärkt in die landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen eingreift, unter anderem, damit sich die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten erhöht. Es steht nämlich wortwörtlich in der Initiative: Der Bund "trifft wirksame Massnahmen mit dem Ziel: die Erhöhung der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen und die Strukturvielfalt zu fördern". Das steht in Artikel 104c Absatz 3 und sollte also neu aufgenommen werden. Ich frage mich schon: Wollen die Initianten, dass man auf den landwirtschaftlichen Betrieben wieder zu Ross und Wagen zurückkehrt, oder weshalb will man so etwas aufnehmen? Mit einem Ja zu dieser Initiative würden erstens die Errungenschaften der Agrarreformen der letzten Jahre und Jahrzehnte infrage gestellt, zweitens würde die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft geschwächt, und drittens würde auch noch der aussenwirtschaftliche Handlungsspielraum der Schweiz eingeschränkt.

Bei den bisherigen Verhandlungen zur Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" wurde immer darauf hingewiesen, und das habe ich immer so zur Kenntnis genommen, dass die Anliegen, die Forderungen der Initiative, u. a. die Ernährungssouveränität, bei der Ernährungssicherheits-Initiative – ich sage es noch einmal: soweit möglich, soweit vernünftig – aufgenommen worden seien.

So bitte ich Sie, diese Initiative klar zur Ablehnung zu empfehlen. Ich bin nach wie vor guten Mutes, dass sie noch zurückgezogen wird.





Hegglin Peter (C, ZG): Die zur Diskussion stehende Initiative enthält Forderungen, die mit der heutigen Agrarpolitik schon berücksichtigt werden, so etwa die Förderung einer bäuerlichen, vielfältigen und nachhaltigen Landwirtschaft, den Schutz des Kulturlandes oder – ab 2019 – das Verbot von Exportsubventionen. Mit der Annahme des neuen Verfassungsartikels hat das Schweizervolk diese Politik im letzten Herbst mit einem deutlichen Mehr bestätigt.

Auf diesem Weg ist die Milchbranche – und damit gebe ich auch meine Interessenbindung bekannt – unterwegs. Einerseits baut sie mit dem Projekt zur Mehrwertstrategie auf eine Profilierung gegenüber ausländischen Konkurrenten im Bereich Tierwohl und Naturnähe, dies im Sinne von Natürlichkeit in der Produktion und Verarbeitung. Sie setzt auf eine flächendeckende und von den Konsumentinnen und Konsumenten geschätzte GVO-freie Fütterung der Kühe. Zukünftig möchte sie diese GVO-freie Fütterung auch ausloben. Mit einem Monitoring wird versucht, alle möglichen Fehlentwicklungen zu vermeiden. Weiter ist die privatwirtschaftlich getragene Nachfolgelösung zum "Schoggi-Gesetz" in der Umsetzung. Die Reglemente sind erlassen, die Arbeitsgruppen eingesetzt, und die ersten Ausschreibungen sind erfolgt.

Nach dem Motto "Stillstand ist Rückschritt" sollen die Instrumente der aktuellen Agrarpolitik weiterentwickelt werden. Bereits im Herbst des letzten Jahres haben wir deshalb unsere Vorstellungen zur Agrarpolitik 2022 plus der Öffentlichkeit kommuniziert, dies vorgängig und unabhängig von der bundesrätlichen Auslegeordnung zur Agrarpolitik.

Ich bin auch nicht für einen uneingeschränkten Freihandel. Ich habe trotzdem oder gerade deshalb beim Thema Mercosur Diskussionsbereitschaft signalisiert; die Grenzöffnungen sollen aber nicht einseitig erfolgen und auch uns Chancen eröffnen. Die Vorschläge müssen wir dann kritisch überprüfen. Es ist eine Tatsache, dass die Menschen vermehrt global handeln und konsumieren. Das zeigt sich auch auf dem Speisezettel; er ist vielfältiger geworden.

Importe verbieten ist eine, Marktzugänge in andere Volkswirtschaften ermöglichen die andere Devisen. Wir sehen im zweiten Weg mehr Potenzial. Als Grasland hatten wir in der Schweiz bei der Milch immer einen Selbstversorgungsgrad von rund 110 Prozent und waren auf Exporte angewiesen. Durch Importe, vor allem im Käsebereich, erreichen wir eine Versorgung von über 130 Prozent. Folglich müssen rund 0,8 Millionen Tonnen Milch in veredelter Form exportiert werden – ein herausfordernder Weg. Beim Käse exportierten wir im vergangenen Jahr 72 000 Tonnen. Gerne möchten wir diesen Weg weitergehen. Nichts ist schlimmer, als immer wieder Kehrtwendungen zu machen und Beschlossenes infrage zu stellen.

Die Initiative steht denn auch in mehreren Punkten im Widerspruch zur vom Volk bestätigten Agrarpolitik. So verlangt die Initiative, den Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft durch staatliche Massnahmen zu erhöhen, dies ohne Obergrenze und genauere Zielsetzung. Die Wertschöpfung wäre also auf mehr Leute zu verteilen, was tiefere Einkommen zur Folge hätte. Importe von Nahrungsmitteln, die nicht dem

AB 2018 S 164 / BO 2018 E 164

Schweizer Nachhaltigkeitsstandard entsprechen, sollen mit zusätzlichen Zöllen belegt oder ganz verboten werden können. Eine stärkere staatliche Strukturlenkung und zusätzliche Markteingriffe würden die Preisdifferenz zu den Nachbarländern erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft schwächen. Nachteile hätten auch die Tourismus- und die Gastronomiebranche. Der aussenwirtschaftliche Handlungsspielraum der Schweiz würde aufgrund der Importrestriktionen für Nahrungsmittel eingeschränkt, mit möglichen negativen Folgen für den Arbeitsmarkt.

Die Initiative hilft kaum, eine bessere Profilierung für Akteure zu erreichen, die heute schon eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft betreiben. Die Initiative schiebt alle Verantwortung dem Staat zu, welcher dazu eine marktferne und kostspielige Bürokratie aufbauen müsste. Der Staat soll gemäss Initiative Zölle auf allen Gütern erheben, die Importmengen regulieren und die Bevölkerung umfassend informieren. Er soll an der Grenze überprüfen, ob alle importierten Lebensmittel den Schweizer Vorschriften entsprechen, und soll für gerechte Preise sorgen. Dies wäre ein Rückschritt in die Zeit vor 1995.

Wer bestimmt dann, was zukünftig in die Läden und auf die Teller kommt? Gemäss Initiativtext würde der Bund die Schaffung bäuerlicher Organisationen unterstützen, die sicherstellen, dass das Angebot vonseiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abgestimmt sind. Organisationen würden also bestimmen, was auf den Speisezettel kommt, nicht Angebot und Nachfrage. Die Initiative will die Schweiz gegenüber den wichtigsten Handelspartnern abschotten. Sie riskierte damit Versorgungspässe und würde dabei auch internationale Verträge verletzen. Erst kürzlich eingeführte Branchenregelungen würden infrage gestellt. Wir brauchen nicht Schutz. Wir wollen gleich lange Spiesse, und Stärken sollen gestärkt werden.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Damit gewährleisten wir



Rechtssicherheit und können auf dem bisherigen Weg weitergehen.

Cramer Robert (G, GE): L'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" a fait l'objet d'un débat très nourri au Conseil national. Il ne s'agit pas de refaire ce débat aujourd'hui, mais je souhaiterais vous faire part de quelques-unes des préoccupations des initiants.

Vous l'avez constaté, je n'ai pas déposé de proposition visant à l'acceptation de l'initiative, mais j'espère tout de même vous convaincre que les préoccupations des initiants sont sérieuses et que leurs propositions méritent d'être prises en considération.

Je commencerai par une référence: c'est le message du Conseil fédéral du 15 février 2017, dont je vous cite les premiers mots que l'on trouve dans le condensé relatif au contenu de l'initiative: "L'initiative contient des revendications qui sont déjà prises en considération par la politique agricole actuelle, comme le développement d'une agriculture paysanne diversifiée et durable, le soutien des prix des produits indigènes et la protection des terres arables." Ces propos montrent que le Conseil fédéral a fort bien compris les revendications qui sont au centre de l'initiative, mais il faut hélas constater que, contrairement à ce qu'il indique, ces revendications ne sont nullement prises en compte dans la politique agricole actuelle ou que, si elles le sont, les résultats de cette prise en considération montrent que l'on fait actuellement fausse route et qu'une importante réorientation de notre politique agricole est indispensable.

J'en viens aux assertions du Conseil fédéral. Comment peut-on affirmer que la politique agricole actuelle favorise "le développement d'une agriculture paysanne diversifiée et durable"? Ici, il faut citer quelques chiffres: chaque jour, dans notre pays, deux à trois fermes arrêtent définitivement leurs activités. Depuis 1990, notre pays a perdu 40 pour cent de ses fermes et 100 000 emplois dans le domaine de l'agriculture. D'évidence, nous n'avons pas la même notion de ce qu'est "une agriculture paysanne diversifiée et durable".

Comment peut-on affirmer que la politique agricole actuelle est fondée sur "le soutien des prix des produits indigènes"? De tels propos sont une véritable provocation, notamment pour les producteurs de lait de notre pays qui, depuis plusieurs années maintenant, s'épuisent à produire à perte pour voir finalement comme prix de leur travail leur exploitation condamnée, avec les drames humains et sociaux que de telles situations entraînent.

Comment peut-on affirmer que la politique agricole actuelle repose sur "la protection des terres arables" alors que le mitage du territoire progresse, que les surfaces agricoles diminuent de jour en jour et que, finalement, notre pays s'achemine vers la disparition de toute distinction entre ville et campagne, pour ne laisser subsister que quelques grands domaines agricoles fortement mécanisés et quelques exploitations de niche?

Les agriculteurs de notre pays n'ont pas besoin de niche, ils ont besoin d'une autre politique agricole. On n'en prend malheureusement pas le chemin. Et s'il est exact qu'une autre politique agricole serait tout à fait possible avec les dispositions constitutionnelles en vigueur – comme l'ont relevé, à juste titre, Messieurs Isidor Baumann et Konrad Graber –, ce n'est clairement pas dans cette direction que nous allons actuellement. La politique agricole évoquée dans le rapport du 1er novembre 2017 du Conseil fédéral vise à perpétuer et à accentuer une politique destructrice pour le monde agricole, pour nos villages et pour la culture paysanne que nous connaissons.

L'initiative "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" propose un changement de cap, une politique alimentaire qui prenne en compte la santé, la régionalité, le climat, la biodiversité et la responsabilité sociale. Il est question, dans cette initiative, d'une agriculture moins mécanisée et plus adaptée aux conditions géographiques de notre pays, d'une agriculture qui, contrairement à la politique agricole actuelle, verrait augmenter, et non diminuer, le nombre d'actifs dans l'agriculture et la diversité des structures. Cette initiative veut promouvoir une agriculture qui favoriserait des prix équitables pour les producteurs, alors qu'actuellement, les deux tiers du prix payé par les consommateurs bénéficient aux transformateurs et aux distributeurs. Cela implique des circuits courts, "de la fourche à la fourchette", comme on a pu l'entendre lors de la campagne pour la votation sur le nouvel article constitutionnel traitant de la sécurité alimentaire. Il est question, dans cette initiative, de conditions salariales équitables pour les travailleurs agricoles.

Cette initiative veut promouvoir une agriculture produisant des produits sains, sans OGM, avec moins de produits chimiques, ménageant les ressources naturelles et respectueuse des animaux. Cette initiative porte le projet d'une agriculture plus résiliente, diversifiée, adaptée aux changements climatiques et qui développe la biodiversité cultivée de façon à réduire les émissions à l'origine de gaz à effet de serre. Cette initiative permet de mettre en oeuvre, au niveau des dispositions constitutionnelles, le rapport agricole mondial signé par notre pays, la Suisse, en 2008, et qui respecte les sociétés rurales.

Je souhaite encore dire en quelques mots ce que l'initiative ne prévoit pas. Cette initiative ne prévoit pas l'augmentation des paiements directs. Au contraire, elle demande des conditions-cadres pour que les paysans



puissent vivre de leur travail, et ce de manière indépendante, sans avoir besoin de cette forme d'assistance que représentent les paiements directs. Pour reprendre les objections faites par le Conseil fédéral, et qui ont été reprises par le rapporteur, cette initiative ne demande pas de mettre fin aux importations de produits agricoles. Cela n'aurait pas de sens dans un pays comme la Suisse qui dépend pour 50 pour cent environ des importations, soit de produits agricoles, soit de fourrage. On continuera donc, à l'avenir, à importer une bonne partie de notre alimentation, mais avec des exigences de qualité qui bénéficient aussi aux producteurs au-delà de nos frontières.

Permettez-moi une dernière considération à titre de conclusion. Dans notre pays, nous consacrons, en moyenne, 6,3

AB 2018 S 165 / BO 2018 E 165

pour cent de nos revenus à l'alimentation. C'est moitié moins que dans tous les pays qui nous entourent. Alors, je terminerai sur cette question: ne pourrions-nous pas augmenter un peu ce pourcentage en faveur de nos agriculteurs et de la qualité des produits?

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Lassen Sie mich die Diskussion und meinen Beitrag zur Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" ganz kurz in einen grösseren Zusammenhang stellen. Wie bereits erwähnt, bildet der neue Artikel 104a der Bundesverfassung zur Ernährungssicherheit eine sehr gute Grundlage, um Anliegen der Initiative "für Ernährungssouveränität" und auch der Fair-Food-Initiative zu berücksichtigen. So haben wir in der neuen Verfassungsgrundlage in Artikel 104a erstens die Nachhaltigkeit sowohl für die Inlandproduktion wie auch im Zusammenhang mit dem Handel festgeschrieben. Wir haben zweitens die Voraussetzungen für eine standortgerechte Produktion festgehalten. Drittens haben wir die Ausrichtung auf den Markt, und das heisst auch auf die Nachfrage – die lokale Nachfrage ist da ebenso gemeint –, festgehalten. Viertens geht es um den Schutz des Kulturlandes, auch dieser ist in Artikel 104a gesichert. Der fünfte Punkt – last, but not least – ist der Grundsatz, wonach unsere Nahrung mehrheitlich aus dem Inland und, damit unsere Bevölkerung auch ausreichend versorgt ist, ergänzend auch aus dem Ausland stammt; das Sowohl-als-auch ist also noch einmal festgehalten.

Ich bedaure die rund um unsere Agrarpolitik entstandene hektische Situation. Der Bundesrat hat am 9. Juni des letzten Jahres erstmals über die zukünftige Agrarpolitik der Schweiz orientiert. Ganz konkret wurde diese Orientierung dann am 1. November mit der Veröffentlichung der Gesamtschau. Der Bundesrat veröffentlichte einen Bericht in voller Offenheit und Transparenz, um im Bewusstsein der Tatsachen und der wesentlichen Elemente wirklich eine fundierte Diskussion führen und die zukünftige Landwirtschaftspolitik festlegen zu können. Offensichtlich haben wir am 1. November überrascht. Das war nicht die Absicht, ich bedaure das auch. Wir haben Ängste ausgelöst, und diese dürfen jetzt nicht weiter bewirtschaftet werden, sondern sie müssen debattiert und abgebaut werden. Wir müssen uns im Dialog wiederfinden, damit wir nicht Ängste zur Grundlage unserer Politik machen, sondern vor allem Chancen. Das ist das, was die Gesamtschau letztlich will.

Die Gesamtschau wurde übrigens in der Zwischenzeit vom Bundesrat zu Ihren Händen verabschiedet, weil die darauf aufbauende Agrarpolitik 2022 plus bereits in Entwicklung ist. Der Bundesrat wird den Vorschlag des WBF zur Agrarpolitik 2022 plus im Laufe des kommenden Monats zur Kenntnis nehmen und dann darüber befinden, ob er Ihnen diesen Vorschlag für die nächste Etappe unterbreitet oder nicht. Die Gesamtschau musste also sein, sie diente als Grundlage für die kommenden Schritte. Der Zeitpunkt war, anders als mir das unterstellt wurde, nicht zynisch gewählt, sondern war ganz sachlich angesagt, nach dem Turnus, wie diese Politiken aufgebaut werden.

Ein Wort zur Mercosur-Diskussion: Auch das Thema Mercosur wird ja in allen Schattierungen diskutiert. Es ist aktuell, weil die Europäische Union und der Mercosur angeblich schon seit einigen Monaten handelseinig sind. Das erste Mal bekamen wir im Dezember in Buenos Aires anlässlich der WTO-Ministerkonferenz eine sogenannte Bestätigung, dass die Verhandlungen abgeschlossen sind. Es fehlen jetzt offenbar immer noch letzte Verhandlungspunkte. Es dürfte aber nur eine Frage der Zeit sein, von Tagen, vielleicht von Wochen, bis das Ergebnis steht.

Wenn das Ergebnis steht, dann wird für unsere Konkurrenten, die aus Europa nach Südamerika liefern, über Nacht eine Zollreduktion resultieren. Diese Differenz können wir nicht beliebig lange bestehen lassen. Mit anderen Worten: Es ist die bundesrätliche Absicht, möglichst schnell im Efta-Kontext nachziehen und vergleichbare Konditionen herstellen zu können.

Gesamtschau, Agrarpolitik 2022 plus und gleichzeitig Mercosur: Das war zu viel im gleichen Zeitpunkt, was zu Konfusionen geführt hat. Ich bemühe mich sehr mitzuhelfen, die ganze Geschichte aufzulösen und, damit die Agrarpolitik 2022 plus turnus- und planungsgemäss vervollständigt werden kann, rechtzeitig wieder ein





geklärtes, korrektes Verhältnis zwischen den betroffenen Kreisen und der Politik, insbesondere – das ist mir ein Anliegen – der Regierung, zu schaffen.

Dies gesagt, will der Bundesrat mit der künftigen Agrarpolitik eine sinnvolle Weiterentwicklung des Bestehenden; der Landwirtschaft wollen wir die Perspektive geben, die in Artikel 104a beschrieben ist. Es geht insbesondere auch um die Nachhaltigkeit, und zwar in allen drei Dimensionen. Wir zeichnen ein Dreieck und reden von der Marktausrichtung, die wir stärken wollen. Ständerat Hegglin hat vorhin davon gesprochen, Stärken zu stärken; das unterstütze ich selbstverständlich. Dann geht es darum, dass wir die Umwelt besser schützen, und es geht darum, dass wir den Landwirten zusätzliche Handlungsspielräume geben. Wir wollen, dass die Bauernschaft in der nächsten Etappe unternehmerischer unterwegs sein kann. Aber die nächste Etappe ist kein Hüst und Hott, sondern Kontinuität, eine Fortsetzung dessen, was wir mit der Agrarpolitik 2014–2017 und der Agrarpolitik 2018–2021 vorgegeben haben.

Zur Ernährungssouveränität mache ich doch noch ein paar wenige Bemerkungen: Der Inhalt der umfangreichen Initiative wurde von Ihrem Kommissionssprecher vollständig dargestellt. Ich verzichte auf Ergänzungen; sie sind nicht nötig, es ist alles klar.

"Die Landwirtschaft betrifft uns alle" – das ist zwar gut gemeint, aber die Ernährungssouveränitäts-Initiative schießt weit über das Ziel hinaus. Sie enthält einerseits Forderungen, die mit der heutigen Agrarpolitik bereits berücksichtigt sind; dazu gehören die Förderung einer bäuerlichen, vielfältigen, nachhaltigen Landwirtschaft, der Schutz des Kulturlandes, aber auch das Verbot von Exportsubventionen. Andererseits werden Forderungen gestellt, die im Widerspruch zu unserer Landwirtschaftspolitik stehen – das wurde auch bereits angesprochen –, nämlich dass der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft durch staatliche Massnahmen erhöht werden soll. Das kann nicht als zeitgemäss und zukunftsweisend bezeichnet werden.

Die Initiative darf abgelehnt werden, ja muss abgelehnt werden. Wir haben die Grundlagen in der Verfassung bereits mit den Artikeln 104 und 104a und auch mit der Gesamtschau der Agrarpolitik 2022 plus, die folgen wird. Dann bitte ich um sehr viel Verständnis dafür, dass wir auch für die übrigen Wirtschaftsbereiche unsere Politik rechtzeitig richtig machen wollen. Das heisst, man muss die Marktzugänge konkurrenzfähig gestalten können.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle"

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt.

AB 2018 S 166 / BO 2018 E 166





17.023

**Für Ernährungssouveränität.
 Die Landwirtschaft betrifft uns alle.
 Volksinitiative**

**Pour la souveraineté alimentaire.
 L'agriculture nous concerne toutes
 et tous. Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.09.17
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.11.17
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.03.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle"

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.023/16853)

Für Annahme des Entwurfes ... 146 Stimmen

Dagegen ... 23 Stimmen

(24 Enthaltungen)



17.023

**Für Ernährungssouveränität.
 Die Landwirtschaft betrifft uns alle.
 Volksinitiative**

**Pour la souveraineté alimentaire.
 L'agriculture nous concerne toutes
 et tous. Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.09.17
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.11.17
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.03.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle"

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.023/2370)

Für Annahme des Entwurfes ... 37 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

(4 Enthaltungen)

Geschäft / Objet:

17.023-2 Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle. Volksinitiative: Bundesbeschluss über eine Stärkung der lokalen Produktion (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle») (Entwurf der Minderheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vom 13.11.2017)
 Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous. Initiative populaire: Arrêté fédéral relatif au renforcement de la production locale (Contre-projet à l'initiative populaire «Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous») (Projet de la minorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national du 13.11.2017)

Gegenstand / Objet du vote:

Entrer en matière sur le projet 2

Abstimmung vom / Vote du: 15.12.2017 08:13:39

Addor	+	V	VS	Eichenberger	+	RL	AG	Hurter Thomas	+	V	SH	Reimann Lukas	+	V	SG
Aebi Andreas	+	V	BE	Estermann	+	V	LU	Imark	+	V	SO	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias	-	S	BE	Eymann	+	RL	BS	Jans	-	S	BS	Reynard	-	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fässler Daniel	+	C	AI	Jauslin	+	RL	AG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Allemann	-	S	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Kälin	-	G	AG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amadruz	E	V	GE	Feller	+	RL	VD	Keller Peter	+	V	NW	Rime	+	V	FR
Amherd	+	C	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Keller-Inhelder	+	V	SG	Ritter	=	C	SG
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	-	S	BE	Romano	+	C	TI
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Knecht	+	V	AG	Rösti	+	V	BE
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Köppel	0	V	ZH	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Arslan	-	G	BS	Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Ruppen	0	V	VS
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barazzone	+	C	GE	Fridez	-	S	JU	Lohr	E	C	TG	Rytz Regula	-	G	BE
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Lüscher	+	RL	GE	Salzmann	+	V	BE
Bauer	+	RL	NE	Galladé	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Sauter	+	RL	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marchand	+	C	VS	Schelbert	-	G	LU
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Markwalder	+	RL	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	0	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Marti	-	S	ZH	Schmid-Federer	+	C	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schneberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	C	BL
Bourgeois	=	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schwaab	-	S	VD
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brélaz	0	G	VD	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Golay	+	V	GE	Moret	+	RL	VD	Semadeni	-	S	GR
Brunner Toni	0	V	SG	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Siegenthaler	=	BD	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Solberger	+	V	BL
Büchler Jakob	+	C	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Thomas	0	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Bufat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altarmatt	+	C	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	C	FR	Grunder	0	BD	BE	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Streff	=	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Buttet	E	C	VS	Gugger	=	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Campell	+	BD	GR	Guhl	+	BD	AG	Nicolelet	+	V	VD	Tschäppät	0	S	BE
Candinas	+	C	GR	Guldmann	0	S	ZH	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nordmann	0	S	VD	Vitali	+	RL	LU
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Chevalley	+	GL	VD	Hadorn	-	S	SO	Page	+	V	FR	Vogt	+	V	ZH
Chiesa	+	V	TI	Hardegger	-	S	ZH	Pantani	+	V	TI	von Siebenthal	+	V	BE
Clottu	+	V	NE	Häsler	-	G	BE	Pardini	-	S	BE	Walliser	+	V	ZH
de Buman	P	C	FR	Hausammann	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	0	C	ZG	Wasserfallen	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Heim	-	S	SO	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Derder	+	RL	VD	Herzog	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Dettinger	+	V	SZ	Hess Erich	+	V	BE	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Dobler	+	RL	SG	Hess Lorenz	0	BD	BE	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger	+	C	VS	Hiltold	+	RL	GE	Quadri	0	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Egloff	+	V	ZH	Humbel	+	C	AG	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si				62	6	22	32	4	126
- Nein / non / no		11	38						49
= Enth. / abst. / ast.						4	1	1	6
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1		2			3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	5	5	1	1		2	15
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (Ne pas entrer en matière)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Jans (Entrer en matière)

Geschäft / Objet:
 17.023 Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle. Volksinitiative
 Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous. Initiative populaire
Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 16.03.2018 08:26:16

Addor	+	V	VS	Estermann	-	V	LU	Jans	+	S	BS	Reimann Lukas	-	V	SG
Aebi Andreas	+	V	BE	Eymann	+	RL	BS	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Kälin	-	G	AG	Reynard	-	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fehlmann Rielle	=	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Rickli Natalie	+	V	ZH
Allemann	+	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	=	S	AG	Kiener Nellen	E	S	BE	Rime	+	V	FR
Amherd	+	C	VS	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	=	C	SG
Ammann	E	C	SG	Flach	+	GL	AG	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rösti	+	V	BE
Arslan	-	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	+	C	TG	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Fridez	+	S	JU	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	+	V	VS
Barazzone	+	C	GE	Friedl	=	S	SG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barrile	-	S	ZH	Galladé	+	S	ZH	Marchand	+	C	VS	Rytz Regula	-	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti	E	S	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bendahan	+	S	VD	Girod	=	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	+	S	BE	Schmid-Federer	+	C	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	=	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schneider-Schneiter	+	C	BL
Bourgeois	=	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	=	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	=	S	ZH
Brélaz	-	G	VD	Golay	+	V	GE	Moret	+	RL	VD	Semadeni	=	S	GR
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Toni	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Sommeruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	=	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grunder	+	BD	BE	Munz	=	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grüter	+	V	LU	Mürli	+	V	LU	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Naef	=	S	ZH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gugger	E	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	=	V	VD	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tschäppät	+	S	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	=	S	SG	Nordmann	+	S	VD	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Hadorn	=	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Vitali	+	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hardegger	+	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Häsler	0	G	BE	Page	+	V	FR	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	+	S	VD	Hausammann	=	V	TG	Pantani	+	V	TI	von Siebenthal	=	V	BE
de Buman	P	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pardini	-	S	BE	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Heim	0	S	SO	Pezzatti	+	RL	ZG	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Detting	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Piller Carrard	=	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltpold	+	RL	GE	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	=	S	AG
Egger	+	C	VS	Humbel	+	C	AG	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	+	V	ZH	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Imark	+	V	SO	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	C	RL	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		13	61	7	26	32	7	146
- Nein / non / no	10	11	2					23
= Enth. / abst. / ast.	1	16	5		1	1		24
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2			2			4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	1						2
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

17.023-1 Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle. Volksinitiative
 Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»
 Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous. Initiative populaire
 Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne
 toutes et tous»
 Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti. Iniziativa popolare
 Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi
 tutti»

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 16.03.2018 08:28:11

Abate	Fabio	+	TI
Baumann	Isidor	+	UR
Berberat	Didier	=	NE
Bischof	Pirmin	+	SO
Bischofberger	Ivo	+	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Caroni	Andrea	+	AR
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	-	GE
Dittli	Josef	+	UR
Eberle	Roland	+	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fetz	Anita	+	BS
Föhn	Peter	+	SZ
Fournier	Jean-René	+	VS
Français	Olivier	+	VD
Germann	Hannes	+	SH
Graber	Konrad	+	LU
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hêche	Claude	+	JU
Hefti	Thomas	+	GL

Hegglin	Peter	+	ZG
Hösli	Werner	+	GL
Janiak	Claude	+	BL
Jositsch	Daniel	+	ZH
Keller-Sutter	Karin	P	SG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Levrat	Christian	=	FR
Lombardi	Filippo	E	TI
Luginbühl	Werner	+	BE
Maury Pasquier	Liliane	E	GE
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Müller	Philipp	+	AG
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	+	SG
Rieder	Beat	E	VS
Savary	Géraldine	=	VD
Schmid	Martin	+	GR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stöckli	Hans	+	BE
Vonlanthen	Beat	+	FR
Wicki	Hans	+	NW
Zanetti	Roberto	=	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	37
- Nein / non / no	1
= Enth. / abst. / ast.	4
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Annahme des Bundesbeschlusses

Bedeutung Nein / Signification du non:

Ablehnung



Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

vom 16. März 2018

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
nach Prüfung der am 30. März 2016² eingereichten Volksinitiative
«Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 15. Februar 2017³,
beschliesst:*

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 104c⁴ Ernährungssouveränität

¹ Zur Umsetzung der Ernährungssouveränität fördert der Bund eine einheimische bäuerliche Landwirtschaft, die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.

² Er achtet auf eine Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebens- und Futtermitteln und darauf, dass bei deren Produktion die natürlichen Ressourcen geschont werden.

¹ SR 101

² BBl 2016 3725

³ BBl 2017 1611

⁴ Die endgültige Nummer dieses Artikels wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt; dabei stimmt diese die Nummerierung ab auf die anderen geltenden Bestimmungen der Bundesverfassung und nimmt diese im ganzen Text der Initiative vor.

³ Er trifft wirksame Massnahmen mit dem Ziel:

- a. die Erhöhung der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen und die Strukturvielfalt zu fördern;
- b. die Kulturlächen, namentlich die Fruchtfolgeflächen, zu erhalten, und zwar sowohl in Bezug auf ihren Umfang als auch auf ihre Qualität;
- c. den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut zu gewährleisten.

⁴ Er verbietet in der Landwirtschaft den Einsatz genetisch veränderter Organismen sowie von Pflanzen und Tieren, die mithilfe von neuen Technologien entstanden sind, mit denen das Genom auf nicht natürliche Weise verändert oder neu zusammengesetzt wird.

⁵ Er nimmt namentlich folgende Aufgaben wahr:

- a. Er unterstützt die Schaffung bäuerlicher Organisationen, die darauf ausgerichtet sind sicherzustellen, dass das Angebot von Seiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abgestimmt sind.
- b. Er gewährleistet die Transparenz auf dem Markt und wirkt darauf hin, dass in allen Produktionszweigen und -ketten gerechte Preise festgelegt werden.
- c. Er stärkt den direkten Handel zwischen den Bäuerinnen und Bauern und den Konsumentinnen und Konsumenten sowie die regionalen Verarbeitungs-, Lagerungs- und Vermarktungsstrukturen.

⁶ Er richtet ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitsbedingungen der in der Landwirtschaft Angestellten und achtet darauf, dass diese Bedingungen schweizweit einheitlich sind.

⁷ Zum Erhalt und zur Förderung der einheimischen Produktion erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln und reguliert deren Einfuhrmenge.

⁸ Zur Förderung einer Produktion unter sozialen und ökologischen Bedingungen, die den schweizerischen Normen entsprechen, erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, die diesen Normen nicht entsprechen; er kann deren Einfuhr verbieten.

⁹ Er richtet keinerlei Subventionen aus für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Lebensmitteln.

¹⁰ Er stellt die Information über die Bedingungen für die Produktion und die Verarbeitung von einheimischen und von eingeführten Lebensmitteln und die entsprechende Sensibilisierung sicher. Er kann unabhängig von internationalen Normen eigene Qualitätsnormen festlegen.

Art. 197 Ziff. 12⁵

12. Übergangsbestimmung zu Art. 104c (Ernährungssouveränität)

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung die gesetzlichen Bestimmungen, die für die Umsetzung von Artikel 104c erforderlich sind, spätestens zwei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Nationalrat, 16. März 2018

Der Präsident: Dominique de Buman
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 16. März 2018

Die Präsidentin: Karin Keller-Sutter
Die Sekretärin: Martina Buol

⁵ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.



Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous»

du 16 mars 2018

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu l'art. 139, al. 5, de la Constitution¹,
vu l'initiative populaire «Pour la souveraineté alimentaire.
L'agriculture nous concerne toutes et tous» déposée le 30 mars 2016²,
vu le message du Conseil fédéral du 15 février 2017³,
arrête:

Art. 1

¹ L'initiative populaire du 30 mars 2016 «Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous» est valable et sera soumise au vote du peuple et des cantons.

² Elle a la teneur suivante:

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 104c⁴ Souveraineté alimentaire

¹ Afin de mettre en œuvre la souveraineté alimentaire, la Confédération favorise une agriculture paysanne indigène rémunératrice et diversifiée, fournissant des denrées alimentaires saines et répondant aux attentes sociales et écologiques de la population.

¹ RS 101

² FF 2016 3567

³ FF 2017 1475

⁴ Le numéro définitif du présent article sera fixé par la Chancellerie fédérale après le scrutin; celle-ci le déterminera en fonction des autres dispositions en vigueur de la Constitution et procédera à l'adaptation, le cas échéant, dans l'ensemble du texte de l'initiative.

² Elle veille à ce que l'approvisionnement en denrées alimentaires indigènes et en aliments indigènes pour animaux soit prépondérant et que leur production ménage les ressources naturelles.

³ Elle prend des mesures efficaces pour:

- a. favoriser l'augmentation du nombre d'actifs dans l'agriculture et la diversité des structures;
- b. préserver les surfaces cultivables, notamment les surfaces d'assolement, tant en quantité qu'en qualité;
- c. garantir le droit à l'utilisation, à la multiplication, à l'échange et à la commercialisation des semences par les paysans.

⁴ Elle proscriit l'emploi dans l'agriculture des organismes génétiquement modifiés ainsi que des plantes et des animaux issus des nouvelles technologies de modification ou de recombinaison non naturelle du génome.

⁵ Elle assume notamment les tâches suivantes:

- a. elle soutient la création d'organisations paysannes qui visent à assurer l'adéquation entre l'offre des paysans et les besoins de la population;
- b. elle garantit la transparence sur le marché et favorise la détermination de prix équitables dans chaque filière;
- c. elle renforce les échanges commerciaux directs entre paysans et consommateurs ainsi que les structures de transformation, de stockage et de commercialisation régionales.

⁶ Elle porte une attention particulière aux conditions de travail des salariés agricoles et veille à ce qu'elles soient harmonisées au niveau fédéral.

⁷ Pour maintenir et développer la production indigène, elle prélève des droits de douane sur les produits agricoles et les denrées alimentaires importés et en régule les volumes d'importation.

⁸ Pour favoriser une production conforme aux normes sociales et environnementales suisses, elle prélève des droits de douane sur les produits agricoles et les denrées alimentaires importés non conformes à ces normes et peut en interdire l'importation.

⁹ Elle n'accorde aucune subvention à l'exportation de produits agricoles et de denrées alimentaires.

¹⁰ Elle garantit l'information et la sensibilisation sur les conditions de production et de transformation des denrées alimentaires indigènes et importées. Elle peut fixer des normes de qualité indépendamment des normes internationales.

Art. 197, ch. 12⁵

12. Disposition transitoire ad art. 104c (Souveraineté alimentaire)

Le Conseil fédéral soumet les dispositions légales nécessaires à l'exécution de l'art. 104c à l'Assemblée fédérale au plus tard deux ans après l'acceptation de cet article par le peuple et les cantons.

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Conseil national, 16 mars 2018

Le président: Dominique de Buman
Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Conseil des Etats, 16 mars 2018

La présidente: Karin Keller-Sutter
La secrétaire: Martina Buol

⁵ Le numéro définitif de la présente disposition transitoire sera fixé par la Chancellerie fédérale après le scrutin.



Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti»

del 16 marzo 2018

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,

visto l'articolo 139 capoverso 5 della Costituzione federale¹;
esaminata l'iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura
riguarda noi tutti», depositata il 30 marzo 2016²;
visto il messaggio del Consiglio federale del 15 febbraio 2017³,

decreta:

Art. 1

¹ L'iniziativa popolare del 30 marzo 2016 «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura
riguarda noi tutti» è valida ed è sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni.

² L'iniziativa ha il tenore seguente:

La Costituzione federale è modificata come segue:

*Art. 104c*⁴ Sovranità alimentare

¹ Al fine di attuare la sovranità alimentare, la Confederazione promuove un'agricol-
tura contadina indigena, remunerativa e diversificata, che fornisca derrate alimentari
sane e confacenti alle aspettative sociali ed ecologiche della popolazione.

² La Confederazione provvede affinché l'approvvigionamento in derrate alimentari
indigene e in alimenti indigeni per animali sia preponderante e la loro produzione
preservi le risorse naturali.

¹ RS 101

² FF 2016 3293

³ FF 2017 1393

⁴ La numerazione definitiva del presente articolo sarà stabilita dopo la votazione popolare
dalla Cancelleria federale; questa la coordinerà con le altre disposizioni vigenti della Co-
stituzione federale e, se necessario, la adeguerà in tutto il testo dell'iniziativa.

-
- ³ La Confederazione prende provvedimenti efficaci allo scopo di:
- favore l'aumento della popolazione attiva nell'agricoltura e la varietà delle strutture;
 - preservare le superfici coltivabili, segnatamente quelle per l'avvicendamento delle colture, sotto il profilo quantitativo e qualitativo;
 - garantire il diritto dei contadini all'utilizzo, alla moltiplicazione, allo scambio e alla commercializzazione delle sementi.
- ⁴ La Confederazione vieta l'impiego nell'agricoltura di organismi geneticamente modificati, nonché di piante e animali risultanti da nuove tecnologie di modifica o ricombinazione non naturale del genoma.
- ⁵ La Confederazione ha segnatamente i compiti seguenti:
- sostiene la creazione di organizzazioni contadine che mirino ad assicurare l'adeguatezza tra l'offerta dei contadini e i bisogni della popolazione;
 - garantisce la trasparenza del mercato e favorisce la fissazione di prezzi equi in ciascuna filiera;
 - rafforza gli scambi commerciali diretti tra contadini e consumatori, nonché le strutture regionali di trasformazione, di stoccaggio e di commercializzazione.
- ⁶ La Confederazione presta particolare attenzione alle condizioni di lavoro dei salariati agricoli e provvede ad armonizzarle sul piano federale.
- ⁷ Per preservare e sviluppare la produzione indigena, la Confederazione riscuote dazi sull'importazione di prodotti agricoli e derrate alimentari e regola il volume di tali importazioni.
- ⁸ Per favorire una produzione conforme alle norme sociali e ambientali svizzere, la Confederazione riscuote dazi sull'importazione di prodotti agricoli e derrate alimentari non conformi a tali norme e può vietarne l'importazione.
- ⁹ La Confederazione non accorda alcuna sovvenzione all'esportazione di prodotti agricoli e derrate alimentari.
- ¹⁰ La Confederazione assicura l'informazione e la sensibilizzazione sulle condizioni di produzione e di trasformazione delle derrate alimentari indigene e importate. Può stabilire norme di qualità a prescindere dalle norme internazionali.

Art. 197 n. 12⁵

12. Disposizione transitoria dell'articolo 104c (Sovranità alimentare)

Il Consiglio federale sottopone all'Assemblea federale le disposizioni legali necessarie all'esecuzione dell'articolo 104c entro due anni dalla sua accettazione da parte del Popolo e dei Cantoni.

Art. 2

L'Assemblea federale raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Consiglio nazionale, 16 marzo 2018

Il presidente: Dominique de Buman
Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

Consiglio degli Stati, 16 marzo 2018

La presidente: Karin Keller-Sutter
La segretaria: Martina Buol

⁵ Il numero definitivo della presente disposizione transitoria sarà stabilito dalla Cancelleria federale dopo la votazione popolare.

Iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare.
L'agricoltura riguarda noi tutti». DF

FF 2018

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlament



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.



www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

Initiative für Ernährungssouveränität

ARGUMENTARIUM

08. September 2014

1	GRUNDSATZFRAGEN	2
1.1	Weshalb eine Initiative ?	2
1.2	Was will die Initiative ?	2
1.3	Initiativtext	3
1.4	Der Initiativtext im Detail	4
2	WEITERFÜHRENDE ARGUMENTE	8
2.1	Geschichte der Initiative	8
2.2	Ernährungssouveränität, ein Konzept für die Schweiz	10
2.2.1	Die Reformen der Schweizer Agrarpolitik	11
2.2.2	Die sozio-ökonomischen Resultate in den roten Zahlen	11
2.3	Argumente für die Initiative	14
2.3.1	Stärkung der einheimischen Produktion	14
2.3.2	Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft	15
2.3.3	Ein transparenter einträglicher Inlandmarkt	17
2.3.4	Mehr Wertschätzung für die Angestellten in der Landwirtschaft	18
2.3.5	Ein fairer internationaler Markt	18
2.3.6	Ein permanenter Dialog mit der Gesellschaft	19
2.4	Gegenargumente	20

1 Grundsatzfragen

1.1 Weshalb eine Initiative?

Die Initiative will neue Wege für die Agrar- und Ernährungspolitik der Schweiz eröffnen. Ziel ist Zukunftsperspektiven für die aktiv Tätigen in der Landwirtschaft zu schaffen, den Erwartungen der Bevölkerung nach sozial und ökologisch nachhaltigen Lebensmitteln gerecht zu werden, die natürlichen Produktionsgrundlagen zu schützen und für einen fairen internationalen Handel einzustehen. Die Volksinitiative ist ein wichtiges Mittel, um die Bevölkerung an diesen existentiellen Entscheidungen zu beteiligen. Ernährung betrifft uns alle. Bald 20 Jahre nach der letzten Volksabstimmung zur Landwirtschaft braucht es jetzt einen neuen Impuls.

1.2 Was will die Initiative?

Die Initiative will in der Schweiz das Prinzip der Ernährungssouveränität umsetzen. Dazu fordert sie, dass sich der Bund für folgende Ziele einsetzt :

1. Eine vielfältige, bäuerliche und gentech-freie Landwirtschaft, welche die natürlichen Ressourcen, namentlich den Boden und das Saatgut, schützt.
2. Eine Landwirtschaft, die kommenden Generationen eine Zukunft bietet und ihnen den Zugang zu Land garantiert. Eine Landwirtschaft, die dank fairer Preise den Bauern und Bäuerinnen sowie den landwirtschaftlichen Angestellten ein gerechtes Einkommen sichert.
3. Ein Markt mit mehr Transparenz, welcher im Dienste der Bauern und Bäuerinnen, sowie der Konsumenten und Konsumentinnen steht. Es geht um die Stärkung kurzer Kreisläufe und darum eine regionale Produktion zu ermöglichen und zu beleben. So werden in den Regionen Arbeitsplätze erhalten, Transporte beschränkt und eine bessere Rückverfolgbarkeit garantiert.
4. Ein gerechterer internationaler Handel wird ermöglicht durch regulierende Zölle an den Grenzen, durch das Recht sich zu schützen und die Pflicht auf Exportsubventionen zu verzichten.
5. Eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, welche sich an den Erwartungen der Bevölkerung ausrichtet. Die Bevölkerung bestimmt im Respekt gegenüber anderer Regionen souverän über ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik.

1.3 Initiativtext

Eidgenössische Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 104c Ernährungssouveränität

¹ Zur Umsetzung der Ernährungssouveränität fördert der Bund eine einheimische bäuerliche Landwirtschaft, die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.

² Er achtet auf eine Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebens- und Futtermitteln und darauf, dass bei deren Produktion die natürlichen Ressourcen geschont werden.

³ Er trifft wirksame Massnahmen mit dem Ziel:

- a. die Erhöhung der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen und die Strukturvielfalt zu fördern;
- b. die Kulturlächen, namentlich die Fruchtfolgeflächen, zu erhalten, und zwar sowohl in Bezug auf ihren Umfang als auch auf ihre Qualität;
- c. den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut zu gewährleisten.

⁴ Er verbietet in der Landwirtschaft den Einsatz genetisch veränderter Organismen sowie von Pflanzen und Tieren, die mithilfe von neuen Technologien entstanden sind, mit denen das Genom auf nicht natürliche Weise verändert oder neu zusammengesetzt wird.

⁵ Er nimmt namentlich folgende Aufgaben wahr:

- a. Er unterstützt die Schaffung bäuerlicher Organisationen, die darauf ausgerichtet sind sicherzustellen, dass das Angebot von Seiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abgestimmt sind.
- b. Er gewährleistet die Transparenz auf dem Markt und wirkt darauf hin, dass in allen Produktionszweigen und -ketten gerechte Preise festgelegt werden.
- c. Er stärkt den direkten Handel zwischen den Bäuerinnen und Bauern und den Konsumentinnen und Konsumenten sowie die regionalen Verarbeitungs-, Lagerungs- und Vermarktungsstrukturen.

⁶ Er richtet ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitsbedingungen der in der Landwirtschaft Angestellten und achtet darauf, dass diese Bedingungen schweizweit einheitlich sind.

⁷ Zum Erhalt und zur Förderung der einheimischen Produktion erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln und reguliert deren Einfuhrmenge.

⁸ Zur Förderung einer Produktion unter sozialen und ökologischen Bedingungen, die den schweizerischen Normen entsprechen, erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, die diesen Normen nicht entsprechen; er kann deren Einfuhr verbieten.

⁹ Er richtet keinerlei Subventionen aus für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Lebensmitteln.

¹⁰ Er stellt die Information über die Bedingungen für die Produktion und die Verarbeitung von einheimischen und von eingeführten Lebensmitteln und die entsprechende Sensibilisierung sicher. Er kann unabhängig von internationalen Normen eigene Qualitätsnormen festlegen.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 104c (Ernährungssouveränität)

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung die gesetzlichen Bestimmungen, die für die Umsetzung von Artikel 104c erforderlich sind, spätestens zwei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände.

1.4 Der Initiativtext im Detail

Artikel 104c Ernährungssouveränität

¹ Zur Umsetzung der Ernährungssouveränität fördert der Bund eine einheimische bäuerliche Landwirtschaft, die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.

Diese Einleitung setzt den Rahmen für die Initiative.

Die bäuerliche Landwirtschaft steht für die starke Verbindung zum Boden. Sie lebt innerhalb ihres unmittelbaren sozialen und ökonomischen Gefüges. Sie betreibt nachhaltige Landwirtschaft, welche an zukünftige Generationen übertragen werden kann.

Einträglich : Die Initiative stellt die Menschen ins Zentrum des Systems. So will sie der Tatsache Abhilfe schaffen, welche es den heute aktiv Tätigen des Sektors nicht erlaubt, anständig davon zu leben.

Vielfältige : Darunter versteht die Initiative einen Sektor, der allen Betriebsformen einen Platz zugesteht, unabhängig von Grösse oder Rechtsform. Zur Zeit werden kleine Betriebe benachteiligt, auch wenn sie nachhaltig wirtschaften. Neue Formen der Zusammenarbeit sollen ermöglicht werden.

Soziale und ökologische Erwartungen : Ernährungssouveränität ist ein Konzept, welches auf internationaler Ebene entwickelt wurde, sich aber in der lokalen Wirklichkeit den sozio-ökonomischen Gegebenheiten anpasst. In der Schweiz mag die Bevölkerung andere Erwartungen als in Griechenland, Argentinien, Mali oder Indonesien haben. Diese Erwartungen werden im Aufbau eines ständigen Austausch zu Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene ausgearbeitet.

² Er achtet auf eine Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebens- und Futtermitteln und darauf, dass bei deren Produktion die natürlichen Ressourcen geschont werden.

Überwiegend : Unser Selbstversorgungsgrad sinkt ständig, vor Allem, wenn wir auf den Netto-Selbstversorgungsgrad Bezug nehmen (in Anbetracht der ständig steigenden Futtermittelimporte für Tiere). Ohne dabei eine präzise zahlenmässige Vorgabe zu nennen, soll diese inländische Versorgung über 50% liegen.

Futtermittel : Die Schweiz wird immer abhängiger vom Ausland, um ihren Tierbestand zu ernähren. Dies ist sowohl aus ökologischer Sicht sowie auch aus Sicht des Tierwohls unsinnig. Diese pflanzlichen Eiweissproduktionen, wie Soja und Luzerne, oder Stärketräger wie Mais, werden grossflächig in Ländern wie Brasilien, Argentinien oder bald Rumänien produziert. Diese Produktion bedroht dort die bäuerliche Landwirtschaft.

Natürliche Ressourcen : Die Initiative setzt sich für eine optimale inländische Produktion ein, welche den natürlichen Ressourcen Rechnung trägt. Es geht darum, die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und keine Verschmutzung durch unangebrachte Produktionsweisen zu verursachen. Die gewünschte Versorgung soll den geoklimatischen Bedingungen angepasst sein; das heisst, dass die Produktion auf unser Ökosystem Rücksicht nimmt.

³ Er trifft wirksame Massnahmen mit dem Ziel:

Trifft wirksame Massnahmen : Der Bund ist damit aufgefordert, mit Hilfe von unterschiedlichen Mitteln zu handeln, z.B. mit gesetzlichen Änderungen, Zahlungsmassnahmen, Kompetenzübertragungen an Kantone usw. sein.

- a. die Erhöhung der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen und die Strukturvielfalt zu fördern;

Anzahl der tätigen Personen : Die Initiative geht davon aus, dass es eine Erhöhung der Beschäftigten braucht, um die an die Landwirtschaft gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Es braucht ein faires Einkommen für das erste Glied in der Ernährungswirtschaft. Der erwirtschaftete Mehrwert muss gerechter verteilt werden. (siehe weiter unten). Die Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten kann bedeuten, dass es mehr Arbeitsplätze in den bestehenden Betrieben gibt, oder dass dort wo sich die Möglichkeit bietet, neue landwirtschaftliche Strukturen geschaffen werden.

Vielfalt der Produktionsstrukturen: Es handelt sich um Vielfalt in der Grösse, wie in den Rechtsformen.

- b. die Kulturlflächen, namentlich die Fruchtfolgeflächen, zu erhalten, und zwar sowohl in Bezug auf ihren Umfang als auch auf ihre Qualität;

Kulturlflächen: Schliesst sowohl die landwirtschaftliche Nutzfläche, wie auch die Sömmerungsflächen ein. Diese gesamte Kulturlandfläche ist sowohl durch Ausbau der Siedlungsflächen, der Infrastrukturen, sowie durch die Verwaltung bedroht.

Fruchtfolgeflächen, Bodenqualität: Jedem Kanton ist eine Quote sogenannter « Fruchtfolgeflächen » zugeteilt, welche gesetzlich nicht unterschritten werden darf. Die Problematik ist folgende: Verschiedene Kantone haben diese Quote schon unterschritten und versuchen nun deshalb die fehlenden Fruchtfolgeflächen mit qualitativ schlechteren Böden zu kompensieren. Es ist Aufgabe der zuständigen Behörde, diese Flächen und deren Standorte zu schützen und zu garantieren, dass sich deren Qualität nicht verschlechtert.

- c. den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut zu gewährleisten.

Die Schweiz wendet bis anhin eine liberalere Handhabung als Europa betreffend der « bäuerlichen Ausnahme » zu freiem Zugang zu Saatgut an. Aber dieses Recht wird fortwährend durch internationale, bilaterale oder multilaterale Abkommen, wie dasjenige der UPOV, beschnitten und in Frage gestellt. Mit der Initiative soll dieses Recht als unveräusserlich in die Verfassung aufgenommen werden.

⁴ Er verbietet in der Landwirtschaft den Einsatz genetisch veränderter Organismen sowie von Pflanzen und Tieren, die mithilfe von neuen Technologien entstanden sind, mit denen das Genom auf nicht natürliche Weise verändert oder neu zusammengesetzt wird.

Im Jahr 2017 endet das Moratorium über gentechnisch veränderte Organismen. Die Initiative will, dass die schweizerische Landwirtschaft gentechfrei bleibt. Die Gentechnologien bringen der Landwirtschaft keinen Nutzen und haben ihre Unschädlichkeit für Umwelt und Mensch nicht erwiesen. Die Initianten halten die Koexistenz zwischen Gentechkulturen und gentechfreien Kulturen in der Schweiz für unrealistisch. Der Abschnitt « neuer Technologien der Genomveränderung und unnatürlicher Rekombination » schliesst auch verwandte, anders benannte Technologien, welche gleiche Verfahren anwenden, in das Verbot ein.

⁵ Er nimmt namentlich folgende Aufgaben wahr:.

- a. Er unterstützt die Schaffung bäuerlicher Organisationen, die darauf ausgerichtet sind sicherzustellen, dass das Angebot von Seiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abgestimmt sind.

Organisationen: Die Initiative will, dass der Bund den Aufbau von Organisationen fördert, welche das Angebot und die Nachfrage entsprechend abstimmen können. Diese Organisationen können verschiedene rechtliche Formen haben. Es geht darum,

strukturelle Überschüsse zu vermeiden, welche sowohl der einheimischen Landwirtschaft schaden, wie auch im Export oft zu Lasten der Bundesfinanzen als unlautere Konkurrenz benachbarte Landwirtschaften schädigt.

- b. Er gewährleistet die Transparenz auf dem Markt und wirkt darauf hin, dass in allen Produktionszweigen und -ketten gerechte Preise festgelegt werden.

Markttransparenz : Die Initiative fordert, dass der Bund Markttransparenz garantiert. Heute ist diese Transparenz auf Grund verschiedener Faktoren bei Weitem nicht gewährleistet. Wir sind z.B. konfrontiert mit einer Machtkonzentration in Händen einiger weniger Akteure (Grossverteiler und -verarbeiter, Agrokonzerne), welche die Nahrungsmittelproduktion auf verschiedensten Ebenen fest im Griff haben.

Faire Preise in Produktionszweigen und -ketten : Die Initiative, welche im einleitenden Absatz eine kostendeckende Landwirtschaft fordert, schlägt hier vor, dass der Bund die Preisbestimmung in diesem Sinne unterstützt. Es geht dabei nicht um einen Einheitspreis, sondern um die Förderung eines konstruktiven und fairen Dialogs, welcher es in den verschiedenen Sektoren erlaubt, verschiedene Preise zu bestimmen, welche es den aktiv tätigen Personen erlauben, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften. Es ist somit möglich, den verschiedenen Vermarktungsformen (Direktverkauf, mit Zwischenhandel, Grossisten), Produktionsmethoden (konventionell, IP, Bio) und Produkten (Konsummilch, Käseemilch, Fleisch, Wurstwaren, etc) entsprechend angepasste Preise zu bestimmen. Der fortwährende Rückzug des Bundes aus der Steuerung der Agrarmärkte bringt keinen Vorteil. Er fördert die Zerstörung bäuerlicher Produktionsstrukturen, verlagert die Marktmacht und Entscheidungsmöglichkeiten weg von den Höfen zu den Verwaltungsräten der Grosseinkäufer. Mit diesem Absatz fordert die Initiative, dass der Bund ohne selber Preise zu bestimmen, Massnahmen ergreift, um die Bestimmung von Preisen zu fördern, welche den realen Produktionskosten Rechnung tragen.

- c. Er stärkt den direkten Handel zwischen den Bäuerinnen und Bauern und den Konsumentinnen und Konsumenten sowie die regionalen Verarbeitungs-, Lagerungs- und Vermarktungsstrukturen.

Stärkt : Die Initiative will die Nahversorgung sowohl mengenmässig, wie auch qualitativ, fördern. Dazu müssen regionale Verarbeitungs-, Lager- und Vermarktungsstrukturen erhalten, oder wiederaufgebaut werden.

⁶ Er richtet ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitsbedingungen der in der Landwirtschaft Angestellten und achtet darauf, dass diese Bedingungen schweizweit einheitlich sind.

Besondere Augenmerk. : Die Initiative will, dass der Bund die Problematik der landwirtschaftlichen Angestellten ernsthaft aufgreift, da die Branche sich als unfähig erwiesen hat, einen Vertrag auszuarbeiten. Es fehlt ein nationaler Gesamtarbeitsvertrag. Die Nichtbeachtung der landwirtschaftlichen Angestellten spiegelt sich auch im jährlichen neu verfassten Landwirtschaftsbericht, welcher jeweils mehrere hundert Seiten umfasst, der Situation der Angestellten aber gerade mal knapp eine Seite einräumt.

Harmonisierung : In der Schweiz gibt es 26 kantonale Arbeitsverträge. Es gibt einige mit klaren Lohnauflagen, andere verweisen auf die Empfehlungen des Schweizer Bauernverbandes. Die wöchentliche Arbeitszeit variiert von 45 bis 66 Stunden. Dies innerhalb eines einzigen inländischen Marktes. Ein solcher Zustand hat zwei negative Konsequenzen, denen Abhilfe geschaffen werden muss. Einerseits ist eine derartige « Konkurrenz » innerhalb der Schweiz nicht tragbar und andererseits sind solche Arbeitsbedingungen in der Schweiz nicht mehr annehmbar. So will die Initiative im

Absatz 5 sowie im Absatz 4 die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen des Sektors verbessern, da diese zwei Faktoren eng zusammenhängen.

⁷ Zum Erhalt und zur Förderung der einheimischen Produktion erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln und reguliert deren Einfuhrmenge.

Die Initiative will das Recht, die Grenze als Regulierungsinstrument einzusetzen, einfordern. Dieses allgemein anerkannte Recht wurde in den letzten 20 Jahren aufgrund der Freihandelsverträge massiv beschnitten. Um den Fortbestand eines dynamischen Sektors zu erhalten, welcher faire Einkommen ermöglicht und Mensch, Tier und Natur respektvoll begegnet, muss das Rechtsprinzip des Grenzschutzes gegen Dumpingimporte aufrechterhalten werden. Die Schweiz hat ein ökonomisches Umfeld, in welchem der Lebensstandard höher als bei unseren direkten Nachbarn ist. Dies ist auf verschiedene, von der Landwirtschaft unabhängige Gründe zurück zu führen. Auch bei gleichen Produktionsbestimmungen ist ein importiertes Produkt automatisch billiger, als das einheimische (höhere Löhne, billigere Infrastrukturkosten, Skaleneinsparungen...).

⁸ Zur Förderung einer Produktion unter sozialen und ökologischen Bedingungen, die den schweizerischen Normen entsprechen, erhebt er Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, die diesen Normen nicht entsprechen; er kann deren Einfuhr verbieten.

Die Initiative verlangt, dass für Produkte, welche nicht den einheimischen Standards entsprechen Zölle erhoben werden, oder die Einfuhr solcher Produkte verboten werden kann.

⁹ Er richtet keinerlei Subventionen aus für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Lebensmitteln.

Im Gegenzug zum vorhergehendem Absatz fordert die Initiative vom Bund, jegliche Ausrichtung von öffentlichen Exportsubventionen zu unterbinden.

¹⁰ Er stellt die Information über die Bedingungen für die Produktion und die Verarbeitung von einheimischen und von eingeführten Lebensmitteln und die entsprechende Sensibilisierung sicher. Er kann unabhängig von internationalen Normen eigene Qualitätsnormen festlegen.

Information und Aufklärung : Die Initiative will, dass nicht nur Werbekampagnen für lokale Produkte gemacht werden, sondern dass die Bevölkerung umfassend über Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen informiert wird. Dieser Informationsauftrag soll gesamtgesellschaftlich umgesetzt werden. Dazu ist ein permanenter Austausch auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene wünschenswert. Auf Bundesebene könnte zum Beispiel eine Kommission einberufen werden in welcher KonsumentenvertreterInnen, in der Landwirtschaft Tätige, VertreterInnen aus der Nahrungsmittelverarbeitung, Zwischenhändler, RaumplanerInnen etc. vertreten sind. Eventuelle bilaterale oder multilaterale unterzeichnete Verträge dürfen unser Recht, eigene Qualitätsbestimmungen festzusetzen, nicht untergraben. Die Verträge dürfen nicht dazu führen, dass unser Recht auf Transparenz bezüglich dieser Normen beschnitten wird.

2 Weiterführende Argumente

2.1 Geschichte der Initiative

Uniterre ist die Schweizer Bauerngewerkschaft welche seit über 60 Jahren für faire Preise und Löhne in der Ernährungswirtschaft kämpft. Als solche setzt sie sich für eine dynamische Landwirtschaft ein, welche den sozialen, ökologischen Erwartungen der Bevölkerung bezüglich der Nahrungsmittelproduktion entspricht und den neuen Generationen eine Zukunftsperspektive gibt. Wir fördern die Solidarität zwischen den Bäuerinnen und Bauern auf internationaler Ebene. Deshalb sind wir seit den 80er Jahren Mitglied der Europäischen Bauern Koordination, welche im Jahre 1993 als eine der Gründerorganisationen der internationalen Bauernbewegung La Via Campesina auftritt.

Die Via Campesina wurde in den Jahren gegründet als das Freihandelsdogma dominierte, die Welthandelsorganisation (WTO) ins Leben gerufen und in deren Fahrwasser zahlreiche bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen wurden. Die Bauernbewegung hat sich resolut gegen diese grenzenlose Liberalisierung, welche einen grundsätzlichen Angriff auf die bäuerliche Landwirtschaft darstellt, gestellt. Im Jahre 1996 hat sie während eines Gipfeltreffens der FAO (Welternährungsorganisation) das Konzept der Ernährungssouveränität vorgestellt. Heute repräsentiert die Via Campesina über 160 Bauern- und Bäuerinnenorganisationen aus 70 Ländern mit mehr als 200 Millionen Mitgliedern. Gemeinsam stehen sie für das Recht auf Ernährungssouveränität ein.

Ernährungssouveränität ist das Recht jeder Bevölkerung ihre eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu bestimmen, ohne dass diese auf Kosten einer anderen Region betrieben wird. Dieses Konzept wird vermehrt als glaubwürdige Antwort auf die verschiedenen sich folgenden Krisen (Hungerkrise, Klima, Energie, Wirtschaft) angesehen. Das Konzept stellt den Menschen ins Zentrum der Ernährungssysteme, als BäuerIn, LandarbeiterInnen, ArbeiterInnen der Verarbeitungs- und Verteilungsindustrie, und als KonsumentInnen. Es braucht lokale, gesunde und nachhaltige Ernährungskreisläufe, transparente Marktordnungen, einen gerechter Zugang zu Produktionsressourcen und eine volle Verantwortlichkeit auf internationaler Ebene. Das anfänglich von Via Campesina entwickelte Konzept wurde von anderen bäuerlichen-, Menschenrechts und Umweltschutzorganisationen übernommen. Das

Konzept wurde auch neuen globalen Entwicklungen wie dem Klimawandel angepasst. Weiter unten werden zwei Definitionen präsentiert. Die Erste ist die ursprüngliche, die Zweite wurde 10 Jahre später anlässlich eines internationalen Forums verabschiedet.

Ernährungs-Souveränität bezeichnet das Recht der Bevölkerung, eines Landes oder einer Union, die Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik selbst zu bestimmen, ohne Preis-Dumping gegenüber anderen Ländern. Ernährungs-Souveränität bedeutet:

- die lokale, landwirtschaftliche Produktion zu begünstigen und so die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen.
- der Zugang für Bauern, Bäuerinnen und Landlose zu Land, Wasser, Saatgut und Krediten. Notwendig werden dadurch Agrarreformen, der Kampf gegen GVO (Gentechnisch Veränderte Organismen).
- der freie Zugang zu Saatgut und die Bewahrung des Wassers als öffentliches Gut.
- das Recht von Bauern und Bäuerinnen Lebensmittel zu erzeugen, das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher darüber zu entscheiden, was sie konsumieren und wer es wie produziert.
- das Recht der Staaten, sich vor billigen Landwirtschafts- und Nahrungsmittel-Importen zu schützen. Bindung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse an die Produktionskosten: Den Staaten oder Unionen (wie EU oder USA) muss das Recht zustehen, Billigimporte zu besteuern. Sie dürfen die bäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft begünstigen und die Produktion im Inland begrenzen, um Überschüsse zu vermeiden.
- Mitbestimmung der Bevölkerung über die Art der Landwirtschaftspolitik.
- Anerkennung der Rechte von Bäuerinnen, da sie eine wichtige Rolle in der Landwirtschaft und der Ernährung spielen. . (Definition der Via Campesina, 1996)

Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne. Sie verteidigt das Wohlergehen kommender Generationen und bezieht sie ein in unser vorsorgendes Denken. Sie ist eine Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, die in den Händen multinationaler Konzerne liegen. Die Produzierenden sollen in ihren Dörfern und Ländern ihre Formen der Ernährung, Landwirtschaft, Vieh- und Fischzucht selbst bestimmen können. (...) Sie garantiert, dass die Nutzungsrechte auf Land, auf Wälder, Wasser, Saatgut, Vieh und Biodiversität in den Händen jener liegen, die das Essen erzeugen. Ernährungssouveränität bildet und stützt neue soziale Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen. (Erklärung von Nyéléni, -World Forum for Food Sovereignty, 2007)

Seit Mitte der neunziger Jahre führt Uniterre als Mitglied von Via Campesina, die Debatte um die Ernährungssouveränität in der Schweiz. Unablässig wurden die Bevölkerung, Vereine, Entwicklungs-NGO's, KonsumentInnen und politische Parteien

über diese Thema informiert. Diese Arbeit schlägt sich seit dem Jahre 2001 auf legislativer Ebene in verschiedenen kantonalen Gesetzen (Genf, Neuenburg und Waadt), welche sich auf das Konzept beziehen, nieder. Im Jahr 2011 hat Uniterre die Plattform Ernährungssouveränität ins Leben gerufen mit dem Ziel „Mindestkriterien“ der Ernährungssouveränität festzulegen. Ziel war dabei im Speziellen auch die in der Schweiz drohende Verwässerung des Begriffs zu bremsen. Die Plattform hat ein Dokument erarbeitet welches 20 Kriterien in 5 Gruppen festlegt. Dieses Dokument wurde im Herbst 2011 von 19 bäuerlichen-, Konsumenten-, Entwicklungs- sowie Umweltschutzorganisationen unterzeichnet.

Auf internationaler Ebene fordert Via Campesina die bäuerlichen und verbündeten Organisationen auf, konkrete Projekte zur Umsetzung der Ernährungssouveränität zu entwickeln und ernährungsrelevante Gesetzgebungen im Sinne einer Ausrichtung auf den Aufbau von Ernährungssouveränität zu beeinflussen. Immer wieder hat Via Campesina darauf hingewiesen dass die Umsetzung einer globale Politik der Ernährungssouveränität aus den nationalen Entwicklungen herbeigeführt wird. Solange die industrialisierten Länder das Konzept der Ernährungssouveränität nicht umsetzen, werden die Entwicklungsländer an der Ausübung ihrer Rechte gehindert.

2.2 Ernährungssouveränität, ein Konzept für die Schweiz

Nicht selten wird das Konzept der Ernährungssouveränität als Entwicklungsprojekt der Bauern und Bäuerinnen des Südens für die Bäuerinnen und Bauern des Südens verstanden. Das ist nicht korrekt. Dieses Konzept wurde von Bäuerinnen- und Bauernorganisationen aus allen Kontinenten entwickelt. Es vermittelt, dass es nicht um einen Konflikt unter Bäuerinnen und Bauern geht, sondern vielmehr um den Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen Landwirtschaftssystemen; Ein Landwirtschaftssystem, das sich an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung orientiert und das andere Modell, das im Wesentlichen für den Export produziert.

Die bäuerliche Landwirtschaft in der Schweiz ist Opfer einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, genauso wie Argentinien, Indonesien oder Mali. Einer Politik der letzten 20 Jahre, welche einzig auf die Deregulierung der Märkte, die Globalisierung und Konzentration des kommerziellen Handels und auf die Hatz nach dem billigsten Preis abzielt.

2.2.1 Die Reformen der Schweizer Agrarpolitik

Die Schweizerische Landwirtschaft erlebt seit Anfang der 90-iger Jahre einen steten Rhythmus von Reformen. Alle 4 Jahre erfährt das Landwirtschaftsgesetz, mit seinen 20 Verordnungen, viele Änderungen mit mehr oder weniger grosser Bedeutung. Gleichzeitig wird jeweils im Parlament über den landwirtschaftlichen Rahmenkredit abgestimmt. Die allgemeine Orientierung der Reformen ist seit 1996 durch eine Volksabstimmung mit der Einführung des Landwirtschaftsartikels in der Verfassung vorgeben.

In einer ersten Etappe wurden die Produktpreisstützungen, (Subventionen des Bundes, um die Agrarproduktepreise für die Bevölkerung tief zu halten und das Einkommen der Bauern und Bäuerinnen zu sichern), von den Einkommen getrennt. Der Bund zog sich nach und nach zurück, damit der Markt sich sogenannt "frei" gestalten konnte. Gleichzeitig wurden Direktzahlungen (nicht mehr Subventionen genannt) eingeführt, die an Dienstleistungen der Bauernfamilien für die Gesellschaft gebunden wurden. In einer zweiten Etappe, wurden diese Zahlungen an ökologische und ethologische Leistungen geknüpft. In einer dritten Etappe hat der Bund die Milchkontingente aufgehoben und die Öffnung der Märkte vorangetrieben, in dem der Schutz an der Grenze reduziert wurde.

Auf Grund der blockierten Verhandlungen in der Welthandelsorganisation hat die Schweiz zahlreiche neue bilaterale Freihandelsabkommen unterzeichnet. Die vierte Etappe der Anpassungen des Direktzahlungssystems trat im Januar 2014 in Kraft und kommt einer Generalüberholung des Systems gleich. Ziel dabei ist es u.a., für jede Leistung eine spezifische Zahlung einzuführen, um das System für die SteuerzahlerInnen lesbarer zu machen. In dieser 4. Etappe wird auch der Wille zu weiteren Liberalisierungsschritten im Agrarsektor bestätigt.

2.2.2 Die sozio-ökonomischen Resultate in den roten Zahlen

Die Folgen dieser "Reformen" sind extrem besorgniserregend. Während sich heilsame Fortschritte in ökologischen und ethologischen (Verbesserungen im Bereich der Nutztierhaltung) Bereichen abzeichnen, gingen die sozialen und ökonomischen Belange völlig unter. Seit 1990 sind 45% aller Betriebe verschwunden. Die Anzahl der

in der Landwirtschaft aktiven Personen hat sich seither von 253'500 auf 162'000 (2012) verringert. Die Milchliefermengen pro Betrieb und Jahr haben sich per Faktor 2,5 vervielfacht, von 58'000 kg pro Betrieb im Jahr 1990 auf etwa 140'000 kg pro Betrieb im Jahr 2012. Die Anzahl der Höfe zwischen 0 und 25 ha nimmt stetig ab, während sich die Zahl derer zwischen 25 ha und 50 ha dem entsprechend erhöht. Die Anzahl der Betriebe mit mehr als 50 ha hat sich verdreifacht.

Es wird offensichtlich, dass die Produktion sich dort konzentriert; Dort wo der Bewirtschaftungszugang einfach ist, scharen sich die Käufer, während die Randzonen mehr und mehr für landschaftspflegerischen Aktivitäten genutzt werden. Kurzum, eine Einteilung der Landwirtschaft, die den zukünftigen Herausforderungen nicht gewachsen sein wird. Während die an die Landwirte ausbezahlten Preise um 31% gesunken sind, sind die Verbraucherpreise um 12% gestiegen. Wie man unschwer erkennt, profitieren die Zwischenhändler und Verarbeiter von der Deregulierung der Märkte. Die Folge davon ist, dass ein landwirtschaftlicher Betrieb keine korrekten Löhne ausbezahlen kann, weder an die betriebseigene Angestellte, noch an deren Angestellte.

Die kritische Schwelle der Anzahl in der Landwirtschaft Tätigen ist weitgehend erreicht. Aus Mangel an finanziellen Mitteln trennen sich viele Bauern von ihren Angestellten, während das Arbeitsaufkommen gleich gross bleibt. Ein tödlicher Kreislauf beginnt mit der Isolation in der Arbeit, ohne Aussicht auf finanzielle Besserstellung und mit zuwenig Abstand und Zeit, um die eigene Situation und der Gesamtsituation zu reflektieren. Viele Bauern und Bäuerinnen brennen innerlich aus, denn sie sehen keine Chancen auf Veränderung. In der Schweizer Landwirtschaft ist Selbstmord noch ein Tabuthema, aber es wird uns in Zukunft beschäftigen.

Zum Beispiel wurde in Frankreich, während der Milchkrise in den Jahren 2007 bis 2009, an jedem 2.Tag der Selbstmord eines Bauers verzeichnet. Dazu kommt, dass jeder gezwungen wird, eine individuelle Lösung zu finden, mehr oder weniger glücklich. Das bringt einen Verlust auf die Sicht nach kollektiven Fragestellungen und der Wichtigkeit, Lösungen für die gesamte Landwirtschaft zu entwickeln. Durch die Individualisierung und Isolierung auf den Höfen wird die Findung von kollektiven Verbesserungsansätzen erheblich erschwert.

Die lokalen Strukturen, wie Mühlen, Käsereien, Metzgereien, Sägereien, Dorfläden etc., haben ebenfalls unter dieser Erosion gelitten. Eine enorme Konzentration im landwirtschaftlichen Sektor hat stattgefunden. Die industrielle Milchwirtschaft ist Beweis dafür: Es gibt noch 4 nationale Verarbeiter und zwei Grossverteiler, die insgesamt mehr als 80% des Marktes beherrschen. 25'000 Milchbetriebe, welche drastische Preiseinbussen (-25%) hinnehmen mussten, stehen einigen wenigen marktmächtigen "Playern" gegenüber.

Einige Bäuerinnen und Bauern haben sich für die Direktvermarktung entschieden, um den direkten Kontakt zu den KundInnen aufzubauen, was auch eine genaue Transparenz über die Nahrungsmittel und deren Entstehung erlaubt. Diese Projekte werden immer wieder mit Schwierigkeiten konfrontiert, weil die Weiterverarbeitung schwierig ist, da es immer weniger lokale Ölpresen, Mühlen, Weinpressen, Schlachthöfe und Dorfmerkereien gibt. Um die Rückverfolgbarkeit und die lokale Produktion zu fördern, müssen wir diese lokalen Strukturen wieder beleben. In manchen Kantonen war dies möglich, oder ist auf einem guten Weg, in anderen sind nicht, sei es weil die Finanzen fehlen oder der Willen zur Umsetzung nicht vorhanden ist.

Diese Entwicklung in der Schweiz entspricht der internationalen Situation. Die Globalisierung und die Liberalisierung der Agrar- und Lebensmittelmärkte haben weder der Bevölkerung noch den Bäuerinnen und Bauern irgendeinen Nutzen gebracht. Wir waren lediglich Zeuge davon, dass einige wenige 100 transnationale Weltkonzerne ihre Machtkonzentration kontinuierlich weiterführen konnten. Dementgegen zeigen Studien der FAO, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft mit einem Viertel des landwirtschaftlichen Kulturlandes, weltweit 70% der Nahrung herstellen.

Auf Grund der oben beschriebenen prekären Situation in der Landwirtschaft, hier und weltweit, ist es zwingend notwendig, den aktuellen Landwirtschaftsartikel 104 der Verfassung mit einem Artikel 104c über die Ernährungssouveränität zu ergänzen.

2.3 Argumente für die Initiative

Die Initiative wird der Diskussion über eine nachhaltige Ernährungspolitik neuen Schwung verleihen. Dies durch unterschiedliche Vorschläge und Forderungen: Angefangen mit einer besseren Markttransparenz, über gerechtere Verteilung der Wertschöpfung in der gesamten Handelskette, einer intelligente Mengensteuerung, einem Schutz vor Billigimporten und einer Sensibilisierung der Bevölkerung. Die bäuerliche Landwirtschaft ist mit dem Boden und der Region verwurzelt und berücksichtigt deshalb das jeweilige ökologische, soziale und wirtschaftliche Gefüge. Deshalb fördert die Initiative den regionalen Handel: Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, indem die Wertschöpfung in den Regionen gehalten wird, die Rückverfolgbarkeit verbessert wird und die Transporte reduziert werden. Und vergessen wir nicht, dass 10% aller Arbeitsplätze in der Schweiz mit der Lebensmittelbranche verbunden sind.

2.3.1 Stärkung der einheimischen Produktion

Die primäre Aufgabe der Landwirtschaft ist die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln. Dies unter Berücksichtigung der verfügbaren natürlichen Ressourcen im Land und im Einklang mit den Erwartungen der Bevölkerung. In einigen Sektoren, wie bei der Milch oder beim Fleisch, deckt die Schweizer Produktion den Bedarf, während wir in anderen Bereichen, z.B. bei Früchten, Geflügel oder Gemüse, stark von Importen abhängig sind.

Ernährungssouveränität will nicht einen Selbstversorgungsgrad von 100% erreichen, aber sie hat zum Ziel die Möglichkeiten unserer Landwirtschaft nachhaltig und verantwortungsvoll zu nutzen. Deshalb ist es wichtig eine vielfältige Bewirtschaftung zu erhalten. Eine hochspezialisierte Produktion in Monokulturen mit hoher Wertschöpfung in der industriellen Verarbeitung führt dazu, dass wir schlussendlich andere Grundnahrungsmittel, die wir ohne weiteres hier produzieren könnten, importieren müssen.

Die Ernährungssouveränität gibt der lokalen Produktion den Vorrang, um damit eine starke lokale Wirtschaft zu erhalten, um Transporte zu reduzieren und die Rückverfolgbarkeit zu verbessern. So ist es entscheidend, dass die „Qualitätsstrategie“, die für die Schweiz entwickelt wurde, nicht zu einem Instrument

zur Exportförderung von hochverarbeiteten Luxuswaren missbraucht wird, sondern sich dem Konzept der Ernährungssouveränität anschliesst.

Um ein Beispiel zu geben. Es ergibt keinen Sinn, dass wir Gruyère oder Tilsiter produzieren und diesen Käse hier und im europäischen Ausland verkaufen, und andererseits Trink-Milch aus Polen oder Rumänien importieren müssen, weil diese nicht als „edel“ genug anerkannt wird, oder nicht als Qualitätsprodukt klassiert wird und aus diesem Grund dann nicht mehr lokal produziert wird. Wir müssen anerkennen, dass Nahrungsmittel Güter sind, welche nicht mit anderen Waren, wie Maschinen oder Präzisions- Werkzeuge, zu vergleichen sind.

Die Schweiz wird bei den Futtermitteln immer abhängiger von Importen aus dem Ausland. Das ist ein ökologischer und ethischer Unsinn. Eiweisspflanzen wie Soja, Luzerne oder Energiepflanzen wie z.B. Mais, werden hauptsächlich in Ländern wie Brasilien, Argentinien oder Rumänien in grossem Stil angebaut. Dieser industrielle Anbau verdrängt dort die bäuerliche Landwirtschaft. Dies führt dazu, dass wir vermehrt auf Kosten unserer KollegInnen in anderen Regionen leben und wir tragen so dazu bei, dass dem Landgrabbing dort Vorschub geleistet wird.

Allerdings existiert in der Schweiz die Kapazität Futtermittel, auch Eiweisspflanzen, selbst anzubauen. Auch hier geht es nicht darum den Selbstversorgungsgrad auf 100% zu steigern, sondern darum zu verhindern, dass er unter die Marke von 50% sinkt. Mit geeigneten Massnahmen könnte der lokale Anbau gesteigert werden. Zum Beispiel mit einer Mischung aus Direktzahlungs- und Grenzschutzmassnahmen, Förderung der Züchter und Landwirte und deren Infrastruktur, durch eine interne Finanzierung aus z.B. Zolleinnahmen, und einer Agrar-Forschung, die der einheimischen Landwirtschaft dient.

2.3.2 Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft

Die Initiative möchte eine bäuerliche Landwirtschaft stärken, welche es allen in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen erlaubt, mit ihrer Arbeit ein langfristig existenzsicherndes Einkommen zu erzielen. Eine lebenswerte Landwirtschaft ist nur mit aktiven Menschen möglich, die ihr Wissen einbringen. Deshalb ist es das Ziel der Initiative, die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen zu erhöhen. Damit sind Bäuerinnen und Bauern aber auch die Angestellten gemeint. Nur so kann eine bäuerliche

Landwirtschaft mit unterschiedlichen Strukturen und Betriebskonzepten erhalten bleiben.

Die Gesetzgebung sollte keine Art von Betriebstyp, z.B. aufgrund seiner Grösse, diskriminieren. Die heutige Anzahl der Betriebe soll erhalten bleiben und der von der Regierung forcierte Strukturwandel muss gestoppt werden. In unseren Nachbarländern sehen sich die Bauern und Bäuerinnen vermehrt damit konfrontiert, dass es unmöglich ist, Höfe an nächste Generationen weiterzugeben. Für HofnachfolgerInnen sind die Übernahmekosten auf Grund der Grösse und des Marktwertes der Betriebe nicht aufzubringen. In der Schweiz bestätigt sich leider dieser Trend.

In jeder Minute verlieren wir in der Schweiz 1m^2 landwirtschaftlichen Boden. Der Boden wird überbaut oder in unzugänglicheren Lagen verschwindet er durch Verwaldung. Diese Vorgänge sind was die Überbauungen betrifft meist irreversibel. Die Fruchtfolgeflächen, eine Unterkategorie der Landwirtschaftsflächen, werden speziell geschützt. Jeder Kanton wird angehalten eine Quote solcher Fruchtfolgeflächen zu halten. Aber diese Quoten werden in vielen Kantonen nicht eingehalten. Dies sollte Grund genug sein für einen erhöhten Schutz und einer garantierten Inventarisierung von Fruchtfolgeflächen und Bodenqualität.

Samen sind die Quelle des Lebens. Aber seit einem halben Jahrhundert erleben wir einen drastischen Abbau der Artenvielfalt. Heute sind die weltweit kultivierten Samensorten extrem begrenzt. Viele Sorten sind in fester Hand von grossen Agromultis und diese Sorten werden überall auf der Welt angebaut. Diese Praxis birgt viele Gefahren, z.B. weil Krankheiten dann gesamte Ernten vernichten könnten. Erhaltung, Vermehrung und Austausch von bäuerlichem Saatgut ist eine traditionelle Praxis, welche eine natürliche Biodiversität garantiert. Dieses unabdingbare Recht sollten wir uns nicht durch Handelsabkommen, welche die Interessen der Saatgutunternehmen schützen und die Bäuerinnen und Bauern benachteiligen, nicht einschränken lassen. Es ist notwendig dieses Anrecht auf Wahlfreiheit bezüglich des bäuerlichen Saatguts zu verteidigen und zu garantieren.

Gentechnisch veränderte Organismen sind in der Schweiz seit Jahren dank eines Moratoriums, welches im Jahr 2017 ausläuft, nicht erlaubt. Die Schweizer

Landwirtschaft hat unter diesem Moratorium nicht gelitten. Im Gegenteil, damit hat sie auf die Befürchtungen vieler KonsumentInnen reagiert. GVO-Saatgut, welches in der Landwirtschaft angewendet wird, ist auf Gefahren in längere Zeiträume hin nicht untersucht. Zudem gibt es für niemanden einen erkenntlichen realen Zusatznutzen, ausser für die Saatgut- und Agrochemieunternehmen, die mit dem GVO-Saatgut gleichzeitig im grossen Stil ihre Herbizid-Cocktails verkaufen können. Heute werden in Ländern mit hohem GVO-Saatgutbau immer mehr Schäden bekannt, da die Felder mit resistenten Superunkräutern kontaminiert sind und sich das GVO-Saatgut unkontrolliert verbreitet.

2.3.3 Ein transparenter einträglicher Inlandmarkt

Die Initiative zielt darauf ab einen transparenten einheimischen Markt zu fördern. In der Schweiz wird der Markt von einigen wenigen Playern dominiert. Diese Marktkonzentration ist die höchste in Europa. Wir befinden uns in der Situation, dass 2 grosse Ketten 80% des Marktes beherrschen. Damit ergibt sich eine sehr undurchsichtige Dominanz über die Preisbildung, zum Nachteil der ProduzentInnen und KonsumentInnen.

In gewissen Produktionssektoren, wie bei der Milch, haben die Verarbeiter ein erhebliches Gewicht. Im Moment ist es für die Bäuerinnen und Bauern nicht möglich die eigenen Mengen zu regulieren, da die existierenden Verträge es nicht erlauben eine gewisse Menge (z.B. Milch, die für den Export bestimmt ist) nicht zu produzieren. Deshalb muss mit Unterstützung des Bundes eine Mengensteuerung in Produzentenhand möglich gemacht werden. Hierfür ist es als erstes nötig, Transparenz über die Mengen (wie viel braucht der Inlandmarkt, wie viel der Export etc.) herzustellen.

Die Initiative fordert, dass der Bund Massnahmen ergreift, die es einem Sektor ermöglicht, faire Preise in der gesamten Kette einzuführen. Hier geht es nicht um die Festlegung von Einheitspreisen, sondern darum, den Branchen zu ermöglichen, Preise zu bestimmen, die die Kosten decken. Schliesslich wird der Bund aufgefordert, sich für den regionalen Handel einzusetzen, vom Acker bis zum Teller. Gemeint ist die

Förderung und der Aufbau regionaler Strukturen: Für den Anbau, für die Verarbeitung und die Vermarktung.

2.3.4 Mehr Wertschätzung für die Angestellten in der Landwirtschaft

Die Schweizer Landwirtschaft wird auch durch die Arbeit von ausserfamiliären Angestellten getragen. Diese Angestellten haben häufig schlechte Arbeitsbedingungen. Leider waren die Bemühungen, um eine Branchenlösungen zu finden, bis heute ergebnislos. Jeder Kanton hat seine eigenen Verträge, völlig unterschiedlich bezüglich der Löhne sowie der Wochen-Arbeitszeit.

Ernährungssouveränität fordert eine einträgliche Landwirtschaft, die es erlaubt, die sozialen und ökonomischen Bedingungen für die Bauern und Bäuerinnen, sowie für deren Angestellte, verbessern.

2.3.5 Ein fairer internationaler Markt

Wir wollen nicht weiterhin ignorieren, dass die Produktionskosten und die Standards in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sind, auch was unsere angrenzenden Nachbarländer angeht. Schenkt man diesen Unterschieden Beachtung wird schnell klar, dass das Kostenumfeld in der Schweiz viel höher ist als bei unseren Nachbarn. Aktuell wird an Variablen geschraubt, welche die sozialen Bedingungen verschlechtern oder Konsequenzen für die Umwelt haben. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir die wahren Kosten unter die Lupe nehmen. Die Produktion von einem Liter Milch in der Schweiz bedingt höhere Kosten im Vorfeld: Höhere Architektenlöhne und damit höhere Baukosten, Kontrollen, Umweltschutzmassnahmen, höhere Lohnkosten der Angestellten, teurere Veterinäre ...etc. Eine Option, welche sehr einfach umzusetzen ist, ist die Grenze als regulatives Mittel (z.B. durch Erhebung von Zöllen) einzusetzen.

Im Gegenzug zu einem gewissen Schutz an der Grenze ist es nötig, sich für die Abschaffung aller Exportsubventionen einzusetzen, weil Märkte in anderen Ländern durch diese „unterpreisigen“ subventionierten Waren destabilisiert und geschädigt werden.

2.3.6 Ein permanenter Dialog mit der Gesellschaft

Heute werden die Fragen bezüglich Landwirtschaft und Ernährung nicht ausreichend in die Gesellschaft getragen. Deshalb wäre es wünschenswert diesem Dialog genügend Raum zu verschaffen, um Informationen auszutauschen und um politische und demokratische Formen einzuführen, die den gesellschaftlichen Anliegen Rechnung tragen. Dieser Dialog sollte sich abheben von Marketing-Kampagnen und reiner Produktpromotion. Lokale Landwirtschaft wird getragen durch Bäuerinnen und Bauern, durch ArbeiterInnen und Angestellte, die sich gemeinsam für den einheimischen Markt einsetzen. Deshalb geht es um mehr als nur um Qualität, sondern es geht um den ganzen Prozess und alle Beteiligten, also auch um uns Menschen.

2.4 Gegenargumente

Die Ernährungssouveränitätsinitiative ist eine zu viel!

Nein, denn die Initiative von Uniterre ist ausgereift und umfassend, sie greift die Anliegen der anderen Initiativen auf und geht darüber hinaus. Sie ist so formuliert, dass der Interpretationsspielraum für das Parlament relativ klein ist. Und sie wäre, wenn sie vom Volk angenommen würde, sofort umsetzbar. Die Tatsache, dass mehrere Initiativen zum Thema Ernährung eingebracht werden, ist nicht negativ. Es zeigt auf wie wichtig eine Kursänderung und die Debatte darüber für die Bevölkerung ist.

Diese Initiative verstösst gegen internationales Recht

Wir müssen unbedingt unterscheiden zwischen dem zwingend notwendigen internationalen Recht (Menschenrecht, Rechte der Kinder, Recht auf Nahrung etc.) und dem Handelsrecht. Die Handelsabkommen sind Verträge zwischen 2 oder mehreren Ländern. Das Handelsrecht ist verhandelbar, die Menschenrechte nicht. Das Handelsrecht muss deshalb dem Menschenrecht und im speziellen dem **Recht auf Nahrung** unterstellt werden.

Diese Initiative will einen Einheitspreis, der von den Bauern festgelegt wird.

Nein, die Initiative ruft einzig den Bundesrat dazu auf, die Festlegung von fairen Preisen innerhalb einer Branche zu fördern. So können die Preise sehr unterschiedlich ausfallen, da den Standorten, der Produktionsart und der Vermarktung Rechnung getragen wird. Die AutorInnen der Initiative wollen, dass sich der Bund dafür einsetzt, dass gerechte Preise für alle Beteiligten innerhalb einer Branche möglich werden. Eine Grundvoraussetzung dafür ist Markttransparenz, welche bis heute nicht geschaffen wurde.

Diese Initiative fördert eine Planwirtschaft über eine Angebotsverwaltung

Die Initiative geht davon aus, dass seit der Öffnung und der Liberalisierung der Agrarmärkte sich ein grosses Ungleichgewicht ergeben hat. Die Milch ist dafür ein bezeichnendes Beispiel. Die produzierten Mengen übersteigen die reelle Nachfrage bei weitem. Die Industrie hat also bewusst mit ihrer Nachfrage nach mehr Milch enorme Überschüsse provoziert. Das hat katastrophale Auswirkungen auf die Produzentenpreise. Wir gehen davon aus, dass nur mit einer Mengenregulierung in

Produzentenhand Angebot und Nachfrage vernünftig angepasst werden können und hier soll der Bund unterstützend wirken. Damit werden Überschüsse (wie z.B. Butterberge, die verbilligt auf dem Weltmarkt abgesetzt werden) vermieden und man kann den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung näherkommen. Die Landwirtschaft aber ist von den natürlichen Kreisläufen und Jahreszeiten abhängig, deshalb gibt es keine Präzisionsproduktion. Ernährungssouveränität hat dagegen das Ziel künstliche Überschüsse und künstliche Engpässe zu vermeiden.

Das Ende der Exportsubventionen wären das Fallbeil für den Agrar-und Nahrungsmittelsektor.

Exportsubventionen sind ein schädliches Instrument, weil es zu einem unlauteren Wettbewerb auf den internationalen Märkten führt. Dies wollen wir nicht mehr akzeptieren, denn es trifft die Kleinbauern und -bäuerinnen im Süden besonders hart. Darüber hinaus werden diese Subventionen voraussichtlich mittelfristig verschwinden. Wir halten es für wesentlich vorteilhafter und vorausschauender schon jetzt darauf zu verzichten. Die Erfahrungen mit den Banken (bezüglich Steuergeheimnis und Mithilfe zur Steuerhinterziehung) haben uns deutlich vor Augen geführt, dass Abwarten keine Lösung ist.

Die Initiative ziel darauf ab, die Grenzen zu schliessen

Nein, die Initiative übernimmt das anerkannte Prinzip der Ernährungssouveränität, dass jedes Land das Recht hat sich vor Billigimporten zu schützen. Um die lokale Landwirtschaft zu erhalten kann ein Land Steuern auf importierte Produkte erheben oder Importe ganz verbieten, wenn sie soziale oder ökologische Standards nicht erfüllen. Die Grenze wird nicht zu einer Mauer, sondern zu einer Tür, welche sich je nach Bedarf öffnen oder schliessen lässt.

Die Initiative wird zu höheren Preisen für die KonsumentInnen führen

Es ist möglich, dass es zu einer leichten Erhöhung kommt. Dazu müssen aber mehrere Anmerkungen gemacht werden:

Unter der Voraussetzung, dass mehr Markttransparenz geschaffen wird, ist es möglich die Margen der Zwischenhändler offenzulegen. Die Margen der Schweizer Grossverteiler sind die höchsten in Europa und diese sind nicht zu rechtfertigen. Mit

einer besseren Marktübersicht können gerechtere Produzentenpreise legitimiert werden, ohne dass damit der Endpreis automatisch erhöht würde.

Die Ausgaben für Lebensmittel in der Schweiz sind niedrigsten weltweit. Die Familien in der Schweiz geben zwischen 7% bis 13% ihres Budgets, gemessen an ihrer Kaufkraft, für Lebensmittel aus. Was wirklich schwer auf den Haushaltsbudgets lastet sind die Ausgaben für Versicherungen, Mieten und Non-food-Artikel. Somit wäre ein leichter Preisanstieg für Lebensmittel verkraftbar. Uniterre hat berechnet, dass bei einem fairen Milchpreis (Erhöhung von 60Rp auf 1 Fr. pro Liter) schlussendlich eine Ausgabenerhöhung von 29.- pro Kopf und Jahr resultieren würde.

Und schlussendlich würde eine Erhöhung der Preise durch andere positive Effekte wieder ausgeglichen. So würden z.B. mit einer lokalen Produktion und deren Verarbeitung in der Region Arbeitsplätze geschaffen. Mit einer besseren Rückverfolgbarkeit und einer einfacheren Kontrolle der hiesigen Standards würden gewisse Kosten sogar sinken. Eine bevölkerungsnaher Landwirtschaft wiederum trägt sicher dazu bei, dass landwirtschaftliche Produkte eine höhere Wertschätzung erfahren.



Alliance

www.souverainete-alimentaire.ch

Initiative pour la souveraineté alimentaire

Argumentaire

7 septembre 2014

1 L'ESSENTIEL	2
1.1 Une initiative, pourquoi ?	2
1.2 Quels sont les objectifs de l'initiative ?	2
1.3 Le texte de l'initiative	3
1.4 Le texte de l'initiative en détail	4
2 POUR ALLER PLUS LOIN	8
2.1 Historique de l'initiative	8
2.2 La Souveraineté alimentaire ; un concept pour la Suisse	10
2.2.1 Les réformes de la politique agricole suisse	10
2.2.2 Les résultats socio-économiques dans le rouge	11
2.3 Arguments en faveur	13
2.3.1 Renforcer la production indigène	13
2.3.2 Renforcer l'agriculture paysanne	14
2.3.3 Un marché indigène transparent et rémunérateur	16
2.3.4 Valoriser le travail des employé-e-s agricoles	16
2.3.5 Un marché international équitable	17
2.3.6 Un dialogue permanent avec la société	17
2.4 Contre-arguments	18

1 L'essentiel

1.1 Une initiative, pourquoi ?

Cette initiative a pour objectif de tracer une nouvelle voie pour la politique agricole et alimentaire suisse. Celle-ci doit offrir des perspectives d'avenir pour les paysan-ne-s et les employé-e-s agricoles, répondre aux attentes de la population sur les plans sociaux, écologiques et alimentaires, tenir compte de nos ressources naturelles et œuvrer à un commerce international plus équitable. L'initiative populaire est un outil indispensable pour impliquer la population dans les choix démocratiques qui s'offrent à elle. Or, l'alimentation est un enjeu crucial pour tout un chacun ; elle doit redevenir l'affaire de tous. Près de 20 ans après la dernière votation populaire sur l'agriculture, il s'agit de donner une nouvelle impulsion.

1.2 Quels sont les objectifs de l'initiative ?

L'initiative souhaite appliquer le principe de souveraineté alimentaire en Suisse. Pour ce faire, elle souhaite que La Confédération favorise:

1. Une agriculture **paysanne diversifiée et nourricière** qui tienne compte de nos ressources naturelles notamment du sol, protégé nos semences et **renonce aux OGM**.
2. Une agriculture qui offre un avenir aux **générations futures** en assurant par des prix rémunérateurs **des revenus équitables** aux paysan-ne-s comme aux employé-e-s agricoles et en garantissant aux jeunes un accès à la terre.
3. **Un marché plus transparent**, qui soit au service des paysan-ne-s comme des consommateurs-trices ; un renforcement des circuits courts pour promouvoir et dynamiser la production de proximité, les emplois dans les régions, réduire les transports et garantir une meilleure traçabilité.
4. **Un commerce international plus équitable** par le biais d'une frontière qui joue son rôle régulateur ; un droit de se protéger et un devoir de renoncer à des subventions à l'exportation.
5. **Une agriculture et une alimentation citoyenne** qui soient à l'écoute de la population ; que celle-ci soit souveraine sur le type de politiques agricole et alimentaire qu'elle souhaite développer au plus proche de ses souhaits et en respect des autres régions.

1.3 Le texte de l'initiative

Initiative populaire «Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous»

La Constitution est modifiée comme suit :

Art. 104c **Souveraineté alimentaire**

¹ Afin de mettre en œuvre la souveraineté alimentaire, la Confédération favorise une agriculture paysanne indigène rémunératrice et diversifiée, fournissant des denrées alimentaires saines et répondant aux attentes sociales et écologiques de la population.

² Elle veille à ce que l'approvisionnement en denrées alimentaires indigènes et en aliments indigènes pour animaux soit prépondérant et que leur production ménage les ressources naturelles.

³ Elle prend des mesures efficaces pour:

- a. favoriser l'augmentation du nombre d'actifs dans l'agriculture et la diversité des structures;
- b. préserver les surfaces cultivables, notamment les surfaces d'assolement, tant en quantité qu'en qualité;
- c. garantir le droit à l'utilisation, à la multiplication, à l'échange et à la commercialisation des semences par les paysans.

⁴ Elle proscrit l'emploi dans l'agriculture des organismes génétiquement modifiés ainsi que des plantes et des animaux issus des nouvelles technologies de modification ou de recombinaison non naturelle du génome.

⁵ Elle assume notamment les tâches suivantes:

- a. elle soutient la création d'organisations paysannes qui visent à assurer l'adéquation entre l'offre des paysans et les besoins de la population;
- b. elle garantit la transparence sur le marché et favorise la détermination de prix équitables dans chaque filière;
- c. elle renforce les échanges commerciaux directs entre paysans et consommateurs ainsi que les structures de transformation, de stockage et de commercialisation régionales.

⁶ Elle porte une attention particulière aux conditions de travail des salariés agricoles et veille à ce qu'elles soient harmonisées au niveau fédéral.

⁷ Pour maintenir et développer la production indigène, elle prélève des droits de douane sur les produits agricoles et les denrées alimentaires importés et en régule les volumes d'importation.

⁸ Pour favoriser une production conforme aux normes sociales et environnementales suisses, elle prélève des droits de douane sur les produits agricoles et les denrées alimentaires importés non conformes à ces normes et peut en interdire l'importation.

⁹ Elle n'accorde aucune subvention à l'exportation de produits agricoles et de denrées alimentaires.

¹⁰ Elle garantit l'information et la sensibilisation sur les conditions de production et de transformation des denrées alimentaires indigènes et importées. Elle peut fixer des normes de qualité indépendamment des normes internationales.

Art. 197, ch. 12

12. Disposition transitoire ad art. 104c (Souveraineté alimentaire)

Le Conseil fédéral soumet les dispositions légales nécessaires à l'exécution de l'art. 104c à l'Assemblée fédérale au plus tard deux ans après l'acceptation de cet article par le peuple et les cantons.

1.4 Le texte de l'initiative en détail

Article 104c Souveraineté alimentaire

¹ Afin de mettre en œuvre la souveraineté alimentaire, la Confédération favorise une agriculture paysanne indigène rémunératrice et diversifiée, fournissant des denrées alimentaires saines et répondant aux attentes sociales et écologiques de la population.

Ce préambule place le cadre dans lequel se situe l'initiative.

L'agriculture paysanne démontre d'un ancrage fort au terroir. Elle vit pour et par son environnement socio-économique immédiat. Elle pratique une agriculture qui soit durable et qui soit ainsi transmissible aux générations futures.

Rémunératrice : l'initiative souhaite placer les êtres humains au cœur du système. Elle souhaite corriger une lacune qui fait qu'actuellement, ce secteur ne permet pas aux personnes actives de vivre correctement.

Diversifiée : l'initiative entend par là un secteur qui offre une place à toutes les formes d'exploitations. Que ce soit en terme de taille ou en terme de statut juridique. Actuellement, les petites exploitations, même si elles sont durables, sont souvent discriminées par des mesures législatives. Quant aux nouvelles formes de collaborations et d'installation elles sont souvent non reconnues (installation collective etc.).

Attentes sociales et écologiques : si la souveraineté alimentaire est un concept développé sur le plan international, il s'articule au niveau local en fonction des réalités socio-économiques. En Suisse, la population peut avoir des attentes différentes que la population Grecque, Argentine, Malienne ou Indonésienne. Il faut en tenir compte. Ces attentes peuvent être identifiées en développement un processus de dialogue permanent au plan local, cantonal et national sur les questions agricoles et alimentaires.

² Elle veille à ce que l'approvisionnement en denrées alimentaires indigènes et en aliments indigènes pour animaux soit prépondérant et que leur production ménage les ressources naturelles.

Prépondérant : notre taux d'auto approvisionnement s'érode d'année en année, notamment si nous prenons en compte le taux d'auto approvisionnement net (y compris les aliments pour animaux dont les importations ne cessent de croître). Sans vouloir fixer un chiffre exact, l'initiative estime que cet approvisionnement indigène doit être au delà de 50%.

Aliments pour animaux : la Suisse dépend de plus en plus de l'extérieur pour alimenter son bétail. C'est un non-sens écologique et éthique. Ces productions de protéines végétales comme le soja, la luzerne etc. ou énergétiques comme le maïs sont produites à large échelle dans des pays tels que le Brésil, l'Argentine ou bientôt la Roumanie. Elles se font au détriment d'une agriculture paysanne dans ces pays.

Ressources naturelles : si l'initiative souhaite une production optimale sur le plan indigène, elle souhaite que les ressources naturelles soient prises en compte. En effet, il s'agit de produire de manière durable, en n'épuisant pas les sols, en ne provoquant pas des pollutions liées à des modes de production inadéquats. Il s'agit ainsi de produire les produits souhaités en fonction de nos conditions géo-climatiques en Suisse ; il faut donc choisir les cultures appropriées à notre environnement.

³ Elle prend des mesures efficaces pour:

Prend des mesures efficaces : la Confédération est ainsi appelée à agir sous différentes formes. Cela peut être des modifications législatives, des allocations budgétaires, des délégations de tâches aux cantons, etc.

a.favoriser l'augmentation du nombre d'actifs dans l'agriculture et la diversité des structures;

Nombre d'actifs : l'initiative part du constat que pour remplir les différentes tâches confiées à l'agriculture, une augmentation du nombre d'actifs est indispensable. Elle est possible uniquement par une rémunération plus équitable des premiers maillons de la chaîne, par une meilleure allocation de la valeur ajoutée à ce niveau (voir plus loin). L'augmentation du nombre d'actifs peut signifier plus de personnes travaillant sur les fermes existantes comme la création de nouvelles structures agricoles là où c'est opportun.

Diversité des structures : il s'agit d'une diversité dans la taille comme dans le statut juridique.

b.préserver les surfaces cultivables, notamment les surfaces d'assolement, tant en quantité qu'en qualité;

Surfaces cultivées : elles incluent les surfaces agricoles utiles et les estivages. La surface globale diminue sous la pression de la construction d'habitats et d'infrastructures et sous la pression de la forêt.

Surfaces d'assolement : chaque canton possède un quota de surfaces dites « d'assolement » en dessous duquel il ne doit pas descendre. Or, actuellement, deux problèmes sont identifiés : certains cantons l'ont déjà atteint et de plus certains tendent à replacer les surfaces d'assolement dans des zones où les sols ne sont pas les meilleurs pour la production agricole. Il s'agit pour l'administration territoriale de défendre ces surfaces et de garantir qu'elles soient placées au bon endroit et que les sols ne soient pas dégradés.

c.garantir le droit à l'utilisation, à la multiplication, à l'échange et à la commercialisation des semences par les paysans;

La Suisse vit pour l'heure dans un régime légèrement plus favorable qu'en Europe voisine en ce qui concerne le « privilège de l'agriculteur » d'avoir libre accès aux semences. Mais ce droit est régulièrement remis en question par des accords internationaux, que ce soit des accords bilatéraux ou multilatéraux comme ceux de l'UPOV qui tendent à réduire constamment ce droit. Ainsi l'initiative a pour objectif d'ancrer ce droit considéré comme inaliénable dans la Constitution.

⁴ Elle proscrit l'emploi dans l'agriculture des organismes génétiquement modifiés ainsi que des plantes et des animaux issus des nouvelles technologies de modification ou de recombinaison non naturelle du génome.

En 2017, le moratoire sur les organismes génétiquement modifiés prendra fin. L'initiative souhaite que l'agriculture suisse demeure exempte d'OGM. Ces techniques n'ont pas apporté leurs preuves tant en terme d'avantages pour l'agriculture que de leur innocuité pour l'environnement où les êtres humains. Les initiants estiment que la cohabitation entre cultures OGM et non OGM n'est pas réaliste en Suisse. La phrase précise que toute forme non naturelle de recombinaison ou modification du génome n'est pas autorisée et englobe ainsi des technologies qui même si elles sont pas baptisées comme OGM relèvent des mêmes procédés.

⁵ Elle assume notamment les tâches suivantes.

a.elle soutient la création d'organisations paysannes qui visent à assurer l'adéquation entre l'offre des paysans et les besoins de la population.

Organisations : l'initiative souhaite que la Confédération contribue à la création d'organisation permettant de gérer les quantités produites en

adéquation avec la demande. Ces organismes peuvent prendre différentes formes juridiques. L'objectif ici est bien de produire de manière consciencieuse en fonction de la demande. Eviter les excédents structurels qui sont néfastes tant pour l'agriculture locale que pour les budgets utilisés pour encourager les exportations, et les agricultures outre frontière.

b.elle garantit la transparence sur le marché et favorise la détermination de prix équitables dans chaque filière.

Transparence : l'initiative souhaite que la Confédération garantisse une meilleure transparence sur le marché. Celle-ci n'est de loin pas atteinte aujourd'hui en raison de multiples facteurs : concentration du marché dans la main de quelques acteurs qui sont représentés à plusieurs niveaux de la chaîne alimentaire, manque de contrats clairs, etc.

Prix équitables dans chaque filière : l'initiative qui annonce dans son préambule vouloir une agriculture rémunératrice propose ici que la Confédération favorise la détermination de prix. Il ne s'agit pas d'un prix unique, mais bien de favoriser par filière, un dialogue constructif et équitable permettant de déterminer un/des prix qui permettent de rémunérer correctement les personnes actives. Ainsi, il est possible d'avoir un prix différencié en fonction du mode de commercialisation (vente directe, semi directe, en gros, ...), du mode de production (conventionnel, bio, PI) ou bien évidemment du produit (lait, fromage, viande, charcuterie etc.). Clairement, l'initiative part du constat que le désengagement graduel de l'Etat dans les marchés agricoles n'a apporté aucune amélioration. Il a été synonyme de déstructuration du secteur, de basculement du pouvoir de décision de la ferme aux conseils d'administration des grands acheteurs. Ainsi, par un tel alinéa, l'initiative souhaite que la Confédération, sans fixer elle-même les prix, mette tout en œuvre pour favoriser l'émergence de prix qui reflètent bien les réalités des coûts de production.

c.elle renforce les échanges commerciaux directs entre paysans et consommateurs ainsi que les structures de transformation, de stockage et de commercialisation régionales.

Renforce : l'initiative souhaite une augmentation quantitative et qualitative des échanges de proximité. Pour se faire, il s'agit de conserver des structures de transformation, de stockage et de commercialisation régionales voire au besoin de les remettre en fonction si celles-ci avaient été abandonnées.

⁶ Elle porte une attention particulière aux conditions de travail des salariés agricoles et veille à ce qu'elles soient harmonisées au niveau fédéral.

Attention particulière : l'initiative souhaite que la Confédération se penche avec sérieux sur la problématique des ouvriers agricoles puisque la branche a clairement échoué à trouver un accord (pas de convention collective nationale ou de contrat type national). Simple illustration de « l'oubli » de ce maillon : dans les rapports agricoles annuels successifs édités par l'Office fédéral de l'agriculture, les employés agricoles sont ou inexistantes ou leur situation se résume à une demi ou une page sur un rapport qui en compte plusieurs centaines...

Harmonisation : En Suisse, il existe 26 contrats types de travail, un par canton. Certains ont un salaire minimum qui est indiqué, d'autres se réfèrent aux recommandations de l'Union Suisse des Paysans. Les heures de travail hebdomadaires varient de 45 à 66 heures. Ceci pour un même marché indigène. Cela a deux conséquences négatives qu'il faut corriger. Il n'est pas possible d'avoir une telle « concurrence » en terme de coûts de production d'un bout à l'autre de la Suisse. Deuxièmement, il n'est pas admissible que des conditions de travail de ce

type perdurent en Suisse. Ainsi, l'initiative souhaite dans cet alinéa 6, comme dans le 5, améliorer les conditions socio-économiques de premiers maillons de la chaîne. Conditions qui sont intrinsèquement liées.

⁷ Pour maintenir et développer la production indigène, elle prélève des droits de douane sur les produits agricoles et les denrées alimentaires importés et en régule les volumes d'importation.

L'initiative souhaite affirmer le droit à utiliser la frontière comme instrument régulateur. Ce droit, reconnu pour tous les Etats a largement été affaibli ces 20 dernières années en raison des politiques de libre-échange. Néanmoins, pour pouvoir garantir la pérennité d'un secteur dynamique, qui soit rémunérateur, respectueux des Hommes, des animaux et de l'environnement, le principe du droit de se protéger à la frontière d'importation à trop bas prix doit être affirmé. La Suisse vit dans un environnement économique où le niveau de vie est nettement plus élevé que chez nos voisins immédiats. Ceci pour différentes raisons qui ne sont pas liées au seul secteur agricole. Ainsi, même avec des normes de production identiques, un produit importé est quasi automatiquement moins cher que le local (salaires plus bas, infrastructures moins onéreuses, économie d'échelle, ...).

⁸ Pour favoriser une production conforme aux normes sociales et environnementales suisses, elle prélève des droits de douane sur les produits agricoles et les denrées alimentaires importés non conformes à ces normes et peut en interdire l'importation.

L'initiative estime que lors de non respect des normes, il faut pouvoir prélever des droits de douanes voire même interdire l'importation de produits incriminés.

⁹ Elle n'accorde aucune subvention à l'exportation de produits agricoles et de denrées alimentaires.

En contre partie à l'alinéa précédent, l'initiative estime qu'il est du devoir de la Confédération de s'affranchir de toutes subventions à l'exportation.

¹⁰ Elle garantit l'information et la sensibilisation sur les conditions de production et de transformation des denrées alimentaires indigènes et importées. Elle peut fixer des normes de qualité indépendamment des normes internationales.

Information et sensibilisation : l'initiative estime qu'au delà des campagnes promotionnelles pour les produits locaux, il y a lieu d'aller au delà avec une vraie formation populaire sur les questions agricoles et alimentaires. Cette formation doit être transversale à la société et aux différents départements qui peuvent être concernés par ces questions. Il est souhaitable qu'un dialogue permanent soit instauré sur le plan communal, cantonal et fédéral. Au niveau fédéral, une commission pourrait par exemple être instaurée avec des représentants des différents maillons, de l'ouvrier agricole au consommateur, en passant par les intermédiaires, les aménagistes etc.

Les éventuels accords signés avec des pays tiers, qu'ils soient bilatéraux ou multilatéraux ne doivent pas restreindre notre souveraineté à définir nos normes de qualité. Ces accords ne doivent pas être brandis pour empêcher des cercles intéressés de consommateurs, citoyen-ne-s ou autres à réclamer plus de transparence sur les normes.

2 Pour aller plus loin

2.1 Historique de l'initiative

Uniterre est un syndicat paysan suisse qui s'engage depuis plus de 60 ans pour des prix et des salaires équitables dans les filières, pour une agriculture dynamique qui répond aux attentes sociales, écologiques et alimentaires de la population et qui offre des perspectives aux jeunes. Il développe ses projets en cherchant à renforcer la solidarité entre paysans au niveau international. C'est tout naturellement que dans les années 80 il adhère à la Coordination paysanne européenne qui, en 1993, devient un des membres fondateurs du mouvement paysan international La Via Campesina.

La Via Campesina est née dans les années où le dogme du libre-échange était à son zénith. C'était l'avènement de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) puis la multiplication des accords bilatéraux de libre-échange. Ce mouvement paysan a voulu réagir à ces politiques par trop libérales qui étaient de véritables attaques contre l'agriculture paysanne. En 1996 elle a développé le concept de souveraineté alimentaire en marge d'un sommet de l'Organisation mondiale pour l'agriculture et l'alimentation (FAO). Aujourd'hui La Via Campesina est présente dans 70 pays avec plus de 160 organisations et représente plus de 200 millions de paysans. Ensemble ils revendiquent le droit à la souveraineté alimentaire.

La souveraineté alimentaire est le droit de chaque population de définir sa propre politique agricole et alimentaire, sans le faire au détriment d'une autre région. Ce concept est de plus en plus perçu comme une réponse crédible aux crises alimentaires, climatiques, énergétiques et économiques qui se succèdent. Il place les êtres humains au cœur des systèmes alimentaires ; que ce soit les paysan-ne-s, les ouvriers agricoles, les consommateurs-trices, les employé-e-s de la transformation et de la distribution alimentaire. Ce concept revendique des systèmes alimentaires locaux, sains et durables, un marché intérieur transparent, une responsabilité internationale assumée et une équité dans l'accès aux ressources. D'abord présentée et développée par La Via Campesina, la souveraineté alimentaire a été embrassée par d'autres organisations paysannes, environnementales ou de droits humains. Elle a également évolué avec son temps, incluant de nouvelles réalités tels que les enjeux climatiques. Ci-dessous deux définitions sont présentées, la première est celle d'origine, la seconde est celle qui a émergé 10 ans après, à l'occasion d'une rencontre internationale regroupant plusieurs mouvements.

La souveraineté alimentaire désigne le DROIT d'une population, d'une région ou d'un pays à définir leur politique agricole et alimentaire, sans dumping de prix vis-à-vis de pays tiers.

La souveraineté alimentaire inclut :

- La priorité donnée à la production agricole locale pour nourrir la population, l'accès des paysan-ne-s et des sans-terres, à la terre, à l'eau, aux semences et au crédit. D'où la nécessité de réformes agraires, de la lutte contre les OGM pour le libre accès aux semences et de garder l'eau comme un bien public à répartir durablement.
- Le droit des paysan-ne-s à produire des aliments et le droit des consommateurs à pouvoir décider ce qu'ils veulent consommer et par qui et comment l'aliment est produit.
- Le droit des Etats à se protéger des importations agricoles et alimentaires à trop bas prix.
- Des prix agricoles liés aux coûts de production. C'est possible à condition que les Etats ou les Unions aient le droit de taxer les importations à trop bas prix, et s'engagent pour une production paysanne durable et maîtrisent la production sur le marché intérieur pour éviter des excédents structurels.
- La participation des populations aux choix des politiques agricoles.
- La reconnaissance des droits des paysannes, qui jouent un rôle majeur dans la production agricole et l'alimentation. (Définition de La Via Campesina, 1996)

La souveraineté alimentaire est le droit des peuples à une alimentation saine, dans le respect des cultures, produite à l'aide de méthodes durables et respectueuses de l'environnement, ainsi que leur droit à définir leurs propres systèmes alimentaires et agricoles. Elle place les producteurs, distributeurs et consommateurs des aliments au cœur des systèmes et politiques alimentaires en lieu et place des exigences des marchés et des transnationales. Elle défend les intérêts et l'intégration de la prochaine génération. Elle représente une stratégie de résistance et de démantèlement du commerce entrepreneurial et du régime alimentaire actuel. Elle donne des orientations pour que les systèmes alimentaires, agricoles, halieutiques et d'élevage soient définis par les producteurs locaux. (...) Elle garantit que les droits d'utiliser et de gérer nos terres, territoires, eaux, semences, bétail et biodiversité soient aux mains de ceux et celles qui produisent les aliments. La souveraineté alimentaire implique de nouvelles relations sociales, sans oppression et inégalités entre les hommes et les femmes, les peuples, les groupes raciaux, les classes sociales et les générations. (Déclaration de Nyéléni, -Forum mondial souveraineté alimentaire, 2007)

En Suisse, la souveraineté alimentaire a été dès ses débuts portée par Uniterre, membre de La Via Campesina. Il n'a eu de cesse de sensibiliser la population, les associations, les ONG de développement, les organisations environnementales, de consommateurs, les partis à cette thématique. Dès 2001, il impulse la réflexion sur le plan cantonal, notamment à Genève, Neuchâtel et Vaud qui font référence à ce concept dans leur législation cantonale. En 2011, Uniterre met sur pied une plateforme nationale qui s'attache notamment à développer ce qu'elle appellera les « critères minimaux » de la souveraineté alimentaire pour la Suisse. L'objectif étant de clarifier

la définition qui a tendance à être galvaudée dans notre pays. La plateforme en détermine 20 divisés en 5 groupes. Ces critères sont signés en automne 2011 par 19 organisations paysannes, de développement, de droits humains et de consommateurs. Sur le plan international, La Via Campesina encourage les organisations paysannes comme les organisations alliées à développer des projets concrets de souveraineté alimentaire sur le terrain et à chercher à modifier les législations pour que les politiques agricoles et alimentaires tendent vers la souveraineté alimentaire.

A plusieurs reprises, La Via Campesina a confirmé que pour atteindre des politiques de souveraineté alimentaire au niveau global, il faut que celles-ci soient appliquées au niveau national. Si les pays dit industrialisés ne se conforment pas à la souveraineté alimentaire, les pays en développement seront empêchés de réaliser leurs droits.

2.2 La Souveraineté alimentaire ; un concept pour la Suisse

Il n'est pas rare que le concept de souveraineté alimentaire soit considéré comme un projet développé par les paysans du sud et pour les paysans du sud. C'est inexact. Ce concept a été conçu par des organisations paysannes provenant de tous les continents. Il permet d'illustrer qu'il n'y a pas d'opposition entre agriculture paysanne du sud et du nord mais plutôt entre deux types de modèles agricoles : l'un paysan, essentiellement orienté vers les besoins des populations locales et l'autre industriel, destiné essentiellement à l'exportation.

L'agriculture paysanne en Suisse est victime, comme en l'Argentine, en Indonésie ou au Mali, des politiques de ces 20 dernières années qui ont eu pour objectif de déréguler les marchés, de globaliser les échanges commerciaux et de pratiquer la course aux bas prix.

2.2.1 Les réformes de la politique agricole suisse

L'agriculture suisse vit, depuis le début des années nonante, au rythme soutenu de réformes. Chaque quatre ans, la loi sur l'agriculture -comme la vingtaine d'ordonnances y liées- subissent de nombreuses modifications de plus ou moins grande importance et un nouveau crédit cadre est voté au Parlement. L'orientation générale des réformes est donnée en 1996 par une votation populaire introduisant un article constitutionnel sur l'agriculture. La première étape a été de séparer la politique des prix des produits qui, jusqu'au début des années 90, étaient soutenus par la Confédération, et celle du revenu. L'Etat a pris l'option de se dégager progressivement

du marché laissant ce dernier fonctionner librement. Parallèlement, des paiements directs visant à rémunérer des prestations fournies par les familles paysannes à la société sont mis en place. Dans une seconde étape, ces paiements directs ont été conditionnés à des prestations écologiques et éthologiques. Dans une troisième étape, la Confédération a supprimé les contingents laitiers et accru l'ouverture des marchés en réduisant les protections à la frontière. Suite aux blocages répétés des négociations au sein de l'Organisation mondiale du commerce, la Suisse s'est attelée à signer de très nombreux accords bilatéraux de libre-échange. La quatrième étape de ces réformes, entrée en vigueur en janvier 2014, consiste à une refonte importante du système des paiements directs. L'objectif est de fixer pour chaque prestation, un paiement spécifique afin de tenter de rendre le système plus lisible pour le contribuable. Cette réforme confirme également la libéralisation croissante de notre secteur agricole.

2.2.2 Les résultats socio-économiques dans le rouge

Le bilan de ces réformes est extrêmement négatif. Si des progrès salutaires ont été accomplis au niveau écologique et éthologique, le social et l'économique sont passés aux oubliettes. Depuis 1990, 45% des exploitations agricoles ont disparu. Le nombre de personnes actives dans l'agriculture est passé de 253'500 à 162'000 en 2012. Les quotas laitiers par exploitation ont été multiplié par 2.5, passant de 58'000 kg par exploitation en 1990 à environ 140'000 kg en 2012. Le nombre d'exploitations entre 0 et 25 ha est en constante diminution alors que le nombre de celles entre 25 ha et > 50 ha ne cesse d'augmenter. Le nombre d'exploitations comptant plus de 50 ha a triplé. Il est indéniable que la production se concentre dans les zones faciles d'accès pour les acheteurs et que les zones marginales sont peu à peu destinées à une activité d'entretien du paysage. En somme, une agriculture duale qui ne répond pas aux défis du futur.

Si les prix payés aux paysans ont baissé de 31% ces 20 dernières années, les prix à la consommation ont augmenté de 12% ; inévitablement, entre ces deux extrêmes de la chaîne alimentaire, certains acteurs semblent profiter de la dérégulation des marchés. Aujourd'hui, l'agriculture ne permet plus de rémunérer correctement ni la famille paysanne, ni les employé-s agricoles.

Le seuil critique du nombre de personnes actives dans l'agriculture est largement atteint. Par manque de moyens financiers, les paysans se séparent de collaborateurs tout en gardant la même masse de travail. Ils se tuent à la tâche, s'isolent dans le

travail ce qui ne leur permet plus d'avoir le recul suffisant par rapport à leur propre situation ou celle du secteur agricole en général. Nombre de paysan-ne-s sont placés dans la catégorie des « workaholic », qui ne sont plus capables de s'arrêter de travailler et sont entrés dans une spirale infernale. La question du suicide dans le monde paysan demeure taboue mais des chiffres commencent à émerger. En France par exemple, pendant la période de la crise laitière entre 2007 et 2009, 1 suicide paysan tous les deux jours était comptabilisé. De plus, chacun est poussé à trouver des solutions individuelles, plus ou moins heureuses. Ainsi il y a une perte de vue de l'enjeu collectif, de la nécessité d'élaborer des solutions pour l'ensemble du secteur. Cette spécialisation a cloisonné les paysans limitant ainsi une approche collective pourtant essentielle à l'amélioration des conditions générales du secteur.

Les structures locales de transformation ont également souffert de cette érosion. Une forte concentration du secteur s'est opérée dans la chaîne agroalimentaire. Le secteur du lait industriel en est la preuve : il n'existe plus que 4 transformateurs sur le plan national et deux grands distributeurs qui possèdent plus de 80% des parts de marché. 25'000 exploitations laitières, qui ont vu le prix du lait industriel drastiquement diminuer ces dernières années (-25%), font face à ces quelques acteurs.

Certains paysan-ne-s ont mis en place divers systèmes de vente directe permettant de recréer le lien entre consommateurs et producteurs et de renforcer la traçabilité des produits. Encore à la marge des filières traditionnelles de commercialisation, ce type de projet a été confronté à plusieurs écueils. Par exemple, certaines unités de transformation telles que les huileries, les moulins, les décortiqueuses, abattoirs, laiteries villageoises ont disparu. Pour assurer la traçabilité il a ainsi fallu remettre sur pied ces structures. Dans certains cantons, cela a été possible mais dans d'autres, faute de moyens ou de volonté, ces projets sont restés lettre morte.

Cette évolution constatée sur le plan suisse fait écho à la situation internationale. La globalisation et la libéralisation des marchés agricoles et alimentaires n'ont apporté aucun bénéfice aux différentes populations ni aux agricultures paysannes. Nous avons simplement assisté à une concentration continue du pouvoir dans la main d'une petite centaine de sociétés transnationales. Pourtant des études de la FAO démontrent qu'avec un quart des terres cultivées, les agricultures paysannes fournissent 70% de l'alimentation mondiale.

En raison de ce triste constat, Uniterre a estimé cohérent et justifié de compléter l'article 104 actuel de la Constitution par un article 104a sur la souveraineté alimentaire.

2.3 Arguments en faveur

L'initiative va donner un nouveau souffle à la discussion pour une politique alimentaire durable. Par différentes mesures, allant d'une meilleure transparence du marché, d'une meilleure répartition de la valeur ajoutée dans la filière, de la gestion intelligente des quantités, d'une protection contre les importations à trop bas prix et d'une sensibilisation éclairée de la population, l'initiative estime pouvoir redonner un élan de durabilité à ce secteur mis à mal. L'agriculture paysanne est une agriculture ancrée dans son terroir, qui tient compte du tissu économique et social dans lequel elle évolue. C'est pourquoi l'initiative encourage les échanges commerciaux régionaux qui renforcent ce tissu, créent des emplois dans les régions, permettent de maintenir une valeur ajoutée au plan local, favorisent la traçabilité et réduisent les transports. Il faut rappeler que 10% des emplois en Suisse sont liés à la filière agro-alimentaire.

2.3.1 Renforcer la production indigène

Le rôle premier de l'agriculture est de nourrir la population avec des denrées alimentaires saines. Elle doit le faire en fonction des ressources disponibles dans le pays et des attentes de sa population. La Suisse a pour l'heure un approvisionnement indigène relativement diversifié. Dans certains secteurs comme le lait ou la viande de bœuf, la Suisse couvre les besoins alimentaires alors que dans d'autres tels que les fruits, la volaille ou les légumes elle dépend assez fortement des importations. L'objectif de la souveraineté alimentaire n'est pas d'atteindre un taux d'auto approvisionnement de 100% mais bien d'utiliser de manière durable, consciencieuse et éthique les potentiels de notre pays. Ainsi, il serait important que la Suisse maintienne une diversité des productions et ne se spécialise pas uniquement dans la production de produits à haute valeur ajoutée ce qui l'obligerait, en conséquence, d'importer des produits de base que nous pourrions sans autre produire ici. La souveraineté alimentaire priorise la production locale car cela découle d'une logique en terme de maintien d'une économie locale forte, de réduction des transports et de traçabilité. Ainsi il semble crucial que la « stratégie qualité » développée pour la Suisse ne se transforme pas en un outil d'appui à l'exportation de produits de luxe hautement transformés, mais qu'elle s'intègre au concept de souveraineté alimentaire. Cela

n'aurait pas de sens que la Suisse se cantonne, pour donner un exemple, à produire des fromages tels que le Gruyère ou le Tilsit et les vende en Suisse comme dans les capitales européennes et soit par contre tenue d'importer du lait de boisson de Pologne ou de Roumanie par ce qu'il ne serait pas considéré comme un produit suffisamment « noble » à produire sur place. Les denrées alimentaires sont un bien qui n'est pas comparable à d'autres biens telles que les machines, outils de précision etc.

La Suisse dépend de plus en plus de l'extérieur pour alimenter son bétail. C'est un non-sens écologique et éthique. Ces productions de protéines végétales comme le soja ou la luzerne ou énergétiques comme le maïs, sont produites à large échelle dans des pays tels que le Brésil, l'Argentine ou bientôt la Roumanie. Elles se font au détriment d'une agriculture paysanne dans ces pays. Ainsi, nous vivons sur le dos de nos collègues d'autres régions du monde et contribuons au phénomène de l'accaparement des terres. Or, il existe des capacités en Suisse pour produire nos protéines indigènes. Il ne s'agit pas d'atteindre un taux d'auto approvisionnement de 100% mais de l'améliorer car celui-ci est passé sous la barre des 50%. Différentes mesures peuvent être prises pour relancer la production locale. Elles peuvent être un panachage entre un appui via les paiements directs, une protection ciblée à la frontière permettant de revaloriser le prix indigène, des compensations aux éleveurs utilisant des fourrages locaux par un financement interne au secteur (par exemple en utilisant les produits de la taxe aux frontières), et par l'existence d'une recherche agronomique qui soit au service de l'agriculture locale.

2.3.2 Renforcer l'agriculture paysanne

L'initiative souhaite voir exister et se renforcer une agriculture paysanne qui permette aux personnes qui sont actives dans ce secteur de vivre correctement de leur travail. L'agriculture paysanne n'est possible que par la contribution de femmes et d'hommes actifs qui mettent leur savoir à disposition. Ainsi, l'initiative souhaite clairement une augmentation du nombre d'actifs dans l'agriculture. Ils peuvent être des paysan-ne-s ou des ouvriers-ères agricoles. L'agriculture paysanne c'est aussi une agriculture aux multiples facettes qui conserve des structures de tailles diverses répondant aux différentes attentes. L'être humain est au cœur de ce système et il privilégie des structures et une économie permettant au plus grand nombre de fonctionner. La législation ne doit pas discriminer un type d'exploitation plutôt qu'un autre. Il faut

maintenir un maximum de structures agricoles en place ; l'évolution structurelle encouragée par l'Etat doit être stoppée. Les pays qui nous entourent sont aujourd'hui régulièrement confrontés à l'impossibilité de transmettre leurs domaines agricoles aux générations futures au vu de la taille et de la valeur marchande qu'il représente. En Suisse, cette tendance se confirme et elle n'est en rien durable.

Chaque minute en Suisse nous perdons 1 m² de terres agricoles. Elles sont consommées par l'habitat, les infrastructures ou, dans les zones périphériques, par l'avancée des forêts. Cette transformation lorsqu'elle est effectuée n'est malheureusement pas réversible en ce qui concerne les constructions. Les terres d'assolements sont une sous catégorie de terres agricoles particulièrement protégée puisque chaque canton est sensé conserver un quota de terres d'assolement. Or ce quota est dépassé ou en phase d'être dépassé dans plusieurs cantons. Celles-ci doivent faire preuve d'une protection accrue et une adéquation entre la localisation des terres d'assolement et la qualité du sol doit être garantie.

Les semences sont la source de la vie. Or, depuis un demi siècle nous assistons à un appauvrissement drastique de l'agro-diversité. Les variétés de semences cultivées dans le monde sont extrêmement restreintes. Certaines variétés sont vantées par les grands semenciers et cultivées sur les quatre coins de la planète. Or cette pratique est extrêmement périlleuse car une maladie pourrait ravager des pans entiers de la production. La conservation, la multiplication et l'échange de semences paysannes est une pratique ancestrale qui a garanti une diversité biologique. Nous ne pouvons pas restreindre ce droit inaliénable par des accords commerciaux qui protègent les intérêts des firmes semencières au détriment des paysannes et des paysans. Ainsi il faut pouvoir garantir le droit de choisir pour les paysannes et les paysans.

Les organismes génétiquement modifiés ne sont pas autorisés en Suisse depuis de nombreuses années grâce à un moratoire qui prendra fin en 2017. L'agriculture suisse n'a absolument pas souffert de ce moratoire. Au contraire, elle répond ainsi aux craintes des consommateurs et aux faits qui prouvent que les organismes génétiquement modifiés n'ont ni prouvé leurs intérêts, ni démontrés leur innocuité. Or le principe de précaution veut que le politique comme les acteurs directement concernés fassent preuve de prudence lorsque les effets à long terme d'une technologie ne sont pas connus. L'affaire est encore plus claire sachant qu'aucun OGM sur le marché n'apporte un réel bénéfice. Pour l'heure ils n'ont servi qu'aux intérêts directs des semenciers et firmes agrochimiques qui ont commercialisé des

« packages semences-herbicide ». Dans les pays avec un pourcentage élevé de cultures OGM, les effets négatifs se font jour : les champs sont contaminés par des « super-mauvaises herbes » et les semences OGM se disséminent de manière incontrôlée pour contaminer des champs sensés être libres d'OGM.

2.3.3 Un marché indigène transparent et rémunérateur

L'initiative souhaite favoriser l'émergence d'un marché indigène transparent. A ce jour, le marché ne fonctionne que partiellement car il est dominé par un tout petit nombre d'acteurs qui forment un oligopole. La concentration de l'échelon de la distribution est la plus forte d'Europe. Nulle part nous nous retrouvons dans une situation où deux chaînes maîtrisent 80% des parts de marché. Que ce soit pour les producteurs comme pour les consommateurs, une totale opacité règne sur la formation des prix pour le consommateur final.

Dans certains secteurs de la production, comme le lait, les transformateurs ont également un poids considérable. A l'heure actuelle, les paysans ne sont pas en mesure de gérer les quantités car les contrats, quand ils existent, ne permettent pas aux paysans de choisir par exemple de ne pas produire une certaine quantité. La partie liée à la production des quantités nécessaires à la couverture des besoins doit ainsi être maîtrisée par l'échelon de la production qui doit, avec l'appui de la Confédération, livrer les quantités souhaitées. Pour se faire, il est indispensable de créer une transparence sur les quantités nécessaires (combien sont nécessaires au marché indigène, combien pour l'exportation).

L'initiative demande que la Confédération favorise, par la mise en place de mécanismes spécifiques, la détermination de prix équitables par filières. Il ne s'agit donc pas ici d'avoir un prix unique administré mais de tenir compte des filières spécifiques pour déterminer des prix couvrant les coûts.

Enfin, afin de favoriser une relocalisation des filières, de la production à l'assiette, la Confédération s'engage à renforcer les échanges plus directs, notamment en s'assurant que des structures de transformation, de stockage et de commercialisation soient disponibles.

2.3.4 Valoriser le travail des employé-e-s agricoles

L'agriculture suisse repose également sur la main d'œuvre extra-familiale. Cette main-d'œuvre ne bénéficie pas de conditions convenables de travail. Malheureusement, les

efforts pour trouver des solutions au sein de la branche n'ont pas porté leurs fruits. Il y a un contrat type par canton, tous différents tant en terme de rémunération que d'heures de travail hebdomadaires.

La souveraineté alimentaire souhaite une agriculture rémunératrice. Il faut ainsi que paysans (2.3.3) comme les salarié-e-s agricoles voient leurs conditions socio-économiques s'améliorer.

2.3.5 Un marché international équitable

Nous ne pouvons continuer à faire fi des différences de coûts et de normes de production entre pays. Même de pays qui font frontière avec la Suisse. Ainsi, inévitablement, dans l'environnement suisse, il est inévitable d'avoir des coûts de production plus élevés que chez nos voisins. A moins d'agir sur les seules « variables ajustables » que sont les êtres humains en réduisant leurs conditions sociales, ou sur l'environnement. Si tel n'est pas le souhait, il est nécessaire de refléter la réalité des coûts. Produire un litre de lait en Suisse nécessite des coûts de construction plus élevés, des contrôles plus chers, un salaire plus important que ce soit pour les employé-e-s, le vétérinaire, l'architecte etc. ... Une des options tout à fait facile à mettre en place pour corriger cette différence est d'utiliser la frontière comme instrument régulateur.

En contre partie d'une certaine protection à la frontière, il est nécessaire de s'engager à l'abolition de toute forme de subventions à l'exportation car celles ci sont des instruments nuisibles pour les autres agricultures que nos produits -exportés en dessous des coûts de production- ne peuvent que déstabiliser voire détruire.

2.3.6 Un dialogue permanent avec la société

Aujourd'hui, les questions liées à l'agriculture et l'alimentation ne sont pas suffisamment débattues au sein de la société. Ainsi, il serait souhaitable d'avoir des espaces populaires de dialogue permanent permettant d'échanger de l'information et construire des politiques de manière aussi démocratique que possible. Le dialogue avec la société doit se placer au delà des campagnes de marketing et de promotion des produits. Les produits locaux existent car il y a des paysannes et des paysans, des ouvriers et des ouvrières, des employé-e-s dans la chaîne de transformation et de distribution qui s'emploient à mettre ces produits sur les marchés. La démarche qualité

va au delà de la qualité intrinsèque des produits, elle doit intégrer les processus, et donc les Hommes.

2.4 Contre-arguments

L'initiative souveraineté alimentaire est celle de trop

Non, l'initiative d'Uniterre est la plus poussée, elle englobe les autres initiatives et va même au-delà. Elle est formulée de manière rédigée ce qui rend la marge d'interprétation par le Parlement relativement faible. Ainsi, si celle-ci devait être acceptée par le peuple, elle aurait des effets immédiats. Le fait que plusieurs initiatives sur les questions alimentaires et agricoles sont en cours n'est pas négatif. Cela démontre la vitalité et l'absolue nécessité du débat populaire sur ces questions.

Cette initiative va à l'encontre du droit international

Il faut distinguer le droit impératif international (Droit de l'Homme, Droit de l'Enfant, Droit à l'alimentation etc.) du droit commercial. Celui-ci est renégociable. Les accords commerciaux sont des contrats entre deux ou plusieurs pays. Comme tout contrat, ceux-ci sont renégociables si l'une des deux parties estime que les conditions ne sont plus remplies pour le respecter. Le droit impératif n'est lui pas négociable. Le droit commercial doit être subordonné au Droits humains et plus spécifiquement au Droit à l'alimentation.

Cette initiative veut un prix unique déterminé par les paysans.

Non, l'initiative demande uniquement à la Confédération de favoriser la détermination de prix équitables par filières. Ainsi, les prix peuvent être différents entre les formes de commercialisation, les modes de production ou les types de productions. Les initiants souhaitent que la Confédération mette tout en œuvre pour que les acteurs d'une filière soient en mesure de déterminer de manière collective un prix qui soit rémunérateur pour l'ensemble des acteurs. Un des éléments est d'ailleurs de garantir une transparence sur le marché qui est aujourd'hui inexistante.

Cette initiative prône une économie planifiée par sa volonté de gérer l'offre

Les initiants partent du constat que depuis l'ouverture et la libéralisation des marchés agricoles, le secteur du lait industriel étant un exemple parfait, les quantités produites car demandées par les industries de transformation ont dépassé la demande réelle ce qui a eu des conséquences catastrophiques sur le prix au producteur. Et par conséquence, sur le secteur qui a été largement ébranlé. Ainsi ils estiment que des

organismes, en main des producteurs, appuyés par la Confédération doivent pouvoir déterminer et répondre aux besoins réels de la population. Il ne s'agit ainsi pas d'assécher l'offre de manière artificielle ou de surproduire car cela n'apporterait aucun intérêt pour les paysans. La souveraineté alimentaire demande d'éviter les excédents structurels (par exemple les montagnes de beurre qui sont ensuite exportées à coût de subventions à l'exportation). Il est évident que des surplus ou des manques occasionnels peuvent survenir car l'agriculture travaille avec la nature et ce n'est pas une production de précision. L'objectif est donc ici de répondre au plus près des besoins réels.

La fin des subventions à l'exportation serait un coup de massue pour le secteur agro-alimentaire

Les subventions à l'exportation sont un instrument nocif car il contribue à provoquer de la concurrence déloyale sur les marchés internationaux. Nous ne pouvons l'accepter car elles affectent particulièrement nos collègues paysans au sud. Par ailleurs, ces subventions sont appelées à disparaître à moyen terme. L'initiative anticipe cette échéance de quelques années seulement et évite de se retrouver face au mur. L'expérience des banques suisses (secret bancaire, fiscalité) devrait convaincre les plus réticents qu'il vaut mieux anticiper plutôt que subir le retour de balancier.

L'initiative veut fermer les frontières

Non, l'initiative part du principe reconnu par la souveraineté alimentaire que tout pays a le droit de se protéger d'importation à bas prix. Ainsi pour maintenir son agriculture de proximité qu'il souhaite équitable, le pays peut imposer des taxes sur les produits importés voire interdire certains produits issus de normes sociales et environnementales non conformes. La frontière n'est pas un mur. C'est une porte qui s'ouvre, qui s'entre-ouvre ou se ferme au cas par cas.

L'initiative provoquera une hausse des prix aux consommateurs

Il est possible qu'une légère hausse soit constatée. Néanmoins, plusieurs précisions doivent être données :

Par sa volonté de créer plus de transparence sur le marché, un des effets sera que les marges des intermédiaires seront mieux contrôlées. Par exemple, les marges des distributeurs sont les plus élevées d'Europe ; et rien ne justifie de telles marges. Ainsi, même si les prix à la production étaient augmentés pour devenir équitables, la

répercussion aux consommateurs n'est pas automatique car un meilleur contrôle des intermédiaires permettrait d'en absorber en partie l'effet.

Les dépenses en Suisse liées à l'alimentation sont les plus faibles au monde. Les familles suisses dépensent entre 7% et 13%, en fonction de leur pouvoir d'achat, de leur budget pour l'alimentation. Ce qui pèse dans le budget des ménages se sont les assurances et les loyers et non l'alimentation. Ainsi, même une légère hausse ne provoquerait pas de modification significative du pouvoir d'achat. Uniterre a calculé que l'obtention d'un prix équitable pour le lait (le faisant passer de 60 cts à 1.- par litre provoquerait une hausse des dépenses de 29.- par habitant et par an...

Enfin, la hausse de prix serait compensée par des effets positifs. Par exemple, par une production et une transformation régionale, des places de travail seraient créées. Avec une meilleure traçabilité et des contrôles plus simples à effectuer, les coûts baisseraient. Une agriculture proche de la population contribue également à donner une valeur plus importante aux produits alimentaires.



Allianza

www.sovranita-alimentare.ch

Iniziativa per la sovranità alimentare

Argomento

8 settembre 2014

1	L'ESSENZIALE	2
1.1	Una iniziativa, perchè ?	2
1.2	Obiettivi	2
1.3	Il testo del iniziativa	3
2	PER SAPERNE DI PIÙ	4
2.1	Argomenti a favore	4
2.1.1	Rinforzare la produzione locale	4
2.1.2	Rinforzare l'agricoltura contadina	5
2.1.3	Un mercato indigeno sano trasparente e remunerativo	6
2.1.4	Valorizzare il lavoro dei salariati dell'agricoltura	7
2.1.5	Un mercato internazionale equo	7
2.1.6	Stabilire un dialogo permanente con la società	8

1 L'essenziale

1.1 Una iniziativa, perchè ?

Perchè l'agricoltura e l'alimentazione concernono noi tutti.

Noi contadini(e) e consumatori(trici) Svizzeri, dobbiamo poter decidere sovraneamente di ciò che vogliamo trovare nel nostro piatto, restando vigili che le nostre pietanze non siano fonte di sofferenza di altre regioni del mondo. Nel corso degli anni, ci siamo trovati spodestati dei nostri poteri di decisione. Le politiche si sono disimpegnate dal loro ruolo volto a determinare delle vere politiche alimentari sostenibili, per lasciare spazio agli interessi economici e ai facili guadagni.

Le norme sanitarie o alimentari sono largamente influenzate da decisioni e da accordi commerciali multi o bilaterali. I grandi empori alimentari ci propongono una scelta quasi infinita di prodotti. Ma queste sono realmente delle scelte ? Siamo ancora in grado di sapere da dove e da chi proviene il nostro spezzatino, i nostri pomodori o la nostra polenta ? Siamo ancora in grado di influenzare il prezzo del latte prodotto dal contadino e quello pagato dal consumatore ? In Svizzera, quando la produzione di un prodotto agricolo è in pericolo, questa dovrebbe beneficiare di una certa protezione. Pertanto, sembrerebbe che le decisioni sono già state sanzionate a l'OMC. La natura come le sementi sono sempre più privatizzate. Come contadino(na), io dovrei teoricamente ri-seminare una parte del raccolto ? Questo oggi è ancora possibile. Ma sino a quando, i grandi monopoli delle sementi, lo permetteranno o non m'imporranno più, come vicini del mio campo, delle sementi OMG ?

Con la **sovranità alimentare**, noi desideriamo determinare tutti insieme le politiche che orientano un settore cruciale della vita di tutti, L'ALIMENTAZIONE.

**Noi ci proponiamo di risituare l'essere umano al centro dei sistemi alimentari !
La nostra iniziativa vuole porre le basi di un'agricoltura e una alimentazione con un futuro. Per questi motivi raggiungete il nostro movimento !**

1.2 Obiettivi

Questa iniziativa vuole applicare il principio della sovranità alimentare in Svizzera. Per questa ragione, l'iniziativa domanda alla Confederazione di favorire :

1. Un'agricoltura **contadina diversificata**, a scopo nutritivo, che risparmia le nostre risorse naturali, specialmente quelle del suolo, protegge i nostri semi e rinuncia agli OGM
2. Un'agricoltura che offre un avvenire alle generazioni future, assicurando tramite costi remunerativi dei redditi equi ai contadini e ai lavoratori agricoli e garantendo ai giovani l'accesso alla terra
3. Un **mercato trasparente ed equo**, che sia al servizio dei contadini e dei consumatori ; privilegiando i circuiti corti (dell'insieme del sistema di produzione, trasformazione e consumo delle merci) al fine di promuovere la prossimità, la regionalizzazione della produzione e degli impieghi, riducendo al minimo i trasporti delle merci e migliorandone la tracciabilità.
4. Un **commercio internazionale ugualmente più equo e meno destabilizzante per l'agricoltura indigena**, utilizzando le frontiere nazionali come «regolazione» ; riconoscere il diritto alla protezione dei prezzi e introdurre un dovere di rinuncia ai sussidi per l'esportazione dei prodotti svizzeri.

5. **Un'agricoltura e un'alimentazione al servizio della popolazione**, che dà al cittadino la facoltà di essere sovrano sulla politica agricola desiderata, nel rispetto delle sue aspettative e delle popolazioni di altre regioni e di altri paesi.

1.3 Il testo del iniziativa

Iniziativa popolare «Per la sovranità alimentare. L'agricoltura riguarda noi tutti»

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 104c Sovranità alimentare

¹ Al fine di attuare la sovranità alimentare, la Confederazione promuove un'agricoltura contadina indigena, remunerativa e diversificata, che fornisca derrate alimentari sane e confacenti alle aspettative sociali ed ecologiche della popolazione.

² La Confederazione provvede affinché l'approvvigionamento in derrate alimentari indigene e in alimenti indigeni per animali sia preponderante e la loro produzione preservi le risorse naturali.

³ La Confederazione prende provvedimenti efficaci allo scopo di:

- a. favorire l'aumento della popolazione attiva nell'agricoltura e la varietà delle strutture;
- b. preservare le superfici coltivabili, segnatamente quelle per l'avvicendamento delle colture, sotto il profilo quantitativo e qualitativo;
- c. garantire il diritto dei contadini all'utilizzo, alla moltiplicazione, allo scambio e alla commercializzazione delle sementi.

⁴ La Confederazione vieta l'impiego nell'agricoltura di organismi geneticamente modificati nonché di piante e animali risultanti da nuove tecnologie di modifica o ricombinazione non naturale del genoma.

⁵ La Confederazione ha segnatamente i compiti seguenti:

- a. sostiene la creazione di organizzazioni contadine che mirino ad assicurare l'adeguatezza tra l'offerta dei contadini e i bisogni della popolazione;
- b. garantisce la trasparenza del mercato e favorisce la fissazione di prezzi equi in ciascuna filiera;
- c. rafforza gli scambi commerciali diretti tra contadini e consumatori, nonché le strutture regionali di trasformazione, di stoccaggio e di commercializzazione.

⁶ La Confederazione presta particolare attenzione alle condizioni di lavoro dei salariati agricoli e provvede ad armonizzarle sul piano federale.

⁷ Per preservare e sviluppare la produzione indigena, la Confederazione riscuote dazi sull'importazione di prodotti agricoli e derrate alimentari e regola il volume di tali importazioni.

⁸ Per favorire una produzione conforme alle norme sociali e ambientali svizzere, la Confederazione riscuote dazi sull'importazione di prodotti agricoli e derrate alimentari non conformi a tali norme e può vietarne l'importazione.

⁹ La Confederazione non accorda alcuna sovvenzione all'esportazione di prodotti agricoli e derrate alimentari.

¹⁰ La Confederazione assicura l'informazione e la sensibilizzazione sulle condizioni di produzione e di trasformazione delle derrate alimentari indigene e importate. Può stabilire norme di qualità a prescindere dalle norme internazionali.

Art. 197 n. 12

12. Disposizione transitoria dell'articolo 104c (Sovranità alimentare)

Il Consiglio federale sottopone all'Assemblea federale le disposizioni legali necessarie all'esecuzione dell'articolo 104c entro due anni dalla sua accettazione da parte del Popolo e dei Cantoni.

2 Per saperne di più

2.1 Argomenti a favore

La nostra iniziativa mira ad arricchire ulteriormente la discussione su una politica alimentare sostenibile. Questo nuovo slancio è assolutamente necessario per rilanciare un settore economico e produttivo particolarmente in difficoltà. Diverse misure sono così proposte : una migliore trasparenza del mercato , una più equa ripartizione del valore aggiunto nei rispettivi settori, una gestione intelligente delle quantità da produrre , una protezione contro la concorrenza delle importazioni con la conseguenza di prezzi troppo bassi, e non da ultimo, la necessità di migliorare la sensibilizzazione della popolazione alle questioni agricole e alimentari.

L'agricoltura contadina e familiare è radicata in un territorio e non deve essere dissociata dal tessuto socio-economico nella quale evolve e opera. Per questo motivo, l'iniziativa vuole favorire gli scambi commerciali regionali che rinforzano il tessuto agricolo, creando lavoro nelle regioni, permettendo di dare e mantenere un maggior valore aggiunto sul piano locale, favorendo la tracciabilità dei prodotti e riducendo le distanze e l'organizzazione di trasporti inutili. Infatti, è necessario ricordare che in Svizzera il 10% degli impieghi nei trasporti concerne il settore agro-alimentare.

2.1.1 Rinforzare la produzione locale

Il ruolo principale dell'agricoltura è, e deve rimanere, quello di nutrire la popolazione con dei prodotti sani. Questo deve organizzarsi in funzione delle risorse disponibili nel paese, rispondendo alle attese della popolazione. Tuttora la Svizzera ha un approvvigionamento indigeno relativamente variegato. In alcuni settori, come il latte e la carne bovina, la Svizzera sarebbe in grado da sola di soddisfare i suoi bisogni alimentari, invece, per altri prodotti come ad esempio la frutta, il pollame o i legumi, noi dipendiamo fortemente dalle importazioni.

Ora, l'obiettivo della sovranità alimentare non è quello di raggiungere un tasso di autosufficienza al 100%, ma bensì quello di utilizzare stabilmente e in modo sostenibile e etico le potenzialità del nostro territorio rurale. È dunque importante che la Svizzera mantenga una diversità delle sue aziende agricole e non si specializzi unicamente nella produzione di prodotti ad alto valore aggiunto, ciò che necessiterebbe di conseguenza l'importazione di derrate alimentari e alimenti per animali che, logicamente, dovrebbero essere prodotti dalla nostra agricoltura.

La sovranità alimentare mira dunque a dare la priorità alla produzione indigena, perché solo questa può partecipare al mantenimento di un'economia locale forte, alla riduzione dei trasporti delle merci e alla tracciabilità dei prodotti. Ci sembra quindi capitale che il concetto della sovranità alimentare diventi un elemento determinante di una «strategia qualitativa», che permetta ai prodotti svizzeri dell'agricoltura di essere determinanti nell'economia, senza che questi vengano considerati come strumenti complementari all'esportazione di prodotti ricercati solo per il loro aspetto, legato alla rarità e al valore intrinseco della trasformazione in prodotti di lusso. Per dare un esempio, ha poco senso che il nostro Gruyère o il Tilsiter vengano venduti in tutte le capitali d'Europa, quando la Svizzera importa dalla Polonia o dalla Romania del latte, o altri beni alimentari, perché questi nostri prodotti non sarebbero considerati «sufficientemente nobili» in patria. I prodotti alimentari sono, al contrario,

dei beni non comparabili ad altri, come per esempio lo sono le macchine e gli attrezzi di precisione.

La Svizzera è sempre più dipendente dall'estero per l'alimentazione del suo bestiame. È un controsenso etico ed ecologico. Infatti, il foraggio per animali, ricco in proteine vegetali o energetiche come la soia, la erba medica o il grano, vengono prodotti su larga scala in Brasile, Argentina e presto in Romania. L'importazione massiva di questi alimenti, tra l'altro, viene fatta a discapito dell'agricoltura familiare di questi paesi. Questa situazione obbliga il contadino svizzero a vivere, suo malgrado, «sulle spalle» dei suoi simili sparsi in altre regioni del mondo e questo contribuisce allo sgradevole fenomeno dell'accaparramento delle terre in altri paesi e anche di altri continenti.

Per il contadino svizzero, il paradosso è che la capacità di produzione indigena di queste proteine esiste anche sul nostro territorio nazionale. Non si tratta qui di pretendere un auto approvvigionamento del 100%, ma di migliorare la produzione attuale dell'alimentazione indigena del nostro bestiame, superando la quota del 50%. Per questo, diverse misure dovranno essere prese per rilanciare la produzione locale. Queste misure devono essere trovate, combinando gli aiuti federali costituiti dai pagamenti diretti, una protezione mirata delle frontiere permettendo di valorizzare i prezzi del foraggio indigeno, delle compensazioni agli allevatori che utilizzano il foraggio locale con un finanziamento specifico al settore e attraverso lo sviluppo di una ricerca agronomica che sia al servizio dell'agricoltura locale.

2.1.2 Rinforzare l'agricoltura contadina

L'iniziativa si pone l'obiettivo di stabilizzare e rinforzare l'agricoltura contadina che permette alle persone attive nel settore di vivere correttamente del proprio lavoro. Infatti, l'agricoltura contadina è possibile unicamente con il contributo di donne e uomini attivi, che mettono la loro professionalità a disposizione della popolazione.

Per questa ragione, l'iniziativa mira all'aumento del numero delle persone attive nell'agricoltura, trattasi di contadini(ne) o di persone che lavorano come salariati nel settore. L'agricoltura contadina è anche un'agricoltura che implica una grande diversità e che conservi delle fattorie di dimensioni diversificate e che possano rispondere a differenti attese e necessità. Fattorie, dove l'essere umano è al centro del sistema produttivo, privilegiando le economie che permettono di rispondere ai bisogni e desideri delle persone che le compongono. La legislazione non deve dunque discriminare un tipo di struttura agricola piuttosto che un'altra. Per cominciare, bisogna mantenere in vita tutte le strutture agricole esistenti. L'evoluzione strutturale, attualmente incoraggiata dalla politica agricola federale, deve essere combattuta. Negli Stati che ci circondano, i contadini sono oggi regolarmente confrontati all'impossibilità di trasmettere la loro struttura agricola alle generazioni future. Questo fenomeno avviene a causa della grandezza di certe aziende agricole e in particolare del loro valore di mercato. Purtroppo, anche in Svizzera questa tendenza, incoraggiata dalla politica federale, è diventata la regola e questo non è assolutamente sostenibile.

Ogni minuto in Svizzera viene sottratto un metro quadrato di terreno agricolo. Queste superfici sono sistematicamente consumate da nuovi insediamenti abitativi e industriali, da infrastrutture varie, oppure, nelle zone decentralizzate e discoste,

dall'imboscamento per l'avanzata delle foreste. Queste tendenze sono difficilmente contrastabili e reversibili. Per ciò che concerne l'urbanizzazione, anche se un'applicazione rigorosa della legge federale sulla pianificazione edilizia, che preconizza un utilizzo parsimonioso del suolo, dovrebbe proteggere maggiormente il suolo agricolo. Per esempio, le superfici idonee all'avvicendamento delle colture (SAC) sono particolarmente protette. Infatti, ogni cantone svizzero ha l'obbligo di conservare delle quote minime di terreno agricolo SAC. In realtà, in diversi cantoni svizzeri, queste quote minime sono in pericolo e la Confederazione deve costantemente richiamare i governi cantonali al rispetto delle disposizioni federali.

Le sementi sono la linfa e la sorgente della vita. Da oramai più di un mezzo secolo assistiamo a un drastico impoverimento dell'agro-diversità. Le varietà delle sementi coltivate oggi nel mondo sono molto limitate e certe specie sono diventate un vanto per le multinazionali che le producono oramai ovunque sul nostro pianeta. Questa pratica è molto pericolosa e può propagare malattie che possono distruggere intere qualità di sementi, prodotte tradizionalmente. Al contrario, la conservazione, la moltiplicazione e lo scambio di sementi è per il contadino una pratica ancestrale che ha garantito nel tempo la diversità biologica, oggi minacciata. Non possiamo oggi limitare drasticamente questo diritto inalienabile con degli accordi commerciali che hanno come unico scopo di proteggere gli interessi delle grandi multinazionali alimentari a scapito dell'agricoltura contadina e familiare. L'iniziativa rivendica il diritto di scelta qualitativa delle nostre contadine e dei nostri contadini.

È da tempo che gli organismi geneticamente modificati (OGM) non sono autorizzati in Svizzera grazie a una moratoria che scadrà nel 2017. L'agricoltura svizzera non ha assolutamente sofferto di questa moratoria. Al contrario, quest'ultima risponde anche alle esigenze dei consumatori che non sono assolutamente convinti dell'innocuità dei prodotti geneticamente modificati. Ora, il principio di precauzione necessita che la politica, così come per l'insieme degli attori direttamente implicati, facciano prova di prudenza sino a quando gli effetti a lungo termine di queste tecnologie siano totalmente conosciuti e dominati, escludendo ripercussioni sulla nostra salute e sull'ambiente. La medesima posizione è valida se partiamo dal principio che gli OGM non portano al mercato alimentare alcun beneficio, ma servono unicamente gli interessi economici delle grandi ditte dell'agro-chimica, specializzate nella produzione e nel commercio di sementi ed erbicidi. Infatti, nei paesi ad alta percentuale di colture OGM, gli effetti negativi sono già provati: i campi sono contaminati da «cattive erbe parassite» e le sementi OGM si diffondono sul territorio in maniera incontrollata, contaminando anche i campi rimasti esenti dall'utilizzo di OGM.

2.1.3 Un mercato indigeno sano trasparente e remunerativo

L'iniziativa vuole favorire l'emergenza di un mercato indigeno sano e trasparente. Purtroppo, oggi il mercato dell'alimentazione non è completamente libero per tutti ed è dominato da un ristretto numero di attori che formano un oligopolio. Da noi, questo fenomeno è particolarmente presente nel mercato della distribuzione. Infatti, in tutta l'Europa è difficile trovare una situazione dove due grandi catene di distribuzione gestiscono l'80% del mercato. La conseguenza è una totale opacità nella formazione dei prezzi, sia per i produttori che per i consumatori.

In certi settori della produzione, come ad esempio per il latte, la trasformazione dei prodotti ha un peso considerevole per la formazione dei prezzi. Oggi, i contadini hanno perso pure la possibilità di una buona gestione delle quantità. Infatti, i contratti quando esistono, non permettono più al produttore di scegliere le quantità razionalmente calibrate alle sue possibilità. Così, la parte vincolata alla produzione delle quantità necessarie alla copertura dei bisogni del contadino sarà calcolata in funzione del latte che può essere prodotto, con l'appoggio degli aiuti federali, nel obiettivo di consegnare delle quantità prestabilite. È quindi indispensabile che vengano create le condizioni per avere un massimo di trasparenza sulle quantità necessarie, ossia quanto per il mercato indigeno e quanto per l'esportazione.

L'iniziativa domanda quindi che la Confederazione favorisca l'organizzazione di meccanismi specifici che permettano la determinazione di prezzi equi, secondo le diverse filiere. Non si tratta di avere un prezzo unico, ma di prendere in conto le diverse filiere specifiche al fine di determinare dei prezzi che possano coprire i costi di produzione.

In conclusione, per favorire la rilocalizzazione delle filiere della produzione locale, la Confederazione deve rinforzare gli scambi diretti con i produttori, al fine di assicurarsi che le strutture di trasformazione e di immagazzinamento siano disponibili.

2.1.4 Valorizzare il lavoro dei salariati dell'agricoltura

L'agricoltura svizzera necessita pure di un importante contributo costituito dalla manodopera extra-famigliare. Purtroppo, questa manodopera non può oggi beneficiare di condizioni di lavoro considerate soddisfacenti. Gli sforzi per trovare delle soluzioni specifiche, secondo le diverse categorie di lavoro, non hanno ancora permesso dei sostanziali progressi per i lavoratori agricoli. Tuttora esistono dei contratti-tipo cantonali. Tutti si differenziano in termini di remunerazione secondo il salario orario e le ore lavorative settimanali.

La sovranità alimentare pone quindi l'obiettivo di un'agricoltura remuneratrice di tutti i suoi componenti. Per questo è necessario che l'agricoltura familiare, come i suoi salariati agricoli, possano imperativamente migliorare le loro condizioni socio-economiche.

2.1.5 Un mercato internazionale equo

Noi pensiamo che non si può continuare ad ignorare le attuali grandi differenze dei costi delle derrate alimentari, alimenti per animali, così come non è possibile accettare delle norme di produzione così diverse tra i vari paesi. Questo è valevole anche tra paesi limitrofi alla Svizzera. Inevitabilmente si deve anche constatare che i nostri costi di produzione sono più alti dei paesi confinanti e a meno di agire sulle uniche «variabili non vincolanti», che sono i lavoratori agricoli stessi, i nostri prezzi non possono essere ridotti che con un abbassamento delle condizioni economiche, sociali e ambientali.

Se tuttavia questa non è la volontà della politica agricola svizzera, allora è indispensabile riflettere sulla realtà dei costi. Produrre un litro di latte in Svizzera necessita dei costi certamente elevati: cominciando dai costi di costruzione delle installazioni, dei controlli più severi (che incidono pure sui costi) e più generalmente dai salari dei lavoratori agricoli.

Una delle opzioni facili da praticare per correggere le differenze attuali sarebbe quella di utilizzare la frontiera come strumento regolatore. Tuttavia, se una certa protezione alla frontiera è necessaria, è pure indispensabile eliminare tutte le forme di sovvenzioni all'esportazione. In questo caso, le sovvenzioni sono nocive ad altre agricolture, già destabilizzate dai nostri prodotti, esportati a costi inferiori ai reali costi di produzione.

2.1.6 Stabilire un dialogo permanente con la società

Oggi purtroppo, le questioni relative all'agricoltura e all'alimentazione non sono sufficientemente discusse nel dialogo sociale. Sarebbe auspicabile di avere degli spazi culturali e divulgativi, istaurando un dialogo permanente che permetta di scambiare le informazioni e, al tempo stesso, di costruire delle politiche le più democratiche possibili. Il dialogo sociale deve tuttavia situarsi al di là delle campagne di marketing e di promozione dei prodotti.

Se i prodotti locali esistono, è perché esistono delle contadine e dei contadini, delle lavoratrici e dei lavoratori attivi nelle filiali di trasformazione e di distribuzione, che contribuiscono a mettere i prodotti sul mercato. Questa catena alimentare va dunque al di là della qualità intrinseca dei prodotti, essa deve integrare i bisogni della società e concerne quindi le donne e gli uomini stessi. Con la sovranità alimentare, l'agricoltura riguarda noi tutti.

2x NEIN zu den Agrar-Initiativen

«Fair-Food-Initiative» und Initiative «Für Ernährungssouveränität»

UM WAS GEHT ES?

Am 23. September 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über zwei Agrar-Initiativen aus linksgrünen Kreisen. Beide Initiativen verfolgen ähnliche Ziele, verlangen einen Kurswechsel in der Agrarpolitik und führen zu einer Marktabschottung und einer mühseligen Zollbürokratie. Für Konsumentinnen und Konsumenten bedeuten die Initiativen weniger Auswahl und steigende Lebensmittelpreise.

Fair-Food-Initiative

Die Fair-Food-Initiative der Grünen verpflichtet den Staat, die ökologischen und sozialen Anforderungen an die Herstellung und den Verkauf von Lebensmitteln stark zu erhöhen. Zusätzliche staatliche Produktionsvorschriften im In- und Ausland sollen sicherstellen, dass in der Schweiz nur noch Lebensmittel verkauft werden dürfen, die dem Gusto der Initianten entsprechen. Der Import von Lebensmitteln, die nicht den Schweizer Standards entsprechen, soll verboten werden.

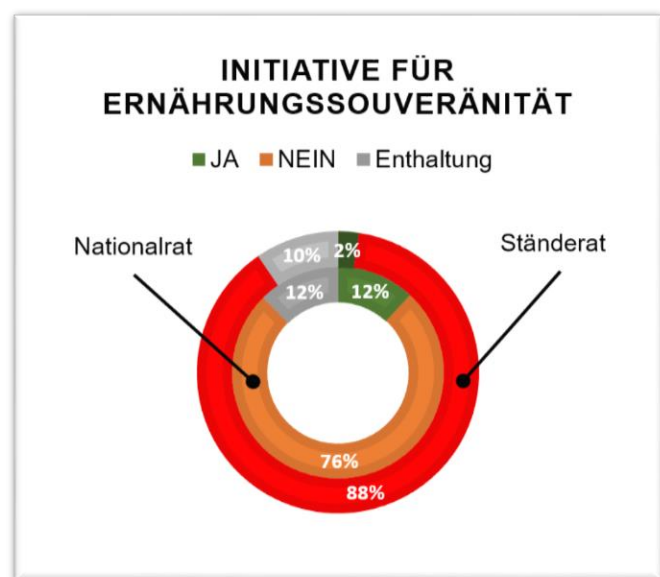
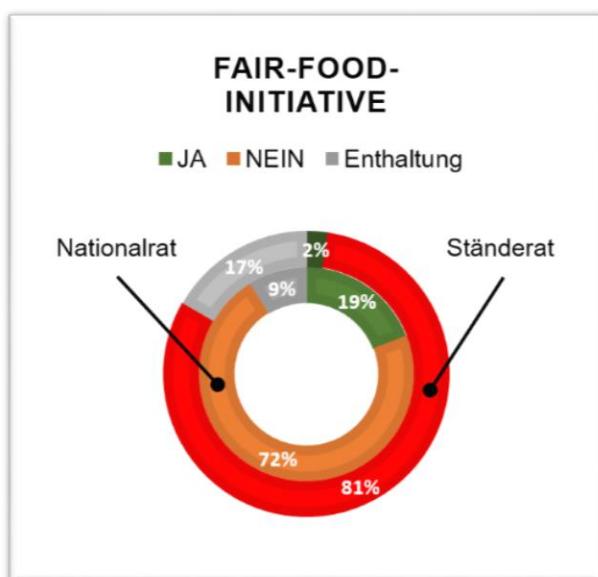
Initiative «Für Ernährungssouveränität»

Die Initiative der Bauerngewerkschaft Uniterre will die Landwirtschaftspolitik der letzten 25 Jahre fundamental ändern. Der Staat soll über mehr Vorschriften die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern, die regional produziert und verkauft. Die Initiative sieht eine Reihe von Massnahmen vor: unter anderem Importverbote, höhere Zölle, zusätzliche Subventionen und mehr Angestellte in bäuerlichen Betrieben.

Haltung von Bundesrat und Parlament

Bundesrat und Parlament empfehlen, beide Volksinitiativen abzulehnen. Der Bundesrat warnt in seiner Analyse der beiden Vorlagen vor steigenden Preisen und einer Einschränkung der Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten. Die Landesregierung lehnt die Fair-Food-Initiative auch ab, weil sie «kaum umsetzbar wäre» und «internationalen Verpflichtungen zuwiderläuft». Die Initiative «Für Ernährungssouveränität» wird vom Bundesrat zudem kritisiert, weil sie die «Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft schwächt und den aussenwirtschaftlichen Handlungsspielraum der Schweiz einschränkt».

Stimmverhältnisse im Parlament



2x NEIN zu den Agrar-Initiativen

«Fair-Food-Initiative» und Initiative «Für Ernährungssouveränität»

9 GRÜNDE GEGEN DIE AGRAR-INITIATIVEN

NEIN zu steigenden Preisen

- Schweizer Bürgerinnen und Bürger zahlen gleich doppelt: Über ihre Steuern berappen sie die Kosten für den ausufernden Kontrollapparat des Staates, der für eine Umsetzung der Initiative nötig ist. Zusätzlich steigen die Lebensmittelpreise, weil durch die höheren Anforderungen auch die Produktionskosten steigen. Preistreibend wirkt auch der geringere Wettbewerb.
- Bereits heute zahlen Schweizerinnen und Schweizer im Schnitt 70 Prozent mehr für ihre Lebensmittel als in der EU. Setzen die Grünen ihre Vorstellungen von einem konsequenten Höchststandard bei allen verfügbaren Lebensmitteln durch, dann steigen die Preise weiter.

NEIN zu weniger Auswahl

- Neue Importverbote und staatliche Produktionsvorschriften reduzieren die Angebotsvielfalt. So könnte beispielsweise ein Delikatessen-Balsamico aus Italien aus den Regalen verschwinden, weil die Zollbürokratie für den Kleinbetrieb zu gross wäre. Wahrscheinlich ist auch, dass die Powerriegel eines internationalen Herstellers nicht mehr erhältlich sind. Denn für viele global ausgerichtete Hersteller lohnt es sich kaum, ihre gesamten Produktionsmethoden für den kleinen Schweizer Markt umzustellen.
- Die Wahlfreiheit und das Angebot für Konsumentinnen und Konsumenten sinken, da sehr viele Produkte betroffen sind: von der Aprikose über Fertigpizza bis zur Salami oder Süssigkeiten. Rund 40 bis 50 Prozent aller Lebensmittel kommen aus dem Ausland.

NEIN zur Bevormundung

- Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten sind mündig und können nach eigenem Gusto entscheiden, was auf ihre Teller kommt und wo sie ihre Lebensmittel einkaufen – sei es direkt ab Hof oder beim Discounter, seien es Bioeier vom Bauer um die Ecke oder ein Black Angus Beef aus Irland. Niemand braucht ein staatliches Essdiktat. Die bereits bestehenden Produktlabels schaffen Orientierung und gewährleisten die Wahlfreiheit.

NEIN zu mehr Einkaufstourismus

- Langfristig wollen die Grünen einen ökologischen Höchststandard durchsetzen und alles andere verbieten. Die Folgen wären gravierend: Der Einkaufstourismus und der Onlinehandel würden massiv zunehmen. Besonders die Grenzregionen wären betroffen.

NEIN zum Bürokratiemonster

- Beide Initiativen zwingen Staat und Lebensmittelhersteller, einen teuren Kontrollapparat im In- und Ausland aufzubauen. Neu dürften in der Schweiz nur noch jene Lebens- und Futtermittel verkauft werden, die den Schweizer Tierschutz-, Umwelt- und Sozialstandards entsprechen.
- Zusätzliche Beamte müssten im Ausland überprüfen, ob die Vorschriften von den Landwirten und Lebensmittelherstellern auch wirklich eingehalten werden. Bei jeder importierten Tomate müsste ein Kontrolleur sicherstellen, dass sie dem Schweizer Standard entspricht und dementsprechend produziert wurde. Diese Bürokratie kostet und ist gemäss Bundesrat im Ausland «kaum umsetzbar».

2x NEIN zu den Agrar-Initiativen

«Fair-Food-Initiative» und Initiative «Für Ernährungssouveränität»

NEIN zu neuen Handelshemmnissen

- Beide Volksinitiativen schaffen neue Handelshemmnisse und verletzen damit internationales Handelsrecht. Betroffen ist der Handelsvertrag mit der Welthandelsorganisation (WTO) und weitere 28 Freihandelsabkommen mit 38 Ländern weltweit. Die Forderungen der Initiativen stehen auch im Konflikt mit dem landwirtschaftlichen Teil der Bilateralen Verträge.
- Werden die Initiativen angenommen, provoziert die Schweiz möglicherweise die Kündigung der Bilateralen Verträge und riskiert Retourkutschen von weiteren Handelspartnern, die ebenfalls einen Vertrag mit der Schweiz haben. So könnten beispielsweise neue Zölle auf Produkte erhoben werden, die die Schweiz exportieren möchte und in der Schweiz für Wohlstand sorgen. Schweizer Unternehmen droht durch die Agrar-Initiativen eine Diskriminierung durch andere Länder (z. B. Behinderung des Schweizer Käseexports). Beide Initiativen gefährden damit den überlebenswichtigen, weltweiten Marktzugang für Schweizer Exportunternehmen. Zwei von fünf Franken verdient unser Land im Handel mit seinen internationalen Partnern.

NEIN zur Zwängerei

- In der Schweiz gelten bereits sehr strenge Vorschriften zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt. Der neue, erst im September 2017 durch das Volk angenommene Verfassungsartikel zur «Ernährungssicherheit» setzt dem Staat in fünf Bereichen zusätzliche Leitplanken. Er verpflichtet den Bundesrat unter anderem, für eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion zu sorgen. Im Inland ist die Fair-Food-Initiative deshalb überflüssig, da der Bund bereits analoge Ziele umsetzt.
- Im Ausland ist die Initiative gemäss Bundesrat «kaum umsetzbar». Einerseits ist es illusorisch zu glauben, dass ein Hersteller im Ausland seine gesamte Produktion umstellt, wenn er nur einen kleinen Teil davon in den Schweizer Markt liefert. Andererseits kann der Staat den ausländischen Herstellern keine Produktionsmethoden vorschreiben.

NEIN zur Diskriminierung der Schweizer Lebensmittelindustrie

- Die Schweizer Lebensmittelindustrie gerät bei der Umsetzung der Agrar-Initiativen stark unter Druck. Staatliche Produktionsvorschriften und der damit verbundene teure Kontrollapparat stellen Schweizer Lebensmittelherstellern riesige Hürden in den Weg. Sie führen dazu, dass die Schweizer Lebensmittelindustrie ihre Rohstoffe zu überbewerteten Preisen beschaffen muss. Die ausländische Konkurrenz hingegen kauft günstiger im Ausland ein. Schweizer Kaffee, Käse oder Schokolade erleiden einen Wettbewerbsnachteil.
- Besonders betroffen wären einmal mehr die vielen kleinen Schweizer Familienunternehmen. Denn die KMU können die administrativen Aufwände nur auf eine kleinere Produktionsmenge verteilen und erhalten somit im Vergleich zu den grossen Unternehmen einen Kostennachteil.

NEIN zum Eigengoal für Schweizer Bauern

- Die Agrar-Initiativen rauben den Schweizer Bauern das zentrale Differenzierungsmerkmal in Bezug auf die Qualität. Wenn künftig auch die Importlebensmittel die Schweizer Standards erfüllen, wird es für die Schweizer Bauern schwierig, ihre höheren Preise zu rechtfertigen. Trotzdem haben sie aber nach wie vor höhere Produktionskosten als ihre ausländischen Konkurrenten (höhere Löhne, kleine Anbauflächen usw.).

2x NEIN zu den Agrar-Initiativen

«Fair-Food-Initiative» und Initiative «Für Ernährungssouveränität»

Das Wichtigste in Kürze

Am 23. September 2018 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über zwei Agrar-Initiativen aus linksgrünen Kreisen. Beide Initiativen verfolgen ähnliche Ziele, verlangen einen Kurswechsel in der Agrarpolitik und führen zu einer Marktabschottung und einer mühseligen Zollbürokratie. Für Konsumentinnen und Konsumenten bedeuten die Initiativen weniger Auswahl und steigende Lebensmittelpreise.

Haltung von Bundesrat und Parlament

Bundesrat und Parlament empfehlen, beide Volksinitiativen abzulehnen. Der Bundesrat warnt in seiner Analyse der beiden Vorlagen vor steigenden Preisen und einer Einschränkung der Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten. Die Landesregierung lehnt die Fair-Food-Initiative auch ab, weil sie «kaum umsetzbar wäre» und «internationalen Verpflichtungen zuwiderläuft». Die Initiative «Für Ernährungssouveränität» wird vom Bundesrat zudem kritisiert, weil sie die «Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft schwächt und den aussenwirtschaftlichen Handlungsspielraum der Schweiz einschränkt».

2x NEIN

zur «Fair-Food-Initiative» und zur Initiative «Für Ernährungssouveränität»

Die Fair-Food-Initiative und die Initiative «Für Ernährungssouveränität» haben ähnliche Ziele und Folgen. Beide führen zu **höheren Kosten, steigenden Steuern und teureren Lebensmitteln**. Sie **bevormunden Konsumentinnen und Konsumenten und schränken die Angebotsvielfalt ein**.

Die Fair-Food-Initiative führt zu einem **Bürokratiemonster**. Sie ist im Inland unnötig und im Ausland nicht umsetzbar. Die Initiative «Für Ernährungssouveränität» will sogar eine Art **staatliche Planwirtschaft** mit Preis- und Mengensteuerung und neuen Subventionen, was gravierende Auswirkungen auf die Schweizer Landwirtschaft hätte.

Beide Initiativen **verletzen internationales Handelsrecht** und schaffen **neue Handelshemmnisse**. Sie benachteiligen Schweizer Bauern, Lebensmittelhersteller und Detailhändler im internationalen Wettbewerb und gefährden Schweizer Exportunternehmen.

2x NON aux initiatives agricoles

Initiative « pour des aliments équitables » et initiative « pour la souveraineté alimentaire »

DE QUOI S'AGIT-IL ?

Le 23 septembre 2018, le peuple et les cantons seront appelés à se prononcer sur deux initiatives agricoles rétrogrades et très coûteuses lancées par les cercles verts de gauche. Toutes deux ont des revendications similaires : elles demandent un changement de cap dans la politique agricole, entraînent une fermeture du marché et créent un monstre bureaucratique – avec pour conséquences un choix réduit et une nourriture hors de prix.

Initiative des Verts : imposer les règles suisses au reste du monde

L'initiative des Verts « pour des aliments équitables » vise à renforcer l'offre d'aliments produits durablement. Il n'y a rien de neuf car la législation existante a les mêmes objectifs. Mais surtout, l'initiative prévoit d'imposer les réglementations écologiques et sociales suisses aux aliments importés, qu'ils soient bruts ou transformés. Afin de concrétiser et de contrôler l'application de cette initiative, un monstre bureaucratique très coûteux devra alors être mis sur pied. Et ceci, au détriment de qui ? De la Suisse toute entière ! Les coûts de production vont enfler, et se répercuter sur Nous, les consommateurs, mais également sur nos exportations. Ce sont des agriculteurs de plus en plus bureaucratisés que nous allons générer. Au final, **il s'agit d'une application hors-sol des lois suisses au reste du monde.**

Initiative d'Uniterre : retour à une agriculture d'État

L'initiative d'Uniterre « pour la souveraineté alimentaire » va encore plus loin. Elle impose aussi les réglementations suisses au reste du monde et ferme presque les frontières puisqu'elle prévoit de prélever des droits de douane pour maintenir la production indigène, ce qui, littéralement, viole le droit de l'OMC. Elle exige par ailleurs une agriculture soutenue à bout de bras par l'État et prévoit de confier à des « organisations paysannes » le soin d'assurer l'adéquation entre la production et la consommation. Autrement dit, **les consommateurs mangeront ce que d'autres décideront et paieront le tout au prix fort. Il s'agit là d'un retour à une agriculture d'État, qui a échoué partout où l'expérience a été tentée.**

Position du Conseil fédéral et du Parlement

Le Conseil fédéral et le Parlement recommandent de rejeter les deux initiatives populaires. Dans son analyse des deux objets, **le Conseil fédéral met en garde contre un important risque d'augmentation des prix et de réduction de la liberté de choix des consommateurs.** Pour ces raisons, mais pas que, il rejette donc, tout comme le Parlement, les deux initiatives, considérant que leur mise en œuvre sera « très difficile voire impossible » et qu'elles « entrent en conflit avec les engagements de la Suisse envers l'OMC, l'UE et les pays avec lesquels notre pays a conclu des accords de libre-échange ». L'initiative « pour la souveraineté alimentaire » est en outre critiquée par le Conseil fédéral, parce qu'elle « affaiblirait la compétitivité et la capacité d'innovation des secteurs agricole et agroalimentaire suisses tout en restreignant la marge de manœuvre dont dispose la Suisse dans le commerce extérieur ».

2x NON aux initiatives agricoles

Initiative « pour des aliments équitables » et initiative « pour la souveraineté alimentaire »

Résultats des délibérations

- Initiative « pour des aliments équitables »
 - Le Conseil fédéral propose de **rejeter** l'initiative
 - Le Parlement propose de **rejeter** l'initiative
 - Conseil national **139 non** 37 oui 17 abstentions
 - Conseil des États **34 non** 1 oui 7 abstentions
- Initiative « pour la souveraineté alimentaire »
 - Le Conseil fédéral propose de **rejeter** l'initiative
 - Le Parlement propose de **rejeter** l'initiative
 - Conseil national **146 non** 23 oui 24 abstentions
 - Conseil des États **37 non** 1 oui 4 abstentions

6 raisons de dire NON

NON à un choix réduit !

Étant donné que toutes les denrées disponibles en Suisse devront respecter de hautes exigences en matière de production et que des interdictions d'importation seront imposées aux produits ne respectant pas les normes suisses, **la diversité de l'offre se trouvera alors considérablement réduite**. Pour beaucoup de producteurs suisses comme étrangers, et particulièrement pour les petites exploitations, cela ne vaudra pas la peine de chambouler toute leur chaîne de production pour satisfaire à ces normes.

Un petit producteur suisse de fromage ne pourra pas assumer les coûts supplémentaires qu'entraînera un bouleversement de son entreprise pour la rendre conforme à des normes toujours plus strictes.

*Un vinaigre balsamique italien de qualité ne sera plus importé en Suisse, parce que les prescriptions en matière de production, les conditions d'importation et la bureaucratie douanière représenteront un investissement bien trop onéreux pour l'entreprise. **Ces spécialités disparaîtront purement et simplement des magasins.***

Concrètement, de nombreux produits seront impactés : des abricots aux salamis ou aux sucreries friandises, en passant par la pizza surgelée. Le choix proposé dans les supermarchés sera ainsi considérablement réduit. Près de 40 à 50 pourcents de toutes les denrées alimentaires disponibles en Suisse proviennent de l'étranger. Les producteurs étrangers réfléchiront donc à deux fois avant d'exporter en Suisse.

NON à une alimentation hors de prix !

Pour assurer l'application d'exigences élevées en matière de production, un important **organe étatique de contrôle** sera nécessaire, ce qui engendrera automatiquement des coûts supplémentaires. Les citoyens suisses paieront deux fois plus : leurs impôts financeront les coûts de cet organe étatique de contrôle essentiel à une mise en œuvre de l'initiative. Ces normes plus élevées et les nouvelles charges administratives qu'elles engendreront se répercuteront sur les denrées alimentaires, qui seront donc inévitablement plus chères.

2x NON aux initiatives agricoles

Initiative « pour des aliments équitables » et initiative « pour la souveraineté alimentaire »

Aujourd'hui déjà, les Suisses paient leur nourriture 70 pourcents plus cher que dans l'UE. Si les Verts parviennent à imposer rigoureusement leurs exigences pour tous les aliments vendus en Suisse, **les prix continueront de grimper** – jusqu'à 50 pourcents d'augmentation. Ce sont principalement les familles à plus petit budget qui seront durement touchées !

Les conséquences seront considérables : en raison d'une importante hausse des prix de l'alimentation et d'un choix fortement réduit, **le tourisme d'achat augmentera** massivement. Les régions frontalières se retrouveront face à de nouveaux problèmes.

NON au paternalisme étatique !

Le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire, accepté par le peuple en septembre 2017, donne déjà à l'État des directives dans 5 domaines différents. De même que certaines revendications des initiants sont déjà prises en compte par la politique agricole actuelle. À titre d'exemples, citons le développement d'une agriculture paysanne diversifiée et durable, mais également le soutien des prix des produits indigènes. En outre, étant donné que la Confédération met déjà en œuvre des objectifs analogues, **ces deux initiatives sont superflues** et représentent une forme de paternalisme étatique totalement inutile.

Concrètement, en réduisant le choix de manière drastique et en gonflant les prix de l'alimentation, les deux initiatives ne font que **mettre les consommateurs, donc Nous, sous tutelle**. Aujourd'hui, nous disposons d'un large choix de produits, notamment issus de l'agriculture biologique ou durable. Chacun peut adapter ses achats en fonction de ses goûts, de ses moyens financiers et de ses préférences. Alors que **ces deux initiatives s'attaquent directement à un principe fondamental de notre société Suisse ; la liberté de choix**.

NON à un monstre bureaucratique !

Bien que l'agriculture suisse couvre l'essentiel de nos besoins de base (lait, viande, céréales, par exemple), nous devons tout de même acheter la moitié de notre alimentation à l'étranger. Pour respecter les normes suisses, les denrées étrangères importées en Suisse devront donc être produites « à la mode suisse ». C'est bien beau sur le papier mais cela pose des questions concrètes insolubles comme par exemple :

- Comment imposer des règles de production suisses aux producteurs de bananes ou d'ananas ?
- Comment contrôler la conformité des millions de tonnes importés chaque année ? **Faudra-t-il un inspecteur derrière chaque tomate, chaque mandarine ou chaque plat congelé produit à l'étranger ?**
- Quels producteurs étrangers accepteront de cultiver des champs « suisses » selon des méthodes totalement différentes et soumis à des contrôles incessants ?

La mission imposée par les initiatives sera « **très difficile voire impossible à réaliser** » selon le Conseil fédéral. À quoi bon proposer des initiatives stériles, alors que la Suisse dispose déjà de toutes les lois nécessaires pour développer une agriculture durable et assurer la qualité des produits que nous consommons ?

NON à de nouveaux obstacles au commerce !

Les deux initiatives populaires créent de nouveaux obstacles au commerce et **violent le droit commercial international**. L'accord sur le marché avec l'OMC sera mis en danger, ce qui correspond à 28 accords de libre-échange avec 38 partenaires dans le monde entier. En effet, les initiatives sont notamment contraires au principe de la non-discrimination (droit de l'OMC), à savoir que « les 164 États membres de l'OMC ne doivent pas accorder aux produits étrangers un traitement moins favorable que celui accordé aux produits nationaux similaires » (Message du 26 octobre 2016 concernant l'initiative populaire « Pour des denrées alimentaires saines et produites dans des conditions équitables et écologiques [initiatives pour des aliments équitables], FF 2016 8151, p. 8177).

2x NON aux initiatives agricoles

Initiative « pour des aliments équitables » et initiative « pour la souveraineté alimentaire »

La Suisse gagne plus d'un franc sur deux avec les exportations. Elles sont facilitées par une multitude d'accords commerciaux. Si les initiatives sont acceptées, la Suisse fermera la porte à de nombreux produits alimentaires importés. Par ailleurs, **cette acceptation provoquera des conflits avec les pays concernés, notamment avec nos voisins européens**. Ils ne manqueront pas de réagir. S'attaquer ainsi à l'un des piliers de notre prospérité est une très mauvaise idée. D'autant plus que cela encourage le retour du protectionnisme, voulu par certains grands pays.

NON à de nouvelles entraves dans les secteurs agricole et agro-alimentaire suisses !

Ce ne sont pas seulement les paysans étrangers souhaitant vendre leurs produits sur le marché suisse qui seront impactés par les initiatives, mais aussi les agriculteurs et toute l'industrie agro-alimentaire suisses. En effet, si les produits étrangers doivent répondre aux mêmes critères que les denrées produites en Suisse, **nos paysans et notre secteur agro-alimentaire helvétiques perdront un important argument de vente**.

Les agriculteurs suisses sont déjà soumis à d'importantes normes de production. Ces deux initiatives, en imposant des exigences encore plus élevées et des contrôles encore plus stricts, augmenteront une fois de plus la pression sur nos paysans. Ils verront, à nouveau, leur marge de manœuvre entrepreneuriale se réduire. Tant en Suisse qu'à l'étranger, ce sont des agriculteurs croulant toujours plus sous une paperasse improductive et soumis à des contrôles incessants que les initiatives vont générer.

En bref

- L'initiative « pour des aliments équitables » et l'initiative « pour la souveraineté alimentaire » ont **les mêmes objectifs, les mêmes défauts, les mêmes risques, les mêmes conséquences**. Toutes deux engendrent des coûts de production plus élevés, donc des denrées alimentaires plus chères. Elles mettent les consommateurs sous tutelle et réduisent la diversité de l'offre.
- L'initiative « pour des aliments équitables » crée un monstre bureaucratique. **Elle est superflue et impossible à mettre en œuvre à l'étranger**. L'initiative « pour la souveraineté alimentaire » va beaucoup trop loin ! Elle exige une sorte d'économie planifiée étatique pour la gestion des prix et des quotas, ce qui aurait de graves répercussions sur l'agriculture suisse.
- **Les deux initiatives violent le droit commercial international** et créent de nouveaux obstacles au commerce. Elles pénalisent les paysans, fabricants de denrées alimentaires et grossistes suisses vis-à-vis de la concurrence internationale et nuisent aux entreprises exportatrices helvétiques.
- À long terme, **les Verts veulent imposer leur norme écologique élevée et interdire tout le reste**. Accepter ces deux initiatives donnerait un certain élan à d'autres initiatives tout autant extrêmes. Pour le bien de notre pays, pour la prospérité de la Suisse, refusons ces deux initiatives !
2 x NON le 23 septembre prochain !